

Sicherheit 2002

**Aussen-, Sicherheits- und
Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend**

Karl W. Haltiner, Andreas Wenger, Jonathan Bennett, Tibor Szvircsev

Hrsg.: Karl W. Haltiner, Kurt R. Spillmann, Andreas Wenger

Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH Zürich und
Militärakademie an der ETH Zürich

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	7
Kurzzusammenfassung	9
Condensé	9
Riassunto	10
Abstract	11
Zusammenfassung der Studie „Sicherheit 2002“	13
Résumé de l'étude «Sécurité 2002»	21
“Security 2002” – Summary	31
1 Chronologie potenziell meinungsbildender Ereignisse 2001/2002	39
1.1 Der „schwarze Herbst“ 2001: 11. September, Zuger Amoklauf, Tunnelbrand, Grounding der Swissair	39
1.2 Aussenpolitik: Ja zur Uno – Bilateralismus mit der EU	41
1.3 Verteidigungs- und Armeepolitik: Zähflüssige Debatten zwischen Konzeption und Umsetzung	43
1.4 Innere Sicherheit: Verstärkung der interkantonalen und internationalen Zusammenarbeit	45
2 Untersuchungsdesign	47
3 Datenbasis	49
4 Sicherheits- und Bedrohungsempfinden	51
4.1 Allgemeines Sicherheitsempfinden	51
4.2 Wahrnehmung der Terroranschläge vom 11.9.2001	51
4.3 Einschätzung der Wichtigkeit verschiedener Aspekte von Sicherheit	54
5 Wahrnehmung der Schweiz und der weltpolitischen Lage	57
5.1 Zukunftseinschätzung der Schweiz	57
5.2 Einschätzung der Entwicklung der weltpolitischen Lage	57
5.3 Bedrohungswahrnehmung und Armeekzeptanz	58

6	Vertrauen in Behörden und Institutionen	61
6.1	Vertrauensindex	61
6.2	Institutionenvertrauen und Sicherheitsempfinden	62
7	Staat und öffentliches Engagement	67
7.1	Der Staat als Garant für Sicherheit und Freiheit	68
7.2	Formen nationalstaatlicher Integration und Staatszufriedenheit	73
7.3	Politische Engagementbereitschaft	79
7.4	Politische Veränderungsorientierung	82
7.5	Sicherheitswahrnehmung, Staatszufriedenheit und politische Integration – eine Synthese	84
8	Öffnung versus Autonomie – die Wahrnehmung ausser- und sicherheitspolitischer Optionen	89
8.1	Eine skalenartige Fragenbatterie als Grundlage	89
8.2	Die 19 Indikatoren der Öffnungswilligkeit bzw. der Autonomiebetonung im Trend	90
8.3	Internationale Kooperation durch Bindung und Annäherung: EU und EWR	92
8.4	Internationale Kooperation durch Bindung oder Annäherung an die Nato bzw. die Uno	93
8.5	Internationale Kooperation ohne institutionelle Bindung	95
8.6	Betonung der nationalen Autonomie	96
8.7	Wie viel Öffnung braucht die Schweiz? Die Kooperationstypen im Trend 1993–2002	98
8.8	Die Kooperationstypen nach wichtigen soziodemographischen Merkmalen und nach der politischen Selbsteinstufung	100
8.9	Öffnungsbereitschaft und EU-Beitritt	100
8.10	Mögliche Gründe für die aussenpolitische Grundhaltung und die Meinungsbildung gegenüber der EU	101
9	Die Neutralität	103
9.1	Indikatoren für verschiedene Neutralitätsfunktionen	105
9.2	Die Neutralitätsindikatoren im Trend 1993–2002	106
9.3	Neutralitätsauffassungen – eine Typologie	112

10	Sicherheitspolitische Aspekte der internationalen Kooperation	123
10.1	Sicherheitspolitische Aspekte der europäischen Integration	123
10.2	Wahrnehmung der nationalen Sicherheitsautonomie	124
10.3	Sicherheitspolitische Kooperation im Allgemeinen und der Uno im Speziellen	126
11	Armeereform XXI – Informationsstand und Akzeptanz	131
11.1	Informationsstand zur Armee XXI	131
11.2	Akzeptanz der Armeereform XXI	135
12	Das Engagement der Frauen im Sicherheitsbereich	137
12.1	Allgemeine Einstellungen zu Sicherheit und Militär	137
12.2	Engagementbereitschaft der Schweizerinnen in sicherheitsrelevanten Institutionen	139
12.3	Zum Rollenbild der Frauen	142
13	Wehrstruktur und Armee	151
13.1	Armeeakzeptanz und -umfang	151
13.2	Wehrstruktur: Miliz- versus Berufsarmee	153
14	Sicherheitspolitisches Interesse	157
	Literaturverzeichnis	159
ANHANG I		163
I	Die Qualität der Variablen	163
II	Korrelationen und Koeffizienten	163
III	Das Testen von Unterschiedshypothesen mittels χ^2 -Test	164
IV	Die Clusteranalyse	165
V	Die Korrespondenzanalyse	166
ANHANG II		169
I	Die Typologien der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit, der Neutralitätsauffassung und des Rollenbildes von Frauen	177
II	Korrespondenzanalyse verschiedener Sicherheitsaspekte	177
ANHANG III		185
	Fragebogen und prozentuale Häufigkeiten	185

VORWORT

Der vorliegende Jahresband 2002 ist der vierte der 1999 begonnenen Reihe „Sicherheit“. Ziel dieser Publikation ist es, Tendenzen und längerfristige Trends in der aussen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbildung der Schweizer Bevölkerung mittels Repräsentativerhebungen aufzuzeigen und verständlich zu machen. Damit werden Studien zusammengefasst und leichter greifbar gemacht, die seit 1991 von der *Militärakademie (MILAK) an der ETH* und von der *Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse (FSK) der ETH Zürich* in enger Zusammenarbeit, aber zum Teil in separaten Publikationen vorgelegt wurden. Diese Reihe entspricht einerseits dem grossen öffentlichen Interesse an sicherheitspolitischen Fragen. Andererseits soll sie eine leicht zugängliche Informationsgrundlage für die Beobachtung längerfristiger Trendentwicklungen abgeben. Zu diesem Zwecke werden im Jahresrhythmus wichtige aussen-, sicherheits- und verteidigungspolitische Grundeinstellungen in unveränderter Weise erhoben und im Zeitvergleich dargestellt und interpretiert. Die Herausgeber hoffen, damit auch den langfristigen Interessen der Politik, der Wissenschaft und der Öffentlichkeit zu dienen. Ergänzend ist dem Band eine „Chronologie potenziell meinungsbildender Ereignisse“ sowie ein *Abstract* in vier Sprachen und eine Zusammenfassung der Ergebnisse in Deutsch, Französisch und Englisch beigegeben.

Neben den erwähnten Standardfragen werden jährlich ergänzende Themata aufgegriffen. Dieses Jahr gilt ein vertieftes Interesse den allgemeinen Sicherheitsempfindungen in der Bevölkerung nach den Terrorangriffen vom 11. September 2001 und den Beziehungen der BürgerInnen zum schweizerischen Staat. Ein spezielles Augenmerk gilt ferner den Kenntnissen rund um die Reform „Armee XXI“ und der Bereitschaft von Frauen, sich in den Sicherheitsinstitutionen zu engagieren.

Die Herausgeber und Autoren danken Barbara Gleich, Daniel Trachsler und Marco Zanoli von der FSK für die Projektkoordination, die Datenbeschaffung zur Chronologie und die Herstellung des Layouts. Sie bedanken sich bei Silvia Rüesch, Elisabeth Matousek und Luca Bertossa für die Abbildungen sowie die französische und italienische Übersetzung. Für die Durchsicht des Manuskripts bedanken sie sich bei Anna Locher, Christian Nünlist, Michael Brunner und Thomas Hunziker.

Prof. Dr. Kurt R. Spillmann

Forschungsstelle für
Sicherheitspolitik und
Konfliktanalyse der ETHZ

Prof. Dr. Karl W. Haltiner

Militärakademie
an der ETHZ

Prof. Dr. Andreas Wenger

Forschungsstelle für
Sicherheitspolitik und
Konfliktanalyse der ETHZ

Kurzzusammenfassung

Das allgemeine Sicherheitsempfinden der SchweizerInnen ist auch anfangs 2002 auf dem gewohnt hohen Niveau. 86% (-1%) geben an, sich in der heutigen Zeit „sehr“ oder „eher sicher“ zu fühlen. Dies mag nach den Ereignissen des 11. Septembers 2001 überraschen, zeigt aber einmal mehr, dass isolierte Ereignisse sich in der Regel nur kurzfristig auf Grundstimmungen auswirken.

Innen- und Aussenwahrnehmung unterscheiden sich deutlich voneinander. Während man die nähere Zukunft der Schweiz weiterhin optimistisch beurteilt, herrscht bezüglich der weltpolitischen Situation eine im Vergleich zu den letzten Jahren pessimistischere Einschätzung vor.

Die aussenpolitische Öffnungsbereitschaft lässt weiter nach. Zur anhaltenden europapolitischen Skepsis gesellt sich neu auch eine grössere Zurückhaltung in Fragen der sicherheitspolitischen Kooperation hinzu. So sind erstmals seit sechs Jahren weniger als zwei Drittel der Befragten für Schweizer Uno-Friedenstruppen.

Die Schweizer Neutralität ist als Prinzip unumstritten. Was jedoch die konkrete politische Umsetzung der Neutralität angeht, so bestehen sehr unterschiedliche Auffassungen in der Bevölkerung.

Die Überzeugung, dass die Armee notwendig sei, ist unter den jungen SchweizerInnen weiter verbreitet als in den letzten Jahren. Die Milizwehrform hat an Zustimmung gewonnen und wird einer Berufsarmee gegenwärtig wieder vorgezogen.

Condensé

L'enquête menée au début 2002 auprès des Suisse(sse)s montre, cette année aussi, que le sentiment général de sécurité est élevé. 86% (-1%) affirment se sentir aujourd'hui «très en sécurité» ou «plutôt en sécurité». Cela peut paraître surprenant après les événements du 11 septembre 2001, mais montre une fois de plus que des événements isolés n'influencent le climat général qu'à court terme.

Des relevés il ressort que la perception de la situation nationale diffère sensiblement de la perception de la situation internationale. Alors que l'on se montre optimiste quant au proche avenir de la Suisse, l'appréciation de la situation internationale est davantage empreinte de pessimisme, comparée aux années précédentes.

En ce qui concerne la politique étrangère, la volonté d'ouverture continue de faiblir. L'eurosepticisme, constaté déjà ces années passées, est accompagné d'une nouvelle tendance, soit d'une plus grande retenue quant à la coopération dans le domaine de la politique de sécurité. Ainsi, pour la première fois depuis six ans, moins de deux tiers des personnes interrogées se montrent en faveur de troupes suisses onusiennes pour le maintien de la paix.

La neutralité suisse en tant que principe est incontestée. Cependant, au sein de la population, les opinions divergent quant à l'application politique concrète de la neutralité.

D'avantage de jeunes Suisse(sse)s que les années précédentes sont convaincu(e)s de la nécessité de l'armée. La milice en tant que structure de l'armée a gagné du terrain et est actuellement à nouveau préférée à l'armée de métier.

Riassunto

La sensazione generale di sicurezza delle cittadine e dei cittadini svizzeri è, anche all'inizio del 2002, elevata quanto in passato. L'86% (-1%) degli intervistati affermano di sentirsi al giorno d'oggi "molto" o "abbastanza sicuri". Ciò può sorprendere, se si pensa a quanto accaduto l'11 settembre 2001. Mostra però ancora una volta come avvenimenti isolati esercitino di regola un'influenza isolata e temporalmente limitata sugli stati d'animo della popolazione.

La percezione relativa al futuro della situazione internazionale differisce da quella relativa alla situazione interna. Se il futuro prossimo della Svizzera viene giudicato sempre ancora positivamente, per ciò che concerne la situazione politica mondiale vi è maggior scetticismo rispetto agli ultimi anni.

La disponibilità all'apertura politica verso l'estero diminuisce nuovamente. Al costante scetticismo verso la politica europea si aggiunge, ed è una novità, una circospezione maggiore che in passato nei confronti della cooperazione internazionale a livello di politica di sicurezza. Per la prima volta da sei anni a questa parte meno di due terzi degli intervistati si esprimono a favore del servizio di soldati svizzeri nell'ambito delle truppe di pace dell'Onu.

La neutralità svizzera, come principio di base, rimane indiscussa. Per ciò che però concerne la messa in pratica concreta della neutralità vi sono, fra la popolazione, punti di vista molto divergenti.

La convinzione della necessità dell'esercito è presente fra le giovani svizzeri in percentuale maggiore che negli scorsi anni. Il principio dell'esercito di milizia riscuote favori maggiori che in un recente passato e viene attualmente di nuovo preferito al principio di un esercito composto da professionisti.

Abstract

The general feeling of security among the Swiss is as high as ever at the start of the year 2002. 86% (-1%) declare that – in this day and age– they feel “very” or “rather secure”. This may come as a surprise after the events of 11 September 2001, but it proves once more that – as a rule – isolated events have only short term effects on the general atmosphere.

The public perception of the global political situation differs markedly from the one on domestic affairs. While one takes an optimistic stance concerning the near future of Switzerland, a more pessimistic attitude – in comparison to previous years – is predominant when it comes to the global political situation.

The willingness to open Switzerland is further diminishing. The enduring skepticism towards European policies is joined by a growing reservation in questions of security cooperation. For the first time in six years, less than two thirds of the people questioned support Swiss UN peacekeeping troops.

As a principle, Swiss neutrality is uncontested. Concerning the actual implementation of neutrality, however, very diverse attitudes among the population can be made out.

The conviction that the Swiss army is necessary is more widespread among the young Swiss than it has been in the last few years. The militia army format has gained support and is currently preferred to a professional army.

ZUSAMMENFASSUNG DER STUDIE „SICHERHEIT 2002“

Ziele und Datenbasis

Die Jahresstudien „Sicherheit“ der *Militärakademie an der ETH Zürich* in Zusammenarbeit mit der *Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktforschung der ETH Zürich* dienen der Trendermittlung der sicherheits- und wehrpolitischen Meinungsbildung in der Schweiz. Sie stützen sich auf im Jahres- oder Zweijahresrhythmus durchgeführte repräsentative Befragungen der Schweizer Stimmbevölkerung. Die Datenerhebung fand dieses Jahr im Monat Februar telefonisch bei 1201 Personen aus allen Sprachregionen statt. Die Stichprobenauswahl erfolgte nach dem „random-quota“-Verfahren. Die \pm -Prozentzahlen in Klammern geben die Differenz zum Vorjahr bzw. zur vorangehenden Erhebung an. In der Befragung 2002 liegt der mögliche Stichprobenfehler bei einem Sicherheitsgrad von 95% im ungünstigsten Fall bei $\pm 3\%$. Differenzen von weniger als $\pm 3\%$ zur vorgängigen Erhebung müssen als zufällig bzw. als nicht signifikant eingestuft werden.

Trends und Tendenzen

Sicherheits- und Bedrohungsempfinden: Das allgemeine Sicherheitsempfinden der SchweizerInnen ist auch anfangs 2002 auf dem gewohnt hohen Niveau. 86% (-1%) geben an, sich in der heutigen Zeit „sehr“ oder „eher sicher“ zu fühlen. Dies mag nach den Ereignissen des 11. September 2001 überraschen, zeigt aber einmal mehr, dass isolierte Ereignisse sich in der Regel nur kurzfristig auf Grundstimmungen auswirken. Zum 11. September wurden zwei explizite Fragen gestellt: Dabei äussern 11% die Ansicht, ihre Sicherheit sei seit dem 11. September eher mehr gefährdet als zuvor. Eine klare Mehrheit (47%) nimmt die eigene Sicherheit als gleich gefährdet wahr wie vor dem 11. September und 37% sagen aus, ihre Sicherheit sei gar nie gefährdet gewesen. Gar sicherer als vor den Ereignissen in New York fühlen sich 4%. Wird allerdings danach gefragt, ob es im Freundes- und Bekanntenkreis zu Änderungen der Befindlichkeit gekommen ist, scheint der 11. September doch nicht spurlos an den SchweizerInnen vorübergegangen zu sein: Immerhin 40% finden, Freunde und Bekannte seien seither eher ängstlicher geworden. Eine klare Mehrheit von 57% verneint allerdings auch diesbezüglich, dass eine Veränderung stattgefunden habe. Während man also eine gewach-

sene eigene Sicherheitsgefährdung mehrheitlich verneint, wird das eigene Umfeld in einem nicht zu unterschätzenden Ausmass als verunsichert wahrgenommen.

Was die Einschätzung der Wichtigkeit verschiedener Aspekte von Sicherheit angeht, so unterscheidet sich das Bild nicht erheblich von demjenigen des Vorjahres. Einsame Spitzenreiterin ist die familiäre Geborgenheit, die von 55% (-1%) der Befragten als ausserordentlich wichtig angesehen wird. Dahinter folgt ein breites Mittelfeld von ähnlich wichtigen Aspekten wie die erstmals erfragte Sicherheit vor Terrorismus (für 37% ausserordentlich wichtig), die Sicherheit vor Verbrechen und Kriminalität (36%, -6%), die Gewährleistung der demokratischen Grundrechte (36%, -5%), die soziale Sicherheit (36%, -4%), die Sicherheit des Einkommens (35%, +1%), die Arbeitsplatzsicherheit (34%, -2%) sowie die ökologische Sicherheit (32%, -5%). Ruhe und Ordnung erachtet gut ein Viertel der Befragten als ausserordentlich wichtig (26%). Die militärische Sicherheit ist für 16% von ausserordentlicher Wichtigkeit ($\pm 0\%$).

Auch was den Zukunftsoptimismus der SchweizerInnen angeht, kann das eigene Land betreffend kein signifikanter Rückgang festgestellt werden. Drei Viertel schätzen die nähere Zukunft der Schweiz sehr oder eher optimistisch ein (75%, -2%). Noch 1998 hatten lediglich sechs von zehn Befragten diese optimistische Grundhaltung geteilt. Während also die Binnenwahrnehmung von Optimismus geprägt ist, ist bezüglich des weltpolitischen Geschehens eine deutlich gedämpfte Stimmung zu konstatieren. Noch 51% (-8%) gehen von einer entspannteren oder zumindest gleichbleibenden Lage in den nächsten fünf Jahren aus. Dabei hat insbesondere die in den letzten beiden Jahren dominierende Ansicht, die Weltlage entwickle sich stabil, deutlich an AnhängerInnen verloren (41%, -10%). Eine relative Mehrheit der Befragten ist nun wieder der Auffassung, die weltpolitische Lage werde in den nächsten fünf Jahren düsterer und angespannter (47%, +7%).

Die Innen- und die Aussenwahrnehmung unterscheiden sich also deutlich voneinander. Während man die nähere Zukunft der Schweiz weiterhin optimistisch beurteilt, herrscht bezüglich der weltpolitischen Situation eine pessimistische Einschätzung vor.

Trotz dieser im Vergleich zu den letzten beiden Erhebungen veränderten Wahrnehmung der internationalen Lage haben einige schon mehrfach berichtete Zusammenhänge auch weiterhin Gültigkeit. Wer die Zukunft der Schweiz optimistisch beurteilt, neigt tendenziell auch zu einer günstigeren Einschätzung der weltpolitischen Lage ($CC=0.32$). Ebenfalls bleibt der regelmässig zu findende Zusammenhang zwischen dem allgemeinen Sicherheitsgefühl und der Einschätzung der Binnenentwicklung bestehen. Dieser kann auf die Formel „je sicherer, desto optimistischer“ gebracht werden ($CC=0.27$).

Die Armeekzeptanz ist dagegen weder von der Binnen- noch von der Aussenwahrnehmung abhängig. Ob man die Zukunft eher optimistisch oder eher pessimistisch einschätzt, tangiert die Armeekzeptanz nicht. Hingegen besteht ein leichter Zusammenhang zwischen der Beurteilung der weltpolitischen Lage und der Art der bevorzugten Wehrstruktur. Wer der Zukunft des Weltgeschehens mit Optimismus entgegensieht, neigt eher dazu, eine Berufsarmee zu bevorzugen, wogegen sich unter den diesbezüglichen PessimistInnen tendenziell mehr Unterstützung für das Milizsystem findet (CC=0.14).

Vertrauen in Behörden und Institutionen: Auch in diesem Jahr wurden die befragten StimmbürgerInnen gebeten, zwischen einem und zehn Vertrauenspunkte an sieben verschiedene Institutionen zu vergeben. Unter diesen ist die Polizei die einzige, die seit 1997 ihren Vertrauenswert jedes Jahr steigern konnte. Heuer liegt er bei 7.05 Punkten (+0.06). Mit Ausnahme der Armee (6.37, ± 0.00) büssten dagegen alle anderen Institutionen im Vergleich zur letztjährigen Befragung an Vertrauen ein. Dies gilt insbesondere für die Wirtschaft (6.06, -0.70), trifft aber in geringerem Ausmass auch auf den Bundesrat (6.45, -0.45), das Parlament (6.15, -0.17) und die Gerichte (6.59, -0.15) zu. Das Ende der Rangliste zieren auch dieses Jahr die Medien, allerdings nimmt sich ihre Vertrauenseinbusse nur sehr gering aus (4.89, -0.07).

Staatsbeziehung: Die Beziehung zum Staat unterliegt einem Wandel. Sowohl die Gewährleistung der Sicherheit wie auch jene der persönlichen Freiheit liegt den SchweizerInnen gleichermassen am Herzen, wobei die Betonung des freiheitlichen Aspekts im Zeitverlauf leicht zugelegt zu haben scheint. Eine zeitstabile Mehrheit von durchschnittlich 60% steht hinter einem starken Leistungsstaat, der sich um das materielle Wohlergehen seiner BürgerInnen kümmern soll. Die seit 1983, dem Zeitpunkt der ersten Messung, leicht gesunkene nationale Identifikation mit der Schweiz scheint derzeit eine leichte Renaissance zu erfahren. Bei der Einschätzung der Rechte-Pflichten-Bilanz gibt sich eine relative Mehrheit (41%) zufrieden, nur eine Minderheit (20%) unzufrieden. Ein rundes Drittel will sich diesbezüglich nicht festlegen (39%). Die RomandEs und die TessinerInnen sind deutlich weniger staatszufrieden als die Deutschschweizer Mehrheit.

Politische Engagementbereitschaft und Orientierung: Bekannten sich 1983 rund zwei Drittel der befragten Stimmbevölkerung zur Norm, wonach unsere Demokratie nur funktionieren könne, wenn alle BürgerInnen bereit seien, ein öffentliches Amt zu übernehmen, wenn sie dazu angefragt würden, so ist dies 2002 nur noch die Hälfte. Parallel dazu hat sich die Meinung, eine Demokratie funktioniere auch dann, wenn sich nur die Interessierten an Wahlen und Abstimmungen beteiligten, von 41% auf 48%

erhöht. Tendenziell hat die grundsätzliche Bereitschaft, politische Änderungen zu fordern, seit 1983 moderat zu-, die Bewahrungshaltung entsprechend abgenommen.

Zwischen dem Sicherheitsempfinden, dem Vertrauen in die Institutionen der Schweiz und der eigenen politischen Orientierung besteht ein Zusammenhang. Wer dem gesellschaftlichen Zentrum angehört – 30–59-jährig, mittel bis hoch gebildet, erwerbstätig, in der deutschen Schweiz wohnhaft – fühlt sich überdurchschnittlich sicher, gibt sich staatszufrieden und vertraut den staatlichen Institutionen über dem Mittel. Demgegenüber lassen sich zwei gesellschaftliche „Peripherien“ ausmachen. Die eine ist mit dem Staat unzufrieden, jedoch bewahrungsorientiert. Sie misstraut den Institutionen, fühlt sich verunsichert und stuft sich politisch eher rechts ein. Ihr gehören überdurchschnittlich Personen aus der Südschweiz, solche mit tiefem Bildungsabschluss und, in der Tendenz allerdings schwächer, ältere Befragte an. Eine zweite soziale „Peripherie“ steht dem gesellschaftlichen Zentrum und den ordnungssichernden Institutionen (Polizei, Armee) distanziert und kritisch gegenüber. Sie neigt zur politischen Veränderungsorientierung, ist in Teilen jedoch politisch desengagiert. In ihr sind die jüngste Generation der 18–29-Jährigen, Personen mit höherem Bildungsabschluss sowie RomandEs überdurchschnittlich vertreten.

Internationale Kooperationsbereitschaft: Bereits vor Jahresfrist war bezüglich der Annäherungsbereitschaft an die EU ein deutlicher Rückgang konstatiert worden. Diese Tendenz bestätigt sich in diesem Jahr: Noch 53% (–6%) der Befragten befürworten eine stärkere Annäherung an die Union. Dass ein EU-Beitritt zurzeit keine Volksmehrheit findet, vermag deshalb nicht zu überraschen (40%, ±0%). Im August 1999 hatten noch 57% einen Beitritt befürwortet. Ein ohne Zweifel wichtiger Grund für die Europa-Skepsis ist ökonomischer Natur: Nur 20% glauben, dass die wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz im Falle eines EU-Beitritts günstiger verlaufen würde. 36% sind der Überzeugung, die wirtschaftliche Entwicklung würde gleich verlaufen, während eine relative Mehrheit von 39% im Falle eines EU-Beitritts negative wirtschaftliche Folgen für die Schweiz befürchtet. Der Aussage, „die Schweiz sollte der Uno beitreten“ stimmten im Februar 2002 wie schon in den letzten drei Erhebungen rund 60% zu (58%, +1%). Wird der Uno-Beitritt als eigentliche „Sonntagsfrage“ thematisiert, so wollen ihm 56% zustimmen – eine ziemlich präzise Prognose des Abstimmungsergebnisses vom 3. März 2002. Gar 59% gingen im Februar 2002 davon aus, dass die Mehrheit der Bevölkerung der Initiative zustimmen werde.

Seit 1996 gibt es in der Schweizer Stimmbevölkerung eine Mehrheit für Uno-Friedenstruppen aus der Schweiz. Die letzten sechs Erhebungen hatten stets eine Gutheissung durch mindestens zwei Drittel der Befragten ergeben. Zwar spricht sich auch heuer eine

klare Mehrheit von 58% für Schweizer Uno-Truppen aus, doch entspricht dies einem markanten Rückgang von 10%. Angesichts der gedämpften Stimmung gegenüber Schweizer Uno-Friedenstruppen ist es kaum verwunderlich, dass auch eine Annäherung an die Nato auf grössere Kritik stösst. Lediglich ein Drittel der Befragten (-11%) befürwortet eine solche. Ein Nato-Beitritt kommt nur für jede/n Fünfte/n in Frage (-8%). Dies entspricht dem geringsten Anteil seit 1996.

Die eher zurückhaltende Stimmung bezüglich eines aussenpolitischen Engagements beschränkt sich nicht nur auf die Sicherheitspolitik. Auch die Unterstützung für eine sogenannte „weiche“ aussenpolitische Kooperation ist rückläufig. Während zwischen 1996 und 2001 stets rund drei Viertel eine aktivere Rolle der Schweiz bei internationalen Konferenzen wünschten, sind es 2002 noch 69% (-8%). Auch eine intensivere Konfliktvermittlung durch unser Land wurde vor Jahresfrist noch häufiger als Desiderat wahrgenommen (68%, -4%). Über der Marke von 50% konnte sich die Zustimmung zur Erhöhung der Entwicklungshilfe halten, die lediglich leicht geringer ausfällt als im Vorjahr (52%, -3%). Unverändert sind zudem sieben von zehn Befragten der Auffassung, die Schweiz sollte ihren Stellenwert als Sitz des IKRK mehr ins Spiel bringen (71%, +1%).

Der auf 19 Fragen beruhende Index der internationalen Kooperationsbereitschaft weist in diesem Jahr im Vergleich zum Vorjahr eine Akzentverschiebung auf. Während sich nämlich zu einer „harten“ Öffnung – also einer internationalen Kooperation, die auch mögliche nationale Souveränitätseinbussen hinnimmt – nur noch 27% (-5%) der Befragten bekennen, vermag die „weiche“ Form der internationalen Kooperation am meisten StimmbürgerInnen anzuziehen (39%, +5%). Bei der „weichen“ Form der aussenpolitischen Öffnung ist die internationale Kooperation zwar zu optimieren – allerdings möglichst unter Beibehaltung der vollen nationalen Souveränität. Viel spricht dafür, dass seit der letzten Erhebung einige Personen aus dem Lager der „harten“ Öffnungswilligen in jenes der „weichen“ Öffnungsbereiten gewechselt haben.

Als „Autonomisten“ werden in dieser Typologie jene Personen bezeichnet, die jede Intensivierung internationaler Beziehungen ablehnen. Sie machen weiterhin ein Drittel der Befragten aus (34%, ±0%). Zwei Drittel der Befragten sind somit grundsätzlich für eine weitere Öffnung des Landes zu gewinnen. Diese Öffnung soll aber, wenn es nach der Mehrheit geht, möglichst ohne Preisgabe der nationalen Souveränität bewerkstelligt werden. Beitritte zu Bündnissen wie der EU oder gar der Nato haben deshalb bis auf weiteres beim Stimmvolk keine Chance.

Betrachtet man die gesamte Stimmbevölkerung und berücksichtigt auch jene Personen, die sich keinem der drei Kooperationstypen zuordnen lassen,¹ neigen 47% (-4%) zu einer Intensivierung der internationalen Kooperation und weiteren Öffnung des Landes.

Neutralität: Die schon seit jeher hohe Befürwortung der Neutralität liegt im Februar 2002 gar auf dem höchsten Stand seit 1989. Beinahe neun von zehn Schweizer StimmbürgerInnen wollen, dass die Schweiz neutral bleibt (89%, +6%). Insbesondere eine der sicherheitspolitischen Funktionen der Neutralität wird in diesem Jahr wieder stärker betont. Es ist dies die Überzeugung, die Schweiz werde durch ihre neutrale Haltung nicht in internationale Konflikte hineingezogen (57%, +9%). Weniger Sukkors als im Vorjahr findet dagegen die Vorgabe, die bewaffnete Neutralität trage zur Sicherheit und Stabilität in Europa bei (49%, -3%). Auch ist knapp die Hälfte der Befragten der Meinung, die Neutralität könne militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden.

Die hohe generelle Zustimmung zum Prinzip Neutralität ist also nicht zu verwechseln mit einer undifferenzierten Befürwortung sämtlicher ihrer Funktionen. Während bis Mitte der neunziger Jahre eine traditionalistische Neutralitätsauffassung, die in erster Linie den Ziel- und Identitätscharakter der Neutralität betont, dominierte, sind inzwischen zwei andere Einstellungsformen gegenüber der Neutralität ebenso weit verbreitet. Da sind zum einen die Neutralitätspragmatiker (27%, -2%), welche die Neutralität eher unter nüchternen Kosten-Nutzen-Aspekten betrachten, und zum anderen jene Personen, die der Neutralität eine ambivalente, teilweise gar widersprüchliche Haltung entgegenbringen. Letztere werden von uns als Neutralitätsdissonante bezeichnet (28%, +3%). Ihr relativ grosser Anteil weist auf die zunehmende Komplexität einer neutralen Haltung in der heutigen Zeit hin. Zu diesen drei ähnlich stark verbreiteten Neutralitätsauffassungen gesellt sich eine vierte, die Neutralitätskritik, die bei etwas unter 20% liegt (18%, ±0%).²

Sicherheitspolitische internationale Kooperation: Exakt der gleiche Prozentanteil wie 2001 ist der Auffassung, die nationale Sicherheit werde immer mehr von anderen Staaten bestimmt (53%). Zwischen 1997 und 2000 waren stets rund 60% mit dieser Vorgabe einverstanden gewesen. Im Jahr 2000 fand in der öffentlichen Einstellung zu Auslandeinsätzen von Schweizer Soldaten eine eigentliche Trendwende statt. Damals wurde nämlich erstmals nicht der rein unterstützende, sondern der friedenssichernde

1 29% der Befragten lassen sich keinem der drei Kooperationstypen zuordnen. Die Prozentzahlen zu den drei Kooperationstypen beziehen sich deshalb lediglich auf 853 Personen.

2 24% der Befragten lassen sich keinem der vier Neutralitätstypen zuordnen. Die Prozentzahlen zu den vier Neutralitätstypen beziehen sich deshalb lediglich auf 918 Personen.

Einsatz, der eine Bewaffnung zum Selbstschutz vorsieht, von den befragten SchweizerInnen favorisiert. Daran hat sich seither nichts geändert. Im Februar 2002 bevorzugten 46% (-3%) die Friedenssicherung, während sich 32% (+1%) für den unterstützenden Einsatz aussprechen. Dass Schweizer Soldaten im Ausland auch zu Kampfeinsätzen kommen, bleibt weiterhin nur für eine verschwindend kleine Minderheit denkbar (7%, ±0%). Für 13% (+1%) ist jede Art des Engagements von Schweizer Armeeingehörigen ausserhalb der Landesgrenzen abzulehnen. Rund 85% der Schweizer StimmbürgerInnen können sich also eine der drei oben genannten Formen eines Auslandseinsatzes von Schweizer Soldaten vorstellen. Favorisiert wird dabei eindeutig die Friedenssicherung, die zum Selbstschutz auch eine Bewaffnung vorsieht.

Militärische Landesverteidigung: Auch in diesem Jahr mögen sieben von zehn Befragten der Vorgabe zustimmen, dass die Armee notwendig sei (71%, ±0%). Unterteilt man die Gesamtstichprobe in drei Altersgruppen, so fällt der Zustimmungsanstieg unter den Jungen auf (18–29 Jahre: 61%, +7%), während in der mittleren Altersgruppe der 30–59-Jährigen keine Veränderung festzustellen ist (68%). Unter den Personen ab 60 Jahren fällt die Zustimmung zur Armeenotwendigkeit für einmal etwas geringer aus, dies allerdings auf überdurchschnittlich hohem Niveau (84%, -6%). Noch 1999 hatte übrigens weniger als die Hälfte der 18–29-Jährigen die Armee als notwendig erachtet.

Miliz und Wehrpflicht: In den letzten drei Erhebungen wurde jeweils über eine anteilmässige Pattsituation zwischen BefürworterInnen einer Berufs- und AnhängerInnen einer Milizarmee berichtet. Im Februar 2002 schwingt das Pendel nun wieder deutlicher zugunsten der Milizarmee aus, die von 50% der Befragten bevorzugt wird (+5%). Demgegenüber sank der Anteil jener Personen, die eine Berufsarmee befürworten, auf 40% (-5%). Wiederum ist die markanteste Veränderung unter den 18–29-Jährigen zu verzeichnen. In dieser Altersgruppe sind nun die Lager der Miliz- und der Berufsarmee-BefürworterInnen praktisch gleich gross (46% bzw. 48%). Noch im Vorjahr wurde in dieser Altersgruppe eine Berufsarmee zu 60% bevorzugt.

Armeereform XXI: Von der Armeereform XXI haben gemäss eigenem Bekunden im Februar 2002 sieben von zehn Befragten gehört, etwas gesehen oder gelesen. Das Wissen um die „Armee XXI“ scheint offenbar in erster Linie eine Männersache zu sein, da 82% der Männer, aber nur 59% der Frauen über die Umstrukturierung der Schweizer Armee Bescheid wissen. Die Antworten auf sechs Wissensfragen zur Armee XXI zeigen ein bemerkenswert gutes Grundwissen bei denjenigen Personen, die schon von der Armeereform gehört haben. Besonders verbreitet ist das Wissen um die Bestandesverkleinerung der Schweizer Armee (79%) und um die Möglichkeit von Durchdienersoldaten (79%). Es zeigt sich, dass die Armeereform XXI von der Bevölkerung in der

Regel als organisatorische Neustrukturierung oder als Neukonzeption der Arme wahrgenommen wird.

Befragte, die von der Reform Kenntnis haben, heissen sie zu 33% gut, zu 42% teilweise gut. 7% lehnen sie ab und 18% haben sich noch keine Meinung dazu gebildet. Nicht weiter erstaunlich ist, dass Befragte, welche über die einzelnen Änderungen der Armee XXI schlecht informiert sind, diese auch eher ablehnen.

Das Engagement der Frauen im Sicherheitsbereich: Allgemein geben Frauen an, sich in der heutigen Zeit weniger sicher zu fühlen als Männer. Während sich 40% aller Männer sehr sicher geben, beträgt dieser Wert bei der weiblichen Bevölkerung der Schweiz bloss 28%. Trotzdem interessieren sich Frauen signifikant weniger für Sicherheitspolitik als Männer. 47% der weiblichen Befragten gegenüber 61% der Männer lassen sich den Kategorien „sehr starkes“ Interesse und „recht starkes“ Interesse zuordnen.

Die weibliche Bevölkerung steht einem Engagement von Frauen im Rahmen des Zivil- oder Bevölkerungsschutzes eher skeptisch gegenüber. Die Bereitschaft, freiwillig im Rahmen des Zivil- oder Bevölkerungsschutzes einen Kurs zu besuchen, bringen 32% der Frauen auf. Fast gleich viele Frauen (31%) würden indessen an einem Kurs nur teilnehmen, wenn dieser obligatorisch wäre. Gegen die Betätigung von Frauen in den sicherheitsrelevanten Institutionen sind 16% der weiblichen Befragten. Aus Gründen des Alters oder der Gebrechlichkeit wäre für 17% der Frauen ein solcher Kursbesuch ausgeschlossen. Wenn sie um Rat gefragt würden, könnten SchweizerInnen einer ihnen bekannten Frau vor allem ein Engagement im „sozialen Dienst zugunsten der Gemeinschaft“ (91%) empfehlen. Ebenfalls eine Mehrheit der Bevölkerung würde Frauen den Rotkreuzdienst der Armee (79%), den Zivilschutz (72%) und die örtliche Feuerwehr (64%) empfehlen. Hingegen würden nur 41% der Befragten einer ihnen bekannten Frau den Eintritt in die Armee nahe legen.

Sicherheitspolitisches Interesse: Der Anteil derjenigen, die angeben, sich „sehr“ oder „eher“ für Fragen der nationalen Sicherheit zu interessieren, liegt tiefer als im Vorjahr (54%, -6%). Auch hier kann also keine Interessensintensivierung als Folge der Ereignisse des 11. Septembers (mehr) eruiert werden. Der Interessensrückgang deutet möglicherweise sogar auf einen gewissen Überdruß in Bezug auf das Thema Sicherheit hin.

RÉSUMÉ DE L'ÉTUDE «SÉCURITÉ 2002»

Buts et bases des données

Les études annuelles «sécurité» conduites par l'Académie militaire à l'ETH de Zurich en collaboration avec le Centre de recherche sur la politique de sécurité et la polé-mologie de l'ETH de Zurich servent à évaluer les tendances de l'opinion suisse en matière de politique de sécurité et de défense. Ces études se basent sur des enquêtes représentatives, menées annuellement ou bisannuellement auprès des Suisse(sse)s ayant le droit de vote. Cette année, le relevé des données a été effectué par téléphone au mois de février auprès de 1201 personnes de toutes les régions linguistiques. L'échantil-lonnage a eu lieu selon le procédé «random-quota». Les pourcentages \pm entre paren-thèses indiquent la différence par rapport à l'année précédente, soit par rapport au pré-cédant relevé. L'erreur éventuelle de l'échantillonnage du sondage 2002 est, dans le cas le plus défavorable, de $\pm 3\%$ pour un degré de fiabilité de 95%. Les différences de $\pm 3\%$ par rapport au précédent relevé doivent être considérées comme fortuites et donc insignifiantes.

Courants et tendances

Perception de la sécurité et de la menace: L'enquête menée au début 2002 auprès des Suisse(sse)s montre, cette année aussi, que le sentiment général de sécurité est élevé. 86% (-1%) des personnes interrogées disent se sentir aujourd'hui «très en sécurité» ou «plutôt en sécurité». Cela peut surprendre après les événements du 11 septembre 2001, mais montre une fois de plus que des événements isolés n'influencent le climat général qu'à court terme. Deux questions explicites ont été posées concernant le 11 septembre. A ce sujet, les relevés des réponses révèlent que 11% sentent leur sécurité plutôt davan-tage menacée depuis le 11 septembre 2001. Une nette majorité (47%) a un sentiment de sécurité inchangé depuis le 11 septembre 2001 et 37% affirment que leur sécurité n'a jamais été menacée. 4% des personnes interrogées se sentent même davantage en sécurité qu'avant les événements de New York. Toutefois, demande-t-on aux Suisse-(sse)s si la perception de la sécurité a changé au sein de leur cercle d'amis et de connaissances, il semble que le 11 septembre n'est pas passé sans laisser de traces. En effet, 40% trouvent que leurs amis et connaissances sont devenus plus anxieux, mais,

57%, soit une nette majorité, ne pensent pas que cette perception de la sécurité ait changé. Il ressort donc clairement qu'on ne sent pas sa propre sécurité davantage menacée, mais que celle de l'entourage des personnes sondées est perçue comme plus menacée, cela dans une proportion non-négligeable.

Comparée à l'année précédente, l'appréciation des divers aspects de la sécurité n'a pas beaucoup changé. En tête se trouve la sécurité familiale que 55% (-1%) des personnes interrogées trouvent extrêmement importante. Elle est suivie d'un gros peloton d'aspects auxquels la même importance est attribuée. Parmi ces aspects figurent la sécurité face au terrorisme, question posée pour la première fois (pour 37% extrêmement importante), la prévention des crimes et de la criminalité (36%, -6%), la garantie des droits démocratiques fondamentaux (36%, -5%), la sécurité sociale (36%, -4%), la sécurité du revenu (35%, +1%), la sécurité de l'emploi (34%, -2%) et la sécurité écologique (32%, -5%). Plus d'un quart des personnes interrogées considèrent la sûreté publique comme extrêmement importante (26%). Pour 16% des sondés la sécurité militaire est extrêmement importante ($\pm 0\%$).

L'optimisme des Suisse(sse)s en ce qui concerne l'avenir de la Suisse, n'accuse pas de baisse sensible. Trois quarts des personnes questionnées sont «très» ou «plutôt optimistes» quant au proche avenir de la Suisse (76%, -2%). En 1998 seuls six personnes sondées sur dix partageaient cette attitude optimiste. Alors que la perception de la situation nationale est empreinte d'optimisme, l'appréciation de la situation internationale est plus tempérée. 51% (-8%) s'attendent à une détente ou au moins à une situation inchangée dans les cinq prochaines années. Ainsi, spécialement ces deux dernières années, le nombre des personnes croyant que la situation internationale évolue avec constance a sensiblement diminué (41%, -10%). Une majorité relative des personnes interrogées est à nouveau d'avis que la situation internationale sera plus sombre et plus tendue ces cinq prochaines années (47%, +7%).

On constate donc que la perception de la situation de la Suisse diffère de la perception de la situation internationale. Alors que l'on se montre optimiste quant au proche avenir de la Suisse, le pessimisme prévaut en ce qui concerne la situation internationale.

Bien que la perception de la situation internationale ait changé par rapport aux deux derniers relevés, quelques corrélations statistiques gardent leur validité: Celui qui se montre optimiste quant à l'avenir de la Suisse a tendance à considérer la situation internationale avec optimisme ($CC=0.32$). Une autre corrélation existe entre la perception de la sécurité et la perception de l'avenir de la Suisse. Cette corrélation peut se résumer par l'affirmation: «plus on se sent en sécurité, plus on est optimiste» ($CC=0.27$).

Par contre, l'acceptation de l'armée ne dépend ni de l'appréciation de la situation nationale ni de l'appréciation de la situation internationale. Que l'on se montre optimiste ou plutôt pessimiste en ce qui concerne l'avenir n'influence pas l'acceptation de l'armée. Par contre, une certaine corrélation existe entre l'appréciation de la situation internationale et la préférence accordée à la forme de structure de l'armée. Celui qui perçoit l'avenir avec optimisme a plutôt tendance à préférer une armée de métier, alors que celui qui se montre pessimiste a tendance à approuver le système de milice (CC=0.14).

Confiance dans les autorités et les institutions: Cette année aussi, les Suisse(sse)s ont été interrogés sur la confiance qu'ils accordent à sept institutions publiques différentes et ont été priés de leur octroyer entre un et dix points. Parmi ces institutions, la police est la seule qui enregistre depuis 1997 une valeur croissante. Cette année, elle obtient 7.05 points (+0.06). Toutes les autres institutions, excepté l'armée (6.37, ±0.00), ont par contre subi une baisse de confiance par rapport au sondage de l'année passée. Cette diminution touche spécialement l'économie (6.06, -0.70), le Conseil fédéral – quoique dans une proportion plus faible – (6.45, -0.45), le Parlement (6.15, -0.17) et les tribunaux (6.59, -0.15). Les médias se retrouvent aussi cette année en queue de liste, toutefois la perte de confiance à leur égard est très faible. (4.89, -0.07).

Relations avec l'Etat: Les relations des Suisses avec l'Etat sont en train de subir une mutation. La garantie de la sécurité et de la liberté personnelle sont deux valeurs auxquelles les Suisses sont attachés dans une même proportion. Toutefois, globalement, l'aspect lié à la liberté semble gagner légèrement du terrain. Une majorité constante de 60% en moyenne, est favorable à un état fort, dispensateur de services, soit se préoccupant du bien-être matériel de ses citoyen(ne)s. L'identification des Suisse(sse)s avec l'Etat, en légère baisse depuis le premier relevé en 1983, semble connaître une légère renaissance. L'évaluation du bilan des droits et des devoirs montre qu'une majorité relative des personnes interrogées (41%) est satisfaite et que seule une minorité (20%) est insatisfaite. Environ un tiers des personnes sondées n'ont pas voulu se prononcer (39%). Les Romands et Tessinois sont clairement moins satisfaits de l'Etat que la majorité des Suisses alémaniques.

Volonté à s'engager politiquement et opinions concernant la politique: En 1983, environ deux tiers des personnes interrogées ayant le droit de vote affirmaient que notre démocratie ne pouvait fonctionner que si chaque citoyen(ne) sollicité(e) était prêt(e) à assumer une fonction publique. En 2002, seule la moitié des sondés sont de cet avis. Parallèlement, le taux des personnes qui pensent qu'une démocratie fonctionne, même si seules les personnes intéressées participent aux élections et votations, a passé de 41% à 48%. Une tendance montre qu'en principe la volonté de changement politique s'est

accrue modérément depuis 1983 et par conséquent, que l'attitude conservatrice a diminué.

Notre enquête montre qu'il existe une corrélation entre la perception de la sécurité, la confiance dans les institutions suisses et les opinions individuelles relatives à la politique. Les personnes appartenant au «centre social», – soit les personnes entre 30 et 59 ans, ayant acquis un niveau de formation moyen ou supérieur, exerçant une profession et habitant en Suisse allemande, – ont un sentiment de sécurité supérieur à la moyenne. De plus, ces personnes sont satisfaites de l'Etat et leur confiance dans les institutions de l'Etat est supérieure à la moyenne. En marge de ce centre, on distingue deux «périphéries». L'une de ces «périphéries», comprend des personnes qui, bien que mécontentes de l'Etat, sont favorables à son maintien. Ce groupe de sondés se méfie des institutions, ne se sent pas en sécurité et se situe politiquement plutôt à droite. A cette catégorie appartiennent, majoritairement, des personnes du sud de la Suisse, des personnes ayant un niveau de formation bas et des personnes tendanciellement plus faibles, voire âgées. Une deuxième „périphérie sociale“, opposée au «centre social», se montre critique et distanciée envers les institutions assurant l'ordre public (police, armée). Les personnes appartenant à cette catégorie ont tendance à axer leur orientation politique sur le changement, sans vouloir pour autant s'engager dans la politique. Dans cette „périphérie sociale“ nous trouvons la jeune génération des 18 à 29 ans, des personnes ayant un niveau de formation supérieur ainsi qu'un nombre de RomandEs supérieur à la moyenne.

Volonté de coopération internationale: Déjà avant la fin de l'année 2001, on constate que la volonté de rapprochement avec l'UE est en net recul. Cette tendance se confirme cette année. En effet, seuls 53% des personnes interrogées approuvent un rapprochement plus fort avec l'Union (-6%). Il n'est donc pas étonnant de constater que seule une minorité approuverait une adhésion à l'UE (40%, ±0%). En août 1999, encore 57% des personnes questionnées se montraient en faveur de l'adhésion. Une des raisons de l'euro-scepticisme est sans doute de nature économique. Seuls 20% croient que l'essor économique de la Suisse serait plus important si la Suisse faisait partie de l'UE. Alors qu'une majorité relative de 39% craint des conséquences économiques négatives si la Suisse adhérerait à l'UE, 36% pensent que le développement économique serait inchangé. Comme lors des trois derniers relevés, l'affirmation selon laquelle «la Suisse devrait adhérer à l'ONU» recueille en février 2002 un taux d'approbation de 60% environ (58%, +1%). Lorsque cette question est posée dans le cadre «d'un sondage sur les intentions de vote», 56% déposeraient un «oui» dans l'urne – un pronostic assez précis des résultats de la votation du 3 mars 2002. En janvier, 59% des sondés pensaient que la majorité de la population suisse approuverait l'initiative.

Depuis 1996, une majorité de la population suisse ayant le droit de vote est favorable aux troupes suisses onusiennes de maintien de la paix. Dans les six dernières enquêtes elles sont approuvées par au moins deux tiers des personnes interrogées. Bien que l'on constate, cette année aussi, une nette majorité de 58% en faveur des troupes suisses onusiennes, ce taux, soit 10%, correspond à un important recul. En raison du sentiment peu enthousiaste envers les troupes suisses onusiennes, il n'est pas étonnant de constater qu'un rapprochement avec l'OTAN se heurte à une assez forte critique. Seul un tiers des personnes questionnées (-11%) approuve ce rapprochement. Un(e) Suisse(sse) sur cinq, seulement (-8%), est favorable à une adhésion à l'OTAN. C'est le plus faible taux enregistré depuis 1996.

Le sentiment de retenue face aux engagements sur la scène internationale ne se limite pas au seul domaine de la politique de sécurité. Le soutien apporté par les partisans d'une coopération dite «douce» en matière de politique étrangère faiblit également. Alors qu'entre 1996 et 2001 environ trois quarts des sondés désiraient que la Suisse joue un rôle plus actif dans les conférences internationales, ils ne sont plus que 69% (-8%) cette année. Avant la fin de l'année, les Suisse(sse)s souhaitaient davantage que la Suisse intensifie son rôle de médiation dans les conflits (68%, -4%). Le taux des personnes en faveur d'une augmentation de l'aide au développement se maintient au-dessus des 50%, mais, comparé à l'année précédente, il accuse une légère baisse (52%, -3%). De plus, sept personnes sondées sur dix, ce qui signifie un taux inchangé, sont d'avis qu'il faudrait souligner davantage l'importance de la Suisse comme siège du Comité international de la Croix-Rouge (71%, +1%).

Comparé à l'année précédente, l'index de volonté à la coopération internationale, basé sur 19 questions, révèle, cette année, un changement dans l'attribution des valeurs d'appréciation. Seuls 27% (-5%) sont encore partisans d'une ouverture «dure» – soit une coopération internationale impliquant d'éventuelles restrictions de souveraineté nationale –. Par contre, la forme de coopération «douce», semble être celle qui attire le plus de citoyen(ne)s (39%, +5%). Par ouverture «douce» en matière de politique étrangère on entend une optimisation de la coopération internationale, si possible en conservant la souveraineté nationale sans restriction. Il semblerait que, depuis les derniers relevés, quelques personnes ont passé du camp des partisans d'une ouverture «dure» à celui des partisans d'une ouverture «douce».

Dans cette typologie, nous avons défini comme «autonomistes» les personnes qui refusent toute intensification des relations internationales. Dans notre enquête, ils constituent un tiers des personnes questionnées (34%, ±0%). Ainsi, deux tiers se montrent en principe favorables à une plus large ouverture de la Suisse. Mais cette

ouverture doit, selon la majorité, se faire si possible sans abandonner la souveraineté nationale. Par conséquent, on peut conclure que l'adhésion à des alliances telles que l'Union européenne ou même l'OTAN n'a, pour le moment, pas de chance d'être approuvée par le peuple suisse.

En se référant à l'ensemble de la population suisse ayant le droit de vote, soit en incluant les personnes interrogées ne pouvant être assimilées à aucun type de l'index de coopération,³ les relevés montrent que 47% (-4%) approuvent une intensification de la coopération internationale ainsi qu'une plus large ouverture de la Suisse.

Neutralité: La neutralité qui jouit d'une cote de popularité traditionnellement élevée, atteint en février 2002 un taux record. Près de neuf citoyen(ne)s suisses sur dix veulent que la Suisse reste neutre (89%, +6%). Des relevés de cette année il ressort qu'une des fonctions de la neutralité obtient une appréciation particulièrement élevée. Il s'agit de la conviction que, grâce à son attitude neutre, la Suisse n'est pas impliquée dans les conflits internationaux (57%, +9%). Par contre, l'affirmation, selon laquelle la neutralité armée contribue à la sécurité et à la stabilité en Europe recueille un taux d'approbation moins élevé que l'année précédente (49%, -3%). De plus, près de la moitié des personnes interrogées sont d'avis que la neutralité ne peut plus être protégée avec crédibilité.

Signalons que l'approbation élevée de la neutralité, en tant que principe, ne peut se confondre avec l'approbation non-différenciée de toutes ses fonctions. Alors que prévalait jusqu'au milieu des années 90 une perception traditionaliste de la neutralité mettant l'accent sur le caractère de finalité et d'identité de la neutralité, deux autres perceptions de la neutralité sont actuellement tout aussi largement répandues. L'une représente les pragmatiques qui considèrent plutôt la neutralité sous l'angle du simple rapport coûts-avantages. L'autre représente les personnes qui ont une attitude ambivalente, même en partie contradictoire de la neutralité et que nous avons appelées dans notre enquête: personnes ayant des attitudes «discordantes» envers la neutralité (28%, +3%). Le pourcentage relativement élevé des personnes appartenant à ce dernier groupe montre la complexité croissante découlant d'une attitude neutre. A ces trois perceptions de la neutralité, dont les taux s'avoisinent, s'ajoute une quatrième perception, l'attitude

3 29% des personnes interrogées ne peuvent être assimilées à aucun des trois types de coopération. C'est pourquoi, les pourcentages des trois types de coopération ne se réfèrent qu'à 853 personnes.

critique envers la neutralité. Cette perception recueille un taux légèrement inférieur à 20% (18%, $\pm 0\%$).⁴

Coopération internationale en matière de politique de sécurité: L'affirmation selon laquelle notre sécurité nationale est de plus en plus déterminée par d'autres pays que par nous-mêmes recueille, dans nos relevés, un taux (53%) identique à celui de 2001. Entre 1997 et 2000, environ 60% étaient toujours d'accord avec cette affirmation. En revanche, en 2000, on a constaté un renversement de tendance au sein de l'opinion publique en ce qui concerne les engagements de soldats suisses à l'étranger. En effet, cette année-là pour la première fois, les citoyen(ne)s suisses sondé(e)s ont accordé leur préférence aux engagements de maintien de la paix avec des soldats armés pour l'autodéfense, et non aux engagements s'inscrivant uniquement dans le cadre de missions d'appui. Dès lors, la situation est restée inchangée. En février 2002, 46% (-3%) préférèrent les engagements de maintien de la paix, alors que 32% ($+1\%$) se montrent en faveur de missions d'appui. L'idée que des soldats suisses participent aussi à des engagements au combat à l'étranger n'est représentée que par une minorité insignifiante (7%, $\pm 0\%$). En outre, 13% ($+1\%$) refusent toute forme d'engagement de soldats suisses au-delà des frontières suisses. Environ 85% des citoyen(ne)s suisses peuvent imaginer une des trois formes d'engagement mentionnées ci-dessus en tant qu'engagements de soldats suisses à l'étranger. Dans cette appréciation, les missions de maintien de la paix avec des soldats armés pour l'autodéfense sont clairement privilégiées.

Défense nationale: Cette année aussi, sept personnes interrogées sur dix approuvent la nécessité d'une armée (71%, $\pm 0\%$). L'échantillon global, divisé en trois tranches d'âge, révèle, parmi les jeunes, un accroissement frappant du taux d'approbation pour l'armée (18 à 29 ans: 61%, $+7\%$), alors que celui-ci reste inchangé (68%) pour la tranche d'âge moyenne (30 à 59 ans). Parmi les personnes âgées de 60 ans et plus, la nécessité de l'armée recueille cette fois un taux d'approbation légèrement plus bas, quoique toujours très élevé (84%, -6%). Signalons, en outre, qu'en 1999 moins de la moitié des jeunes de 18 à 29 ans trouvait que l'armée était nécessaire.

Milice et obligation de servir: Les trois derniers sondages ont montré que l'armée de métier et l'armée de milice recueillaient autant de sympathisants. Mais en février 2002, les taux enregistrés font à nouveau pencher la balance plus nettement en faveur d'une armée de milice, préférée par 50% des personnes interrogées ($+5\%$). Conséquence de ces résultats, le taux des personnes préférant une armée de métier a baissé et atteint

4 24% des personnes interrogées ne peuvent être classées dans aucun des quatre types de neutralité. C'est pourquoi, les pourcentages des quatre types de neutralité ne se réfèrent qu'à 918 personnes.

cette année 40% (-5%). A nouveau, on remarque un important changement parmi les jeunes de 18 à 29 ans. Dans cette tranche d'âge, les taux des partisan(ne)s d'une armée de milice et d'une armée de métier s'équilibrent (46% et 48%). L'année précédente encore, cette tranche d'âge accordait sa préférence à une armée de métier (60%).

Les réformes de l'Armée XXI: En février 2002 sept personnes interrogées sur dix affirment avoir vu ou lu des informations concernant les réformes de l'Armée XXI. Apparemment, l'Armée XXI semble être avant tout une affaire d'hommes, car 82% des hommes et seulement 59% des femmes ont connaissance des restructurations au sein de l'armée. Les réponses aux six questions portant sur le contenu des réformes de l'Armée XXI montrent que les personnes qui ont déjà entendu parler de la réforme de l'armée connaissent bien le sujet. La question de la diminution des effectifs de l'Armée suisse et la possibilité de faire un service long sont bien connues parmi les sondés (79%). Il ressort de l'enquête que la réforme de l'Armée XXI est, en général, perçue en tant que nouvelle structure organisationnelle ou nouvelle conception de l'armée.

Parmi les personnes interrogées qui ont connaissance des réformes, 33% sont d'avis qu'elles sont bonnes, 42% en partie bonnes, 7% les refusent et 18% n'ont pas encore d'opinion sur la question. Il est à souligner que dans notre enquête, les personnes sondées qui sont mal informées sur les changements de l'Armée XXI les refusent plutôt.

L'engagement des femmes dans le domaine de la sécurité: En général, les femmes disent se sentir actuellement moins en sécurité que les hommes. Alors que 40% des hommes se sentent très en sécurité, cette valeur n'atteint que 28% au sein de la population féminine. Cependant, les femmes s'intéressent nettement moins à la politique de sécurité que les hommes. Alors que 61% des hommes peuvent être classés dans les catégories de personnes faisant preuve d'un très vif intérêt et d'un vif intérêt, ce taux est de 47% chez les femmes.

La population féminine se montre plutôt sceptique quant à un engagement dans le cadre de la protection civile ou de la protection de la population. 32% des femmes se disent prêtes à suivre volontairement un cours dans le cadre de la protection civile ou de la protection de la population. Cependant, presque autant de femmes (31%) ne participeraient à un cours que s'il était obligatoire. 16% des personnes interrogées de sexe féminin sont contre une activité des femmes dans les institutions liées à la sécurité. En raison de l'âge ou d'une infirmité, 17% des femmes ne pourraient suivre un tel cours. Si on demandait conseil aux Suisse(sse)s ils recommanderaient à une de leurs connaissances de sexe féminin avant tout un engagement dans un „service social en faveur de la communauté“ (91%). Une majorité de la population conseilleraient également aux

femmes de s'engager dans le service de la Croix-Rouge de l'armée (79%), dans la protection civile (72%) et dans le service du feu local (64%). Par contre, seuls 41% des personnes interrogées conseilleraient à une de leurs connaissances de sexe féminin d'entrer dans l'armée.

Intérêt pour la politique de sécurité: Le taux des personnes affirmant s'intéresser beaucoup ou plutôt beaucoup aux «questions de sécurité nationale» est inférieur à l'année précédente (54%, -6%). On peut donc conclure que les événements du 11 septembre 2001 n'ont pas éveillé d'intérêt plus marqué pour les questions de politique de sécurité. La diminution d'intérêt enregistrée reflète probablement même une certaine saturation quant à la sécurité en général.

“SECURITY 2002” – SUMMARY

Aims of the Survey and Characteristics of the Database

The goal of the annual Survey “Security”, carried out jointly by the *Military Academy at the Swiss Federal Institute of Technology Zurich* and the *Center for Security Studies and Conflict Research of the Swiss Federal Institute of Technology Zurich*, is to highlight public opinion trends on security and foreign policy issues in Switzerland. The research is based on representative annual and biannual polls. This year, the survey was carried out in February among 1201 Swiss citizens entitled to vote (i.e. at least 18 years old). A “random quota” sampling procedure was applied and the interviews were made by telephone and with computer assistance. The \pm percentages in parentheses show differences with figures from the 2001 survey. In the 2002 poll, sampling error lies at $\pm 3\%$ with a probability of 95%. Differences smaller than $\pm 3\%$ must be considered random and are statistically insignificant.

Trends and Tendencies

Feeling of security and threat perception: In early 2002, the general feeling of security is at its usual high level. 86% of the interviewees (-1%) state that in our time they feel “very” or “rather secure”. This may come as a surprise after the events of 11 September 2001, but it proves once again that isolated events have only short term effects on the general atmosphere. Two explicit questions were posed on the subject of September 11: Only 11% have the feeling that their personal security is in greater danger since September 11. A clear majority (47%) feels that its security is as threatened now as it was before September 11. An additional 37% never felt that their security was at risk. 4% feel even more secure than before the attacks on New York City and Washington. If the question is whether emotional changes have taken place among friends and acquaintances, however, September 11 does not seem to have left Swiss people unaffected. In fact, 40% think that their friends and acquaintances are more anxious since then. A clear majority of 57% nevertheless denies that any changes have taken place in that respect as well. Thus, while the interviewees do not report a decrease in their own security, they feel that their social environment has to a greater extent become more insecure.

As far as the perception of the importance of different aspects of security is concerned, the picture is largely similar to that of 2001. Lonely at the top of relevant security issues we find “secure family relations”, which are considered extremely important by 55% of the interviewees (−1%). This security concern is followed by a broad array of aspects that are perceived as equally important, such as security from terrorism (37%) –asked for the first time in this year’s survey –, security from crime (36%, −6%), the guarantee of democratic rights (36%,−5%), social security (36%, −4%), the security of income (35%,+1%), job security (34%, −2%), and ecological security (32%, −5%). Law and order and military security are regarded as extremely important by 26% (+1%) and 16% (±0%) of the interviewees, respectively.

Furthermore, no significant decrease in optimism for Switzerland’s near future can be detected. Three out of four Swiss are “rather” or “very optimistic” with respect to Switzerland’s future (76%, −2%). As recently as in 1998, only six out of ten people questioned shared this optimistic attitude. Therefore, while the perception of the domestic situation is characterized by optimism, the general mood concerning the global political situation is clearly more reserved. A mere 51% of the interviewees (−8%) expect a more relaxed or at least stable situation in the next five years. Especially the belief – widely held in the past few years – that the global situation was to develop in a steady manner has lost many supporters (41%, −10%). A relative majority is now of the opinion, that, in the course of the next five years, the global political situation will become grimmer and more tense (47%, +7%). This figure is similar to that of January 1999.

It appears thus that the perception of the domestic situation differs markedly from that of the global political situation. While the near future of Switzerland continues to be regarded with optimism, pessimism is predominant in the assessment of the global political situation.

Despite this altered perception of the international situation, however, some correlations reported in earlier surveys are still valid. People who take an optimistic stance on Switzerland’s future also tend to be more positive in their judgment of the global political situation ($CC=0.32$). The regular relationship between the general feeling of security and the assessment of the domestic development also remains ($CC=0.27$). This can be summarized in the following formula: The more security, the more optimism.

The acceptance of the military, on the other hand, is related neither to domestic perceptions nor to the assessment of foreign political matters. Whether one has an optimistic or a pessimistic outlook on the future is of no relevance to the acceptance of the military. There is, however, a slight relationship between the assessment of the global poli-

tical situation and the preferred army format. Those who are more optimistic concerning the global state of affairs tend to prefer a professional army while the more pessimistic are rather inclined towards the present militia format (CC=0.14).

Trust in authorities and institutions: As in the preceding years, the surveyed persons were asked to indicate on a rating scale of one to ten the extent of their trust in a selection of seven authorities and institutions. Among these institutions the police are the only one to have been rated more favorably each year since 1997. This year the police receive an average of 7.05 points (+0.06). With the exception of the military (6.37, ±0.00) all other institutions are rated less favorably than a year ago. This is especially true for the economy (6.06, -0.70), but applies to a lesser extent also to the government (6.45, -0.45), the parliament (6.15, -0.17) and the courts (6.59, -0.15). The media are at the end of the ranking, although their loss of trust since the last survey is quite small (4.89, -0.07).

Willingness for international cooperation: A clear decline in the willingness to further approach the EU was noted already in 2001. This tendency is confirmed in this year's survey: Only 53% (-6%) of the interviewees support a closer relationship with the EU. It does not come as a surprise, therefore, that there is no majority for joining the EU (40%, ±0%). In August 1999 as many as 57% of the interviewees were in favor of EU membership. An important reason for the Euro-skepticism is likely to be of an economic nature: Only 20% believe that if Switzerland joined the EU the economic development would be favorable. 36% think that the economic development would remain the same, while a relative majority of 39% fears that EU membership would lead to negative economic consequences for Switzerland. In February 2002, 58% (+1%) of the interviewees agree with the statement that "Switzerland should join the UN" – a figure similar to that of the three preceding surveys. If the question on joining the UN is expressed in terms of actual voting behavior ("If there was a vote next Sunday on joining the UN...") 56% of the interviewees are in favor of joining – a quite precise forecast of the actual vote on 3 March 2002. Also, as many as 59% are convinced that a majority of the population will support UN membership.

Since 1996, a majority of Swiss citizens has supported the establishment of Swiss UN peacekeepers. The last six surveys all showed an approval by at least two thirds of the questioned people. In 2002, a clear majority of 58% continues to support Swiss UN troops, but there is a considerable decline in comparison with 2001 (-10%). Taking this into account, it is hardly surprising that a further approach of NATO is met with more criticism. Only a third of the questioned people are in favor of it (-11%). NATO

membership is conceivable for only 20% of the interviewees (-8%), the lowest percentage since 1996.

This rather reticent mood concerning international cooperation does not only apply to security policy. Support for a so-called “soft” foreign policy cooperation is dwindling as well. While from 1996 to 2001 a constant share of around three quarters of the interviewees wished for a more active role of Switzerland in international conferences, this number has dropped to 69% (-8%). The same holds true for a more intensive involvement of Switzerland in conflict mediation, which in 2001 was demanded by more people than in 2002 (68%, -4%). Furthermore, the approval for increasing developmental aid is only slightly lower than in last year’s survey and rests slightly above the 50% level (52%, -3%), and seven out of ten people questioned believe that Switzerland should emphasize its role as seat of the International Committee of the Red Cross more strongly (71%, +1%).

The index of willingness for international cooperation, based on 19 questions, reveals a shift in emphasis in comparison to 2001. While only 27% of the interviewees (-5%) advocate an “unambiguous” opening of Switzerland – a form of cooperation that would not rule out certain losses of sovereignty – most citizens are drawn to a “cautious” form of international cooperation (39%, +5%). According to the latter, international cooperation should be optimized, but without compromising Switzerland’s full national sovereignty. There are clear indicators, then, showing that since the last survey a considerable number of people have left the camp of the “unambiguous” openers for that of the “cautious” openers.

In our typology we call those persons “autonomists” who refuse any intensification of international relations. They continue to make up a third of the sample (34%, ±0%). In principle, two thirds of the questioned people are thus in favor of a further opening of the country. According to this majority, however, this opening should take place with as little loss of national sovereignty as possible. Therefore, the joining of institutions such as the European Union or even NATO does not stand a chance among voters.

If one looks at the entire voting body and also takes into account those who cannot be allocated to one of the three types of cooperation, 47% (-4%) are inclined towards an intensification of international cooperation and a further opening of the country.⁵

⁵ 29% of the questioned persons cannot be allocated to any of the three types of cooperation. The percentages for these types are therefore based on the allocatable 853 persons.

Relationship with the state: The Swiss citizens' relationship with the state is subject to change. The provision of security and personal freedom is of equal importance to the Swiss, although the emphasis on freedom has grown somewhat stronger over time. Also, a stable majority of around 60% support a strong state offering many services and taking care of the material well-being of its citizens. National identification with Switzerland – having grown somewhat weaker since 1983, when it was measured for the first time – seems to experience a moderate renaissance. In the assessment of the balance of rights and obligations a relative majority declares itself satisfied (41%), and only a minority says it is dissatisfied (20%). A little more than a third of the sample are undecided (39%). French and Italian speaking Swiss are clearly less satisfied with the state than the German speaking majority.

Political commitment and orientation: In 1983, roughly two thirds of the questioned voters agreed that the Swiss democracy can only work if every citizen is willing to take on a public office if asked to. Only 50% still believe this today. At the same time, the opinion that a democracy can work even if only those interested in politics participate in elections and votes has gained support (from 41% in 1983 to 48% in 2002). Furthermore, since 1983, the general readiness to demand political changes has increased slightly, while conservative attitudes are somewhat less widespread.

There is a relationship between the general feeling of security, trust in Swiss institutions and authorities, and one's own political orientation. Persons between 30 and 59 years of age, with medium or high education, employed, living in the German part of Switzerland, have a feeling of security above average. They are also more satisfied with the state and their trust in federal institutions is above the mean. On the other hand, there are two societal "peripheries". One is dissatisfied with the state, yet conservative. It distrusts the institutions, feels insecure and its political orientation is to the right of the middle. In this "periphery" we find a high share of persons from Southern Switzerland, many people with low educational degrees, and somewhat more elderly people than in the general sample. A second social "periphery" is critical of the societal center and especially the order-keeping authorities (police, military). In this "periphery" are represented a high proportion of the youngest generation (18–29 years of age), persons with high educational degrees and citizens from the French speaking part of Switzerland.

Neutrality: In February 2002, support for neutrality, which has always been strong, is at the highest level since 1989. Almost nine out of ten Swiss citizens want Switzerland to remain neutral (89%, +6%). In particular, one of the security policy functions of neutrality is stressed, namely the conviction that Switzerland's neutral position is helpful in keeping the country out of international conflicts (57%, +9%). On the other hand,

fewer people than in 2001 agree with the statement that armed neutrality contributes to security and stability in Europe (49%, -3%). Furthermore, nearly half of the questioned people believe that neutrality can no longer be credibly protected by the military.

The strong general support of neutrality should therefore not be confused with an indifferent approval of all its functions. As the typology of neutrality attitudes shows, the traditional understanding of neutrality, regarding neutrality as a goal in itself and as a provider of identity, is in decline. 27% of the interviewees (-4%) can be called “neutrality traditionalists”. Their percentage is the same as that of the “neutrality pragmatists”, who tend to view neutrality from a sober cost-and-benefit perspective. Slightly on the upswing are the “neutrality critics”, who make up roughly a fifth of the sample (18%, +3%). It should also be noticed that nearly three out of ten people questioned have an attitude towards neutrality that contains contradictory elements (28%, +2%).⁶ This rather high number hints at the increasing complexity of a neutral position in our time.

International security-policy cooperation: The exact same percentage as in 2001 is of the opinion that national security is more and more dominated by other states (53%). From 1997 to 2000 this statement was steadily approved by around 60% of the interviewees. In 2000, on the other hand, an actual change of trend in the public attitude on missions of Swiss soldiers abroad could be observed. In fact, it was the first year in which not merely supportive missions but instead peacekeeping missions including an armament for self-defensive purposes, were favored. This is still the case. In February 2002, 46% of the interviewees (-3%) prefer peacekeeping whereas 32% (+1%) opt for supportive missions. Combat missions for Swiss soldiers, however, are conceivable for a very small minority only (7%, ±0%). 13% (+1%) oppose any kind of engagement of Swiss soldiers abroad. Thus, approximately 85% of Swiss citizens accept one of the three types of foreign missions for Swiss soldiers. Of these three types, peacekeeping, which includes an armament for self-defensive purposes, is clearly preferred.

Military defense: As in 2001, seven out of ten people questioned agree that the military is necessary (71%, ±0%). If the whole sample is divided into three age groups, the increased support among the young is striking (18–29 years: 61%, +7%). As recently as in 1999, less than half of the 18–29 year-olds considered the military necessary. Among the middle-aged, on the other hand, no such change has taken place (68%, ±0%).

⁶ 24% of the questioned persons cannot be allocated to any of the four types of neutrality attitudes. The percentages for the latter are therefore based on the allocatable 918 persons.

Among people aged 60 and more support has slightly decreased but is still at an exceptionally high level (84%, -6%).

Militia army format and conscription: In the last three surveys a stalemate between supporters of a professional army on the one hand and a militia army on the other was reported. In February 2002, the militia army has gained the upper hand again and is preferred by 50% of the questioned persons (+5%). The share of persons in favor of a professional army has dropped to 40% (-5%). Again, the most striking change is to be seen among the 18–29 year-olds. In this age group the supporters of a militia army and the proponents of a professional army are of almost equal number (46% and 48%, respectively), while in 2001 60% of the 18–29 year-olds preferred a professional army.

Army reform XXI: In February 2002, seven out of ten people questioned say they have heard or read about the army reform XXI or have seen something about it on TV. Information about the topic is more widespread among men than women – 82% of the questioned men and 59% of the women know about the restructuring effort in the Swiss army. Answers to six questions on the new army organization show an impressive degree of in-depth knowledge among those persons who have heard about the reform. Knowledge about the planned personnel reduction of the Swiss army and the new possibility of serving one's military duty in one uninterrupted stint is particularly common.

Commitment of the female population to the security sector: In general, women's self-assessed feeling of security is lower than that of men. While 40% of men state that they feel very secure, the same applies to only 28% of women. In spite of this, women show a significantly lower interest in security policy than men. 47% of the surveyed women, in opposition to 61% of the men, consider themselves rather or very interested in security policy.

The female population is rather skeptical when it comes to a personal involvement in the civil defense sector. 32% of the surveyed women would be willing to take a voluntary course on civil defense. Almost as many women, on the other hand, would only take part in the course if it were mandatory. 16% of the surveyed females oppose any involvement of women in security institutions. 17% justify their position with old age or physical frailty. If they were asked for advice by a female acquaintance, Swiss citizens would recommend above all an involvement in a "social service benefiting the community" (91%). Furthermore, a clear majority would recommend the Red Cross Service of the military (79%), civil defense (72%), or the local fire brigade (64%). A joining of the military, however, is only recommended by 41% of the surveyed people.

Interest in security policy: The share of those stating that they are “very” or “rather interested” in questions of national security is somewhat below that of 2001 (54%, –6%). In this respect, too, an intensification of interest as a consequence of the events of 11 September 2001 cannot (or no longer) be detected. The plunge in interest may even indicate a certain overexposure to security-related issues.

1 CHRONOLOGIE POTENZIELL MEINUNGSBILDENDER EREIGNISSE 2001/2002

Wie sich in früheren Jahren gezeigt hat, kann das Interesse der SchweizerInnen an sicherheitspolitischen Themen – das Sicherheits- und Bedrohungsempfinden, die internationale Kooperationsbereitschaft oder die Neutralitätsauffassung – kurzfristigen Schwankungen unterliegen, die von tagesaktuellen Ereignissen im In- und Ausland geprägt sind. Der Analyse wichtiger Meinungstrends auf Befragungsbasis wird deshalb eine Chronologie meinungsbildender Ereignisse vorangestellt. Die Auswahl der Ereignisse ist naturgemäss selektiv und auf die Wahrnehmung in der öffentlichen Debatte ausgerichtet. Es ist anzumerken, dass die Chronologie auch Ereignisse erfasst, welche *nach* der Datenerhebung stattgefunden haben. Letzteren Ereignissen kann selbstverständlich keine meinungsbildende Wirkung zugesprochen werden. Die Angaben beruhen auf der Chronologie zur schweizerischen Sicherheitspolitik, welche die Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse als Teil der Homepage zur Schweizerischen Aussen- und Sicherheitspolitik auf dem Internet unterhält (www.ssn.ethz.ch).

1.1 Der „schwarze Herbst“ 2001: 11. September, Zuger Amoklauf, Tunnelbrand, Grounding der Swissair

Vier Ereignisse trugen in der zweiten Jahreshälfte 2001 zu einem weit verbreiteten Unsicherheitsgefühl bei. Am 11. September schockierten die terroristischen Anschläge der Al-Kaida auf New York und Washington die Weltöffentlichkeit. Am 27. September erreichte der Amoklauf eines Einzeltäters auf das Zuger Kantonsparlament weit über die Landesgrenzen hinaus Aufmerksamkeit. Drei Zuger Regierungs- und elf Kantonsratsmitglieder wurden getötet, 15 weitere PolitikerInnen wurden verletzt – der Täter richtete sich anschliessend selber. Am 2. Oktober musste die Swissair ihren Betrieb einstellen. Am 14. Oktober schliesslich ereignete sich im Gotthardtunnel ein grosser Unfall. Bei einer Frontalkollision von zwei LKWs und dem anschliessenden Tunnelbrand kamen elf Personen ums Leben. Das Wort vom „Schwarzen Herbst“ machte die Runde.

Auch in der Schweiz lösten die Terroranschläge auf das World Trade Center und das Pentagon grosse Bestürzung aus. Der Bundesrat verurteilte die Angriffe aufs schärfste

und Bundespräsident Moritz Leuenberger drückte dem amerikanischen Präsidenten George W. Bush sein Beileid aus. Unter den Opfern befanden sich zwei schweizerische Staatsangehörige. Eine direkte Gefährdung für die Schweiz bestand nicht. Gleichwohl wurden die Sicherheitsdispositive verstärkt und vor allem amerikanische Einrichtungen besonders geschützt. Die im Nachgang zu den Anschlägen in den USA auftretenden Anthrax-Anschläge tangierten die Schweiz indirekt. Die über 500 Fehlalarme rückten die Frage in das Zentrum des öffentlichen Interesses, inwieweit die Schweiz gegen eine solche Gefährdung überhaupt gewappnet sei.

Die Schweiz sicherte den USA Unterstützung bei der Aufdeckung der Hintergründe der Anschläge und im Kampf gegen den Terrorismus zu. Ins Schussfeld der Kritik geriet die Schweiz vor allem wegen ihrer Rolle als Finanzplatz, wobei einmal mehr das Bankgeheimnis zur Diskussion stand. Unter anderem von britischer Seite wurden Vorwürfe laut, die Schweiz werde als Drehscheibe für die Finanzierung und die Logistik des internationalen Terrorismus missbraucht. Der Bundesrat wehrte sich umgehend gegen solche Anschuldigungen (20.9.2001). Die Bundesanwaltschaft hatte schon einige Tage früher ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, um mögliche Verbindungen zwischen in der Schweiz vorgefallenen Tatbeständen und den Anschlägen in den USA aufdecken zu können (16.9.2001).

Der Bund verstärkte die personellen Ressourcen zur Bekämpfung des Terrorismus. Erstmals seit über 50 Jahren wurde Anfang November mit der al-Kaida und ihren Unterorganisationen eine Organisation in der Schweiz verboten (7.11.2001). Im Dezember verabschiedete der Bundesrat einen Bericht zuhanden des Uno-Sicherheitsrates über die zur Bekämpfung des Terrorismus und seiner Finanzierung ergriffenen Massnahmen (19.12.2001). Die Schweiz setzte die Sanktionen der Uno betreffend Afghanistan konsequent um. Es handelte sich dabei in erster Linie um das Einfrieren von Vermögenswerten von natürlichen und juristischen Personen, die mit dem Terrorismus in Verbindung gebracht wurden. An den militärischen Einsätzen der USA und ihrer Verbündeten in Afghanistan gegen die Taliban und die al-Kaida beteiligte sich die Schweiz nicht. Grundsätzlich erteilte die Schweiz den USA jedoch die Bewilligung, die Schweiz für Hilfsgütertransporte mit unbewaffneten Flugzeugen zu überfliegen (4.11.2001). In Afghanistan engagierte sich die Schweiz im humanitären Bereich Unterstützung und setzte sich für eine völkerrechtskonforme Behandlung von afghanischen Kriegsgefangenen durch die USA ein.

1.2 Aussenpolitik: Ja zur Uno – Bilateralismus mit der EU

Im Bereich der Aussenpolitik war das herausragende Ereignis die Zustimmung von Volk und Ständen zum Uno-Betritt der Schweiz. In der Frage der Beziehungen der Schweiz zur EU konzentrierten sich die Bemühungen der Landesregierung im Nachgang zur deutlichen Ablehnung der Initiative „Ja zu Europa“ (4.3.2001) auf den Bilateralismus. Die Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg (UEK) unter Kommissionspräsident Prof. Jean-François Bergier legte die Ergebnisse ihrer ausgedehnten wissenschaftlichen Tätigkeiten vor.

Im Spätherbst verabschiedeten die Räte die Uno-Beitrittsinitiative (5.10.2001), und der Bundesrat startete den Abstimmungskampf mit der Publikation des Beitrittsgesuchs (24.10.2001). Im März 2002 stimmten Volk und Stände dem Uno-Betritt zu (3.3.2002). Dabei kam das Volksmehr mit 54.6% zu 45.4% relativ deutlich zustande. Das Ständemehr fiel mit 12:11 Stimmen hingegen denkbar knapp aus. Die Westschweiz und die beiden Basel stimmten geschlossen für einen Beitritt. Gegen die Vorlage sprachen sich eine Mehrzahl der Innerschweizer und Ostschweizer Kantone sowie das Tessin aus. Im Jahre 1986 hatten noch 75.7% der Stimmenden einen Beitritt abgelehnt. 16 Jahre später machte sich insbesondere bei den WählerInnen der FDP und der CVP ein Meinungsumschwung bemerkbar.

Die Schweiz wird voraussichtlich am 10. September 2002 anlässlich der Eröffnung der Generalversammlung als 190. Mitglied in die Uno aufgenommen werden. Bundespräsident Kaspar Villiger unterschrieb das Beitrittsgesuch (20.6.2002), das eine explizite Neutralitätserklärung enthält – und übergab es Uno-Generalsekretär Kofi Annan. Die Schweiz will die Schwerpunkte ihrer Tätigkeiten im Rahmen der Uno bei der Friedensförderung, der Sicherheitspolitik und der Entwicklungspolitik setzen.

Nur kurz nach der deutlichen Ablehnung der Initiative „Ja zu Europa“ (4.3.2001) vereinbarten die Schweiz und die EU die Aufnahme von exploratorischen Gesprächen im Hinblick auf die Eröffnung neuer bilateraler Verhandlungen (16.3.2001). Einige Wochen später gab der Allgemeine Rat der EU grünes Licht für Verhandlungen in zehn Bereichen (25.6.2001). Aus der ersten Verhandlungsrunde waren die folgenden Bereiche übrig geblieben: Umwelt; Bildung, Berufsbildung und Jugend; Medien; Ruhegehälter; verarbeitete Landwirtschaftsprodukte; Statistik; Dienstleistungen. Diese wurden auf Wunsch der EU um die Bereiche Zinsbesteuerung und Betrugsbekämpfung und auf Wunsch der Schweiz um den Bereich Justiz, Polizei, Asyl und Migration (Schengen) erweitert.

Mitte Juli eröffneten die EU und die Schweiz die neuen bilateralen Verhandlungen in Brüssel (18.7.2001). Bereits einige Wochen zuvor hatte der Bundesrat die Verhandlungsmandate in sieben Bereichen verabschiedet (27.6.2001). Erst im neuen Jahr verabschiedete der Bundesrat die zweite Tranche der Verhandlungsmandate zu den drei verbliebenen Bereichen Justiz/Polizei/Asyl/Migration, Zinsbesteuerung und Dienstleistungen (30.1.2002). Vorangegangen waren Konsultationen mit den ausserpolitischen Kommissionen der Räte und der Konferenz der Kantonsregierungen. Die EU verzögerte im Frühjahr 2002 die Verabschiedung der noch hängigen Mandate, um Konzessionen in den Bereichen Betrugsbekämpfung und Zinsbesteuerung zu erwirken. Ein positiver Entscheid der EU-Aussenminister lag dann schliesslich im Juni vor (17.6.2002), womit der Bundesrat das Ziel erreicht hatte, in allen zehn Kapiteln parallel Verhandlungen führen zu können.

Die neu eingebrachten Dossiers sind die politisch heikelsten. Der entscheidende Punkt ist dabei, ob und in welchem Ausmass die Schweiz in diesen Bereichen Gemeinschaftsrecht übernehmen muss. Die Dossiers Zinsbesteuerung, Betrugsbekämpfung und Schengen tangieren zudem das Bankgeheimnis, das von Schweizer Seite schon verschiedentlich als nicht verhandelbar deklariert worden ist. Schengen würde Bereiche betreffen, die bisher unter kantonale Hoheit fielen, und einen Abbau der Personenkontrollen an den Binnengrenzen mit sich bringen. So stösst Schengen bei den politischen Parteien und bei der Wirtschaft auf weitverbreitete Skepsis und Widerstände. Der Bundesrat hält dem entgegen, dass die Schweiz ohne Schengen zu einem Einfallstor für die illegale Migration in Europa und zu einer Drehscheibe der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität zu werden drohe. Am 1. Juni 2002 traten die bilateralen Verträge I in Kraft, denen das Schweizer Volk im Mai 2000 zugestimmt hatte.

Im Laufe des Jahres präsentierte die Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg, die 1996 per Bundesbeschluss eingesetzt worden war, die Ergebnisse ihrer Arbeit. Die Aufgabe der Expertenkommission war es gewesen, das Verhalten der Schweiz gegenüber dem Nationalsozialismus und seinen Opfern aufzuarbeiten. Anlässlich der Präsentation der ersten acht der insgesamt 25 Studien im Sommer 2001 stellte die Kommission fest, dass die Schweiz durch ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem nationalsozialistischen Deutschland die Neutralität verletzt habe (30.8.2001). Im November folgte die Publikation von zehn weiteren Studien (29.11.2001) und im Dezember übergab die UEK dem Bundesrat den Schlussbericht der Kommission (19.12.2001). Im März des neuen Jahres wurden der Schlussbericht und die verbleibenden sieben Einzelstudien der Öffentlichkeit präsentiert (22.3.2002). Die Resultate der UEK fanden auf wissenschaftlicher und auf politischer Ebene im In-

und Ausland vielerorts Anerkennung. Kritik kam von Kräften aus dem rechten politischen Spektrum, die keine Bestätigung ihres Geschichtsbildes fanden.

1.3 Verteidigungs- und Armeepolitik: Zähflüssige Debatten zwischen Konzeption und Umsetzung

Im Bereich der Verteidigungs- und Armeepolitik bildete die knappe Zustimmung der Schweizer Bevölkerung zur Bewaffnung von Friedenstruppen im Ausland und zur Ausbildungszusammenarbeit mit ausländischen Streitkräften den Ausgangspunkt für zähflüssige Debatten zwischen Bundesrat und Parlament rund um die Neuausrichtung der Schweizer Armee. Die Änderungen des Militärgesetzes traten auf Anfang September in Kraft (1.9.2001). Im neuen Jahr beschloss der Bundesrat, im VBS eine Direktion für Sicherheitspolitik zu schaffen, die den Departementschef in der Führung der sicherheitspolitischen Kerngeschäfte unterstützen soll (1.5.2002). Zum Direktor ernannte der Bundesrat Botschafter Philippe Welti.

Aufgrund des knappen Abstimmungsresultats zeigte sich der Bundesrat bei der Umsetzung der neuen gesetzlichen Bestimmungen sehr zurückhaltend. Der Bundesrat legte das Rüstungsprogramm 2001 vor und verzichtete dabei auf die Anschaffung von zwei Transportflugzeugen, die für Auslandseinsätze der Armee vorgesehen gewesen waren (3.7.2001). Auf Antrag des Bundesrates genehmigte das Parlament im Dezember 2001, den Swisscoy-Einsatz bis vorläufig Ende 2003 zu verlängern. Die Swisscoy soll von derzeit 160 auf 220 Angehörige aufgestockt werden können, die Soldaten werden zum Selbstschutz mit einer persönlichen Waffe ausgerüstet und die Einheit erhält einen Sicherungszug, der rund 50 Personen umfasst und mit fünf bewaffneten Radschützenpanzern ausgerüstet ist. Neu soll zudem ein Transporthelikopter zur Verfügung stehen. Der Bundesrat genehmigte das neue Abkommen über die Zusammenarbeit mit dem österreichischen Kontingent (29.5.2002) und Bundesrat Samuel Schmid unterzeichnete es anlässlich des Besuchs des österreichischen Verteidigungsministers Herbert Scheibner im Juni 2002 (5.6.2002).

Vor dem Hintergrund verbreiteter Unsicherheitsgefühle nach dem 11. September erzielten die beiden GSoA-Initiativen „Sicherheit statt Verteidigung“ (Armeeabschaffung) und „Solidarität schafft Sicherheit“ (Bildung eines zivilen Friedensdienstes) nur wenig Breitenwirkung. Die Mobilisierungskraft der Vorlagen blieb gering, was die Stimmbeteiligung von 37.4% deutlich zum Ausdruck bringt. Beide Initiativen wurden mit über 75% der Stimmen verworfen; kein einziger Stand unterstützte die Initiativen (2.12.2001). Ende der Achzigerjahre hatte die erste Armeeabschaffungsinitiative noch

einen Ja-Stimmenanteil von 35.6% erhalten, dies bei einer Stimmbeteiligung von 68.6%. Das deutliche Verdikt des Souveräns im Jahr 2001 wurde deshalb als klare Niederlage der GSoA gewertet.

Die Arbeiten am Armeeleitbild entwickelten sich angesichts teilweise harscher Kritik nur äusserst zögerlich. Im Sommer 2001 fielen die Vernehmlassungsantworten der vier Bundesratsparteien zum Armeeleitbild skeptisch bis ablehnend aus (30.7.2001). Die SVP lehnte das Armeeleitbild ab und wies es zur Überarbeitung an den Bundesrat zurück. Sie kritisierte das Fehlen eines Konzeptes für eine autonome Verteidigung, was im Ernstfall den Zwang zum Anschluss an ein Militärbündnis bedeute. Die Reduktion des Milizbestandes um mehr als die Hälfte bei gleichzeitiger Aufstockung der Berufsmilitärs verletze zudem das Milizprinzip. Auch die FDP forderte ein klares Bekenntnis zur Milizarmee, Präzisierungen zur Neutralität und die Konzentration der Armee auf die Kernaufgabe der Landesverteidigung. Die SP plädierte dagegen für eine kleine, professionelle und für internationale Friedenseinsätze taugliche Armee von nur 15 000 Zeitsoldaten. Allein die CVP stand zum Konzept des Bundesrates. In der Folge gab Bundesrat Schmid bekannt, dass bedeutende Einzelaspekte des Armeeleitbildes nochmals überprüft würden.

Im Oktober verabschiedete der Bundesrat die überarbeitete Botschaft zum Reformprojekt Armee XXI zuhanden der eidgenössischen Räte (24.10.2001). Als strategischen Mittelpunkt bezeichnete er dabei Raumsicherung und Verteidigung als Kernkompetenz, subsidiäre Einsätze zur Prävention und Bewältigung existenzieller Bedrohungen sowie Beiträge zur internationalen Friedenssicherung und Krisenbewältigung. Der Bundesrat hielt zwar am Gesamtkonzept fest, modifizierte gleichwohl vier Rahmenbedingungen. Die Rekrutenschule wurde lediglich auf 21 und nicht, wie zunächst vorgesehen, auf 24 Wochen ausgebaut. Im Bereich der Armeestrukturen sollte dem Auftrag der subsidiären Einsätze besser Rechnung getragen werden. Es sollte ein Bestand von 400 bis 500 Armeepferden aufrecht erhalten und am Prinzip der (freiwilligen) Durchdiener-Rekrutenschule festgehalten werden.

Der Ständerat behandelte das Armeeleitbild in der Frühjahrssession 2002 als Erstrat. Er reduzierte die Dauer der Rekrutenschule gegen den Vorschlag des Bundesrates auf 18 Wochen. Der Nationalrat wiederum stimmte dem in der Sommersession nicht zu, womit ein Differenzbereinigungsverfahren in der Herbstsession nötig wird. Ein allfälliges Referendum zum Armeeleitbild würde voraussichtlich 2003 zur Abstimmung gelangen.

1.4 Innere Sicherheit: Verstärkung der interkantonalen und internationalen Zusammenarbeit

Der erste Bericht im Rahmen der „Überprüfung des Systems der inneren Sicherheit der Schweiz“ (USIS) hatte wesentliche Schwächen aufgedeckt und festgestellt, dass die interkantonale wie auch die internationale Zusammenarbeit der Polizei verbessert werden müsse, um auf die aktuellen Bedrohungen angemessen reagieren zu können (5.4.2001). Gestützt auf diese Analyse des Ist-Zustandes bekam die USIS-Projektleitung den Auftrag, bis November 2001 Lösungsvarianten zu erarbeiten.

Bereits im Oktober 2001 nahm der Bundesrat den am 12. Oktober publizierten zweiten Bericht zur USIS zur Kenntnis und folgte den Empfehlungen des Projektausschusses (25.10.2001). Der Bund sollte im Rahmen der geplanten Modernisierung der schweizerischen Polizei schrittweise mehr Aufgaben übernehmen. Als Sofortmassnahmen empfahl der Bericht die Aufstockung des Grenzwachtkorps, die Verstärkung des Schutzes von Botschaften und der Sicherheitskontrollen im Luftverkehr sowie einen nationalen Polizeiindex. Heftig diskutiert wurden insbesondere die Frage einer Bundespolizei und die Grenzen der kantonalen Polizeihohheit.

Im neuen Jahr stimmte der Bundesrat einem Abkommen zu, das die Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und dem Europäischen Polizeiamt (Europol) regelt (10.4.2002). Das Abkommen ermöglicht den Informationsaustausch bei der Verfolgung bestimmter Deliktarten wie Terrorismus, Drogenhandel, Menschenhandel und Kinderpornographie und erlaubt die gegenseitige Stationierung von Polizeiverbindungsbeamten. Es kann unterzeichnet werden, sobald der Rat der EU-Justiz- und EU-Innenminister seine Zustimmung erteilt hat. Anschliessend soll dem Parlament eine Botschaft zum Abkommen vorgelegt werden.

2 UNTERSUCHUNGSDESIGN

Seit etwas mehr als einem Jahrzehnt führen die Dozentur für Militärsoziologie der *Militärakademie an der ETH Zürich* und die *Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH Zürich* zusammen in regelmässigen Abständen bevölkerungsrepräsentative Befragungen zur Wahrnehmung von Fragen der nationalen Sicherheit im weitesten Sinne durch.

Ziel dieser Erhebungen ist die Ermittlung von Trends und Tendenzen in Bezug auf:

- das allgemeine Sicherheits- und Bedrohungsempfinden,
- das Vertrauen in Institutionen und Behörden,
- den Grad an aussen- und sicherheitspolitischer Kooperationsbereitschaft,
- die Neutralität allgemein und die verschiedenen Auffassungen von Neutralität,
- die Einstellung zur militärischen Landesverteidigung,
- das sicherheitspolitische Interesse und den sicherheitspolitischen Informationsstand.

Neben einem Kern von stets oder in unregelmässigen Abständen gestellten Fragen werden jährlich auch solche zu aktuellen sicherheitspolitischen Themen gestellt. Dieses Jahr betreffen diese:

- verschiedene Einstellungen zur Rolle des Staates als Sicherheitsgarant,
- Fragen zur Armereform XXI,
- das Thema „Frau und Sicherheitspolitik“.

3 DATENBASIS

Die Daten 2002 beruhen auf einer telefonischen Repräsentativbefragung (CATI: Computer Assisted Telephone Interview) von 1201 SchweizerInnen der deutschen, französischen und italienischen Schweiz. Die Interviews wurden im Monat Februar durch das Institut DEMOSCOPE durchgeführt. Die Stichprobenauswahl erfolgte nach der „Random-Quota“-Methode.

Die Häufigkeitsverteilungen der Antworten auf die gestellten Fragen sind im Anhang III aufgeführt.

Der mögliche Stichprobenfehler bei einem Sicherheitsgrad von 95% beträgt im ungünstigsten Fall $\pm 3\%$.

Wo nicht anders erwähnt, sind sämtliche angegebenen Zusammenhangsgrößen mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von höchstens 5% signifikant ($p < 0.05$).

Zusätzliche Informationen zur Methode und zu den verwendeten Einstellungstypologien finden sich im Anhang I bzw. im Anhang II.

Die \pm -Prozentwerte geben Veränderungen im Vergleich zur letzten Erhebung an.

4 SICHERHEITS- UND BEDROHUNGSEMPFINDEN

4.1 Allgemeines Sicherheitsempfinden

Das allgemeine Sicherheitsgefühl der SchweizerInnen ist auch im Februar 2002 stark ausgeprägt (siehe Abbildung 4.1). 86% (-1%) bezeichnen sich als „sehr“ oder „eher sicher“. Bemerkenswert ist insbesondere, dass keine Veränderung im Vergleich zum Vorjahr festgestellt werden kann, was nach den Ereignissen vom 11. September 2001 überraschen mag.⁷ Eine mögliche Ursache könnte darin liegen, dass das allgemeine Sicherheitsgefühl stärker mit der Binnenwahrnehmung zusammenhängt als mit der Wahrnehmung weltpolitischer Geschehnisse. So liegen die Zusammenhangswerte zwischen dem Sicherheitsgefühl und der Einschätzung der näheren Zukunft der Schweiz über denjenigen zwischen dem Sicherheitsgefühl und der erwarteten Entwicklung des weltpolitischen Klimas ($\gamma=0.34$ versus $CC=0.13$).

4.2 Wahrnehmung der Terroranschläge vom 11.9.2001

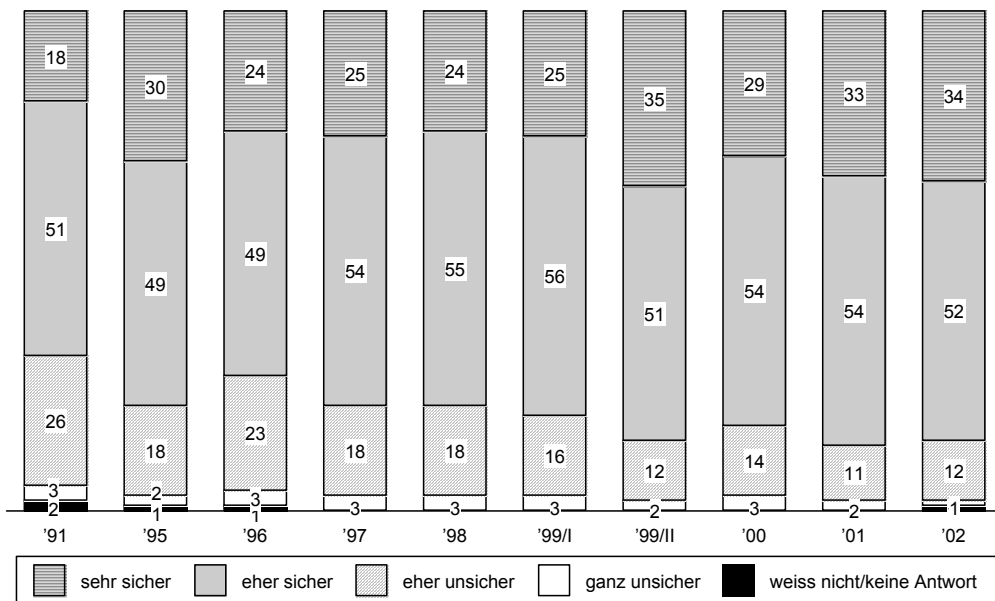
Obwohl also das globale Sicherheitsempfinden angeht, keine Hinweise auf eine bleibende Verunsicherung in der Schweizer Bevölkerung zu finden sind, soll mit zwei spezifisch auf die Ereignisse vom 11. September ausgerichteten Fragen, weiter nach allfälligen Auswirkungen dieser einschneidenden terroristischen Akte gesucht werden. 83% der Befragten geben an, dass ihre persönliche Sicherheit seit dem 11. September 2001 gleich gefährdet sei wie vor diesem Datum bzw. gar nie gefährdet gewesen sei. 11% nehmen ihre Sicherheit als gefährdeter war. Auch hier findet sich also kein Hinweis auf eine ereignisgebundene individuelle Verunsicherung in der Bevölkerung.

⁷ Eine zwischen Oktober und Dezember 2001 vorgenommene telefonische Befragung von 1008 Schweizerinnen und Schweizern ab 16 Jahren zeigte vordergründig ebenfalls keine markante Veränderung des Sicherheitsgefühls. So gaben auch dort 83% an, sich sicher zu fühlen. Sichtbar wurde allerdings eine Verringerung der Emphase des Sicherheitsgefühls. So setzten sich die 83% aus 23% sich „sehr sicher“ fühlenden und 60% sich „eher sicher“ fühlenden zusammen. Es hatte also eine Verschiebung aus der Antwortkategorie „sehr sicher“ in Richtung der Kategorie „eher sicher“ statt gefunden. (Militärische Führungsschule an der ETHZ (2001). Unveröff. Sicherheitsbefragung Herbst 2001. Au-Wädenswil.)

Abbildung 4.1

Allgemeines Sicherheitsgefühl

„Ganz allgemein gesprochen, wie sicher fühlen Sie sich in unserer heutigen Zeit?“
(Angaben in Prozent)



© K.W. Haltiner Si/371/02/P6/fg

Tabelle 4.1

Wahrgenommene Veränderungen der persönlichen Sicherheit seit dem 11. September 2001

Meine persönliche Sicherheit ist seit den Anschlägen in New York vom 11. September...	
eher mehr gefährdet als vorher	11%
etwa gleich gefährdet wie vorher	47%
eher weniger gefährdet als vorher	4%
meine Sicherheit war gar nie gefährdet	36%
weiss nicht / keine Antwort	2%

Als Ergänzung zur Selbstwahrnehmung wurde eine Frage zur Fremdwahrnehmung gestellt. Hier deuten die Antworten in der Tat in Richtung einer veränderten Befindlichkeit: Immerhin 40% der Befragten sagen aus, ihr Freundes- und Bekanntenkreis sei seit den Ereignissen vom 11. September 2001 ängstlicher geworden, 57% wollen keine derartige Veränderung festgestellt haben.

Tabelle 4.2

Wahrgenommene Veränderung des Sicherheitsgefühls im Freundes- und Bekanntenkreis

„Mein Freundes- und Bekanntenkreis ist seit den Anschlägen in New York ängstlicher geworden.“	
trifft völlig zu	11%
trifft eher zu	29%
trifft eher nicht zu	26%
trifft gar nicht zu	31%
weiss nicht / keine Antwort	3%

Personen mit obligatorischer Schulbildung geben häufiger als Personen mit Mittel- oder Hochschulabschluss an, sie seien seit dem 11. September unsicherer⁸ und sie haben eine solche Veränderung auch häufiger in ihrem Freundes- und Bekanntenkreis konstatiert.⁹ Frauen berichten zudem in höherem Masse als Männer von gewachsener eigener Unsicherheit¹⁰ und angestiegenem Unbehagen im persönlichen Umfeld.¹¹

Fazit: Das allgemeine Sicherheitsgefühl der Schweizerinnen und Schweizer zeigt sich, anders als dies vielleicht zu erwarten gewesen wäre, im Vergleich zur Erhebung 2001 praktisch unverändert stark ausgeprägt. Zumindest was diesen – zugegebenermassen sehr globalen – Indikator angeht, kann von einer tiefgreifenden Erschütterung des Sicherheitsempfindens in der Schweiz im Zuge der Terrorattacken vom 11. September 2001 nicht die Rede sein. Eine sehr deutliche Mehrheit der Befragten gibt auch explizit an, ihre persönliche Sicherheit sei nach dem 11. September gleich gefährdet wie zuvor oder sei gar nie gefährdet gewesen. Im Freundes- und Bekanntenkreis will man dagegen

8 CC=0.14, p<0.01.

9 CC=0.17, p<0.001.

10 CC=0.11, p<0.05.

11 CC=0.11, p<0.01.

durchaus eine verstärkte Ängstlichkeit festgestellt haben. Diese Diskrepanz zwischen Eigen- und Fremdwahrnehmung ist wohl nicht nur auf die leicht abweichende Frageformulierung zurückzuführen. Plausibler ist die Erklärung, dass das Eingeständnis einer eigenen Verunsicherung schwerer fällt als das Konstatieren einer solchen im Bekannten- und Freundeskreis.

4.3 Einschätzung der Wichtigkeit verschiedener Aspekte von Sicherheit

Wie schon 2001 wurden den Befragten auch in der diesjährigen Erhebung verschiedene Aspekte von Sicherheit genannt. Diese Aspekte wurden dann jeweils nach ihrer subjektiven Wichtigkeit auf einer Skala von 1 (völlig unwichtig) bis 10 (ausserordentlich wichtig) beurteilt (siehe Tabelle 4.2). Im Vergleich zur Vorjahresehebung wurde die überwiegende Zahl der Sicherheitsaspekte etwas seltener als ausserordentlich wichtig beurteilt. Am deutlichsten trifft dies auf jene Aspekte von Sicherheit zu, die sich vor Jahresfrist in der vorderen Ranglistenhälfte befunden hatten („Sicherheit vor Verbrechen und Kriminalität“ (36%, -6%), „soziale Sicherheit“ (36%, -4%), „Sicherheit der demokratischen Grundrechte“ (36%, -4%) „ökologische Sicherheit/Umweltschutz“ (32%, -5%). Dadurch unterscheiden sich die meisten Aspekte bezüglich ihrer Relevanzeinschätzung nur durch wenige Prozentpunkte voneinander. Unverändert ist es der Aspekt der „familiären Geborgenheit“ (55%, -1%), der mit deutlichem Abstand am häufigsten als ausserordentlich wichtig eingeschätzt wird. Ebenfalls eine Bestätigung der Vorjahresehebung ist die Tatsache, dass die „militärische Sicherheit“ am seltensten als ausserordentlich wichtig beurteilt wird (16%, ±0%). Erstmals wurde auch der Aspekt „Sicherheit vor Terrorismus“ berücksichtigt. Er wird von 36% der Befragten für ausserordentlich wichtig gehalten.

Ein Vergleich mit einer in Deutschland durchgeführten, für die deutschsprachige Bevölkerung ab 16 Jahren repräsentativen Befragung, zeigt für Deutschland eine stärkere Gewichtung der Aspekte „Arbeitsplatzsicherheit“, „Einkommenssicherheit“, „soziale Sicherheit“, „Sicherheit vor militärischen Angriffen“ und „Sicherheit vor Terrorismus“, die alle von über der Hälfte der in Deutschland Befragten als „ausserordentlich wichtig“ eingestuft werden. Die „Sicherheit vor Verbrechen und Kriminalität“ wird von knapp der Hälfte der Befragten so bewertet (SOWI, 2001). Ob man deswegen aber tatsächlich

von einem geringeren Sicherheitsbedürfnis der Schweizer Bevölkerung ausgehen darf, kann nicht abschliessend beurteilt werden.¹²

Tabelle 4.2

Prozentanteil der Befragten, die den genannten Sicherheitsaspekt als „ausserordentlich wichtig“ beurteilen (in Klammern Differenz zum Vorjahr)

Sicherheitsaspekt	Relative Häufigkeit
Gute, sichere familiäre Beziehungen, Geborgenheit	55% (–1%)
Sicherheit vor Verbrechen und Kriminalität	36% (–6%)
Sicherheit vor Terrorismus	36%
Soziale Sicherheit (z.B. AHV, Arbeitslosenversicherung)	36% (–4%)
Sicherheit der demokratischen Grundrechte	36% (–4%)
Ökologische Sicherheit, Umweltschutz	32% (–5%)
Sicherheit des Arbeitsplatzes	34% (–2%)
Sicherheit des Einkommens	35% (–1%)
Verkehrssicherheit	30% (±0%)
Ruhe und Ordnung	26% (+1%)
Militärische Sicherheit	16% (±0%)

12 Es ist zu berücksichtigen, dass die deutsche Befragung von Anfang November bis Anfang Dezember 2001 statt fand, also zeitlich noch etwas näher an den Ereignissen des 11. Septembers 2001 lag. Eine eigene, zwischen Oktober und Dezember 2001 durchgeführte Befragung zeigt für diese Zeitspanne ebenfalls höhere Relevanzbeimessungen von Sicherheitsaspekten. Die Fortsetzung der Quervergleiche mit den deutschen Befragungen wird zeigen, ob tatsächlich systematische Unterschiede zwischen den beiden Ländern vorliegen.

5 WAHRNEHMUNG DER SCHWEIZ UND DER WELT-POLITISCHEN LAGE

5.1 Zukunftseinschätzung der Schweiz

Der landesbezogene Zukunftsoptimismus ist ungebrochen. Drei Viertel (-3%) der Befragten geben sich überzeugt, dass die nähere Zukunft des Landes – die nächsten fünf Jahre – positiv verlaufen werden. Dies ist eine augenfällige Parallele zum allgemeinen Sicherheitsgefühl, welches ebenfalls weiterhin stark ausgeprägt ist. Von allfälligen Krisensymptomen im Nachgang zu den Ereignissen vom 11. September ist also auch hier nichts zu spüren. Der Prozentanteil der Optimistischen war seit 1993 nur ein einziges Mal – nämlich im Vorjahr – grösser, wobei der Unterschied im Bereich der statistischen Unschärfe liegt. Die verschiedenen Landesteile unterscheiden sich in diesem Jahr nicht nennenswert. Im Jahr 2001 war ein überaus deutlicher Anstieg des Anteils optimistisch Gestimmter in der Romandie zu verzeichnen gewesen. Dagegen behält das Resultat aus dem Vorjahr seine Gültigkeit, wonach Personen mit lediglich obligatorischer Schulbildung in geringerem Mass zu den OptimistInnen zu zählen sind (69%).

5.2 Einschätzung der Entwicklung der weltpolitischen Lage

Im Gegensatz zur Einschätzung der Binnenlage wird die Entwicklung der weltpolitischen Lage deutlich pessimistischer beurteilt als noch im Vorjahr. Nur noch knapp die Hälfte der Befragten (51%, -8%) geht von einer verbesserten oder zumindest gleich bleibenden Lage aus. Personen, welche die Zukunft der Schweiz optimistisch einschätzen, beurteilen tendenziell auch die Entwicklung der weltpolitischen Lage positiv (CC=0.32).

Dagegen sind ganze 47% (+7%) der Ansicht, es sei mit einer Verschlechterung des weltpolitischen Klimas zu rechnen.

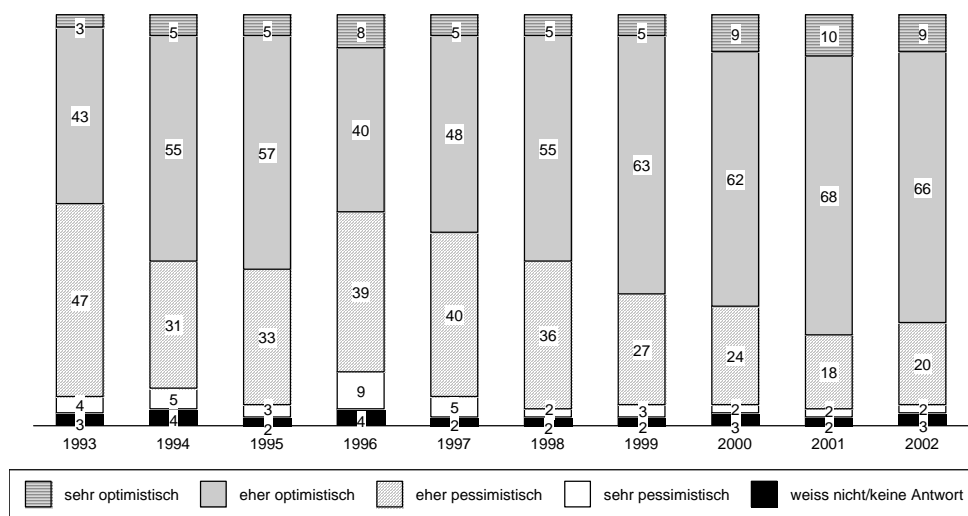
Waren in den beiden Jahren zuvor Unterschiede in der weltpolitischen Lagebeurteilung nach soziodemographischen Merkmalen der Befragten zu konstatieren, so gilt dies 2002 nicht. Männer und Frauen unterscheiden sich diesbezüglich nur unwesentlich und auch die Unterschiede nach Bildungsgrad sind nur noch gering ausgeprägt (leicht mehr OptimistInnen im höchsten Bildungsniveau). Das Schwinden dieser Unterschiede ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass unter jenen Personengruppen, in denen sich

viele OptimistInnen befanden (z.B. unter den Männern oder den Personen mit mittlerem und höherem Bildungsgrad), viele Personen skeptischer geworden sind, während unter den bisher schon skeptischer eingestellten Personen (Frauen, tiefere Bildungsgruppen) kaum Verschiebungen stattfanden.

Abbildung 5.1

Einschätzungen der näheren Zukunft der Schweiz

„Wie sehen Sie die nähere Zukunft – etwa die nächsten fünf Jahre – für die Schweiz?“
(Angaben in Prozent)



© K.W. Haltiner Si/370/02/P4/sr

5.3 Bedrohungswahrnehmung und Armeeakzeptanz

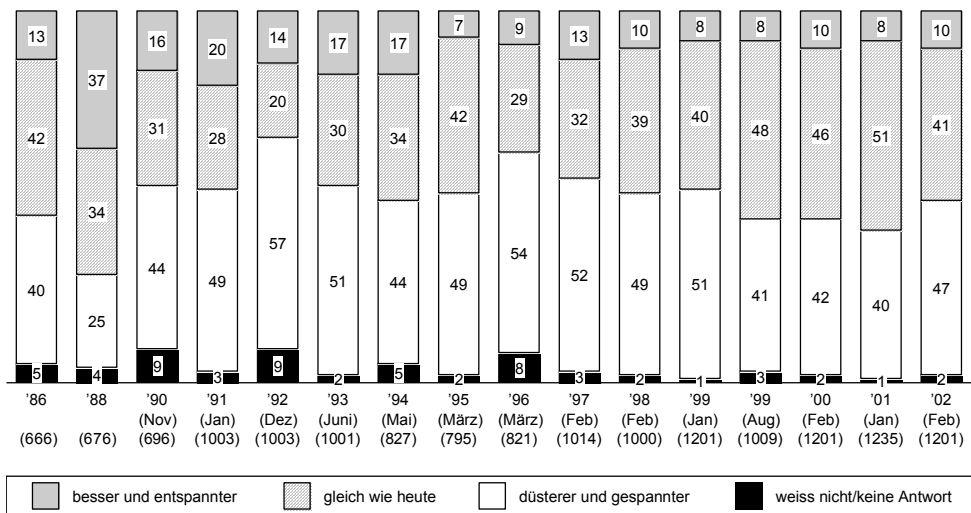
Ob man der näheren Zukunft der Schweiz mit Optimismus oder Pessimismus entgegen blickt, steht in keinem Zusammenhang mit der Beurteilung der Armeenotwendigkeit oder der Bevorzugung einer bestimmten Wehrform. Es ist also nicht so, dass besonders diejenigen Personen die Armee als notwendig erachten, die für die weltpolitische Entwicklung eine düstere Prognose abgeben. Vielmehr sind ArmeebefürworterInnen und -gegnerInnen zu gleichen Teilen unter ZukunftsoptimistInnen wie -pessimistInnen zu finden. Gleiches gilt auch für die Bevorzugung einer bestimmten Wehrform. Anhän-

gerInnen des Milizprinzips beurteilen weder die nähere Zukunft der Schweiz noch die Entwicklung der weltpolitischen Lage grundlegend anders als BefürworterInnen einer Berufsarmee.

Abbildung 5.2

Einschätzung der weltpolitischen Lage

„Glauben Sie, dass die weltpolitische Lage in den nächsten fünf Jahren besser und entspannter oder düsterer und gespannter wird?“ (Angaben in Prozent)



© K.W. Haltiner Si/372/02/P4/sr

6 VERTRAUEN IN BEHÖRDEN UND INSTITUTIONEN

6.1 Vertrauensindex

Die befragten SchweizerInnen wurden gebeten, auf einer Skala von eins bis zehn, „Vertrauenspunkte“ an verschiedene Behörden und Institutionen zu verteilen. Dabei steht der Wert eins für „überhaupt kein Vertrauen“, der Wert zehn für „volles Vertrauen“. Tabelle 6.1 zeigt einerseits, welche Behörden und Institutionen zu bewerten waren und welche Vertrauensmittelwerte sie erreichten.

Tabelle 6.1

Index des Vertrauens in öffentliche Institutionen 1997–2002

(Mittelwerte auf einer Skala 1–10; 1 = kein Vertrauen, 10 = volles Vertrauen)

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	Saldo 01/02
Bundesrat	5.49	5.82	6.45	6.26	6.90	6.45	−0.45
Eidg. Parlament	5.17	5.37	5.90	5.76	6.32	6.15	−0.17
Gerichte allgemein	–	6.34	–	6.42	6.74	6.59	−0.15
Polizei	6.47	6.54	6.70	6.80	6.99	7.05	0.06
Armee	6.13	6.18	6.14	6.27	6.37	6.37	0.00
Medien	4.84	4.80	4.79	4.71	4.96	4.89	−0.07
Schweizer Wirtschaft	5.60	5.65	6.26	6.08	6.76	6.06	−0.70

© K.W. Haltiner 397/02/sr

Vor Jahresfrist war für alle sieben erfragten Institutionen ein Vertrauenszuwachs konstatiert worden. Dieser war teilweise sehr deutlich ausgefallen, etwa im Falle von Bundesrat und Parlament. Für 2002 ist genau das Gegenteil festzuhalten: Mit Ausnahme der Polizei (7.05, +0.06) und der Armee (6.37, ±0.00) haben alle Institutionen an Vertrauen eingebüsst. Der deutlichste Vertrauensrückgang ist für die Schweizer Wirtschaft zu registrieren (6.06, −0.70), doch auch Bundesrat, Parlament und Gerichte werden heuer als nicht ganz so vertrauenswürdig beurteilt wie im Vorjahr (6.45, −0.45; 6.15, −0.17; 6.59, −0.15). Nur sehr gering nimmt sich die Veränderung bei den Medien

aus (4.89, -0.07). Der fast durchs Band festzustellende Vertrauensschwund muss allerdings in die richtige Relation gesetzt werden: Ein Blick auf Tabelle 6.1 macht deutlich, dass die Vertrauensmittelwerte in diesem Jahr für die meisten Institutionen noch immer über jenen der Jahre 1997–2000 liegen. Somit ist weniger der Vertrauensrückgang in diesem Jahr bemerkenswert als vielmehr der starke Vertrauenszuschuss des Jahres 2001.¹³

Einige Differenzierungen in Bezug auf das Alter der Befragten sind erwähnenswert. So stehen die beiden staatlichen Sicherheitsgaranten Polizei und Armee bei den über 60-Jährigen SchweizerInnen besonders hoch im Kurs. Auch dem Bundesrat wird von dieser Altersgruppe mehr Vertrauen entgegen gebracht als von den 18–29-Jährigen oder den 30–59-Jährigen.¹⁴ Auch die generelle politische Orientierung steht in einem Zusammenhang zum Vertrauen, dass man Institutionen und Behörden schenkt. Unter den politisch links Stehenden werden Polizei¹⁵ und Armee¹⁶ mit signifikant weniger Vertrauen bedacht. Auch der Wirtschaft vertraut man auf dieser Seite des politischen Spektrums in geringerem Masse.¹⁷

6.2 Institutionenvertrauen und Sicherheitsempfinden

Das Vertrauen in die verschiedenen Institutionen und Behörden steht in Zusammenhang mit verschiedenen anderen Variablen, von denen drei hier näher betrachtet werden sollen. Die eine ist das allgemeine Sicherheitsgefühl, von dem sinnvollerweise angenommen werden darf, dass es mit dem Vertrauen in einem gleichsinnigen Zusammenhang steht. Auch das Mass des Zukunftsoptimismus für die Schweiz dürfte in einem gewissen Abhängigkeitsverhältnis zum Vertrauen stehen. Ferner wird als zentraler Indikator der aussenpolitischen Kooperationsbereitschaft die Haltung zu einem allfälligen EU-Beitritt daraufhin überprüft, ob sie mit den verschiedenen Vertrauensindizes in Verbindung steht. Wie Tabelle 6.2 zeigt, steht das Vertrauen in Bundesrat und Parla-

13 Bei einer vergleichbaren Fragestellung im Rahmen einer Eurobarometer-Befragung in allen Mitgliedstaaten der EU gehörte das Militär zu den vertrauenswürdigsten Institutionen. 71% der befragten EuropäerInnen vertrauen dem Militär „eher“. Am wenigsten Vertrauen wird dem Militär in Spanien (65%), Dänemark (66%), Italien (67%), Belgien (67%) und Frankreich geschenkt. Am meisten Vertrauen genießt das Militär in Finnland (91%). Am Ende der Vertrauensliste finden sich die politischen Parteien (18%), Grossunternehmen (35%) und die Presse (38%) (Manigart, 2001).

14 Einfaktorielle Varianzanalyse: $df=2$; $F=5.77$; $p<.01$;

15 Einfaktorielle Varianzanalyse: $df=2$; $F=11.17$, $p<.001$

16 Einfaktorielle Varianzanalyse: $df=2$; $F=11.17$, $p<.001$

17 Einfaktorielle Varianzanalyse: $df=2$; $F=22.35$; $p<.001$

ment in einem positiven Zusammenhang mit allen drei beschriebenen Indikatoren. Je grösser also das Vertrauen in Regierung und Parlament, desto stärker sind Sicherheitsgefühl und Zukunftsoptimismus ausgeprägt und desto eher wird ein EU-Beitritt für die Schweiz befürwortet. Letzteres steht ansonsten nur noch mit einer Vertrauensvariablen in einem nennenswerten Zusammenhang: Jene Personen, die dem Militär grosses Vertrauen schenken, lehnen einen EU-Beitritt eher ab. Relativ deutlich ist der Zusammenhang ferner zwischen Zukunftsoptimismus und dem Vertrauen in die Wirtschaft ausgeprägt. Wer der Wirtschaft vertraut, sieht – wenig überraschend – auch die nächsten fünf Jahre für die Schweiz in rosigen Farben.

Tabelle 6.2

Index des Vertrauens in öffentliche Institutionen nach dem allgemeinen Sicherheitsgefühl, der Zukunftseinschätzung der Schweiz und der Befürwortung eines EU-Beitritts (Gamma-Koeffizienten) in den Jahren 2001 und 2002

	Sicherheitsgefühl		Zukunftsoptimismus		Befürwortung EU-Beitritt	
	2001	2002	2001	2002	2001	2002
Bundesrat	0.20	0.17	0.24	0.24	0.14	0.14
Eidg. Parlament	0.14	0.16	0.24	0.26	0.11	0.13
Polizei	n.s.	n.s.	0.17	0.12	-0.08	n.s.
Armee	-0.11	n.s.	n.s.	n.s.	-0.23	-0.19
Gerichte	0.15	0.15	0.17	0.15	0.12	n.s.
Medien	n.s.	n.s.	0.11	0.11	0.14	n.s.
CH-Wirtschaft	0.13	0.14	0.24	0.25	n.s.	n.s.

Bemerkungen: n.s. = nicht signifikant

© K.W. Haltiner SI/418/01

Eine einfache Korrespondenzanalyse¹⁸ veranschaulicht im Überblick die Zusammenhänge zwischen soziodemographischen Daten und dem Mass des Vertrauens, das den verschiedenen Behörden und Institutionen geschenkt wird. Wie sich zeigt, lassen sich bereits mit einer Dimension – hier auf der Horizontalen abgebildet – rund 62% der

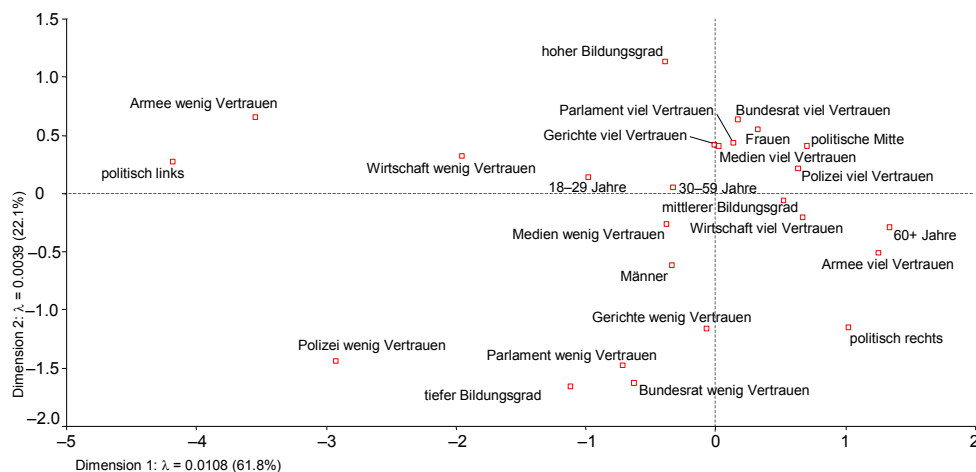
18 Näheres zur Methode der Korrespondenzanalyse im Allgemeinen sowie die Kennwerte der hier durchgeführten Anwendung finden sich in Anhang I bzw. in Anhang II.

Varianz der Wichtigkeitsbeurteilung erklären, während einer zweiten Dimension (Senkrechte) noch weitere 22% Varianzklärung zukommen.

Die horizontale Dimension weist vor allem auf den Zusammenhang zwischen dem Vertrauen und der politischen Selbsteinstufung sowie dem Alter der Befragten hin. Personen, die sich politisch links einstufen, kennzeichnen sich durch geringeres Vertrauen in Armee, Polizei und Wirtschaft, die umgekehrt von der Rechten und mit Abstrichen auch von der politischen Mitte viel Vertrauen zugesprochen erhalten. Das Alter steht ebenfalls in einem Zusammenhang zum Vertrauen, das Polizei, Wirtschaft und Armee entgegengebracht wird. Die Jungen bilden diesbezüglich den eher kritischen, die Älteren den eher vertrauensvollen Pol.

Abbildung 6.1

Grafische Darstellung einer zweidimensionalen Korrespondenzanalyse der Vertrauensbekundungen in verschiedene Behörden und Institutionen nach soziodemographischer Gruppenzugehörigkeit



Bemerkungen: Es wurden lediglich die Vertrauenskategorien „wenig“ (1–4 Vertrauenspunkte) und „viel“ (7–10 Vertrauenspunkte) verwendet.

Die senkrechte Dimension weist auf einen Zusammenhang zwischen Bildungsgrad und Vertrauen hin. Personen mit Hochschulabschluss haben eher mehr Vertrauen in die Trias von Bundesrat, Parlament und Gerichten. Genau diesen drei Institutionen wird

von Personen mit obligatorischer Schulbildung weniger Vertrauen zuteil. Auf der Senkrechten zeigt sich weiter ein im Gegensatz zur horizontalen Dimension altersunabhängiger Zusammenhang zwischen politischer Selbsteinstufung und Vertrauen in Regierung, Parlament und Gerichte. Rechtsstehende sind diesen gegenüber misstrauischer als die Linke und Personen, die sich in der politischen Mitte sehen.

7 STAAT UND ÖFFENTLICHES ENGAGEMENT

Die Frage, ob und wie sicher sich Menschen fühlen, lässt sich nicht unabhängig vom sozioökonomischen und politischen Kontext untersuchen, innerhalb dessen Gefühle der Sicherheit bzw. der Unsicherheit entstehen. Angenommen wird dabei, dass die beiden klassischen Staatsfunktionen, nämlich die Gewährleistung von rechtsstaatlicher Sicherheit und Gewaltfreiheit, und das wohlfahrtsstaatliche Grundversorgungsangebot zur Verbesserung der allgemeinen Lebenschancen (Bildung, Gesundheits- und Sozialvorsorge, öffentliche Infrastrukturen allgemein), die Wahrnehmung von Sicherheit relativ unmittelbar beeinflussen (Buzan 1991, S. 63ff.). Von grosser Bedeutung für das Sicherheitsempfinden dürften ferner sozioökonomische Lebensvoraussetzungen sein, wie etwa die Verfügung über Eigentum und Vermögen und die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung (Konjunktur, Wachstum). Beeinflusst wird es aber nicht zuletzt auch von der Kompetenz, sich in der immer komplexer werdenden Welt zu orientieren und durch die Möglichkeit, über die politische Teilnahme das Macht- und Ordnungsgefüge, in dem man lebt, zu beeinflussen und mitzugestalten.

Nicht nur würde es den Rahmen der vorliegenden Untersuchung sprengen, das komplexe Geflecht von sicherheitsrelevanten Faktoren mit Hilfe einiger diesbezüglicher Fragen umfassend ermitteln zu wollen. Es fehlen bis heute dazu auch bewährte Hypothesenmodelle. Dies unbesehen um Anstrengungen, die in den letzten Jahren in diese Richtung gemacht worden sind.¹⁹ Mit einer Reihe von Vorgaben, die in einer 1983 durchgeführten Erhebung²⁰ erstmals gestellt wurden und somit Zeitvergleiche für die Ermittlung von Stabilität und Wandel zulassen, soll folgenden Fragen nachgegangen werden:

- Welche Primärfunktion schreibt die Bevölkerung dem Staat zu? Hat er in erster Linie die individuelle Freiheit zu gewährleisten oder für die allgemeine Sicherheit zu sorgen? Diese Fragestellung interessiert uns deswegen, weil sich seit einiger Zeit, nicht zuletzt vonseiten einzelner politischer Parteien, Klagen über eine angeblich steigende staatliche Regelungsdichte mehren.

¹⁹ Bekannt sind in diesem Zusammenhang die Arbeiten von Barry Buzan.

²⁰ Repräsentative StimmbürgerInnenenerhebung „Milizarmee im Wandel“, publiziert in: Haltiner, Karl W. (1985).

- Welche Haltung bringen Frau und Herr Schweizer ihrem Staat entgegen? Wie nahe stehen sie ihm? In welchem Masse bestimmen wohlfahrtsstaatliche Ansprüche das Staatsbild? Wie sehr identifiziert man sich affektiv mit dem Nationalstaat? Wie zufrieden ist man schliesslich mit dem Staat ganz allgemein?
- Sind SchweizerInnen bereit, sich für das Gemeinwesen zu engagieren und dafür auch die eigene Person zur Verfügung zu stellen? Dieser Frage kommt mit Blick auf die steigenden Schwierigkeiten, Milizämter zu besetzen, besondere Bedeutung zu.
- Wie reformorientiert gibt man sich in den verschiedenen Bevölkerungsgruppen? Wo herrscht der Wille zur Veränderung, wo eine Bewahrungshaltung vor? In welcher Beziehung stehen Veränderungsorientierung und Sicherheitswahrnehmung zueinander?

Eine Multivariablenanalyse soll den angesprochenen Gesamtkontext, innerhalb dessen sich Sicherheits- und Unsicherheitserwartungen sowie Staatsbeziehungen entwickeln, sichtbar machen.

7.1 Der Staat als Garant für Sicherheit und Freiheit

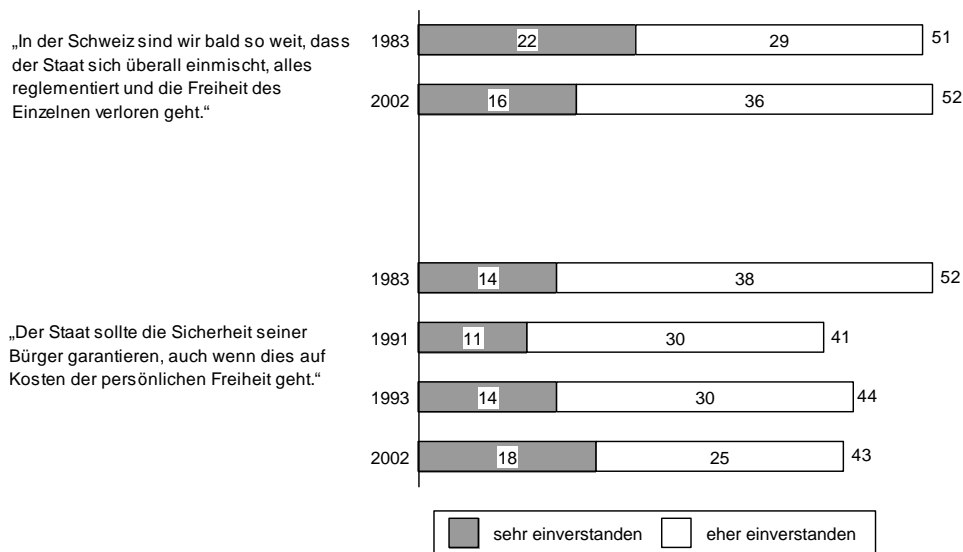
Freiheit und Sicherheit sind in mancherlei Hinsicht gegensätzliche Werte. Freiheit impliziert einen offenen Handlungsraum in die Zukunft hinein – eine Offenheit die auch Risiken und Unsicherheiten birgt, welche als Preis der Freiheit hinzunehmen sind. Umgekehrt setzt Sicherheitserwartung eine gewisse Regelung und Festlegung künftiger Handlungsoptionen voraus. Das Spektrum eigener Handlungsmöglichkeiten ist somit um den Preis von Erwartungssicherheit eingeschränkt, die Zukunft ist nicht mehr völlig offen. Sicherheit bedeutet deshalb Einschränkung von Handlungsfreiheit, Freiheit indes Hinnahme von Unsicherheit.

Aufgabe des modernen Staates ist es u.a., seinen BürgerInnen ein hohes Mass an individueller Handlungsfreiheit zu gewährleisten, ihnen zugleich aber auch eine minimale Sicherheit für die individuellen Lebensvoraussetzungen und Lebenschancen zu bieten. Dass die sozialen Gruppen sich über die richtige Gewichtung von Freiheitsschutz einerseits und Sicherheit andererseits uneins sind und sich für eine Priorisierung des einen oder des anderen Wertes einsetzen, darf als Konstante des politischen Lebens gelten. So setzt bekanntlich der Liberalismus mehr auf den Schutz der persönlichen Freiheit, während die sozialistische Linke sich seit jeher eher für die soziale Sicherheit stark macht.

Es scheint, als hätte in den letzten Jahrzehnten das Dilemma Freiheit versus Sicherheit ein gewisse Zuspitzung erfahren. In den achtziger Jahren führten die Freisinnigen ihre Wahlkämpfe mit der Parole „Mehr Freiheit, weniger Staat“. Die neoliberale Welle der neunziger Jahre brachte nicht nur mehr Markt und Deregulierung, sprich Entregelung von staatlichen Leistungsfeldern, sondern auch eine neue öffentliche Debatte um die Rolle des Staates im wirtschaftlichen Leben und bei der Umverteilung. Gleichzeitig erfuhr mit der Globalisierung, der zunehmenden Immigration, den Tendenzen zu steigenden Kriminalitätsraten und den Ansätzen zu sozialer Desintegration wie aber auch der demographischen Überalterung die Frage nach der Sicherheitsfunktion des Staates erneut eine Belebung. Im raschen sozialen Wandel scheinen die NutzniesserInnen von Modernisierung und Globalisierung – jüngere Generationen, besser Gebildete, materiell besser Gestellte – stärker auf Freiheit zu setzen, während die Verlierer dieser Entwicklung – eher ältere Personen, materiell schlechter Gestellte und auf dem Arbeitsmarkt Benachteiligte, weniger Gebildete – nach mehr Sicherheit rufen.

Abbildung 7.1

Staatsfunktionen in der öffentlichen Wahrnehmung: Sicherheit versus Freiheit
(Angaben in Prozent)



© K. W. Haltiner SI/712/02/sr

Mit zwei Fragen, die 1983 erstmals und seither vereinzelt gestellt wurden, wird die Wahrnehmung und Bewertung von Freiheit und Sicherheit als Staatsleistungen ermittelt (siehe Abbildung 7.1). Danach besteht 1983 und, unverändert, 2002 bei einer knappen Befragtenmehrheit Zustimmung darüber, dass infolge überstarker Regulierung in der Schweiz die individuelle Freiheit leide. Umgekehrt liegt die Zustimmung zur Vorgabe, der Staat solle die Sicherheit seiner BürgerInnen garantieren, auch wenn dies auf Kosten der persönlichen Freiheit gehe, nach einer knapp mehrheitlichen Zustimmung 1983 seit Beginn der neunziger Jahre nur noch bei etwas über 40%. Daraus einen klaren Trend ableiten zu wollen, wäre wohl vermessen. Immerhin scheint sich in den letzten Jahren eine tendenziell stärkere Bevorzugung des Wertes Freiheit vor jenem der Sicherheit anzudeuten.

Beide Staatsfunktionen erfahren also indirekt eine erhebliche Zustimmung. Eine schwache Mehrheit bekundet zwar ihren Unmut über die wachsende Regelungsdichte in der Schweiz, hält aber gleichwohl zu einem nicht unerheblichen Anteil die Sicherheitsgewährleistung auch auf Kosten der persönlichen Freiheit für wichtig. Das legt die Annahme nahe, dass in weiten Bevölkerungskreisen die beiden Werte nicht als gegensätzlich gesehen werden, sondern als öffentliche Güter, die beide vom Staat zu erbringen seien. Das wird sichtbar, wenn die Häufigkeiten der beiden Vorgaben unter Verzicht auf jene, die die eine oder andere Vorgabe nicht beantwortet haben, für 2002 zu einem Index²¹ zusammengezogen werden (Tabelle 7.1). Etwas mehr als die Hälfte der Befragten vermag keinen Widerspruch zwischen den beiden Vorgaben zu erkennen und bejaht beide „sehr“ oder „eher“. Als Sicherheitsdominante lassen sich jene bezeichnen, die die Sicherheitsgewährleistung bejahen und die Freiheitsgefährdung durch die angeblich überhöhte Regelungsdichte bestreiten. Sie machen im Bevölkerungsdurchschnitt rund ein Fünftel aus. Als Freiheitsdominante sind jene einzustufen, die Freiheits Einschränkungen beklagen und die Sicherheitsschaffung auf Kosten der Freiheit konsequent ablehnen. Ihr Anteil liegt im Bevölkerungsdurchschnitt bei 28%.

Männer unterscheiden sich in der Bevorzugung einer der beiden Staatsfunktionen nicht signifikant von Frauen. Junge und besser Gebildete geben sich etwas freiheitsdominanter als ältere, über 60-jährige Personen, der Zusammenhang ist indessen statistisch nicht gesichert. Auch ist die Vermutung, sich links einstufige Personen würden den Staat stärker nach dessen Sicherheitsfunktion, sich als rechts Bezeichnende nach dessen

21 Ein Index vereinigt mehrere Variablen auf sich. Dadurch kann der Gehalt einer Attitüde besser erfasst werden. Ebenso werden statistische Ausreisser, die sich bei einer einzelnen Variable einstellen können, tendenziell gemildert.

Freiheitsfunktion bewerten, bloss schwach zutreffend. Zwar liegt der Anteil der Sicherheitsdominanten auf der linken Seite etwas höher als auf der rechten, wo die Freiheitsgewährleistung etwas stärker gewichtet wird. Statistisch signifikant ist indessen auch dieser Zusammenhang nicht. Dass sich diese Zuordnung verwischt hat, wenn sie in dieser Eindeutigkeit überhaupt je vorhanden war, zeigt sich auch darin, dass in den Forderungen einiger der rechts anzusiedelnden Parteien (Schweizerische Volkspartei, Freiheitspartei, Schweizer Demokraten) die öffentliche Sicherheit einen mindestens ebenso zentralen Stellenwert einnimmt wie die Erhaltung der bürgerlichen Freiheiten.

Tabelle 7. 1

Sicherheitsdominante versus Freiheitsdominante, Kombination der Variablen „Freiheitsgewährleistung“ und „Sicherheitsschaffung“ (Angaben in Prozent)

	Total	Geschlecht		Muttersprache			Alter			Bildung			Politische Stellung		
		M	F	d	f	it	18-29	30-59	60+	tief	mittel	hoch	links	Mitte	rechts
Sicherheitsdominante	19	20	20	24	5	25	20	20	21	22	20	19	24	20	16
Freiheit und Sicherheit betonende	53	53	52	51	54	57	50	52	55	54	53	50	54	52	57
Freiheitsdominante	28	27	28	25	41	18	30	28	24	24	27	31	22	28	27
N	(1021)	(533)	(531)	(768)	(220)	(49)	(198)	(611)	(275)	(175)	(624)	(265)	(147)	(627)	(201)
CC		n.s.		0.21			n.s.			n.s.			n.s.		

Bemerkungen: CC = Kontingenz-Koeffizient

n.s. = nicht signifikant

© K.W. Haltiner Si/726/02/mz

Hingegen sind klare Unterschiede nach der Sprachzugehörigkeit auszumachen. Die Romands sind ausgesprochen freiheitsdominant (41%). Die heikle Balance zwischen den beiden öffentlichen Rechtsgütern schlägt hier klarer zugunsten der Freiheits- und auf Kosten der staatlichen Sicherheitsfunktion aus. Insofern sind die Welschen, wie es dem Klischee entspricht, staats skeptischer als die übrigen SchweizerInnen. Die italienischsprachige Minderheit gleicht eher den DeutschweizerInnen und zeigt wie diese eine leicht überdurchschnittliche Neigung, vom Staat vor allem Sicherheit zu fordern.

Eigentlich würde man erwarten, dass zwischen den Erwartungen an den Staat und der eigenen Sicherheits- bzw. Bedrohungslage dahingehend ein Zusammenhang bestehen würde, dass diejenigen, welche sich unsicher wähnen, vor allem die staatliche Sicherheitsfunktion unterstreichen, während diejenigen, welche sich eher sicher fühlen, zur Betonung der Freiheitsfunktion neigen. Dieser Zusammenhang lässt sich aber in unseren Daten nur schwach und statistisch nicht signifikant nachweisen. Zwar scheint ein positiver Zusammenhang zum allgemeinen Sicherheitsempfinden zu bestehen. Aber bezogen auf einzelne Lebensbereiche, vom Arbeitsplatz bis zur Geborgenheit in der

Familie, lassen sich die verschiedenen Sicherheitsaspekte nicht in eine nennenswerte Beziehung zur Bewertung der Staatsfunktionen bringen (nicht tabellarisch ausgewiesen). Es scheint also durchaus nicht so zu sein, dass man die persönlichen Sicherheitsdefizite direkt auf den Staatsbedarf projiziert.

Tabelle 7.2

Der Zusammenhang zwischen Sicherheitsdominanz und dem Vertrauen in verschiedene Institutionen

	Sicherheitsdominanz
	CC
Bundesrat	0.19
Parlament	0.17
Gerichte	0.14
Polizei	0.21
Armee	0.17
Medien	n.s.
Wirtschaft	n.s.

Bemerkungen: CC = Kontingenz Koeffizient ($p < 0.001$)
n.s. = nicht signifikant

© K. W. Haltiner SI/727/02/sr

Anders verhält es sich diesbezüglich mit dem Vertrauen in die Institutionen des Staates, die Medien und die Wirtschaft. Wie Tabelle 7.2 zu entnehmen ist, vertrauen vor allem die Sicherheitsdominanten in deutlich höherem Masse als die Freiheitsdominanten der Polizei, dem Bundesrat und den übrigen staatlichen Institutionen. Hier manifestiert sich offensichtlich die vorher vermisse direkte Projektion des eigenen Sicherheitsempfindens auf den Staat. Kein Zusammenhang besteht zwischen der Staatsfunktionenwahrnehmung und dem Vertrauen in die Medien oder die Wirtschaft.

7.2 Formen nationalstaatlicher Integration und Staatszufriedenheit

Der frühe Nationalstaat beschränkte sich in erster Linie auf die Gewährleistung der inneren und äusseren Sicherheit und die Vermittlung eines nationalen Zusammengehörigkeitsgefühls. Der Begriff „Vaterland“ gemahnt an die eher väterliche Art der Staatsbeziehung, das Betonen von Recht und Ordnung sowie die emotionale Identifikation. Demgegenüber hat sich das Leistungsprofil moderner Staaten erweitert und instrumentell versachlicht. Moderne Staaten steuern die Lebensvoraussetzungen ihrer BürgerInnen bekanntlich in hohem Masse. Von der Geburt bis zum Tode begleiten sie den Einzelnen, sei es durch administrative Festlegungen, sei es durch staatliche Leistungen oder durch Vorsorge bei den individuellen Lebensrisiken durch die allgemeine Versorgung mit öffentlichen Gütern. Der Sozialstaat ist, wie man mit Blick auf sein Leistungspotenzial und die früher eher vaterstaatliche Beziehung feststellen darf, in vielfacher Hinsicht zu einem „Mutterstaat“ geworden, der Ansprüche und Aspirationen generiert und gewährleistet. Mit dem Wandel der staatlichen Funktionen, so darf erwartet werden, verändert sich auch die Staatsbeziehung. So wird verschiedentlich geltend gemacht, der moderne Staat werde bloss noch nutzen- und dienstleistungsorientiert, nicht mehr aber unter dem Gesichtspunkt der „Wir“-Gruppe gesehen.²²

Die in die Erhebung aufgenommenen Indikatoren sollen zwei Komponenten des Staatsbildes erfassen: Zum einen die eher instrumentell-nutzenorientierte Seite, bei welcher der Staat primär als Träger der materiellen Wohlfahrt und des allgemeinen Wohlergehens gesehen wird und zum zweiten die Rolle des Nationalstaates als Identitätsstifter im Sinne einer emotionalen Beziehung, innerhalb derer der Wert der Zugehörigkeit zur Nation Schweiz im Vordergrund steht. Wir sprechen von instrumentellen und emotionalen Aspekten der Staatsintegration. Beide haben normativen Charakter d.h. in den Vorgaben manifestieren sich die Soll-Erwartungen an den Staat. Darüber hinaus haben wir mittels einer direkten Frage die Ist-Zufriedenheit mit dem Staat erhoben.

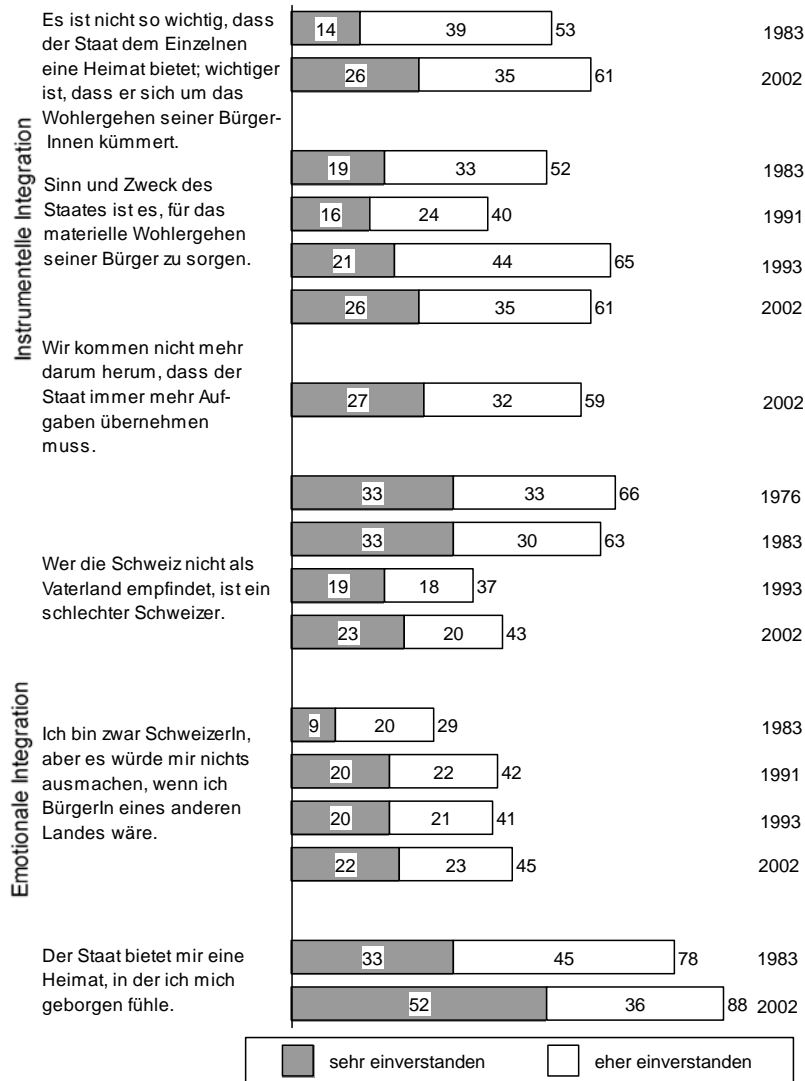
Abbildung 7.2 zeigt einen recht hohen, im Zeitverlauf leicht zunehmenden Grad an instrumenteller Integration. Waren es in den Achtziger- bzw. frühen Neunzigerjahren noch rund die Hälfte der Befragten, welche den Sinn des Staates vor allem in der materiellen Wohlstandssicherung sahen, so sind das neuestens rund sechs von zehn. Folgerichtig gehen auch fast 60% der Befragten davon aus, dass der Staat immer mehr Auf-

22 Vgl. dazu die Studien von Helmut Klages, Willi Herbert (1983), sowie Helmut Klages, Gerhard Franz, Willi Herbert (1987). Ferner zur nationalen Integration in der Schweiz: Daniel Frei, Henry Kerr (1974) und Hanspeter Meier-Dallach, Susanne Hohermuth, Trudi Walter (2001).

gaben zu übernehmen habe. Die Mehrheit der SchweizerInnen sind echte „SozialstaatsbürgerInnen“, d.h. instrumentell gut integriert.

Abbildung 7.2

Formen nationalstaatlicher Integration (Angaben in Prozent)



© K.W. Haltiner SI/1716/02/P4/Sr

Bei der emotionalen Integration liegen die Dinge weniger klar. Zum einen scheint eine eher traditionalistische Identifikation mit der Schweiz als Vaterland deutlich im Rückgang begriffen zu sein. Man kann sich, zwar nicht mehrheitlich, aber im Mass tendenziell zunehmend, vorstellen, durchaus auch BürgerIn eines anderen Landes zu sein. Doch warnt die mit 88% hohe, im Vergleich zum Jahre 1983 sogar um volle 10% angestiegene Zustimmung zur Geborgenheit durch heimatliche Zugehörigkeit vom voreiligen Schuss, die emotionale Identifikation schwäche sich ab. Eher manifestiert sich offenbar eine gewisse Wiederbelebung des Nationalgefühls, eine Entwicklung, die sich mit den Ergebnissen der Eurobarometer- Erhebungen²³ für das Gros der europäischen Nationalstaaten deckt.

Tabelle 7.3

Formen staatlicher Integration nach soziodemographischen Merkmalen

	Sprachregion	Geschlecht	Alter	Polit. Stellung	Bildung
Staat soll sich um Wohlergehen der BürgerInnen kümmern, Heimat weniger wichtig	0.20	n.s.	0.13	n.s.	0.16
Staatszweck ist das materielle Wohlergehen der BürgerInnen	0.12	0.10	0.20	0.12	0.21
Staat muss mehr Aufgaben übernehmen	0.22	n.s.	0.15	0.13	0.20
Wer die Schweiz nicht als Vaterland empfindet, ist ein schlechter Schweizer	0.48	n.s.	0.18	0.16	0.17
Es würde mir nichts ausmachen, BürgerIn eines anderen Landes zu sein	0.19	n.s.	0.21	0.22	0.12
Staat bietet heimatliche Geborgenheit	0.12	n.s.	-0.17	n.s.	n.s.

Bemerkungen: CC = Kontingenz Koeffizient n.s. = nicht signifikant; p>0.05

© K.W. Haltiner SI/740/02/mz

Unter den soziodemographischen Merkmalen,²⁴ welche sowohl die instrumentelle wie auch die emotionale Staatsbeziehung in erster Linie prägen, ragen die Sprachzugehörigkeit, der Bildungsgrad und das Alter der Befragten hervor (Tabelle 7.3):

RomandEs und TessinerInnen geben sich weitaus patriotischer als die hier eher nüchternen DeutschschweizerInnen. BürgerInnen, welche die Schweiz nicht als Vaterland

23 Eurobarometer, Report No. 56, April 2002, 14ff, http://europa.eu.int/comm/public_opinion

24 Die prozentualen Häufigkeiten nach den soziodemografischen Merkmalen können den Tabellen im Anhang entnommen werden: Fragen 13.6, 13.12–13.15, 13.17.

empfinden werden von 89% der Romands und 54% der TessinerInnen als schlechte SchweizerInnen betrachtet. Diese Meinung teilen bloss 27% der Deutschsprachigen (CC=0.48). Erstere geben sich indes gleichzeitig toleranter in der Vorstellung, sich selber allenfalls als BürgerIn eines anderen Landes zu sehen (Welsche: 64%, TessinerInnen 60%, DeutschschweizerInnen 47%; CC=0.19). Die lateinischen Sprachangehörigen betonen die beiden heimatgebenden Funktionen des Staates stärker als ihre deutschsprachigen Miteidgenossen (CC=0.20 und 0.12). Sie neigen aber auch leicht stärker als letztere dazu, dem Staat mehr Aufgaben überbinden zu wollen (CC=0.22). Vor allem die TessinerInnen erwarten, dass sich der Staat mehr um das Wohlergehen seiner BürgerInnen kümmert. Dies ist ein deutlicher Hinweis auf das in der Südschweiz offenbar überdurchschnittlich vorhandene Gefühl, von „Bern“ vernachlässigt zu werden.

- Die unterste Bildungsgruppe ist deutlich staatsgläubiger als die oberen beiden. Sie fordern vom Staat mehr an Aufgabenerfüllung und Wohlförderung und geben sich patriotischer als die oberen (CC=0.20 bzw. CC=0.21 bzw. CC=0.17). So können sich Personen mit bloss obligatorischer Schulbildung erheblich weniger vorstellen, BürgerInnen eines anderen Landes zu sein und sie brandmarken deutlicher als andere solche, die in der Schweiz nicht ihr Vaterland sehen (CC=0.12). Für zwei Drittel (68%) der Personen aus der untersten Bildungsgruppe besteht der Sinn und Zweck des Staates primär darin, für das individuelle Wohlergehen seiner BürgerInnen zu sorgen. Dagegen teilen nur 43% aus der obersten Bildungsgruppe diese Ansicht.
- Die emotionale Identifikation mit der Schweiz steigt mit dem Alter. Während die jüngste Befragtengruppe zu 60% keine Mühe bekundet, sich als BürgerIn eines anderen Landes vorzustellen, kann sich dies bei den über 60-Jährigen nur eine 40%-ige Minderheit vorstellen (CC=0.21). Erstere stufen Personen, die in der Schweiz nicht ihr Vaterland zu sehen bereit sind, weniger als schlechte SchweizerInnen ein (42%) als dies die über 60-Jährigen tun (CC=0.18). Die jüngste und die älteste Altersgruppe pochen indes gleichermassen stärker auf die materielle Wohlstandssicherung durch den Staat als die mittleren Generationen (CC=0.20). Gleiches gilt für die Ansicht, der Staat müsse mehr Aufgaben übernehmen (CC=0.15). Offenbar nehmen vor allem jene Generationen, die zur Hauptsache im Erwerbsleben stehen und das Gros der Steuerlast zu tragen haben, eher Abstand von Forderungen an den Staat, während die jüngste und die älteste Generation mehr vom Leistungsstaat fordern.
- Demgegenüber variieren die Staatsbeziehungen nach den übrigen Merkmalen nur wenig. Politisch sich rechts einstufoende Personen bekunden emotional stärkere Bindungen an die Schweiz als links orientierte (CC=0.16 und 0.22). Letztere

möchten dem Staat hingegen mehr Aufgaben übertragen (CC=0.13). Frauen betonen die Wohlstandsgewährleistung durch den Staat etwas stärker als Männer (CC=0.10).

Fazit: Insgesamt reflektiert sich in den Fragen nach dem Ideal des Staates und der Nation ein hohes Mass an Verbundenheit mit dem schweizerischen Staatswesen. Man erwartet von ihm hohe Kompetenz in der materiellen Daseinsvorsorge, will es dafür aber auch in die Pflicht nehmen. Gleichzeitig bestehen zu ihm durchaus intakte emotionale Bindungen, man bekennt sich zur nationalen Identität. Der Befund, wonach die staatliche Integration erheblich nach den Bildungsschichten variiert, ist nicht unplausibel. Die Chancen stehen für die Bildungsoberschichten allgemein besser, sich staatsunabhängiger und selbstbestimmter zu bewegen als für die weniger Gebildeten, die sich gemessen an ihren Lebenschancen in die soziale Peripherie gedrängt wähnen und eher auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Obere Bildungsschichten gehören steuerlich zudem tendenziell zu den LeistungsträgerInnen, untere zu den BezügerInnen. Ähnliches gilt auch für die Altersgruppen: Die mittleren Generationen sind staatskritischer als die über 60-Jährigen und die 18–29-Jährigen. Dass daneben aber auch noch andere, nämlich kulturspezifische Faktoren die Enge des Verhältnisses zum Staat bestimmen, zeigt das überdurchschnittlich hohe Mass an patriotischem Nationalstolz bei den RomandEs und den SüdschweizerInnen. Demgegenüber nehmen sich die Unterschiede nach der politischen Orientierung schon fast bescheiden aus. Es ist die Linke, die sich erwartungsgemäss mit dem Leistungsstaat besser zu identifizieren vermag als die Rechte.

Fragt man nun direkt nach der Befindlichkeit, d.h. nach der Zufriedenheit mit dem Staat, so bestätigt sich der Befund einer überwiegend intakten Staatsbeziehung (Tabelle 7.4). 41% der Befragten kommen nach eigenem Bekunden in ihrem Verhältnis zum Staat auf ihre Rechnung. Sie stimmen der Vorgabe zu, man erhalte mehr Vorteile "als die paar Pflichten", die der Staat auferlege. Ein Fünftel ist gegenteiliger Ansicht. Die unzufriedenen 20% sind der Meinung, sie müssten zu viel leisten für das, was ihnen der Staat biete. Ein rundes Drittel gibt an, man dürfe den Staat nicht so betrachten oder man sei nicht in der Lage, die Rechte-Pflichten-Bilanz zu beurteilen. Die Verteilung nach soziodemographischen Merkmalen ähnelt stark jener des oben gefundenen Staatsbildes, ist aber deutlicher konturiert. Die RomandEs, und hier auch die Italienischsprachigen, sind erheblich weniger staatszufrieden bzw. offen staatsunzufriedener als die Deutschschweizer Mehrheit. Noch stärker ausgeprägt ist der Unterschied zwischen den Bildungsschichten: Die unterste Schicht gibt sich unzufriedener mit dem Staat als die mittlere und obere. Frauen stimmen seltener als Männer zu (38% gegenüber 45%), mit dem Staat auf ihre Rechnung zu kommen. Hier könnte sich eine gewisse Unzufriedenheit über eine als ungenügend empfundene staatliche Förderung der Gleichstellung der

Geschlechter manifestieren. Nach dem Alter variiert die Staatszufriedenheit nur gering, es sind dies die 30–59-Jährigen, die sich etwas zufriedener geben als die jüngste Befragten-Gruppe der 18–29-Jährigen und die über 60-Jährigen.

Tabelle 7.4

Staatszufriedenheit

„Der Staat gewährt uns nicht nur Rechte, er auferlegt uns auch Pflichten (Vorschriften, Steuern, Militärdienst). Alles in allem betrachtet, welcher von den folgenden Sätzen kommt Ihrer Meinung am nächsten?“ (Angaben in Prozent)

	Total	Geschlecht		Sprachregion			Schulbildung			Politische Stellung		
		M	F	d	f	i	tief	mittel	hoch	links	Mitte	rechts
Ich komme auf meine Rechnung.	41	45	38	44	34	35	41	40	46	43	41	46
Neutral*	35	31	38	34	36	38	29	35	38	38	32	34
Ich komme nicht auf meine Rechnung.**	20	21	20	19	24	25	25	22	14	17	24	17
Weiss nicht/keine Ahnung.	3	3	4	3	2	2	5	3	2	2	3	3
N	(1201)	(569)	(632)	(863)	(286)	(52)	(198)	(691)	(292)	(158)	(687)	(220)

* „Ich finde, man darf den Staat nicht so betrachten.“ / „Ich kann das nicht beurteilen.“
 ** „Ich komme nicht so ganz auf meine Rechnung. Ich muss zu viel leisten für das, was ich vom Staat erhalte.“

© K.W. Haltiner SI/741/02/mz

Es bestätigt sich das schon bei der Ermittlung der Soll-Vorstellungen gewonnene Bild, wonach vor allem die aktive Erwerbsgeneration und in ihr diejenigen Gruppen, die dank besserer Bildung über höhere Lebens- und Einkommenschancen verfügen, mit den Staatsleistungen in überdurchschnittlichem Masse zufrieden sind. Die Soll-Ist-Differenz ist im gesellschaftlichen Zentrum geringer, man gibt sich zufriedener als in der sozialen Peripherie, wo zwischen Idealstaat und Wirklichkeit grössere Lücken klaffen. Deutlich manifestiert sich dies in der kritischeren Staatsleistungsbewertung der Sprachminderheiten in der Schweiz.

Weniger nach dem Staatsbild, wohl aber nach der Staatszufriedenheit bestehen wichtige Zusammenhänge zum allgemeinen Sicherheitsempfinden. Neun von zehn Staatszufriedenen fühlen sich „eher“ bzw. „sehr sicher“. Umgekehrt geben fast zwei von zehn Staatsunzufriedenen an, sich „eher“ oder „sehr unsicher“ zu fühlen (tabellarisch nicht ausgewiesen). Die Interpretation dieses Zusammenhangs fällt nicht schwer. Wer sich sicher fühlt, wird mit dem Sicherheitsgaranten eher zufrieden sein, als wer sich unsicher wähnt. Das gilt in noch deutlicherem Masse für das Vertrauen in die Institutionen (Tabelle 7.5). So hegen die Staatszufriedenen durchwegs ein deutlich höheres Vertrauen in alle Institutionen des Staates, insbesondere in Bundesrat, Parlament, Gerichte und

Polizei als jene, die angeben, in ihrer Beziehung zum Staat nicht ganz auf ihre Rechnung zu kommen.

Tabelle 7.5

Zusammenhang zwischen dem Vertrauen in verschiedene Institutionen und der Staatszufriedenheit

	Staatszufriedenheit
	CC
Bundesrat	0.26
Parlament	0.25
Gerichte	0.23
Polizei	0.22
Armee	0.18
Medien	0.16
Wirtschaft	0.19

Bemerkungen: CC = Kontingenz Koeffizient (p<0.001)

© K.W. Haliner S1742/02/mz

Wer zum Staatswesen emotional und instrumentell eine positive Beziehung hat und sich staatszufrieden gibt, ist eher optimistischer hinsichtlich der Zukunftserwartungen für die Schweiz.

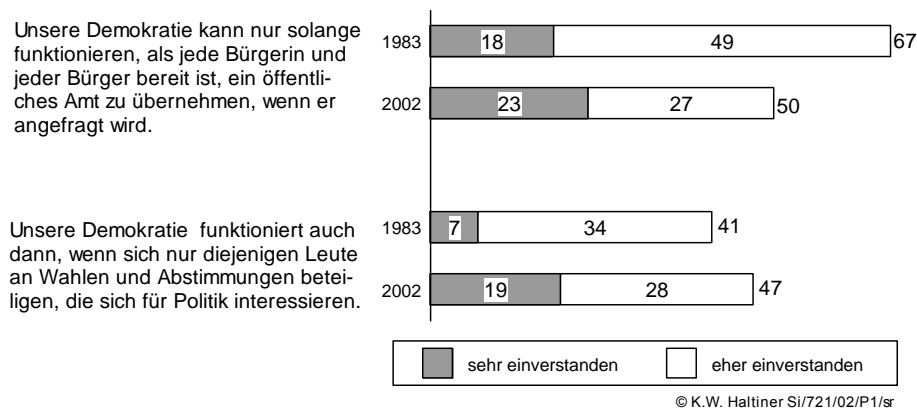
7.3 Politische Engagementbereitschaft

Demokratie setzt grundsätzliche bürgerschaftliche Beteiligung am öffentlichen Leben voraus. Eine politische Milizkultur, in der viele öffentliche Positionen ehren- bzw. nebenamtlich wahrgenommen werden, bedarf über die Wahl- und Stimmbeteiligung hinaus einer hohen Bereitschaft, sich für ein Amt im öffentlichen Leben, sei es in der Politik oder in der Milizarmee, zur Verfügung zu stellen. Nun mehren sich seit Jahren die Anzeichen dafür, dass die diesbezügliche Engagementbereitschaft in der modernen schweizerischen Gesellschaft im Abnehmen ist, dass „das Milizsystem kriselt“ (Minor, 2000). Viele Gemeinden bekunden Mühe, Freiwillige für die Besetzung politischer Milizfunktionen zu finden oder sie in den Ämtern zu halten. Die Milizarmee kämpft mit

wachsenden Nachwuchsproblemen bei den Kadern. Dass im Zuge der Individualisierung und der Marktdurchdringung aller Lebensbereiche die Bereitschaft zur ehrenamtlichen Tätigkeit für das Kollektiv, mithin die Milizfähigkeit in modernen Gesellschaften, abnimmt, ist heute mehr als bloss eine obskure Soziologenthese.

Abbildung 7.3

Politische Engagementbereitschaft (Angaben in Prozent)



Um eine solche Veränderung in der grundsätzlichen Bereitschaft zur aktiven Beteiligung in (ehren-)amtlichen Funktionen zu erfassen, haben wir in die Befragung 2002 zwei Vorgaben aufgenommen, die in der erwähnten Erhebung von 1983 vorgelegt wurden (siehe Abbildung 7.3). Im Vergleich zwischen den beiden Zeitpunkten deutet sich eine erhebliche Abnahme in der politischen Engagementbereitschaft an. Bekanntens sich 1983 runde zwei Drittel der befragten Stimmbevölkerung zur Norm, wonach unsere Demokratie nur funktionieren könne, wenn jede Bürgerin und jeder Bürger bereit sei, ein öffentliches Amt zu übernehmen, wenn sie oder er dazu angefragt werde, so ist das 2002 bloss noch die Hälfte. Parallel dazu hat sich die Meinung, eine Demokratie funktioniere auch dann, wenn sich nur die Interessierten an Wahlen und Abstimmungen beteiligten, von 41% auf 47% erhöht.

Werden die beiden Vorgaben der Erhebung 2002 zu einem Index der politischen Engagementbereitschaft zusammengefasst, so zeigt sich ein hohes Mass an Inkonsistenz (siehe Tabelle 7.6). Fast die Hälfte der Befragten reagiert widersprüchlich auf die Vorgaben, befürwortet beide oder lehnt beide ab. Als konsequent politisch engagementbereit lassen sich im Durchschnitt 27% der antwortenden Befragten bezeichnen,

als konsequent desengagiert 24%. Am stärksten streut die Verteilung nach der Sprachzugehörigkeit. Bei den RomandEs finden sich nur 11% Engagementbereite, aber 39% konsequent Desengagierte. Bei den DeutschschweizerInnen hingegen gibt sich fast ein Drittel, nämlich 32%, konsequent politisch teilnahmefreudig und bloss ein Fünftel politisch teilnahmeschwach. Männer sind politisch engagierter als Frauen. Die politische Beteiligungsbereitschaft steigt konstant an mit dem Alter der Befragten, das konsequente Desengagement liegt bei der ältesten Befragtengruppe am tiefsten (14%). Dass sich in der Altersverteilung ein langfristiger Wandel im politischen Beteiligungsverhalten andeutet und sich dahinter nicht ausschliesslich ein lebenszyklischer Effekt verbirgt, lässt sich aus der Veränderung der Durchschnittswerte in Abbildung 7.3 zwar nicht mit völliger Sicherheit, aber mit grosser Wahrscheinlichkeit schliessen. Die politische Engagementbereitschaft streut nicht signifikant nach der Bildung und nach der politischen Orientierung. Tendenziell gibt sich indessen vor allem die unterste Bildungsgruppe deutlich desengagierter und widersprüchlicher als die übrigen Bildungsgruppen.

Tabelle 7.6

Politische Engagementbereitschaft (Angaben in Prozent)

	Total	Geschlecht		Muttersprache			Alter			Schulbildung			Politische Stellung		
		M	F	d	f	it	18–29	30–59	60+	tief	mittel	hoch	links	Mitte	rechts
Engagement	27	31	24	32	11	24	19	27	33	26	28	27	19	30	28
Inkonsequente	49	46	52	48	50	58	53	46	53	60	46	46	54	48	48
Desengagierte	24	23	25	20	39	18	23	27	14	14	26	26	27	22	24
N	(1103)	(533)	(570)	(774)	(226)	(55)	(199)	(624)	(280)	(177)	(626)	(275)	(149)	(636)	(200)
CC		n.s.		0.22			0.15			n.s.			n.s.		

Bemerkungen: CC=Kontingenz Koeffizient

n.s.=nicht signifikant

© K.W Haltiner SI/724/02/mz

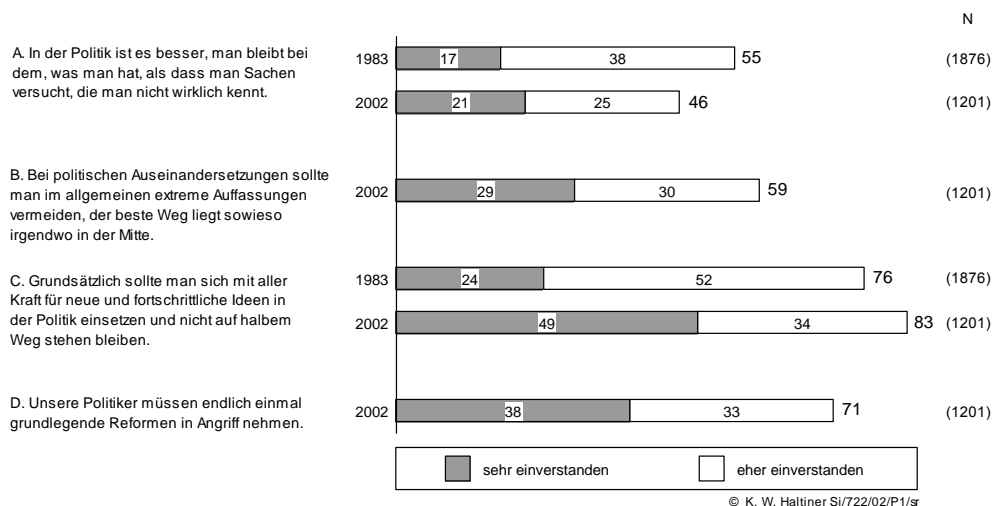
Fazit: Die seit Jahren zu beobachtende schwindende allgemeine Bereitschaft, sich für öffentliche Funktionen zur Verfügung zu stellen, findet in der hier konstatierten Erosion der Beteiligungsnorm der Tendenz nach ihre Bestätigung.

7.4 Politische Veränderungsorientierung

Die Ermittlung der Konservatismus-Progressismus-Dimension hat in der politikwissenschaftlichen Forschung eine gewisse Tradition. Die Rückführung politischer Einstellungen auf eine eher bewahrende bzw. eher veränderungswillige Tendenz dient in der Regel dazu, politische Positionen und Meinungen in einen breiteren Kontext zu stellen oder wird, wie in der Wahl- und Parteilforschung, als Prognoseinstrument verwendet. In der vorliegenden Erhebung sind einige diesbezügliche Fragen aufgenommen worden, mit dem Ziel, das Staatsbild und weitere sicherheitspolitische Meinungen im politischen Orientierungsrahmen unserer Befragten sichtbar zu machen. Wiederum vergleichen wir dabei mit der erwähnten Erhebung aus dem Jahre 1983.

Abbildung 7.4

Politische Veränderungsorientierung (Angaben in Prozent)



Unter den Schweizer Stimmberechtigten hat in den letzten 19 Jahren die politische Veränderungshaltung eher zu-, die Bewahrungshaltung eher abgenommen (vgl. Abbildung 7.4). Fand die Ansicht, in der Politik sei es „besser, bei dem zu bleiben, was man habe, als Sachen zu versuchen, die man nicht wirklich kenne“, 1983 noch eine Mehrheitszustimmung von 55%, so liegt die entsprechende Zustimmung in diesem Jahr nur mehr bei 46%. Zwar findet die hiezulande schon fast zum festen Bestandteil der politischen Kultur gehörende Kompromisshaltung, „extreme Ansichten seien zu vermeiden,

der beste Weg liege sowieso irgendwo in der Mitte“, bei fast sechs von zehn Befragten Zustimmung. Indes billigt eine deutliche Mehrheit von 83%, 7% mehr als 1983, die Meinung, es gelte, sich „mit aller Kraft für neue und fortschrittliche Ideen einzusetzen, und nicht auf halbem Weg stehen zu bleiben“. Auch heissen 71% die Forderung nach „grundlegenden Reformen durch unsere Politiker“ gut. Auch wenn offen bleibt, was unter Veränderung konkret zu verstehen ist, so manifestiert sich in den Zahlen zumindest ein leichter Anstieg politischer Unzufriedenheit im Vergleich zu 1983.

Tabelle 7.7

Veränderungs- versus Bewahrungsorientierung (Angaben in Prozent)

	Total	Geschlecht		Muttersprache			Alter			Bildung			Politische Stellung		
		M	F	d	f	it	18-29	30-59	60+	tief	mittel	hoch	links	Mitte	rechts
konsequent für politische Veränderung	48	45	51	50	43	31	52	53	33	32	47	59	64	52	30
inkonsequent	46	49	43	44	50	65	43	41	58	60	46	37	31	43	50
konsequent für politische Bewahrung	6	6	6	6	7	4	5	6	9	8	7	4	5	4	12
N	(1100)	(531)	(569)	(776)	(229)	(51)	(203)	(617)	(280)	(178)	(629)	(274)	(150)	(635)	(200)
CC		n.s.		n.s.			0.22			0.28			0.37		

Bemerkungen: CC = Kontingenz Koeffizient n.s. = nicht signifikant

© K. W. Haltiner SI/723/02/sr

Werden die Vorgaben A und C in Abbildung 7.4 zu einem Index der politischen Veränderungsorientierung zusammengefasst, so findet sich zunächst, wie schon bei den vorangehenden Indizes, ein hohes Mass an Inkonsistenz im Antwortverhalten. So haben 46% der auf beide Vorgaben Antwortenden auch beide gutgeheissen oder beide abgelehnt. Es ist gewiss nicht falsch, daraus auf eine gewisse Verunsicherung unter der Stimmbürgerschaft hinsichtlich der grundsätzlichen Frage nach Veränderungen zu schliessen. Der Anteil an konsequent Veränderungswilligen liegt indes mit 48% deutlich über dem der konsequent Bewahrenden mit 6%. Die Sprachgruppen unterscheiden sich nur tendenziell, nicht jedoch signifikant in ihrer Orientierung hinsichtlich Veränderung bzw. Bewahrung. Der stärkste Zusammenhang besteht, kaum überraschend, mit der Selbsteinstufung auf der politischen Links-Rechts-Skala (CC=0.37). Danach pochen zwei Drittel der sich als links einstufoenden Befragten auf Veränderungen, aber bloss 30% derjenigen, die sich als rechts einstufoenden. Nicht signifikant unterscheiden sich die Frauen von den Männern. Ferner variiert die Veränderungsorientierung relativ stark nach dem Bildungsgrad, wobei gilt: Je grösser der Schulsack, desto progressiver, und je kleiner der Schulsack, desto bewahrungsorientierter. Ein Teil der in Abbildung 7.4 ausgewiesenen Zunahme der Veränderungshaltung dürfte durchaus mit dem in den letzten

beiden Jahrzehnten gestiegenen allgemeinen Bildungsniveau zu erklären sein. Schliesslich bestätigt sich auch der bekannte Sachverhalt, wonach sich jüngere Personen in der Regel progressiver und innovativer geben als ältere. Die über 60-Jährigen fordern bloss zu einem Drittel politische Veränderungen, die 18–29-Jährigen hingegen zu 52%.

7.5 Sicherheitswahrnehmung, Staatszufriedenheit und politische Integration – eine Synthese

Einstellungen lassen sich nicht nur einzeln oder paarweise analysieren, wie das in diesem Abschnitt für die verschiedenen Aspekte der Staats- und Politikbeziehung geschehen ist. Vielmehr ist es sinnvoll, einen Einstellungskomplex als Ganzes zu interpretieren. Ein Verfahren dazu bildet die einfache Korrespondenzanalyse (vgl. Anhang II), mittels derer sich Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Aspekten räumlich, hier auf einer Ebene, abbilden lassen. Wenn zwei Aussagen sich ähnlich sind, d.h. wenn sie in einem engen Zusammenhang stehen, so liegen sie in der räumlichen Darstellung nahe beieinander. Zwei Aussagen, die eine Art Gegensatzpaar bilden, liegen nach ihrem Grad der Gegensätzlichkeit weit auseinander, sind also unähnlich. Man könnte die solcherart erhaltene zweidimensionale Darstellung mit einer Karte vergleichen, die eine „Einstellungslandschaft“ wiedergibt.

Werden die wichtigsten der in diesem Abschnitt analysierten Einstellungen und Bewertungen des Staats und diesbezüglicher Sicherheitsempfindungen und Zufriedenheits- bzw. Unzufriedenheitsgefühle auf der einen Seite sowie die politische Engagementbereitschaft und Veränderungsorientierung andererseits synthetisch in einer solchen multivariaten Darstellung zusammengefasst, so ergibt sich das in Abbildung 7.5 dargestellte Bild. Dabei ist die horizontale Achse die wichtigere, sie erklärt 39% der Varianz, die senkrechte rund 24%. Die Staatsbeziehungen, ferner das Sicherheitsgefühl und insbesondere die politische Veränderungs- bzw. Bewahrungshaltung, alle stark horizontal streuend, fallen dabei besonders ins Gewicht. Unsere Darstellung vermag die Wirklichkeit zu gut zwei Dritteln ohne nennenswerte Verzerrung wiederzugeben. Dabei zeigt sich:

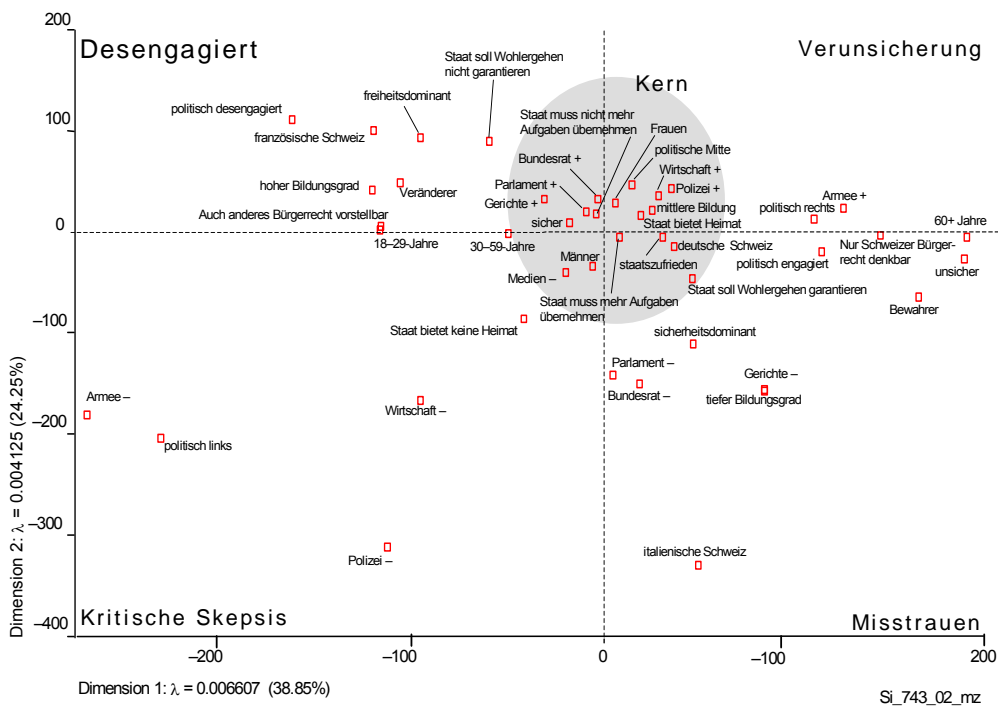
Es lässt sich eine Art Kern von Einstellungen ausmachen, die auf ein hohes Mass an gesellschaftlicher und politischer Integration in die schweizerische Gesellschaft hinweisen (Kreis um den Achsenschnittpunkt in Abbildung 7.5). Dieser hohe Grad an Integration manifestiert sich in einem grossen Vertrauen²⁵ in die verschiedenen Institutionen

25 Die Plus- und Minuszeichen bedeuten „viel“ bzw. „wenig“ Vertrauen in die jeweilige Institution.

(Gerichte, Parlament, Polizei) und in die Wirtschaft, Skepsis gegenüber den Medien, einem ausgeprägten Sicherheitsgefühl und einer überdurchschnittlichen Zufriedenheit mit dem Staat.

Abbildung 7.5

Grafische Darstellung einer zweidimensionalen Korrespondenzanalyse verschiedener Aspekte der Sicherheitswahrnehmung, Staats- und Politikbeziehung sowie der politischen Integration (Erläuterungen im Text) nach soziodemographischen Daten.



Das Stereotyp des Integrierten weist die folgenden Merkmale auf: Er oder sie verfügt in der Regel über eine Berufsbildung, als mittlere Bildung eingestuft, gehört der aktiven Erwerbsgeneration, d.h. den 30–59-Jährigen an, wohnt eher in der deutschen als in der West- oder Südschweiz und siedelt sich selbst politisch in der Mitte an. Er oder sie identifiziert sich mit dem Staat Schweiz als Heimat und erwartet von ihm gleichzeitig die Gewährleistung des eigenen Wohlergehens. Unter den Integrierten ist die Meinung, der Staat müsse mehr Aufgaben übernehmen ungefähr gleich verbreitet wie die gegen-

teilige Auffassung. Dieser BürgerInnen-Typ ist emotional wie auch instrumentell gut integriert. Er oder sie ist aber nicht überdurchschnittlich motiviert, sich auch für die res publica besonders zu engagieren.

Daneben lassen sich einige Sozialprofile ausmachen, die von diesem gut integrierten Staatstyp mehr oder weniger erheblich abweichen:

- „Verunsicherte“, lagemässig die Einstellungen im rechten oberen Abbildungs-Quadranten, finden sich überdurchschnittlich unter den ab 60-Jährigen und unter Personen, die sich politisch als rechts stehend einstufen. Sie fühlen sich, trotz ihrer hohen, teilweise patriotisch motivierten Nationsaffinität, überdurchschnittlich unsicher. Diese Unsicherheit findet ihren Ausdruck in einer politischen Bewahrungshaltung. Gleichzeitig ist bei diesem Personentyp die Norm der politischen Engagementbereitschaft ungebrochen.
- Im rechten unteren Quadranten lässt sich ein Einstellungskomplex ausmachen, der durch eine gewisse Staatsferne, geringes Vertrauen vor allem in die eidgenössischen Institutionen (Bundesrat, Parlament) und gleichzeitig einer Bevorzugung des Staates in der Rolle des Sicherheitsgaranten vor jener des Freiheitsgaranten gekennzeichnet ist. Tendenziell herrscht eine Bewahrungshaltung vor. Dieses Einstellungsmuster findet sich überdurchschnittlich bei Personen mit einem tiefen Bildungsgrad und, im Zusammenhang indes schwächer, solchen in der Südschweiz. Die starke Streuung der Merkmale zeigt allerdings, dass hier weniger von einem konsistenten Typ gesprochen werden kann als etwa bei den „Verunsicherten“.
- Von kritischer Skepsis ist der weit gestreute Komplex im unteren linken Quadranten gekennzeichnet. Das Vertrauen in die Ruhe und Ordnung indizierender Institutionen wie Polizei und Armee fehlt, die selbstbekundeten politischen Sympathien liegen links. Zudem mangelt es an Vertrauen in die Wirtschaft. Es überwiegt eine kritische Staats- und Nationsferne.
- Im linken oberen Quadranten zentrieren sich Personen und Merkmale mit einer hohen politischen Veränderungsorientierung und einem zwiespältigen Verhältnis zum Leistungsstaat. Man könnte sich durchaus vorstellen, auch BürgerIn eines anderen Landes zu sein, ohne deswegen eine schlechte PatriotIn zu sein. Indes ist man nicht bereit, sich politisch besonders zu engagieren und pocht auf die Gewährleistung der bürgerlichen Freiheiten durch den Staat. Zu dieser Orientierung neigen junge Erwachsene im Alter von 18–29 Jahren, die RomandEs und insbesondere Personen mit einem hohen Bildungsgrad häufiger als die übrigen soziodemographischen Gruppen.

Diese Befunde sind nach dem, was bereits in den vorangehenden Abschnitten festzustellen war, keineswegs überraschend. Sie fügen sich zu einem Gesamtbild zusammen. Differenzen zwischen dem, was man als gesellschaftliches und staatliches Zentrum einerseits und dem, was man als soziale Peripherien andererseits bezeichnen könnte, werden dadurch deutlich konturiert. Sichtbar wird insbesondere, dass es mehrere „Peripherien“ gibt. Zum einen eine beharrende und politisch konservative, die sich durch ihr Misstrauen den staatlichen Institutionen gegenüber und ihre Verunsicherung charakterisiert. Sie umfasst jene sozialen Gruppen, die durch den raschen sozialen Wandel eine spürbare Benachteiligung erfahren haben: ältere Generationen, kleine Sprachminderheiten, bildungsmässig zu kurz Gekommene. Sie stellen das Mobilisierungspotenzial der rechten und der populistischen Parteien dar, die diese latente Unzufriedenheit politisch artikulieren. Diese „rechte“ Peripherie, das machen die bivariaten Analysen deutlich, setzt auf die Autonomie der Schweiz und erhofft sich dadurch eine bessere Zukunft als durch eine Öffnung des Landes. Die zweite grosse Peripherie ist weniger homogen und vielfältiger. In ihr finden sich sowohl jene Gruppen, die sich vom Zentrum nicht allzu viel erhoffen oder zu ihm wenig Vertrauen haben. Hier überwiegt die politische Veränderungsorientierung, die sich in linken Parteisymphathien manifestiert oder in die politische Abstinenz mündet. Gemäss bivariaten Analysen ist der Wunsch nach Öffnung der Schweiz und einem Mehr an internationaler Kooperation in dieser Gruppe grösser als im Zentrum. Diese – politische Veränderungen fördernde – „linke“ Peripherie wird überdurchschnittlich von jüngeren Personen und von solchen mit gehobener Bildung besetzt und ist unter den RomandEs tendenziell etwas weiter verbreitet als in der übrigen Schweiz. Diese Gruppe dürfte insgesamt, weil wenig homogen, politisch schwieriger mobilisierbar sein als die „rechte“ Peripherie. Es scheint, als lasse sich das Unbehagen im Kleinstaat Schweiz, mit dem Spannungsbogen zwischen den VerliererInnen des raschen gesellschaftlichen Wandels und jenen, die von ihm zu profitieren vermögen, recht gut erklären. Darin unterscheidet sich die Schweiz offensichtlich nicht von anderen modernen Staaten.

8 ÖFFNUNG VERSUS AUTONOMIE – DIE WAHRNEHMUNG AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITISCHER OPTIONEN

8.1 Eine skalenartige Fragenbatterie als Grundlage

Die Zusammenfassung verschiedener Indikatoren aus dem Bereich der internationalen Kooperation kann dazu dienen, einen „Index der internationalen Kooperationsbereitschaft“ zu bilden (vgl. Haltiner & Spillmann, 1994). Dieser Index basiert auf der folgenden Grundüberlegung: Die ausserpolitische Öffnungsbereitschaft in der Bevölkerung kann als ein Einstellungskontinuum mit den Polen „maximale Öffnungsbereitschaft“ und „maximale Autonomiebetonung“ gedacht werden. Maximal öffenungsbereit wäre beispielsweise jemand, der für Beitritte zu supra- bzw. internationalen Institutionen wie der EU, der Uno und der Nato eintritt.²⁶ Eine maximal ausgeprägte Autonomiebetonung würde sich demgegenüber dadurch kennzeichnen, dass Beitritte zu Institutionen und selbst eine bündnisfreie Intensivierung der ausserpolitischen Kooperation kategorisch abgelehnt werden. Zwischen diesen beiden Polen des Einstellungskontinuums wären etwa jene Personen anzusiedeln, die Beitritte zu gewissen Institutionen (z.B. Uno) gutheissen, aber bestimmten anderen fernbleiben wollen (z.B. EU).

Etwas schwächer ausgeprägt ist die Öffnungsbereitschaft von Personen, die lediglich eine *Annäherung* an bestimmte Institutionen befürworten, *Beitritte* jedoch ausschliessen. Ein konkreter Ausdruck dieser Haltung ist das bilaterale Abkommen zwischen der Schweiz und der EU.

Eine gemässigte Form der Autonomiebetonung besteht etwa darin, dass eine möglichst grosse Unabhängigkeit des Landes angestrebt werden soll, aber nicht um jeden Preis. Die nationale Souveränität soll also optimiert, aber nicht unbedingt maximiert werden. Die Möglichkeit, einzelnen supra- bzw. internationalen Institutionen beizutreten, wird nicht zum Vornherein völlig ausgeschlossen.

Eine Art Scharnierfunktion kommt in Bezug auf die Öffnungsbereitschaft der Neutralitätsauffassung zu. Sie bestimmt gewissermassen den Winkel der Öffnungs- bzw. Autonomieperspektive. So ist davon auszugehen, dass ein Verzicht auf die Neutralität nur für maximal Öffnungsbereite in Frage kommt. Differenzierungen der Neutralitäts-

26 Die Befragung 2002 fand noch vor der Abstimmung zur Uno-Beitrittsinitiative statt.

auslegung – wie zum Beispiel klare Positionsbezüge bei politischen, nicht aber bei militärischen Konflikten – sind dagegen auch bei mittleren Graden der Öffnungsbereitschaft denkbar. Wer dagegen auf eine maximale Souveränität der Schweiz pocht, dürfte in aller Regel auch keine Änderungen im Schweizer Neutralitätsverständnis goutieren.

Das in der Abbildung 8.1 dargestellte Kontinuum lässt sich mit einer Einzelfrage nicht ausreichend erfassen. Die unterschiedlichen Ausprägungsgrade der aussenpolitischen Öffnungsbereitschaft kommen nur dann zur Geltung, wenn eine ganze Reihe von Indikatoren berücksichtigt wird. In die Bildung unserer Typologie der aussenpolitischen Kooperationsbereitschaft fließen folgerichtig 19 Bewertungen von aussenpolitischen Zielvorgaben ein („Die Schweiz sollte...“). Sie werden in den folgenden Abschnitten genauer dargestellt. Für weitere Hinweise zur Methode der Typenbildung sei auf den Anhang II verwiesen.

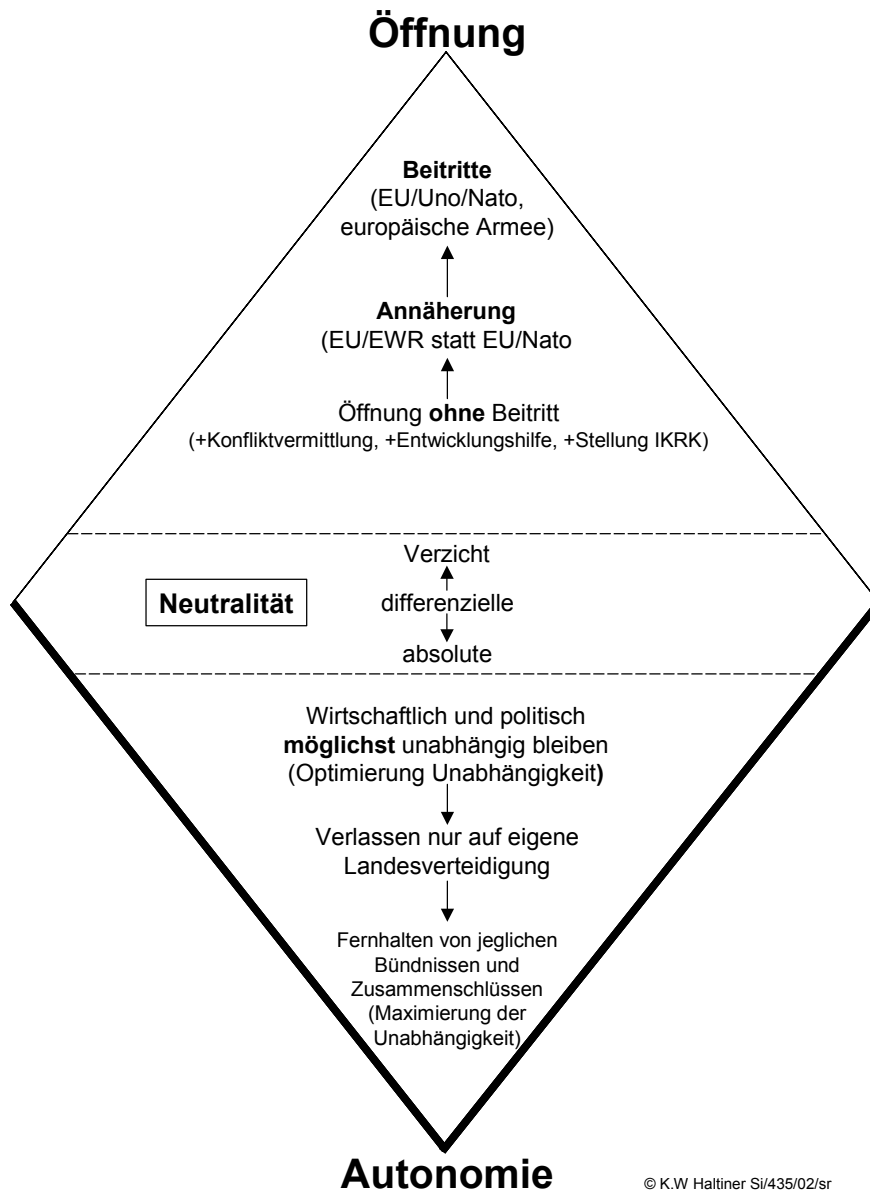
8.2 Die 19 Indikatoren der Öffnungswilligkeit bzw. der Autonomiebetonung im Trend

Die 19 Indikatoren sind gegliedert nach der

- Bereitschaft zur internationalen Kooperation durch institutionelle Annäherung bzw. einem Beitritt zur EU oder zum EWR (siehe Abbildung 8.2) sowie zur Nato oder zur Uno (siehe Abbildung 8.3),
- Bereitschaft zur Öffnung der Schweiz ohne institutionelle Bindungen an inter- bzw. supranationale Institutionen (siehe Abbildung 8.5),
- Betonung verschiedener Grade nationaler Autonomie (siehe Abbildung 8.6),
- Einstellung zur Beibehaltung verschiedener Grade der Neutralität (siehe Kapitel 9).

Abbildung 8.1

Kontinuum von maximaler Öffnungsbereitschaft zu maximaler Autonomie

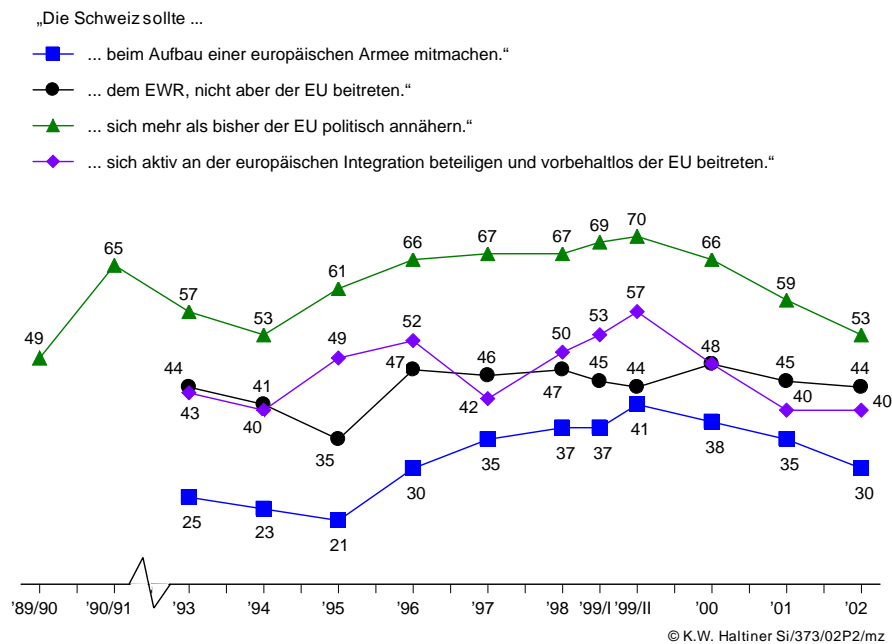


8.3 Internationale Kooperation durch Bindung und Annäherung: EU und EWR

Der Rückgang der Annäherungsbereitschaft an die Europäische Union hält an. Waren im Januar 2001 noch 59% für eine weitere Annäherung an die EU zu gewinnen, sind es rund ein Jahr später noch 53%. Dies ist die tiefste Annäherungsbereitschaft seit neun Jahren. Nur 1989/1990 waren noch weniger Personen für dieses Vorhaben zu gewinnen gewesen. Selbstredend kommt ein EU-Beitritt nur für eine Minderheit der Schweizer Bevölkerung in Frage (40%, $\pm 0\%$).²⁷ In den Jahren 1994–1999 war die Annäherungsbereitschaft an die EU noch stetig angestiegen. Der sich nun erhärtende gegenläufige Trend nahm im Jahr 2000 seinen Anfang.

Abbildung 8.2

Europäische Integration (Zustimmung „sehr“ und „eher einverstanden“ in Prozent)



²⁷ Gemäss einer aktuellen Univox-Studie (Cemerin & Ruloff, 2002), die sich ebenfalls auf Befragungsdaten vom Februar 2002 stützt, sind gar nur noch 32% der befragten Stimmberechtigten für einen EU-Beitritt.

Während die Zahl der BeitrittsbefürworterInnen in der deutschen Schweiz stabil ist (34%, -1%), sinkt sie in der französischen Schweiz weiter (53%, -5%). Noch im Jahr 2000 hatten sich 71% der WestschweizerInnen für einen EU-Beitritt ausgesprochen. Dass sich rechts der politischen Mitte nur eine kleine Minderheit für einen EU-Beitritt gewinnen lässt, vermag nicht zu überraschen (29%, +3%). Doch während in diesem Lager und in der politischen Mitte (38%, ±0%) die Befürworteranteile relativ stabil sind, ist bei der politischen Linken ein weiterer Zustimmungsschwund auszumachen (56%, -12%). In der Altersgruppe der 18–29-Jährigen, die im Jahr 2000 ebenfalls noch mehrheitlich für den EU-Beitritt war, sprechen sich noch vier von zehn (41%, -6%) dafür aus. Im Vergleich zum EU-Beitritt findet die Idee eines EWR-Beitritts etwas mehr Rückhalt; für eine Mehrheit ist er hingegen ebenfalls keine Option (Zustimmungsanteil: 45%).

Fazit: Besonders auffallend ist, dass jene Bevölkerungsgruppen, die zu den traditionellen BefürworterInnen eines EU-Beitritts zu zählen waren (Junge, WestschweizerInnen, Linke), deutlich skeptischer geworden sind und einen Beitritt lediglich noch knapp befürworten (Westschweiz, Linkstehende) bzw. ablehnen (18–29-Jährige). Interessant ist weiter, dass sich die Annäherungsbereitschaft an die EU seit dem klaren Nein zur Initiative „Ja zu Europa“ nicht etwa erholt hat, sondern weiter rückläufig ist.

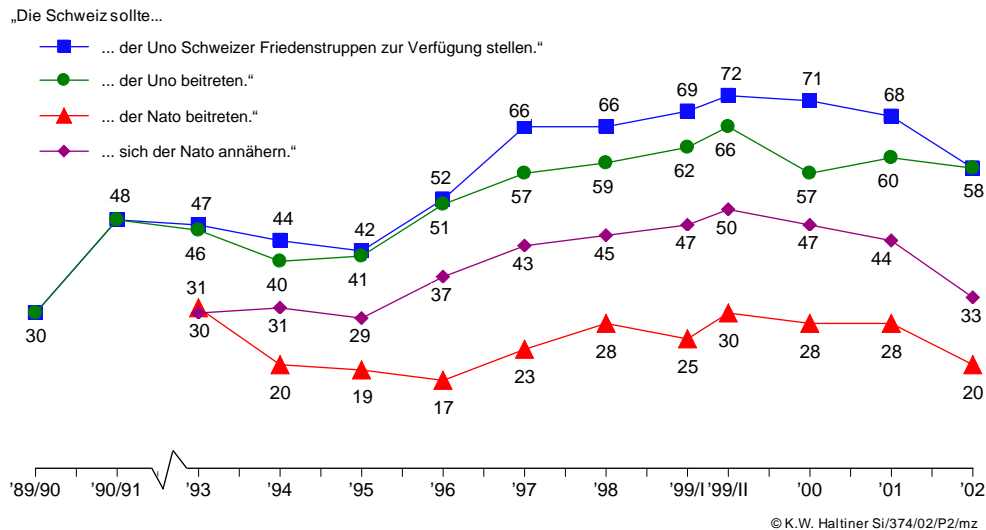
8.4 Internationale Kooperation durch Bindung oder Annäherung an die Nato bzw. die Uno

Am 3. März 2002 nahm die Schweizer Stimmbevölkerung die Volksinitiative für den Uno-Beitritt mit einem Zustimmungsanteil von 55% an (Stimmbeteiligung: 58%). Die hier berichteten Ergebnisse beziehen sich auf Daten aus dem Monat Februar, stammen also aus dem unmittelbaren Vorfeld der Abstimmung. Danach befragt, ob sie „am nächsten Sonntag“ für den Uno-Beitritt stimmen würden, antworteten 56% der Befragten mit ja. Noch etwas mehr Personen (59%) waren zudem davon überzeugt, dass eine Mehrheit der Schweizer Stimmbevölkerung den Uno-Beitritt annehmen werde.²⁸ Im Jahr 2001 hatten 60% die einfache Aussage „Die Schweiz sollte der Uno beitreten“ befürwortet.

²⁸ Diese präzise Prognose des tatsächlichen Abstimmungsergebnisses ist eher erstaunlich, denn repräsentative Stimmbevölkerungsbefragungen eignen sich nicht zwingend zur Vorhersage von Abstimmungen. Dies deshalb, weil der Stimmkörper – also der tatsächlich zur Urne schreitende Bevölkerungsanteil – in der Regel keine repräsentative Stichprobe der stimmberechtigten Bevölkerung darstellt.

Abbildung 8.3

Einstellung zu Uno/Nato (Zustimmung „sehr“ und „eher einverstanden“ in Prozent)



Besonders wichtig fiel die Zustimmung zur „Sonntagsfrage“ unter jenen Personen aus, die sich als politisch links stehend bezeichnen (80%). Die politische Mitte äusserte sich knapp zustimmend, die Rechte knapp ablehnend zum Uno-Beitritt (55% bzw. 45% Zustimmung).²⁹

Während also die Zustimmung zum Uno-Beitritt mit derjenigen des Vorjahres vergleichbar ist, fällt die Befürwortung von Schweizer Friedenstruppen unter Uno-Mandat deutlich gedämpfter aus als im Vorjahr. Noch 58% (–10%) sind der Auffassung, dass die Schweiz der Uno Friedenstruppen zur Verfügung stellen sollte.

Seit 1997 hatte sich die Annäherungsbereitschaft an die Nato zwischen zwei Messzeitpunkten nie um mehr als drei Prozentpunkte verändert. Somit stellt das Jahr 2002

29 Gemäss der Vox-Analyse des GfS-Forschungsinstituts und des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Bern (Hirter & Linder, 2002) lassen sich Befürwortung bzw. Ablehnung des Uno-Beitritts am deutlichsten aus dem Bekenntnis zu einer der vier Bundesratsparteien ableiten. So stimmten AnhängerInnen der Sozialdemokratischen Partei (SP) zu 90% mit ja, der Schweizerischen Volkspartei (SVP) nahe Stehende zu 84% mit nein. Wer sich der Freisinnig-Demokratischen Partei (FDP) verbunden fühlt, legte zu 69% ein ja in die Urne, wer mit der Christlichdemokratischen Volkspartei (CVP) sympathisiert zu 58% (<http://www.polittrends.ch/abstimmungen/abstimmungsanalyse/vox-analysen/welcome.html>).

durchaus eine Zäsur dar, ist im Februar doch die Annäherung ans Nordatlantische Verteidigungsbündnis nur noch für ein Drittel der SchweizerInnen wünschenswert (-11%). Nicht verwunderlich, dass auch ein eigentlicher Nato-Beitritt weiter an BefürworterInnen eingebüsst hat. Noch jede/r Fünfte meint, die Schweiz sollte ihn anstreben (-8%). Am ehesten findet eine Annäherung an die Nato unter den 18–29-Jährigen (41%) und den Personen mit Hoch- oder Fachhochschulabschluss (40%) Zuspruch. Die Jungen sind es auch, die noch am häufigsten einen Beitritt befürworten (38%).

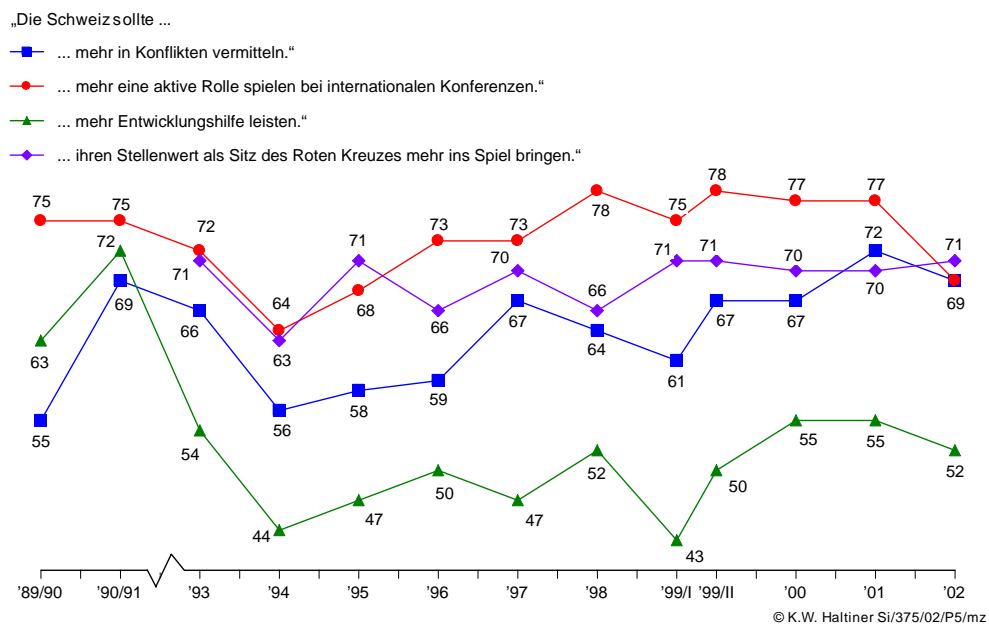
Fazit: Die in der Schweiz noch nie stark ausgeprägte Begeisterung für die Nato hat sich noch weiter abgeschwächt. Auch der militärische Aspekt einer Kooperation mit der Uno – eine allfällige Entsendung von Schweizer Friedenstruppen – wird mit deutlich grösserer Skepsis betrachtet als im Vorjahr. Damit hat die europapolitisch schon seit dem Jahr 2000 merklich rückläufige Öffnungs- und Kooperationsbereitschaft (EU-Annäherung und EU-Beitritt) nun auch verstärkt den Bereich der internationalen *sicherheitspolitischen* Kooperation erfasst.

8.5 Internationale Kooperation ohne institutionelle Bindung

Die internationalen Kooperationsformen, die keine institutionelle Einbindung vorsehen, werden grösstenteils ähnlich beurteilt wie vor Jahresfrist. So wünschen sich nach wie vor knapp sieben von zehn Befragten eine Schweiz, die häufiger in Konflikten vermittelt (69%, -3%). Auf gleichem Niveau (71%, +1%) bewegt sich die Zahl jener, die finden, der Stellenwert der Schweiz als Sitz des IKRK sollte stärker betont werden. Weiter ist wiederum eine knappe Mehrheit dafür, die Entwicklungshilfe zu erhöhen (53%, -2%). Abgeschwächt hat sich dagegen die Zustimmung zur Aussage, dass die Schweiz „eine aktivere Rolle bei internationalen Konferenzen“ spielen sollte. Mit einer Befürwortungsrate von 69% (-8%) ist allerdings auch dies eine klare Mehrheitsauffassung.

Abbildung 8.5

Indikatoren der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationsbereitschaft ohne institutionelle Bindungen („weiche“ Kooperation – Zustimmung „sehr“ und „eher einverstanden“ in Prozent)



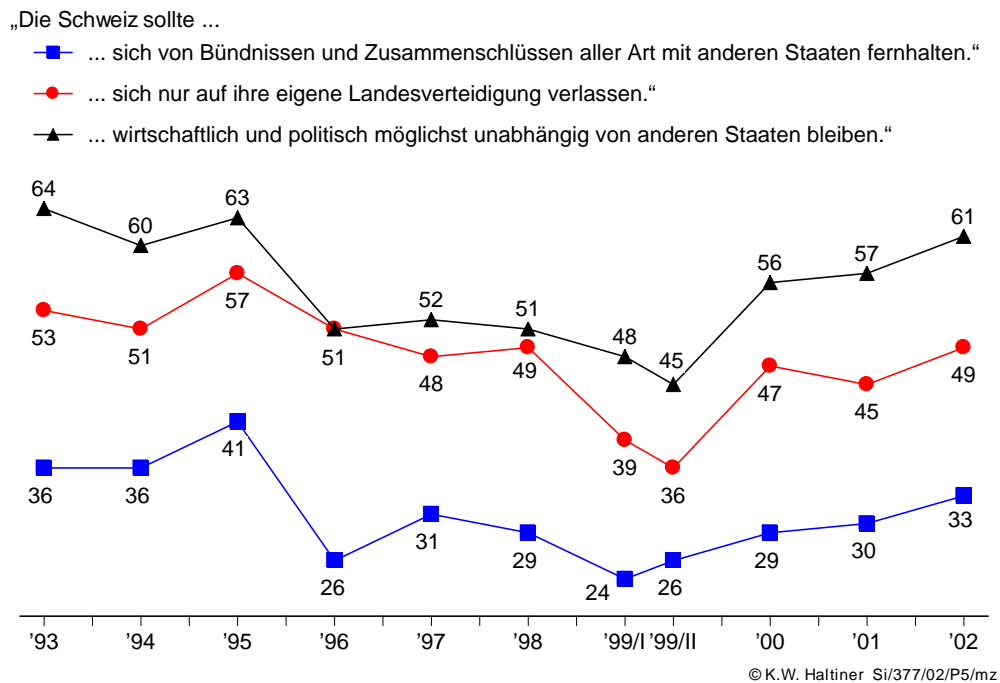
8.6 Betonung der nationalen Autonomie

Sämtliche Indikatoren nationaler Autonomie finden heuer etwas mehr Zustimmung als im Vorjahr. Am deutlichsten gilt dies für die Aussage „die Schweiz sollte wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig bleiben“ (61%, +4%). In den Jahren 1996–1999 war lediglich etwa die Hälfte der Befragten dieser Auffassung gewesen. Ein Drittel (+3%) teilt die noch deutlicher formulierte Ansicht, die Schweiz habe sich von Bündnissen und Zusammenschlüssen aller Art fern zu halten. Die sicherheitspolitische Autonomie, ausgedrückt in der Formulierung, dass die Schweiz sich nur auf ihre eigene Landesverteidigung verlassen solle, findet Zuspruch bei 49% der Befragten (+3%). Die nationale Autonomie findet generell in der älteren Bevölkerungsschicht am meisten Zustimmung. Deutlich weniger Rückhalt hat sie unter Personen mit hohem Bildungsgrad. Auch die Landesteile unterscheiden sich in dieser Frage erwartungsgemäss: Deutsch-

schweiz und Tessin unterstützen die aussenpolitische Autonomie weit deutlicher als die Romandie. Dabei ist es die *sicherheitspolitische* Autonomie, die am stärksten polarisiert: Die Beschränkung auf die reine Landesverteidigung wird von 66% der über 60-Jährigen, 53% der DeutschschweizerInnen und 64% der Personen mit obligatorischem Schulabschluss befürwortet. Die entsprechenden Zustimmungsteile liegen bei den 30–59-Jährigen bei 49%, in der Romandie bei 38% und unter Personen mit Hoch- oder Fachhochschulabschluss bei 40%.³⁰

Abbildung 8.6

Indikatoren der Betonung nationaler Autonomie (Zustimmung „sehr“ und „eher“ einverstanden in Prozent)



30 Der Zusammenhangswert beträgt für das Alter $\gamma=0.26$, für den Bildungsgrad $\gamma=0.23$, für die Landesregion $CC=0.19$ und für die politische Selbsteinstufung (Links-rechts-Skala) $CC=0.24$. Alle Zusammenhänge sind hochsignifikant ($p<.001$).

8.7 Wie viel Öffnung braucht die Schweiz? Die Kooperationstypen im Trend 1993–2002

Der auf 19 Fragen basierende Index der internationalen Kooperationsbereitschaft unternimmt den Versuch, die Einstellungen der Befragten zur aussenpolitischen Kooperation zu typologisieren (vgl. Abschnitt 8.2). Eine Unterteilung in drei sogenannte Kooperationstypen hat sich in den letzten Jahren als sinnvoll erwiesen (zur Methode vgl. Anhang II). Danach werden Personen, die Beitritte zu EU und Uno anstreben bzw. anstreben und sich der Nato weiter annähern oder ihr gar beitreten wollen als „harte“ Öffnungswillige bezeichnet. Diese Personengruppe ist auch bereit, für die von ihr bevorzugte Form der internationalen Kooperation Souveränitätseinbussen der Schweiz in Kauf zu nehmen.

Eine „weichere“ Form der Öffnungsbereitschaft zeichnet sich dadurch aus, dass eine weitere Annäherung an supra- und internationale Institutionen zwar befürwortet, eigentliche Beitritte aber abgelehnt werden. Die „weichen“ Öffnungswilligen möchten also eine Optimierung der bereits bestehenden Formen der internationalen Kooperation.

Als „Autonomisten“ werden von uns jene Personen bezeichnet, die jede Intensivierung aussenpolitischer Kooperation ablehnen.

Nicht alle befragten Personen lassen sich in ihrem Antwortverhalten einem der drei Typen zuordnen. Wenn letztere also im Folgenden näher beschrieben werden, so ist zu berücksichtigen, dass sich die Aussagen auf jene 71% der Befragten beziehen, die auch tatsächlich einem der drei Typen zugeordnet werden können.

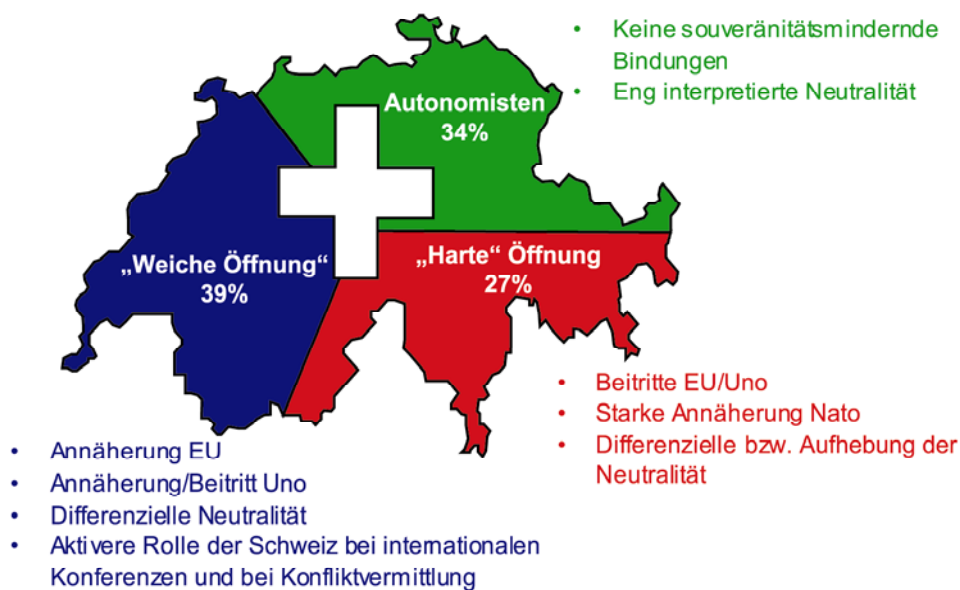
In den letzten beiden Jahren hatten die drei Typen der aussenpolitischen Kooperationsbereitschaft je rund ein Drittel der Befragten auf sich vereinigt. Die vorangehenden Abschnitte haben nun verdeutlicht, dass in diesem Jahr Kooperationsformen ohne institutionelle Einbindung weiterhin deutliche Zustimmung erfahren, während Kooperationsformen, die eine Beitrittsfrage zumindest aufwerfen (EU, Nato, Uno), weiter an Sukkurs eingebüsst haben – dies trotz letztlich positiv verlaufener Uno-Beitrittsabstimmung. Entsprechendes drückt sich nun in den Prozentanteilen der drei Typen aus. Während nämlich der Anteil der „Autonomisten“ stabil geblieben ist (34%, $\pm 0\%$), sind mehr Personen als in den beiden Vorjahren als „weiche“ Öffnungswillige zu bezeichnen (39%, +5%), während sich der Anteil der „harten“ Öffnungsbereiten entsprechend verringert hat (27%, -5%).

Die Haltung der „harten“ Öffnungsbereitschaft verliert seit 1999 an Zustimmung. Dies wirkt sich gegenwärtig zu Gunsten der moderaten Linie der „weichen“ Öffnungswil-

ligen aus, während der „Autonomismus“ bei einem Zustimmungsteil von einem Drittel verharret. Rein mengenmässig können damit noch immer zwei Drittel der typologisierbaren Personen als „öffnungsbereit“ eingestuft werden, doch hat sich die Nuancierung dieser Öffnungsbereitschaft in den letzten zwei Jahren deutlich in Richtung der „weichen“ Ausprägungsform, also der Favorisierung einer Optimierung der Zusammenarbeit ohne Souveränitätseinbussen verschoben.

Abbildung 8.7

Wie viel Öffnung braucht die Schweiz? – aussenpolitische Kooperationstypen 2002 im Vergleich



© K.W. Haltiner Si/424/01/mz

8.8 Die Kooperationstypen nach wichtigen soziodemographischen Merkmalen und nach der politischen Selbsteinstufung

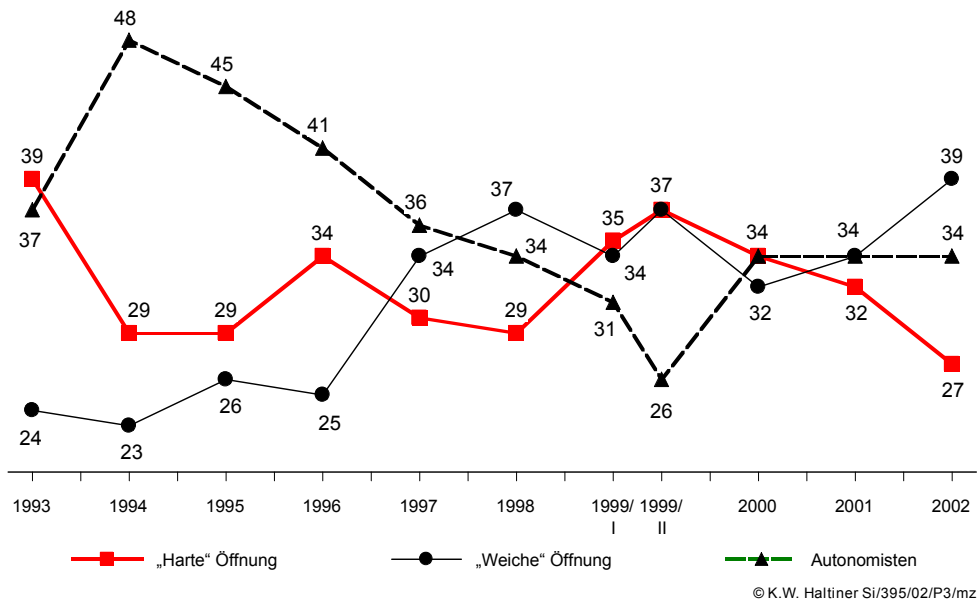
Eine „harte“ aussenpolitische Öffnung des Landes ist gegenwärtig nicht mehrheitsfähig. Selbst in der Romandie, wo sich im August 1999 noch 55% dafür aussprachen, sind es mittlerweile nur noch 42% (–3% seit Januar 2000). Noch eindrücklicher ist aber, wie stark die „harte“ aussenpolitische Öffnungsbereitschaft dort nachgelassen hat, wo sie bisher am stärksten ausgeprägt war: So befürworten lediglich noch 44% (–18%) der links Stehenden die kompromisslose aussenpolitische Öffnung der Schweiz. Ebenfalls beträchtlich geschrumpft ist der Anteil der 18–29-Jährigen, die für die „harte“ Öffnung eintreten. Nur noch drei von zehn Jungen sind dafür zu gewinnen (–11%). Demgegenüber nimmt sich der ebenfalls fortschreitende Rückgang der „harten“ Öffnungsbereitschaft in der deutschen Schweiz (23%, –5%) und im Tessin (–1%) geradezu geringfügig aus. Während also die Linke mittlerweile genauso häufig der „weichen“ aussenpolitischen Kooperationsform zuneigt wie der „harten“, favorisiert die Rechte eindeutig den „autonomistischen“ Weg (54%, +8%). Überdurchschnittlich viel Zustimmung erfährt diese aussenpolitische Einstellung zudem von den mindestens 60-Jährigen (41%, –5%).

8.9 Öffnungsbereitschaft und EU-Beitritt

Die Frage eines allfälligen EU-Beitritts der Schweiz trennt die aussenpolitischen Kooperationstypen besonders deutlich voneinander. Die „harten“ Öffnungsbereiten sind praktisch einhellig für einen Beitritt (91%, +2%), während ihn die „Autonomisten“ genauso wuchtig ablehnen (93%, +2%). Eine Mittelposition – allerdings mit leichter Schiefelage in Richtung Autonomismus – nehmen die „weichen“ Öffnungswilligen ein. Unter ihnen wollen vier von zehn in die EU (+10%). Die wieder angestiegene EU-Beitrittsbefürwortung der „weichen“ Öffnungswilligen dürfte unter anderem dadurch erklärbar sein, dass einige BeitrittsbefürworterInnen aufgrund ihrer gesamthaften aussenpolitischen Einstellung nicht mehr den „harten“ Öffnungsbereiten sondern neu den „weichen“ zugerechnet werden müssen.

Abbildung 8.8

Die Kooperationstypen und ihre anteilmässige Veränderung 1993–2002 (Angaben in Prozent)



8.10 Mögliche Gründe für die aussenpolitische Grundhaltung und die Meinungsbildung gegenüber der EU

Die Frage nach der wirtschaftlichen Entwicklung der Schweiz im Falle eines EU-Beitritts lieferte – nach Kooperationstypen aufgeschlüsselt – in den Jahren 1995, 1997 und 1999 jeweils erwartungsgemässe Ergebnisse. „Harte“ Öffnungsbereite versprachen sich vom EU-Beitritt mehrheitlich positive wirtschaftliche Effekte für die Schweiz, die „weichen“ Öffnungswilligen waren zumindest davon überzeugt, dass sich die wirtschaftliche Situation im Falle eines Beitritts nicht verschlechtern würde. Lediglich die „Autonomisten“ waren – zumindest seit 1997 – eindeutig davon überzeugt, dass ein EU-Beitritt der Schweizer Wirtschaft schaden würde. Doch seit 2001 sind selbst die „harten“ Öffnungsbereiten nicht mehr mehrheitlich davon überzeugt, dass ein EU-Beitritt positive wirtschaftliche Folgen für die Schweiz zeitigen würde (1999: 60%, 2001: 39%, 2002: 39%). Dennoch beurteilen sie natürlich die wirtschaftlichen Begleit-

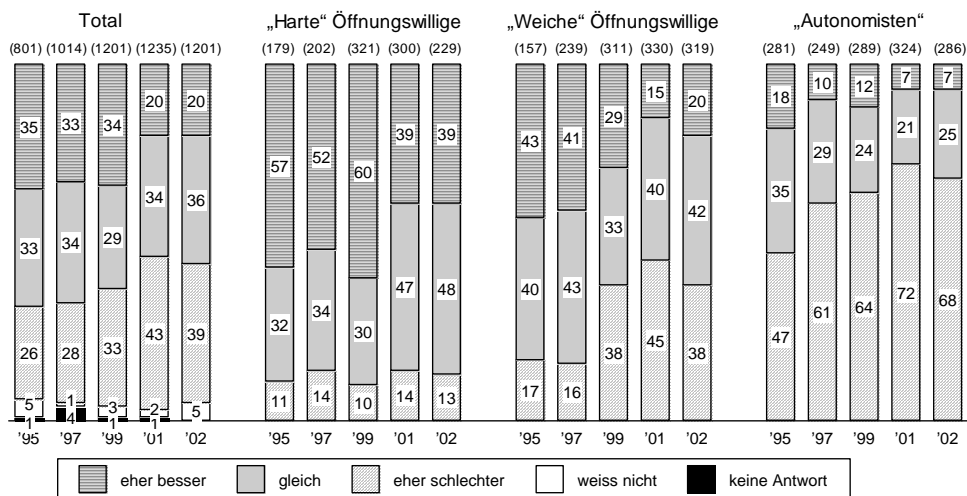
erscheinungen eines Schweizer EU-Beitritts deutlich optimistischer als die „weichen“ Öffnungswilligen (zu 20% von positiven wirtschaftlichen Effekten überzeugt) oder gar die „Autonomisten“, von denen nur 7% an eine günstigere wirtschaftliche Entwicklung als EU-Mitglied glauben wollen. Somit gilt zwar nach wie vor, dass mit zunehmender Öffnungsbereitschaft auch die wirtschaftlichen Aussichten im Falle eines EU-Beitritts rosiger gesehen werden ($\gamma=0.59$), doch selbst unter den „harten“ Öffnungsbereiten dürften andere als wirtschaftliche Motive für einen EU-Beitritt im Vordergrund stehen.

„Autonomisten“ sehen der weltpolitischen Entwicklung mit weit grösserer Skepsis entgegen als sowohl die „weichen“ und die „harten“ Öffnungsbereiten ($CC=0.21$). Während letztere zu 42% (+1%) bzw. 41% (+12%) eine Verdüsterung der weltpolitischen Lage erwarten, sind es unter den „Autonomisten“ 61% (+16%). Die über die Frage der EU-Mitgliedschaft hinausgehende pessimistische Beurteilung der internationalen politischen Lage schlechthin dürfte somit ebenfalls ein Grund für die geringe Öffnungsbereitschaft der Autonomisten sein.

Abbildung 8.9

Wahrnehmung der wirtschaftlichen Folgen eines EU-Beitritts der Schweiz

„Nehmen wir einmal an, die Schweiz würde jetzt der EU beitreten: Wie glauben Sie, würde dann die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land verlaufen?“ (Angaben in Prozent)



© K.W. Haltiner SI/295/02/mz

9 DIE NEUTRALITÄT

Die seit jeher stabil hohe Befürwortung der Neutralität als Prinzip schweizerischer Aussen- und Sicherheitspolitik liegt im Februar 2002 auf dem höchsten Stand seit 1989. Beinahe neun von zehn Schweizer StimmbürgerInnen wünschen, dass die Schweiz neutral bleibt (89%, +7%; siehe Abbildung 9.1). Analog dazu wollen nur noch 13% (-4%) der Befragten ganz auf die Neutralität verzichten. Die Einstellung zu einem Neutralitätsverzicht verharrt seit einer Dekade auf sehr tiefem Niveau. Wie schon 2001, möchte die welsche Schweiz etwas häufiger auf die Neutralität verzichten (17%, -10%), aber auch in dieser Region ist dieses Jahr wieder eine grössere Hinwendung zur Neutralität feststellbar, wie der Rückgang um 10% bei der Befürwortung ihrer Aufgabe zeigt. Ein eigentlicher Stimmungsumschwung scheint hingegen im Tessin stattgefunden zu haben. 27% (+15%) der TessinerInnen können sich eine Abschaffung der Neutralität vorstellen. Auf Grund der kleinen Stichprobenzahl im Tessin ist dieser Trend aber mit Vorsicht zu interpretieren. Überdurchschnittlich häufig wollen Befragte, welche die Armee für unnötig halten, auf die Neutralität verzichten. Auch die Alterskohorte der 18–29-Jährigen ist gegenüber der Neutralität kritischer eingestellt, denn 18% der jungen Erwachsenen wollen diese abschaffen. Ebenfalls lässt sich ein Unterschied nach der politischen Einstellung feststellen: Personen mit einer politischen Linksorientierung stimmen zu 24% ihrer Aufhebung zu, während bei politisch rechts Stehenden dieser Anteil bei 10% liegt (Mitte: 12%; $CC=0.24$). Die Neutralität geniesst hingegen bei älteren Personen (ab 60-Jährige: 94%, +4%) und in der Deutschschweiz (93%) ungebrochen hohe Zustimmung.

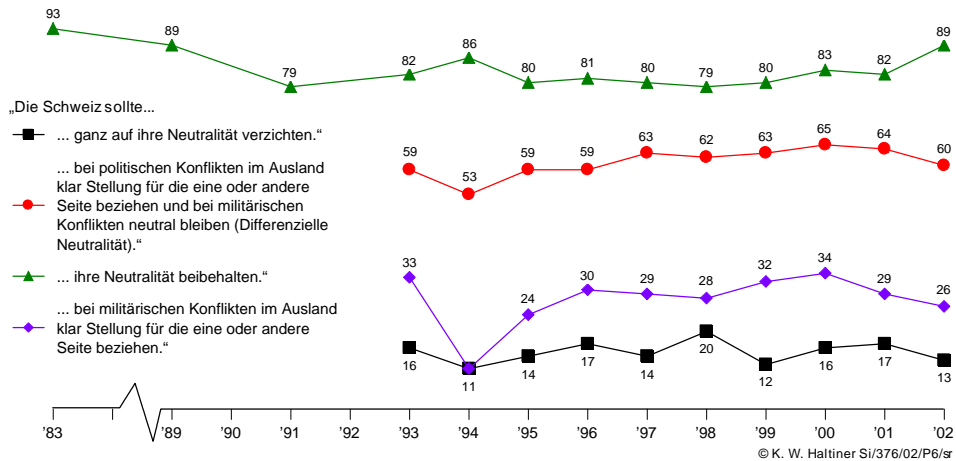
Die Befürwortung einer differenziellen Neutralität der Schweiz, wonach das Land bei politischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite bezieht, bei militärischen Konflikten indessen neutral sein sollte, fällt dieses Jahr geringer aus (60%, -4%). Der „autonomistische“ Kooperationstyp (vgl. Kapitel 8) unterstützt nur noch zu 48% (-5%) die differenzielle Neutralität. Bei den traditionellen NeutralitätsbefürworterInnen ist somit im Zuge der zu beobachtenden Neutralitätsrenaissance auch die differenzielle Neutralität wieder in die Kritik geraten. Die Auffassung, dass die Schweiz auch bei militärischen Konflikten klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen sollte, also die De-facto-Aufhebung der Neutralität, verliert zudem an Boden (26%, -3%). Die grösste Unterstützung findet diese Vorgabe bei den 18–29-Jährigen (34%) und das Tessin (41%). Wie zu erwarten unterscheiden sich die drei aussenpolitischen Kooperationstypen wesentlich in ihrer Einschätzung der differenziellen Neutralität.

tät. „Harte“ Öffnungswillige stimmen dieser Vorlage zu 38% und „weiche“ Öffnungswillige zu 36% zu, während nur 12% der „Autonomisten“ sie gutheissen.

Fazit: Das „Prinzip Neutralität“ als Staatsmaxime geniesst in der Schweiz nach wie vor eine sehr hohe Zustimmung. Es hat im Vergleich zum Vorjahr sogar deutlich an Zustimmung gewonnen. Obwohl noch sechs von zehn SchweizerInnen eine differenzielle Neutralität, die bekanntlich von der Schweiz de facto praktiziert wird, unterstützen, hat diese an Zustimmung verloren. Es lässt sich feststellen, dass sich die Neutralität derzeit einer Beliebtheit erfreut, wie dies seit 1989 nicht mehr der Fall gewesen ist. Man ist versucht, von einer eigentlichen Renaissance der Neutralität zu sprechen.

Abbildung 9.1

Verschiedene Einstellungen zur Neutralität (Zustimmung „sehr“ und „eher“ einverstanden in Prozent)



9.1 Indikatoren für verschiedene Neutralitätsfunktionen

Die schweizerische Neutralität diene bekanntlich stets verschiedenen Zielen. Die StaatsrechtlerInnen sprechen daher von Neutralitätsfunktionen. Unser Interesse gilt seit 1993 der Wahrnehmung der verschiedenen Funktionen der Neutralität in der Bevölkerung. Mit anderen Worten: Ermittelt wird, welche Arten von Vorteilen bzw. Nachteilen die SchweizerInnen mit der Neutralität in Zusammenhang bringen. Vereinfachend unterscheiden wir dabei die

<i>Solidaritätsfunktion:</i> (2 Fragevorgaben gemäss Abbildung 9.2)	Gute Dienste als Vermittler in Konflikten.
<i>Identitätsfunktion:</i> (2 Fragevorgaben gemäss Abbildung 9.3)	Symbolische Verknüpfung mit dem Staat „Schweiz“, Vorbildwirkung der schweizerischen Neutralität.
<i>Sicherheitspolitische Funktion:</i> (3 Fragevorgaben gemäss Abbildung 9.4)	Verschonung vor dem Einbezug in internationale Konflikte, Stabilitätsbeitrag für Europa, Vereinbarkeit der Zusammenarbeit mit der Nato, Rückfallposition im Falle eines Krieges auf westeuropäischem Boden.

Zusätzlich wird erhoben, ob die Neutralität ihrem Wesen nach als Instrument der Aussenpolitik wahrgenommen wird oder ob man ihr in der Durchschnittsbevölkerung finalen Charakter zuschreibt (eine Fragevorgabe gemäss Abbildung 9.2).

Die Vorgaben sind als positive bzw. negative Lageeinschätzungen formuliert. Die Formulierung der Fragen hat dabei zu beachten, dass eine entsprechende Fachterminologie bei den zu Befragenden nicht vorausgesetzt werden darf. Der Index der Neutralitätsauffassungen umfasst in der Regel 13 Vorgaben. In diesem Bericht haben wir die einzelnen Neutralitätsfunktionen infolge anderweitiger Schwerpunktsetzung nur mit sieben Items erhoben. Wir haben dabei jene Neutralitätsmeinungen erhoben, welche es uns ermöglichen, anhand einer Clusteranalyse wie in den früheren Studien verschiedene Neutralitätstypen (siehe Abschnitt 9.3) zu bilden. Deshalb fehlen wie in den Jahren 2000 und 2001 in den Abbildungen 9.2 bis 9.4 einige Prozentangaben für das Jahr 2002.

9.2 Die Neutralitätsindikatoren im Trend 1993–2002

Wie die Abbildungen 9.2 bis 9.4 zeigen, sind die Solidaritäts- und Identifikationsfunktion der schweizerischen Neutralität in der Bevölkerung nach wie vor fest verankert. Alle positiv formulierten Aussagen zu diesen beiden Funktionen werden gutgeheissen und alle negativen Formulierungen abgelehnt. Die Werte bewegen sich schon seit 1993 auf etwa gleich hohem Niveau. Dies kann dahingehend interpretiert werden, dass seit einer Dekade die Wahrnehmung der „Neutralität als Prinzip“ stabil ist. Die sicherheitspolitische Funktion wird auch 2002 kritisch betrachtet. Nur eine knappe Bevölkerungsmehrheit glaubt noch an diese Funktion. Festzustellen ist aber, dass die Meinung vermehrt vertreten wird, dass durch die Neutralität die Schweiz nicht in internationale Konflikte hineingezogen. Dies könnte eine direkte Auswirkung des 11. Septembers 2001 und des nachfolgenden Afghanistankonfliktes sein. Als neutrales Land, so vermutlich die Meinung, gerate man nicht in die Schusslinie des internationalen Terrorismus.

9.2.1 Die Solidaritätsfunktion der Neutralität

Die positiv formulierte Solidaritätsfunktion, wonach die Schweiz dank der Neutralität in Konflikten vermitteln und international gute Dienste leisten kann, wird von einer sehr deutlich Mehrheit von 85% (+1%) unterstützt. Seit 1993 bewegt sich die Zustimmung zu dieser Vorlage auf gleich hohem Niveau (siehe Abbildung 9.2). Skeptischer eingestellt sind die „harten“ Öffnungswilligen. Unterdurchschnittlich, mit 74% (+1%),³¹ befürworten sie die positive Solidaritätsfunktion. Während im Jahr 2001 Personen mit selbstbekundeter linker Politikeinstellung die Solidaritätsfunktion kritisch beurteilten, lässt sich heuer kein signifikanter Unterschied mehr zwischen den verschiedenen politischen Ansichten feststellen. Die Akzeptanz der positiven Solidaritätsfunktion ist somit bei allen soziodemographischen Gruppen in etwa gleich hoch. Auch dies ein Hinweis auf eine allgemeine Neutralitätsrenaissance.

Während im Jahr 2000 die negativ formulierte Solidaritätsfunktion, wonach die Neutralität die Schweiz inskünftig daran hindern könnte, gemeinsam mit den europäischen Nachbarn zu handeln, noch starken Zuspruch erhielt (46%), teilen heuer nur noch 39% (2001: 40%) diese Meinung. Es herrscht, wie schon 2001, die Überzeugung vor, dass die Schweiz auch als neutrales Land im europäischen Alleingang mit den

31 „Weiche“ Öffnungswillige: 92%; „Autonomisten“: 90%; CC=0.24.

Nachbarländern gut zusammenarbeiten könne. Das Zustandekommen bilateraler Verträge mag diese Überzeugung gestärkt haben. Die Mehrheit der italienischen Schweiz (59%) und 49% der welschen Befragten betrachten die Neutralität als Hindernis solidarischen Handels. Personen mit einer tiefen Bildung teilen diese Ansicht ebenfalls mehrheitlich (53%), während politisch links Stehende im Gegensatz zum letzten Jahr der Vorgabe nicht mehr mehrheitlich zustimmen (48%, -6%). Sie sind aber im Vergleich zu politisch sich rechts positionierenden Befragten (35%) dennoch der Solidaritätsfunktion der Neutralität gegenüber wesentlich kritischer eingestellt.

Wiederum zeigen sich aber die grössten Unterschiede zwischen den drei Kooperations-typen. Vor allem die „harten“ Öffnungswilligen betrachten die Neutralität als Hindernis für solidarisches Handeln mit den europäischen Nachbarn, sprechen sich aber im Vergleich zum letzten Jahr nicht mehr so stark dagegen aus (53%, -7%). Ein eigentlicher Meinungsumschwung lässt sich hingegen bei den „weichen“ Öffnungswilligen feststellen. 2001 sahen nur 33% von ihnen die Solidaritätsfunktion negativ, im Jahr 2002 steigt dieser Anteil nun um +16% auf 49% an. Bei diesem Typ scheinen somit Zweifel darüber zu wachsen, ob die schweizerische Neutralität kompatibel mit solidarischem und kooperativem Handeln sei. Die „Autonomisten“ hingegen sind nach wie vor stark von der Solidaritätsfunktion der Neutralität überzeugt. Insgesamt räumt die Schweizer Bevölkerung der Neutralität eine grössere Bedeutung zu.

Nur mehr ein Viertel (26%, -2%) der Schweizer Bevölkerung erklärt sich damit einverstanden, die Neutralität aufzugeben, wenn sie keine Vorteile mehr bringt. Auch hier ist ein Rückgang zu konstatieren. Seit unserer ersten Befragung 1993 wurde diese Aussage noch nie so deutlich verworfen. Die Neutralität wird offensichtlich als ein wieder erstarktes Instrument der Aussenpolitik betrachtet, welches fest verankert ist und nicht bloss auf einem instrumentellen Nutzenkalkül basieren soll. Negative Auswirkungen der schweizerischen Neutralität werden als geringfügig eingestuft. In dieser Frage der instrumentellen Nutzenperspektive zeigen sich klare Generationenunterschiede. Die 18–29-Jährigen bejahen überdurchschnittlich die Vorgabe, die Neutralität aufzugeben, wenn sie keine Vorteile mehr bietet (42%, +4%). Im Gegensatz dazu können sich bei den 60-Jährigen noch weniger mit dieser Aussage einverstanden erklären als letztes Jahr (19%, -4%). Dieser Unterschied nach dem Alter ist hoch signifikant ($\gamma=0.25$). Auch die französische Schweiz (40%, -1%) wie auch das Tessin (47%) stimmen dieser Vorgabe überdurchschnittlich zu. Konsequenterweise vertreten ebenso die „harten“ Öffnungswilligen (46%) die Ansicht, bei schwindenden Vorteilen sei auf die Neutralität zu verzichten.³²

32 „Weiche“ Öffnungswillige: 27%; „Autonomisten“: 16%; CC=0.32.

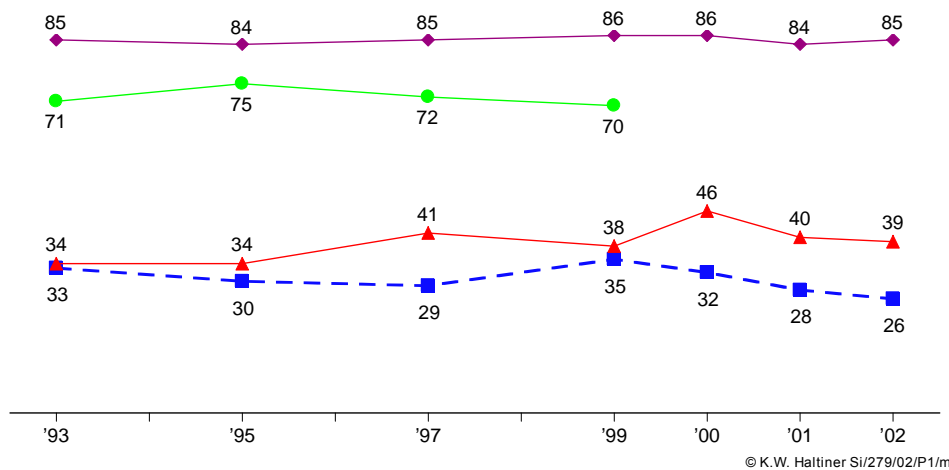
Fazit: Die Solidaritätsfunktion und der instrumentelle Stellenwert der Neutralität werden im Jahr 2002 in der Schweiz vermehrt wahrgenommen. Eine Kosten-Nutzen-Abwägung der Neutralität findet immer weniger statt, eher wird sie als Wert an sich betrachtet. Die Überzeugung, dass trotz der Neutralität solidarisches und kooperatives Handeln in Europa möglich sind, gewinnt stetig an BefürworterInnen.

Abbildung 9.2

Die Wahrnehmung der Solidaritätsfunktion und des instrumentellen Stellenwertes der Neutralität (Angaben in Prozent)

„Die Neutralität ...

- ... sollten wir aufgeben, sobald sie der Schweiz keine Vorteile mehr bringt.“
- ... sollte ein vorrangiges Mittel unserer Aussenpolitik bleiben.“
- ▲ ... könnte uns inskünftig daran hindern, gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn zu handeln.“
- ◆ ... lässt die Schweiz in Konflikten vermitteln und international gute Dienste leisten.“



9.2.2 Die Identitätsfunktion der Neutralität

71% (+4%) der Befragten verbinden die Neutralität untrennbar mit dem schweizerischen Staatsgedanken (siehe Abbildung 9.3). Diese positive Bewertung der Identitätsfunktion der Neutralität bleibt auf hohem Niveau stabil. Die ältere Generation (84%, +3%), politisch rechts Stehende (80%, ±0%) und bildungstiefere Schichten (78%, -1%) sehen die Neutralität überdurchschnittlich in enger Verbindung mit dem schweizerischen Staatswesen. Auf der anderen Seite finden sich vor allem Personen, welche sich politisch links positionieren (64%, +7%). Wiederum, wie bei der Solidaritätsfunktion der Neutralität, zeigen sich bei den Kooperationstypen die deutlichsten Unterschiede, aber nicht mehr in so starkem Masse wie dies noch im letzten Jahr der Fall war, denn alle Kooperationstypen stehen mehrheitlich hinter der Aussage, dass die Neutralität untrennbar mit dem schweizerischen Staatsgedanken verbunden sei.³³

Leicht zugenommen hat das Einverständnis zur Vorgabe, dass unsere enge politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten die Neutralität verunmögliche (31%, +4%). Auffallend dabei ist, dass die italienische Schweiz dieser Aussage zu 63% zustimmt. Dass dabei eine Verzerrung auf Grund der geringen Stichprobengrösse im Tessin eine Rolle spielt, kann nicht ausgeschlossen werden. Die Generationen beurteilen die Unmöglichkeit von Neutralität als Folge der grossen Verflechtung der Schweiz mit anderen Staaten unterschiedlich. Die 18–29-Jährigen erkennen darin vermehrt eine Schwierigkeit (41%), wohingegen die ab 60-jährigen Befragten diese negative Identitätsfunktion unterdurchschnittlich gelten lassen (26%). Es scheint, als ob die jüngste Generation angesichts der Globalisierung der Märkte und der politischen Vernetzung der Schweiz die Aufrechterhaltung der traditionellen Neutralität als immer schwieriger beurteilt.

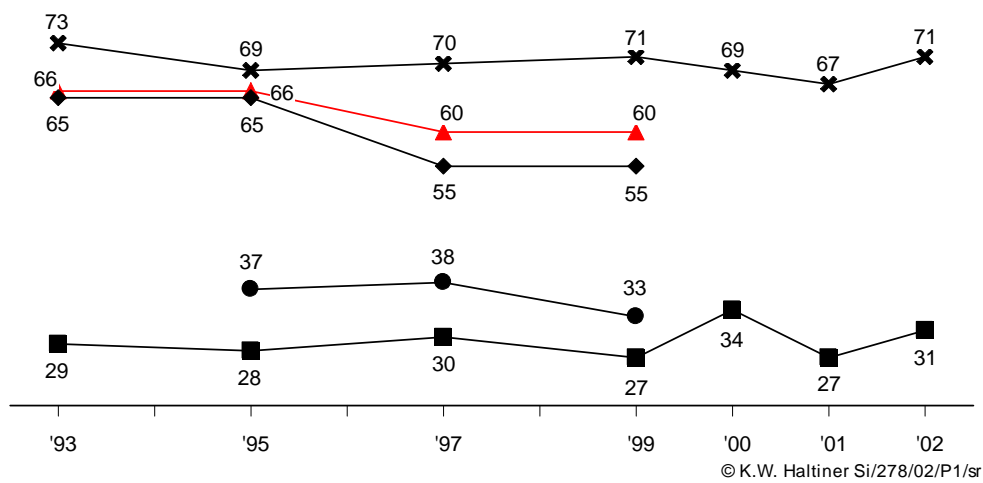
33 „Harte“ Öffnungswillige: 55%, +11%; „weiche“ Öffnungswillige: 75%, +2%; „Autonomisten“: 86%, +1%; CC=0.31.

Abbildung 9.3

Die Wahrnehmung der Identitätsfunktion der Neutralität (Angaben in Prozent)

„Die Neutralität...

- ... verunmöglicht unsere enge politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten.“
- ... ist mit einem Beitritt zur EU nicht vereinbar.“
- ▲ ... bringt uns hohes internationales Ansehen.“
- ◆ ... sollte für andere ein Vorbild sein.“
- ✕ ... ist untrennbar mit unserem Staatsgedanken verbunden.“



9.2.3 Die sicherheitspolitische Funktion der Neutralität

Der Stellenwert der sicherheitspolitischen Funktion der Neutralität ist in der Wahrnehmung der Schweizer Bevölkerung im Verlaufe des letzten Jahres gestiegen. Vor allem gewinnt die Auffassung, dank der Neutralität werde die Schweiz nicht in internationale Konflikte hineingezogen, vermehrt Unterstützung. Während dieser Vorgabe 2001 nur eine Minderheit von 48% zustimmen konnte, sind heuer 57% der Bevölkerung von der Abhaltewirkung internationaler Konflikte durch die Neutralität überzeugt (siehe Abbildung 9.4). Nur eine Minderheit der „harten“ Öffnungswilligen (38%; +8%),³⁴ der

34 „weiche“ Öffnungswillige: 62%, +9%; „Autonomisten“: 68%, +6%; CC=0.29.

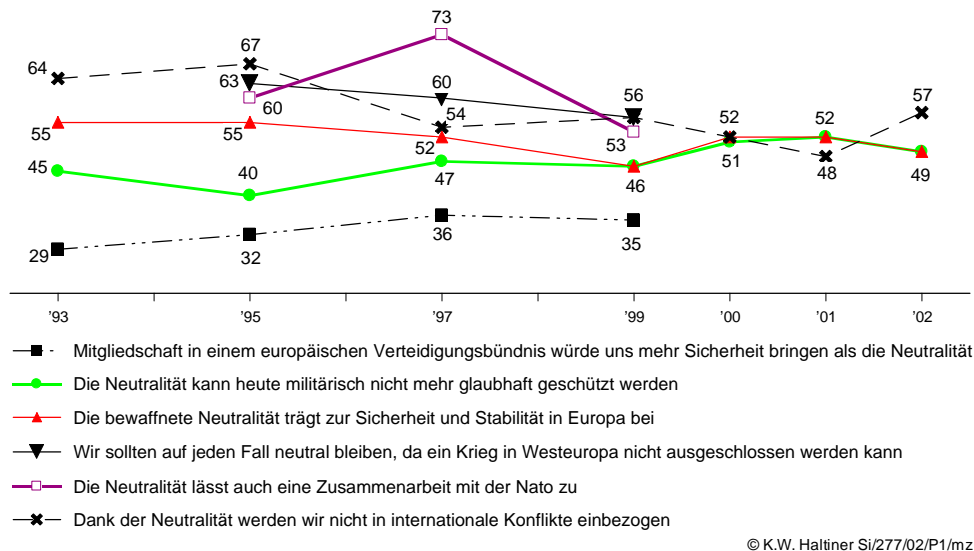
politisch links Stehenden (46%, +6%) und des höheren formalen Bildungsstandes (49%, +7%) teilen diese Meinung. Überdurchschnittlich stark sind dagegen Personen mit tiefer Bildung (67%) und politisch sich rechts positionierende SchweizerInnen (63%) der Auffassung, dass die Neutralität uns vor Streitigkeiten auf internationaler Ebene bewahren könne. Scheinbar hat im Nachgang zu den Terroranschlägen in den USA die Meinung Auftrieb erhalten, die Schweiz werde dank ihrer Neutralität nicht in die neu auftretenden Konflikte hineingezogen. Es besteht ein nachweisbarer Zusammenhang zwischen der Einschätzung der Neutralität als Verhinderungsmittel von Konflikten und dem Sicherheitsempfinden sowie der Angst vor Terroranschlägen nach dem 11. September 2001. Je stärker sich Personen in ihrer Sicherheit seit dem 11. September bedroht fühlen, desto überzeugter sind sie, dass die Schweiz dank ihrer Neutralität nicht in internationale Konflikte involviert wird. Neutralität wird hier als Mittel einer erfolgreichen Abschottungspolitik verstanden.

Da sich die Konflikte weg von klassischen militärischen Bedrohungen hin zu diffusen Bedrohungsszenarien bewegen, wird der zweiten positiven Sicherheitsfunktion eine verminderte Bedeutung zugeschrieben. Auf Grund der neuen Gefahrenlagen stimmen nur noch 49% (-3%) der Befragten der Vorlage zu, dass die bewaffnete Neutralität zur Sicherheit und Stabilität in Europa beitrage. Mehrheitlich stehen die ab 60-Jährigen (69%, -2%), Personen mit politisch rechter Einstellung (62%, -2%) und tiefem Bildungsstand (60%, -4%) sowie Befragte, welche grosses Vertrauen in die Armee haben (70%), hinter der Sicherheitsfunktion der bewaffneten Neutralität und sind überzeugt, dass diese einen positiven Einfluss auf Europas Stabilität ausüben könne.

Die Analyse der Vorgaben zur positiven sicherheitspolitischen Funktion der Neutralität zeigt, dass der Glaube an die autonome Verteidigungsfähigkeit der Schweiz wieder an Zuspruch gewinnt. Unterstützt wird dies dadurch, dass die negativ formulierte Lagebeurteilung – die Neutralität könne heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden – nur noch von einer Minderheit von 49% (-3%) bejaht wird. Weiterhin ziehen die „harten“ Öffnungswilligen die Glaubwürdigkeit der Neutralität am stärksten in Zweifel, allerdings bei weitem nicht mehr in dem Ausmass wie letztes Jahr (65%, -9%). Den Schutzwert der Neutralität bewerten politisch links Stehende (67%, -2%) sowie Frauen unterdurchschnittlich.

Abbildung 9.4

Die Wahrnehmung der sicherheitspolitischen Funktion der Neutralität (Angaben in Prozent)



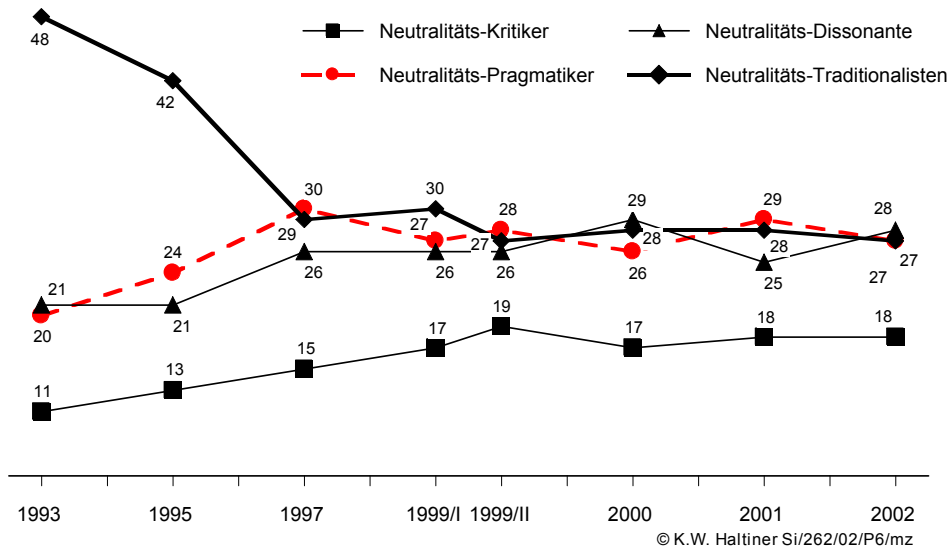
Fazit: Die sicherheitspolitische Schutzwirkung der Neutralität ist nach wie vor umstritten. Der dissuasive Faktor der Neutralität wird wieder stärker betont. Eine Mehrheit der schweizerischen Bevölkerung meint, die Neutralität könne unser Land vor dem Einbezug in internationale Konflikte schützen. Im Bewusstsein der SchweizerInnen sind die Identitäts- und Solidaritätsfunktionen somit wieder stärker verankert als in den Jahren zuvor.

9.3 Neutralitätsauffassungen – eine Typologie

Wie bei der grundsätzlichen aussenpolitischen Kooperationsbereitschaft kann auch bei den Neutralitätsauffassungen erwartet werden, dass sich verschiedene Auffassungstypen mit Hilfe einer Clusterbildung erkennen lassen (Abbildung B im Anhang II). Die Neutralitätsauffassungen indizieren alle Neutralitätsfunktionen in positiver (links in der Abbildung) und in negativer Besetzung (rechts in der Abbildung). Eine befriedigende Lösung zur Erklärung der Varianz bildet eine Vier-Cluster-Variante (Anhang I). Ihr lassen sich von 1201 Befragten deren 918 eindeutig zuordnen. Die vier Typen können wie folgt charakterisiert werden:

Abbildung 9.5

Die Neutralitätsauffassung (Typen) und ihre anteilmässige Veränderung 1993–2002
(Angaben in Prozent)



Neutralitätskritiker: Personen dieses Meinungstyps stehen der positiven Solidaritätsfunktion kritisch gegenüber und lehnen die positive sicherheitspolitische Funktion und die positive Identitätsfunktion deutlich ab (Abbildung B im Anhang II). Sie bestreiten die Glaubwürdigkeit der bewaffneten Neutralität, welche nach ihrer Meinung nicht zur Sicherheit und Stabilität in Europa beitragen kann und meinen auch, dass die Schweiz nicht nur wegen ihrer Neutralität von Konflikten weitgehend verschont bleibt. Hingegen befürworten sie alle negativen Neutralitätsfunktionen. Eine nützlichkeitsorientierte Bewertung der Neutralität billigen sie deutlich, d.h. die Maxime soll dann über Bord geworfen werden, wenn sie keine Vorteile mehr bringt. Sehr knapp billigen sie auch die Aussage, dass unsere enge internationale Verflechtung die Neutralität verunmögliche. Die Kritiker halten die schweizerische Neutralität offensichtlich für ein nationalegoistisches Konzept, das die Schweiz daran hindert, ihre internationale Mitverantwortung wahrzunehmen. Es lässt sich somit folgern, dass aus ihrer Sicht die Neutralität den heutigen politischen Gegebenheiten – nämlich der internationalen Verflechtung der Schweiz und den sich daraus ergebenden Forderungen an solidarisches Handeln – nicht mehr entspricht.

Der Typus des Neutralitätskritikers hat sich anteilmässig im Beobachtungszeitraum 1993 bis 2002 von 11% auf 18% ([14%]³⁵; ±0%) aller typologisierungsfähigen Befragten erhöht (Abbildung 9.5). Seit 1999 ist sein Anteil an den Neutralitätstypen mit leichten Schwankungen konstant geblieben.

Neutralitätspragmatiker: Sie glauben an die internationale Solidaritätsfunktion der schweizerischen Neutralität (Abbildung B im Anhang II). Auch der Identitätsfunktion stimmen sie knapp zu. Gegenüber der sicherheitspolitischen Funktion der Neutralität sind sie hingegen kritischer eingestellt. Sie glauben nicht, dass die Schweiz dank ihrer Neutralität vor Konflikten verschont bleibt und dass die bewaffnete Neutralität zur Sicherheit und Stabilität in Europa beitragen kann. Diese Meinung teilen sie mit den Neutralitätskritikern. Uneins sind sie sich in der Beurteilung, ob die Neutralität heute militärisch noch glaubhaft geschützt werden könne. Die Neutralitätspragmatiker betrachten die Neutralität nicht nur aus der Sicht einer rein instrumentellen Nutzenbetrachtung. So wollen sie die Neutralität nicht sogleich aufgeben, wenn sie der Schweiz keinen Nutzen mehr bringt. Sie sind sich aber nicht einig, ob die Neutralität eng mit der schweizerischen Staatsidee verbunden sei. Anders als die Kritiker teilen sie aber die Meinung nicht, die internationale Verflechtung der Schweiz verunmögliche die Neutralität. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Pragmatiker die Solidaritäts- und Identitätsfunktionen akzeptieren, aber an der sicherheitspolitischen Schutzwirkung der Neutralität eher zweifeln.

Die Neutralitätspragmatiker haben im Beobachtungszeitraum 1993–2002 von 20% auf 27% ([20%]; –2%) der Befragten zugenommen. Sie sind damit anteilmässig eine gleich grosse Gruppe wie die Dissonanten und die Traditionalisten.

Neutralitätsdissonante: Personen dieses Auffassungstyps beantworten alle positiven und fast alle negativen Neutralitätsfunktionen zustimmend (Abbildung B im Anhang II). Besonders hohe Zustimmung erhält die Solidaritätsfunktion, aber auch die Identitätsfunktion erfreut sich eines hohen Stellenwerts. Dass die Neutralität eine positive Wirkung auf die europäische Sicherheit und Stabilität ausübe, wird von einer Mehrheit geglaubt. Der sicherheitspolitische Nutzen der Neutralität ist in dieser Meinungsgruppe kaum bestritten. Gleichzeitig stimmen Personen dieses Typus indessen auch den gegenteiligen Vorgaben zu, die Neutralität könne militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden und sie könne die Schweiz vom gemeinsamen Handeln mit

35 24% der Befragten lassen sich keinem Neutralitätstypus zuordnen. Die erstgenannte Prozentzahl nennt deshalb den Anteil eines Typus an allen Personen, die einem Typus zugeordnet werden können. In eckigen Klammern wird der Anteil eines Typus an der Gesamtstichprobe von 1201 Personen angegeben.

den europäischen Nachbarn abhalten. Uneins sind sie sich, ob sie auf die Neutralität verzichten wollen, wenn klar wäre, dass diese der Schweiz keine Vorteile mehr bringt. Ebenfalls nicht so klar ist für diesen Typus, ob die internationale Verflechtung die Neutralität verunmöglicht. Mit dieser widersprüchlichen Haltung bringt der Dissonanz-Typus in jedem Fall ein erhebliches Mass an Verunsicherung in Neutralitätsfragen zum Ausdruck. Um diese Widersprüchlichkeit analysieren zu können, wurden schon im Bericht „Sicherheit 97“ zwei mögliche Erklärungen vorgeschlagen, welche hier wiederum genannt werden: Personen dieser Auffassungsrichtung sehen die sich verstärkenden objektiven Hindernisse für die schweizerische Neutralität, möchten aber subjektiv und emotional an ihr festhalten. Sie sind sich der Widersprüchlichkeit ihrer Haltung bewusst und nehmen ihre kognitive Dissonanz wahr. Oder aber sie sind sich ihrer gegensätzlichen Haltung gar nicht bewusst, sind eher apolitisch und haben sich noch kaum eingehend mit Fragen der Neutralität auseinander gesetzt.

Anteilmässig vergrössert sich die Gruppe der die Neutralitätsdissonanten im Zeitraum 1993–2002 von 21% auf 28% ([21%]; +3%). Somit stellen die Dissonanten wie im Jahr 2000 die grösste Gruppe. Dies kann als Zeichen dafür gedeutet werden, dass sich die Schweizer Bevölkerung im Jahr 2002 mit einer klaren Meinung in Bezug auf die Neutralität schwerer tut.

Neutralitätstraditionalisten: Im Vergleich zu den anderen Neutralitätstypen erfahren insbesondere die Solidaritätsfunktion und die Identitätsfunktion von den Traditionalisten eine überdurchschnittlich hohe Zustimmung. Die Traditionalisten nehmen wie in den vorherigen Jahren alle Neutralitätsfunktionen als überaus positiv wahr und lehnen noch klarer jegliche Negativaussagen ab (Abbildung B im Anhang II). Vor allem die Solidaritätsfunktion wird sehr hoch bewertet, denn der Glaube an die der Neutralität zu verdankenden Guten Dienste ist ungebrochen. Die Traditionalisten sind nicht damit einverstanden, dass die schweizerische Neutralität ein Hindernis für gemeinsames Handeln mit anderen europäischen Staaten darstellen könnte. Eine rein instrumentelle Betrachtung der Neutralität lehnen sie besonders stark ab. Auch wenn die Neutralität aus ihrem Blickwinkel keine Vorteile mehr bringen sollte, würden sie diese nicht aufgeben wollen. Damit wird der Neutralität eine hohe symbolische Wirkung zugeschrieben und wertmässig zum Selbstzweck erhoben. Dies wird dadurch unterstrichen, dass die Traditionalisten den schweizerischen Staatsgedanken unvertrennbar mit der Neutralität verbinden.

Im Zeitverlauf 1993–2002 ist der Anteil der Neutralitätstraditionalisten stark, nämlich von 48% auf 27% ([20%]; –1%) der Befragten, gesunken (Abbildung 9.5). Seit 1997

hat sich der Anteil der Traditionalisten konstant auf dem Niveau von rund dreissig Prozent eingependelt.

Fazit: In den letzten fünf Jahren haben sich die Werte der einzelnen Neutralitätsauffassungen nur unwesentlich verändert. Es lässt sich feststellen, dass sich drei gleich grosse Gruppen gegenüberstehen (Dissonante, Pragmatiker, Traditionalisten). Der Typus des Kritikers vermochte zu Beginn der neunziger Jahre an Einfluss zu gewinnen, stagniert aber seit 1999 auf tiefem Niveau. Grosse Zustimmung erhalten die Solidaritäts- und Identitätsfunktion der Neutralität, welche nur von den Kritikern hinterfragt werden. Der leichte Anstieg der Dissonanten um 3% deutet auf eine gewisse Verunsicherung in Bezug auf die schweizerische Neutralität.

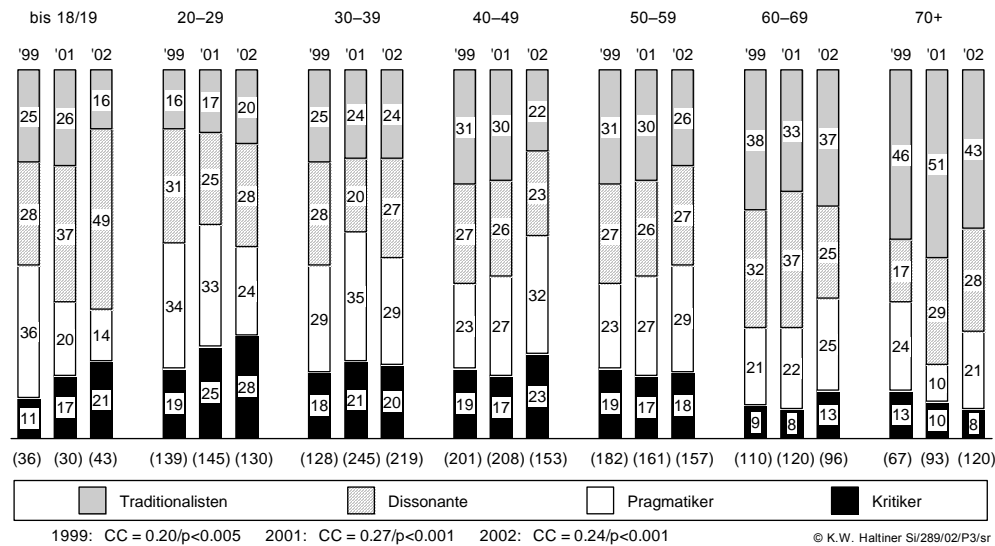
9.3.1 Die Neutralitätsauffassung nach ausgewählten soziodemographischen Merkmalen

In den Abbildungen 9.6 bis 9.8 werden die Neutralitätstypen nach ausgewählten soziodemographischen Eigenschaften dargestellt. Die in den Abbildungen aufgeführten Merkmale Alter, Bildung und Sprachregion unterscheiden sich jeweils signifikant bezüglich ihrer Verteilung auf die verschiedenen Neutralitätstypen.

Generell lässt sich mit steigendem Alter eine Zunahme der traditionalistischen Neutralitätsauffassung feststellen (Abbildung 9.6). Während im Jahr 2001 die absolute Mehrheit der ab 70-Jährigen diese Meinung vertrat, ist inzwischen der Anteil der Traditionalisten auf 43% (-8%) gesunken. Anders dagegen die Pragmatiker, welche stark an Bedeutung gewonnen haben (21%, +11%). Die Darstellung zeigt ferner, dass bei den 18–39-Jährigen der Anteil der Neutralitätsdissonanten auf Kosten der Pragmatiker merklich zugenommen hat. Es scheint, dass vor allem in diesem Alterssegment die Verunsicherung in Bezug auf die Neutralität zugenommen hat. Bei den 18/19-Jährigen ist diese Verunsicherung am stärksten sichtbar. Die 60–69-Jährigen positionieren sich demgegenüber dieses Jahr deutlicher. Der hohe Anteil an Dissonanten aus dem Jahr 2001 (37%) verringert sich um 12%. Davon profitieren sowohl der Kritikertypus (+5% auf 13%) wie auch die Traditionalisten (+4% auf 37%). Die Verteilung in den einzelnen Alterskategorien über die Jahre hinweg bleibt mehrheitlich konstant. Es gilt nach wie vor, dass jüngere Personen kritischer und ältere Befragte traditionalistischer gegenüber der Neutralität eingestellt sind.

Abbildung 9.6

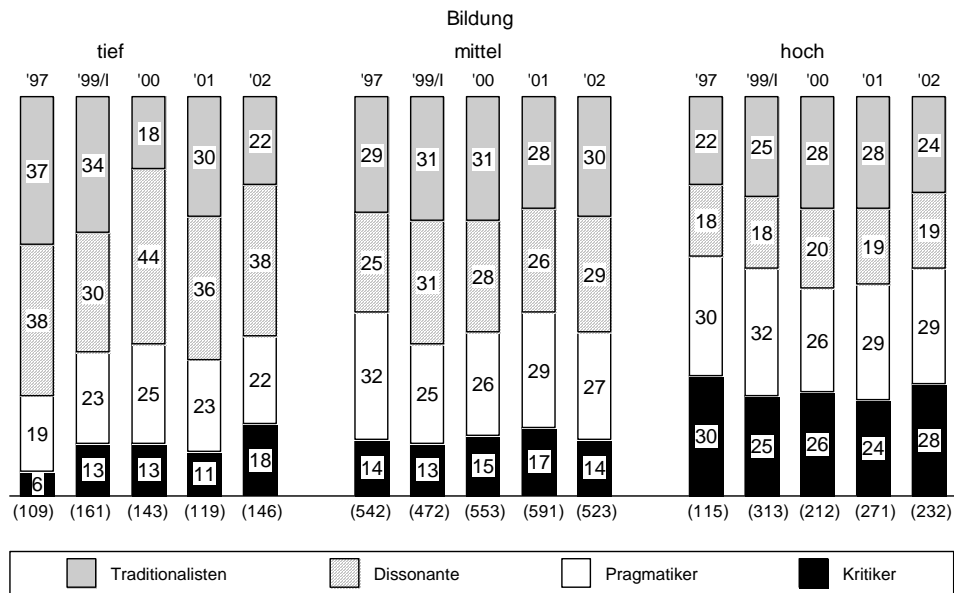
Neutralitätsauffassungen nach verschiedenen Altersgruppen (Angaben in Prozent)



Die obersten Bildungsschichten betrachten die Neutralität überdurchschnittlich kritisch (28%, +4%; siehe Abbildung 9.7). Die traditionalistische Sichtweise in dieser Gruppe hat deutlich an Anhängerschaft verloren (24%, -4%). Betrachtet man die Prozentwerte aller drei Bildungsschichten über die Zeit, lässt sich festhalten, dass sie geringen Schwankungen unterworfen sind. Dies trifft vor allem auf die mittlere Bildungsschicht zu, welche seit 1997 jeweils nur in der Spanne des Stichprobenfehlers variiert. Die grössten Verschiebungen finden generell in der Gruppe mit der tiefsten formalen Bildung statt. Bemerkenswert ist, dass der Anteil der Kritiker bei den tiefen Bildungsschichten (18%, +7%) dieses Jahr das erste Mal grösser ist als bei der mittleren Bildungsschicht (14%, -3%). Während bei Personen mit tieferer Bildung bis anhin der Traditionalistentypus im Vergleich zu den anderen Typen eher überdurchschnittlich vertreten war, sinkt sein Anteil um 8% auf nurmehr 22%. Die untersten Bildungsschicht stellt somit am wenigsten Traditionalisten. Es scheint, dass hier bei den untersten Bildungsschichten ein neues Verständnis der Neutralität im Wachsen begriffen sein könnte. Eine enge Auffassung des Neutralitätsbegriffes findet im Jahr 2002 somit eher Zuspruch bei der mittleren Bildungskategorie.

Abbildung 9.7

Neutralitätsauffassungen nach ausgewählten soziodemographischen Merkmalen
(Angaben in Prozent)



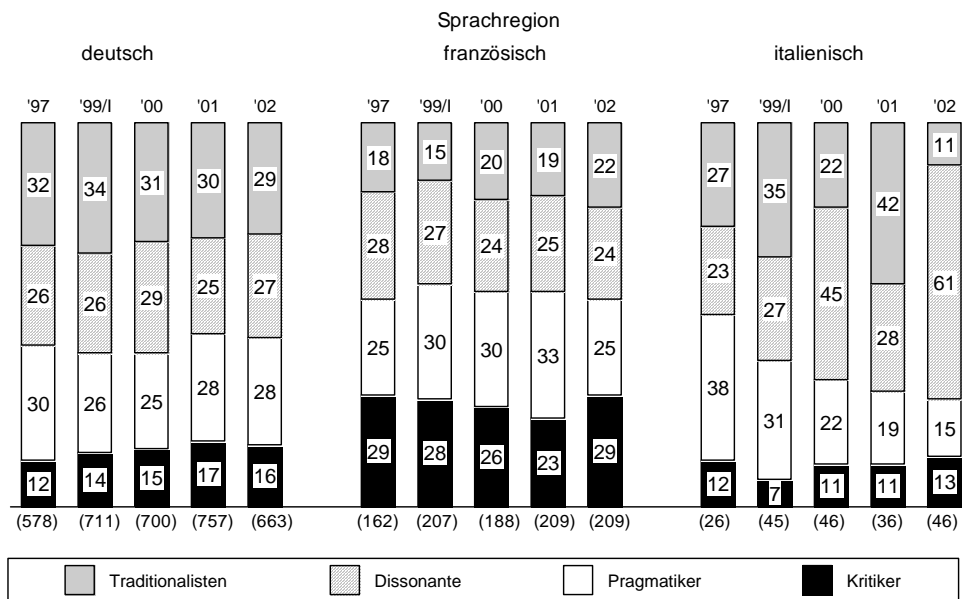
© K. W. Haltiner 290/02/P3/sr

Die französische Schweiz steht der Neutralität weiterhin am kritischsten gegenüber (29%, +6%; siehe Abbildung 9.8). In dieser Sprachregion verliert die pragmatische Sichtweise der Schweizer Neutralität an Boden (25%, -8%). Die Meinung, dass die internationale Verflechtung der Schweiz die Neutralität verunmögliche, und die Erkenntnis, dass sie durchaus auch unter Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten betrachtet werden könne, gewinnen an Bedeutung. In der deutschen Schweiz ist ihre Befürwortung im zeitlichen Verlauf ausgesprochen stabil. Der Traditionalistentypus ist hier seit 1997 ununterbrochen am stärksten vertreten, der Anteil der Kritiker verharrt auf tiefem Niveau. Die grösste Varianz findet sich in der italienischen Schweiz. Der Glaube an die schweizerische Neutralität erleidet hier dieses Jahr einen massiven Einbruch. Dominierte die traditionelle Auffassung letztes Jahr noch, so ist diese Sichtweise heuer marginalisiert (11%, -31%). Dafür steigt der Anteil der Dissonanten stark an. 61% (+33%) der TessinerInnen weisen eine erhebliches Mass an Verunsicherung in Neutralitätsfragen auf. So erstaunt nicht, dass das Tessin sich gegen einen Beitritt der Schweiz zur Uno entschieden hat. Infolge der geringen Fallzahl (N=43) sollte man aber diese

Verschiebung mit Vorbehalt betrachten. Ein genauer Blick auf die Abbildung 9.8 zeigt, dass diese Schwankungen innerhalb der Dissonanten und Traditionalisten im Tessin nicht neu sind.

Abbildung 9.8

Neutralitätsauffassungen nach ausgewählten soziodemographischen Merkmalen
(Angaben in Prozent)



© K. W. Haltiner 290/02/P4/sr

Neben diesen soziodemographischen Merkmalen differiert die politische Einstellung signifikant nach den einzelnen Typen. Wiederum, wie 2001, unterscheiden sich die politisch links und politisch rechts Stehenden in Bezug auf ihre Häufigkeitsanteile am Kritiker- und Traditionalistentypus ($CC=0.18$). Dem Kritikertypus lassen sich 30% (-5%) der sich links positionierenden Personen zuordnen, wohingegen nur 14% (+1%) der politisch rechts Stehenden diese Meinung teilen. Letztere lassen sich aber überdurchschnittlich dem Traditionalistentypus zurechnen, da sich eine klare relative Mehrheit von 38% (+2%) zu einer traditionellen Sichtweise bekennt. Nur 16% (+3%) der politisch links stehenden Befragten unterstützen diese enge Auffassung der Neutralität. Der in der Studie „Sicherheit 2001“ festgestellte Geschlechterunterschied kann dieses Jahr nicht mehr nachgewiesen werden. Obwohl nach wie vor bei den

Frauen der dissonante Typ und bei den Männern der traditionalistische Typ stärker vertreten sind, besteht statistisch kein signifikanter Unterschied mehr.

Fazit: Nach wie vor variieren die Neutralitätsauffassungen nach dem Alter, der Bildung, der Sprachregion und der politischen Einstellung. Die jüngere Alterskohorte beurteilt die Neutralität anders als die ab 60-Jährigen. Die verschiedenen Neutralitätsauffassungen nach soziodemographischen Merkmalen haben sich indessen im Vergleich zu den Vorjahren nicht stark verschoben, es lässt sich vielmehr eine Stabilisierung beobachten.

Die unterste Bildungsschicht unterscheidet sich im Vergleich zur Befragung 2001, darin dass ihr Anteil bei den Neutralitätstraditionalisten stark gesunken und im Gegenzug der Kritikertypus an Terrain gewonnen hat. Weiterhin gilt, dass die französischsprachige Schweiz, die mittlere Altersgeneration und Personen mit hohem Bildungsstand überdurchschnittlich neutralitätskritisch sind, während ältere Personen und die deutsche Schweiz sich eher zum Neutralitätstraditionalismus hingezogen fühlen. Das Tessin weist die markantesten Verschiebungen auf. Dort ist der Dissonantentypus mit absoluter Mehrheit vertreten.

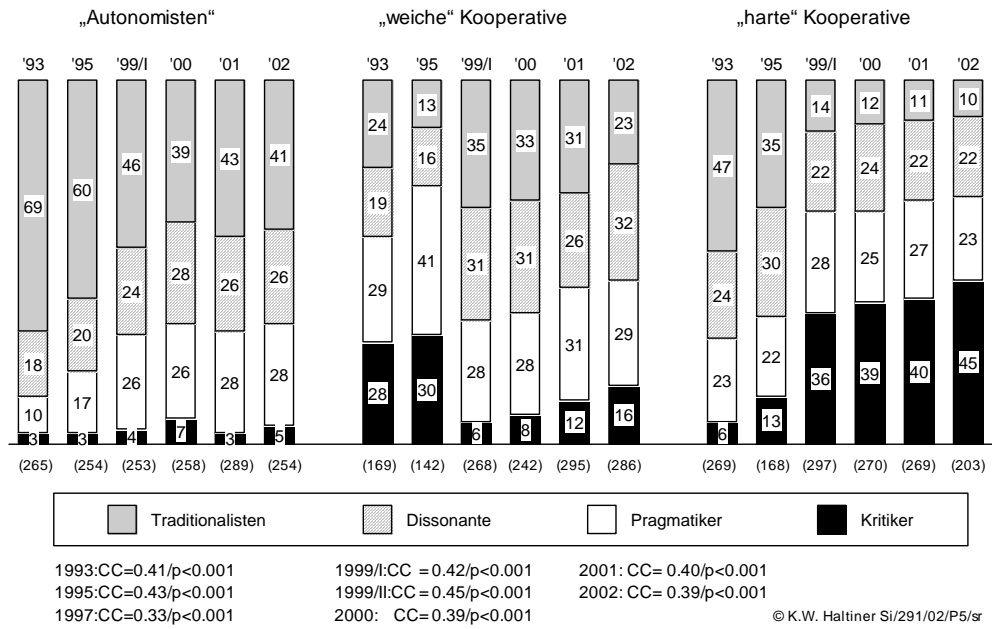
9.3.2 Der Zusammenhang zwischen der Neutralitätseinstellung und der Haltung zur aussenpolitischen Kooperation

Die Tendenz, wonach eine „harte“ aussenpolitische Öffnung mit einer traditionalistischen Neutralitätsauffassung unvereinbar ist, bestätigt sich auch dieses Jahr (siehe Abbildung 9.9). Nur 10% (-1%) der „harten“ Kooperationswilligen teilen eine traditionalistische Neutralitätssicht, während 45% (+5%) neutralitätskritisch eingestellt sind. Der Anteil der Neutralitätskritiker bei den „harten“ Öffnungswilligen wächst somit seit 1993 ununterbrochen an. Die „weichen“ Öffnungswilligen verzeichnen im Vergleich zum Vorjahr Verschiebungen vor allem bei den Traditionalisten (23%, -8%) und den Dissonanten (32%, +6%). Bei ihnen herrscht somit der dissonante Typus vor. Dies weist auf eine gesteigerte Verunsicherung der „weichen“ Öffnungswilligen in Bezug auf die schweizerische Neutralität.

Das Prinzip Neutralität wird zunehmend hinterfragt. Die „Autonomisten“ vertreten hingegen weiterhin vorwiegend die traditionalistische Sichtweise der Neutralität (41%, -2%). Kritiker sind in dieser Gruppe nur marginal vertreten (5%, +2%). Die Neutralitätsauffassungen unter den „Autonomisten“ sind seit 1999 in etwa stabil geblieben, während bei den beiden anderen Typen, den Öffnungsbereiten, der Kritikeranteil zunehmend an Einfluss gewinnt.

Abbildung 9.9

Neutralitätsauffassungen nach Kooperationstypen (Angaben in Prozent)



10 SICHERHEITSPOLITISCHE ASPEKTE DER INTERNATIONALEN KOOPERATION

10.1 Sicherheitspolitische Aspekte der europäischen Integration

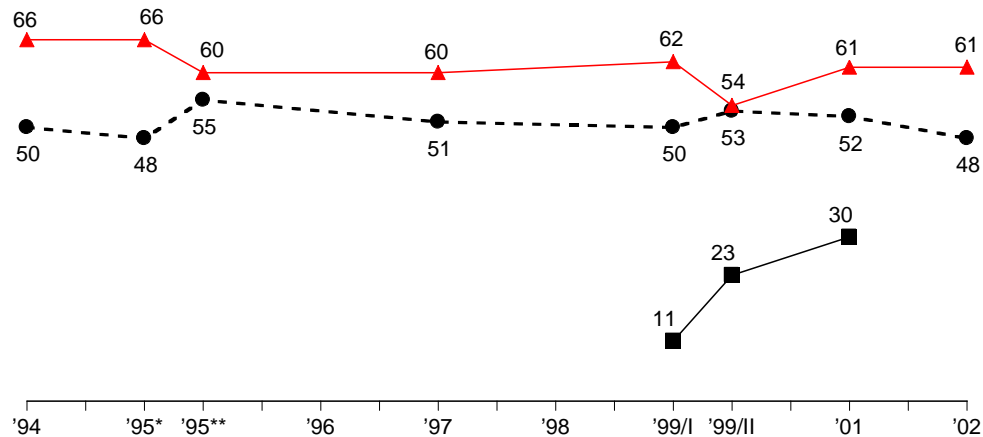
Dass die Schweiz ihre nationale Souveränität zugunsten einer europäischen Einigung aufgeben sollte, können sich SchweizerInnen nicht vorstellen. Zu 61% ($\pm 0\%$) lehnen sie ein solches Ansinnen ab (siehe Abbildung 10.1). Seit 1997 bewegt sich diese kritische Haltung um die 60% bis 62% herum, sie bleibt also sehr stabil. Keine Mehrheit findet diese Meinung hingegen bei den Neutralitätskritikern (40%, +9%) und den „harten“ Öffnungswilligen (37%, -2%) und allerdings weniger ausgeprägt bei Personen, welche sich politisch links positionieren (48%, +7%). Dass die nationale Souveränität eng mit der Armee in Verbindung gesetzt wird, bezeugt die Differenz zwischen SchweizerInnen, welche ein grosses Vertrauen ins Militär haben und solche, ohne Vertrauen in die Armee. Erstere würden zu 75% niemals die Souveränität zugunsten einer europäischen Einigung preisgeben. Letzere sehen dies nur zu 45% so. Eine Mehrheit unter diesen könnte sich also vorstellen, unter gewissen Bedingungen Souveränitätseinbussen in Kauf zu nehmen.

Während seit 1997 eine knappe Mehrheit die Aussage „nur wenn sich alle europäischen Länder vereinigen, werden wir einen dauerhaften und stabilen Frieden in Europa bekommen“ unterstützt hat, ist dieses Jahr ein Stimmungsumschwung in Bezug auf die Vereinigung Europas zu konstatieren. 48% (-4%) der Befragten erhoffen sich von dieser einen Friedensgewinn. Überdurchschnittlich damit einverstanden sind die „harten“ Öffnungswilligen (73%, -1%) und Personen in der französischen Schweiz (65%, -9%). Ebenfalls eine Mehrheit findet diese Vorgabe bei SchweizerInnen mit einer linken politischen Einstellung (52%, -10%). Die „Autonomisten“ (26%, -6%) stimmen hingegen noch weniger stark als früher der These zu, dass nur durch die Vereinigung aller europäischer Länder ein stabiler und dauerhafter Friede in Europa erreicht werden könne.

Fazit: Die europäische Integration wird nicht aus einer sicherheitspolitischen Perspektive betrachtet. SchweizerInnen sind mehrheitlich nicht davon überzeugt, dass eine Vereinigung aller europäischer Länder einen Einfluss auf den Frieden in Europa ausüben würde. Ebenfalls, und viel deutlicher, ist die Bevölkerung gegen eine allfällige Souveränitätsabgabe zugunsten einer europäischen Einigung. Diese Sichtweise hat sich im Verlaufe der letzten Dekade nicht verändert.

Abbildung 10.1

Sicherheitspolitische Aspekte der europäischen Integration (Angaben in Prozent)



* Frühjahr ** Sommer

- „Wenn das Schweizer Militär im Kosovo eingesetzt werden könnte, so gäbe es in der Schweiz weniger Asylsuchende aus dieser Gegend.“
- „Nur wenn sich alle europäischen Länder vereinigen, werden wir einen dauerhaften und stabilen Frieden in Europa bekommen.“
- ▲ „Die nationale Souveränität sollte niemals zugunsten einer europäischen Einigung aufgegeben werden.“

© K. W. Haltiner Si/321/02/P1/mz

10.2 Wahrnehmung der nationalen Sicherheitsautonomie

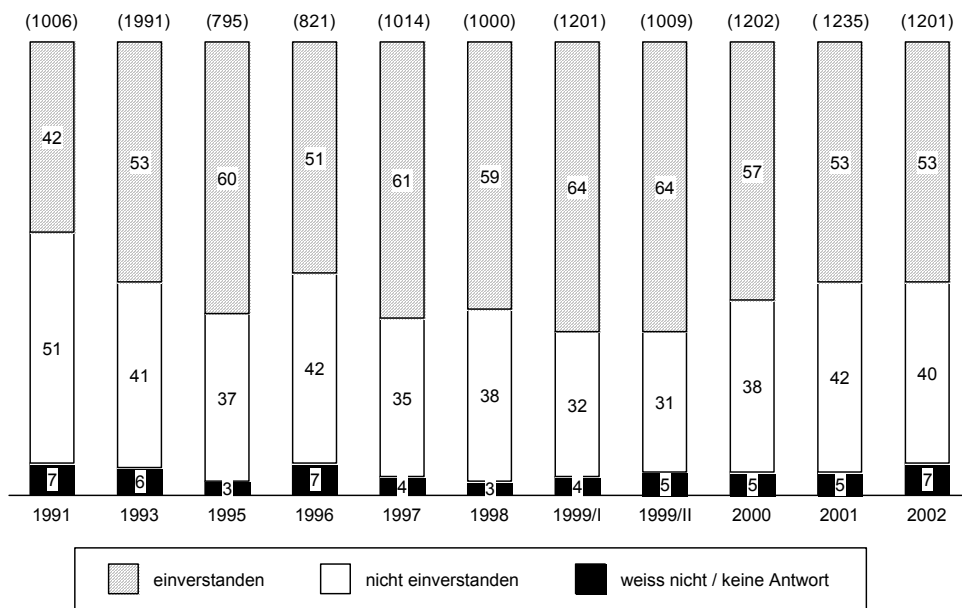
Seit 1993 ist sich die Schweizer Bevölkerung darin einig, dass die nationale Sicherheit nicht mehr autonom bestimmt werden kann sondern immer stärker von anderen Staaten beeinflusst wird (siehe Abbildung 10.2). 53% der Befragten teilen diese Meinung. Eine wesentliche Verschiebung gegenüber dem letzten Jahr lässt sich nicht feststellen. Interessant ist bei dieser Vorlage hingegen wiederum die Aufschlüsselung nach verschiedenen soziodemographischen Merkmalen und nach der internationalen Kooperationstypologie. Gab es noch letztes Jahr signifikante Unterschiede zwischen den Bildungsschichten und den verschiedenen politischen Einstellungen, lassen sich diese heuer nicht mehr nachweisen. Nur mehr die Neutralitätskritiker (68%, $\pm 0\%$), in geringerem Masse auch die Dissonanten (58%, -7%), wie auch die französische

Schweiz (65%, –1%) weisen eine deutlich skeptischere Haltung gegenüber der schweizerischen Sicherheitsautonomie auf als die Gesamtstichprobe.

Abbildung 10.2

Wahrgenommene nationale Sicherheitsautonomie (Angaben in Prozent)

„Unsere nationale Sicherheit wird immer mehr von anderen Staaten und immer weniger von uns selbst bestimmt.“



© K. W. Haltiner Si/379/02/P3/sr

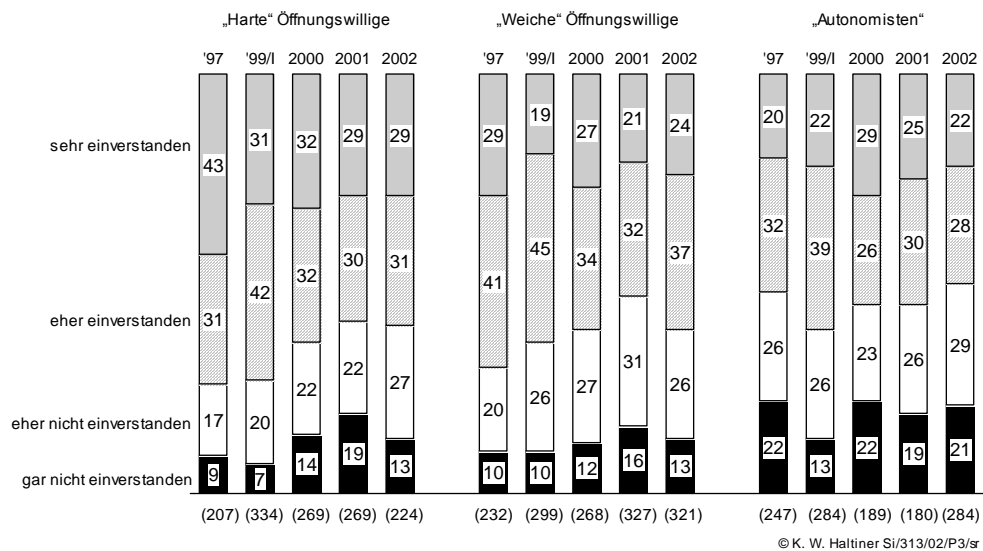
Zwischen den drei internationalen Kooperationstypen lassen sich weiterhin Unterschiede feststellen (siehe Abbildung 10.3). Sowohl bei den „harten“ Öffnungswilligen wie auch bei den „weichen“ Kooperationsbereiten hat sich die Meinung verstärkt, dass die nationale Sicherheit der Schweiz immer mehr von anderen Staaten bestimmt werde. Während bei den „harten“ Öffnungswilligen der „sehr oder eher einverstanden“-Anteil gleich verteilt ist wie letztes Jahr, macht sich eine Verunsicherung bei jenen Personen breit, welche diese Meinung nicht teilen. Innerhalb dieser Kategorie schrumpfte der Anteil der Befragten, welche gar nicht einverstanden sind von 19% auf 13%, im Gegensatz dazu erhöhte sich die „weichere“ Ablehnungsform „eher nicht ein-

verstanden“ (27%, +5%). Vergleicht man das Antwortverhalten der „weichen“ Kooperationsbereiten mit demjenigen des letzten Jahres, kann festgehalten werden, dass der Glaube in die Sicherheitsautonomie der Schweiz deutlich geschwunden ist. 61% (+8%) der „weichen“ Öffnungswilligen teilen die Sicht, dass die Schweiz in ihrer Verteidigungsfähigkeit immer mehr von anderen Staaten abhängig sei. Diese Einsicht in eine wachsende Fremdbestimmung des Landes vertreten die Autonomisten nur zu 50% (-5%).

Abbildung 10.3

Bewusstsein für die Grenzen nationaler Sicherheitsautonomie nach der internationalen Kooperationstypologie (Angaben in Prozent)

„Unsere nationale Sicherheit wird immer mehr von anderen Staaten und immer weniger von uns bestimmt.“



Fazit: Während die „harten“ und „weichen“ Kooperationsbereiten die Sicherheitsautonomie der Schweiz verstärkt bezweifeln, gewinnt bei den „Autonomisten“ die Überzeugung an Boden, dass eine eigenständige Sicherheitsgewährleistung durchaus möglich sei. Es scheint, dass sich die drei Kooperationstypen bei der Beurteilung dieser Frage immer weiter voneinander entfernen.

10.3 Sicherheitspolitische Kooperation im Allgemeinen und mit der Uno im Speziellen

Die Frage „Sind Sie damit einverstanden, dass Schweizer Soldaten, die sich freiwillig zur Verfügung stellen, ausserhalb des Landes zum Einsatz kommen?“³⁶ wird seit 1993 im Rahmen der Befragungen „Sicherheit“ gestellt (Abbildung 10.4). Damit soll die Bereitschaft der Schweizer Bevölkerung für eine allgemeine sicherheitspolitische Kooperation im Ausland gemessen werden, ohne diese Frage auf eine bestimmte Organisation, wie z.B. die Uno oder die Nato, zu beziehen. Im Jahr 2000 fand in der öffentlichen Einstellung zu Auslandeinsätzen von Schweizer Soldaten eine eigentliche Trendwende statt. In jenem Jahr wurde erstmals nicht der rein unterstützende, sondern der friedenssichernde Einsatz, der eine Bewaffnung zum Selbstschutz vorsieht, von den befragten Personen favorisiert. Daran hat sich seither nichts geändert. Im Februar 2002 bevorzugen 46% (-3%) die Friedenssicherung, während sich 32% (+1%) für den unterstützenden Einsatz aussprechen. Dass sich Schweizer Soldaten im Ausland auch an Kampfeinsätzen beteiligen, bleibt weiterhin nur für eine verschwindend kleine Minderheit denkbar (7%, ±0%). Für 13% (+1%) ist jede Art des Engagements von Schweizer Armeeangehörigen ausserhalb der Landesgrenzen abzulehnen. Rund 85% der Schweizer StimmbürgerInnen können sich also eine der drei oben genannten Formen des Auslandeinsatzes von Schweizer Soldaten vorstellen. Favorisiert wird eindeutig die Friedenssicherung, die zum Selbstschutz auch eine Bewaffnung vorsieht.

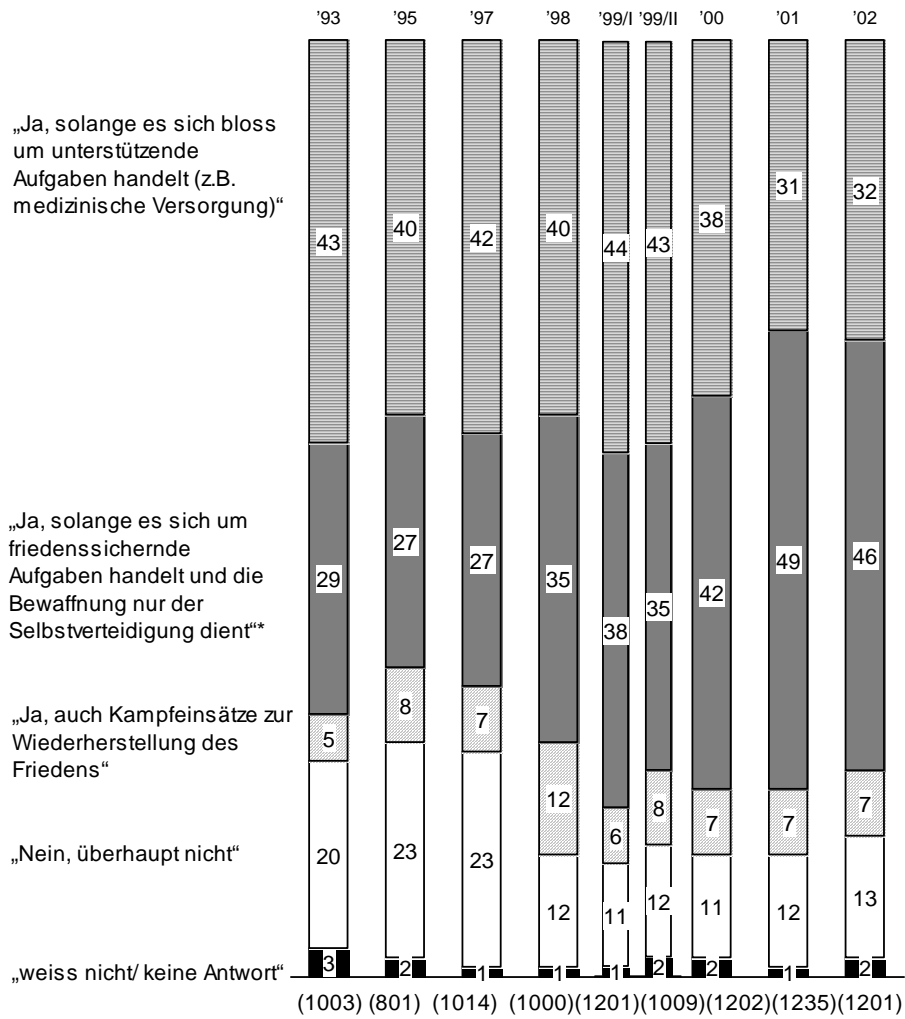
Unterschiede bestehen innerhalb der verschiedenen soziodemographischen Gruppen. Nicht einverstanden mit Auslandeinsätzen sind überdurchschnittlich stark die ab 60-Jährigen (19%, ±0%), sich politisch rechts positionierende Befragte (21%, ±0%), Personen aus dem Tessin (21%, -1%) und – am deutlichsten – der autonomistische Kooperationsstypus (25%, ±0%). Auffallend dabei ist, dass sich gegenüber dem letzten Jahr in der Beurteilung der Ablehnung von Auslandeinsätzen von Schweizer Soldaten keine Veränderungen feststellen lassen. Für die friedenssichernden Aufgaben setzen sich überdurchschnittlich stark die Männer (49%, -4%), Personen mit höherer Bildung (53%, -1%) und die Alterskategorie der 30–39-Jährigen (54%) ein. Ebenfalls eine absolute Mehrheitszustimmung findet sich bei den „harten“ Öffnungswilligen (54%, -5%) sowie bei den „weichen“ Öffnungsbereiten (51%, -6%), allerdings mit geringerer Ausprägung als im Jahr 2001.

36 Bis 1999 lautete die Fragestellung wie folgt: „Könnten Sie sich vorstellen, dass Schweizer Soldaten einmal ausserhalb des Landes zum Einsatz kommen?“

Abbildung 10.4

Auslandeinsatz von Schweizer Soldaten (Angaben in Prozent)

„Sind Sie damit einverstanden, dass Schweizer Soldaten, die sich freiwillig zur Verfügung stellen, ausserhalb des Landes zum Einsatz kommen?“



**1998: Ja, solange es sich um friedenssichernde Aufgaben handelt.

Ob die Schweizer Bevölkerung die Uno sicherheitspolitisch bei der Bewältigung von Krisen und Konflikten mittels dem Einsatz von Soldaten unterstützen soll, wird durch eine direkt formulierte Frage zu beantworten versucht. Nur mehr 58% (-10%) aller Befragten erklären sich einverstanden, dass die Schweiz der Uno Friedenstruppen zur Verfügung stellen soll. Dieser massive Einbruch gegenüber den Vorjahren (z.B. 2000: 71%) deutet darauf hin, dass durch die Diskussion und die Abstimmung über den Uno-Beitritt ein Meinungsumschwung stattfand. Es scheint, als wäre die Skepsis in der Schweizer Bevölkerung gegenüber Friedenstruppen als einem adäquaten Mittel zur Lösung von Konflikten in der Welt gewachsen. Dass die Terroranschläge in den USA diese Meinung bestärkt haben, kann nur vermutet werden.

Was die politische Ausrichtung hat sich der Unterschied in der Beurteilung der Akzeptanz von Schweizer Friedenstruppen noch stärker akzentuiert. Während im Jahr 2001 sich in allen soziodemographischen Gruppen Mehrheiten mit Friedenstruppen einverstanden erklären, sind es heuer bei den politisch rechts stehenden nur noch 39% (-22%). Personen mit einer linken politischen Einstellung (73%, -9%) und sich in der politischen Mitte positionierende Befragte (62%, -8%) unterstützen weiterhin die Bereitstellung von Schweizer Friedenstruppen zuhanden der Uno. Die deutlichsten Differenzen bestehen bei den drei internationalen Kooperationstypen. Eine überwiegende Mehrheit der „harten“ Öffnungswilligen (82%, -9%) ist der Überzeugung, dass die Schweiz der Uno Friedenstruppen zur Verfügung stellen sollte, wohingegen nur eine kleine Minderheit von „Autonomisten“ diese Sichtweise gutheisst (22%, -20%).³⁷

Sich nicht nur auf die eigene Landesverteidigung verlassen wollen 46% (-6%) der Befragten. Wie schon im Jahr 2001 festgestellt, wird für einen zunehmend grösseren Teil der Bevölkerung das neutrale Abseitsstehen in internationalen Konflikten zu einer prüfenswerten Option. Zudem ist der Glaube an die eigene Landesverteidigung im Steigen begriffen. Personen aus der französischen Schweiz, Befragte mit hoher formaler Bildung und linker politischer Einstellung wie auch die 18–29-Jährigen teilen diese Sichtweise nicht.

Fazit: Eine grosse Mehrheit (85%) der SchweizerInnen kann sich mit einer der drei Formen des Auslandseinsatzes von Schweizer Soldaten einverstanden erklären. Doch es bestehen weiterhin unterschiedliche Meinungen darüber, in welcher Form ein solcher Einsatz erfolgen soll. Die bevorzugte Art des militärischen Engagements im Ausland geht in Richtung friedenssichernder Aufgaben mit einer Bewaffnung zum Selbstschutz. Die konkrete Unterstützung der Uno durch Schweizer Friedenstruppen bei internatio-

37 „Weiche“ Öffnungswillige stimmen zu 74% zu (CC=0.50).

nen Missionen stösst auf weniger Akzeptanz. Allgemein ist die Bevölkerung gegenüber der Entsendung von Schweizer Soldaten zugunsten der Uno wieder kritischer eingestellt. Zudem häuft sich bei den SchweizerInnen die Meinung, dass sich die Schweiz in erster Linie auf ihre eigene Landesverteidigung verlassen sollte. Die BefürworterInnen einer Rückkehr zur reinen Neutralität erhalten wieder mehr Zuzug.

11 ARMEEREFORM XXI – INFORMATIONSTAND UND AKZEPTANZ

11.1 Informationsstand zur Armee XXI

In der Befragung 2002 wurde mittels einer Reihe von Fragen der Informationsstand zur Armee XXI ermittelt. Dabei richtete sich einerseits das Interesse auf den Stand der Kenntnisse, andererseits wurde aber auch die Akzeptanz der Reform erfragt. Von der Armee reform XXI haben gemäss eigenem Bekunden im Februar 2002 sieben von zehn Befragten gehört, gesehen oder gelesen (siehe Abbildung 11.1). Dabei treten geschlechtsspezifische Unterschiede klar zu Tage. Sind es bei den männlichen Befragten 82%, die mit „Ja“ antworten, so sind es bei den weiblichen lediglich 59% (CC=0.24). Das Wissen um die Armee XXI scheint offenbar in erster Linie eine Männersache zu sein. Dieser Befund erstaunt nicht, denn schon in der Studie Sicherheit 95, welche den Kenntnisstand über die „Armee 95“ ermittelte, stellten wir einen signifikanten Geschlechtsunterschied fest. Dort gaben 93% der Männer und nur 65% der Frauen an, schon von der „Armee 95“ gehört, gesehen oder gelesen zu haben. Werden generell die Werte des Kenntnisstandes zur Armee XXI mit jenen der früheren Umfrage aus dem Jahre 1995 in Bezug auf den Kenntnisstand der „Armee reform 95“ verglichen, zeigt sich, dass heute weniger SchweizerInnen als damals wissen, dass die Armee einer grundlegenden Umstrukturierung unterworfen ist. 1995 gaben 78% der Befragten an, schon von der Armee reform 95 gehört zu haben, im Vergleich zu 70%, welche schon von der Armee XXI Kenntnis genommen haben.

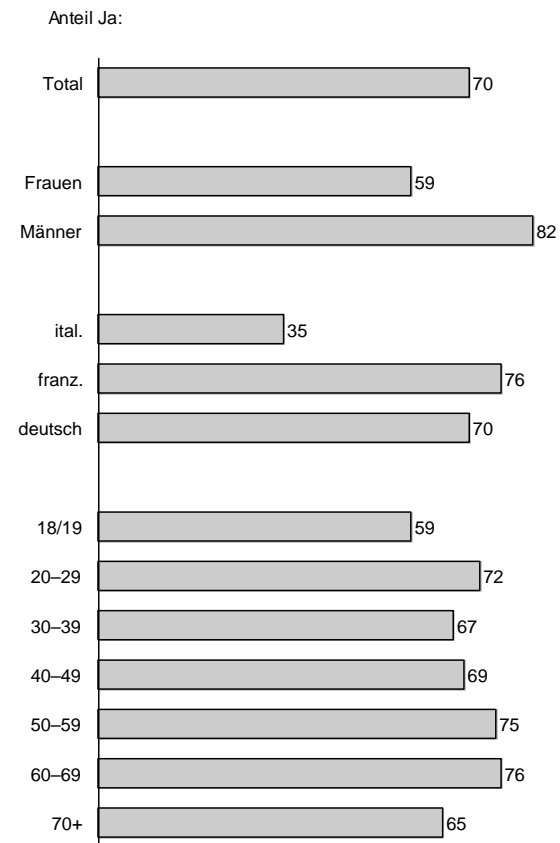
Erhebliche Unterschiede ergeben sich nach den Sprachregionen. Am grössten ist der Kenntnisstand über die Armee XXI in der französischen Schweiz mit 76%, gefolgt von den DeutschweizerInnen (70%). Von den TessinerInnen haben aber nur 35% die Reform bewusst zur Kenntnis genommen. Dieser Wert muss aber auf Grund der geringen Stichprobenzahl von 52 befragten Personen aus dem Tessin mit Vorsicht interpretiert werden.

Kein einheitliches Bild ergibt die Aufschlüsselung nach dem Alter. Während die jüngste Alterskohorte der 18–19-Jährigen (59%) wie auch die ältesten Befragten ab 70 Jahren (65%) im Durchschnitt wenig Kenntnisse vom Konzept Armee XXI haben, wissen vor allem die 50–59-Jährigen (75%) und die 60–69-Jährigen (76%), dass die Schweizer Armee umstrukturiert wird. Auswirkungen der Reform auf die eigene Person können das Interesse leicht erhöhen (20–29-Jährige: 72%).

Abbildung 11.1

„Armee XXI“ – Kenntnisstand (Angabe in Prozent)

„Im Moment ist eine Armee reform, die sogenannte ‚Armee XXI‘, im Gang. Haben Sie schon davon gehört, gesehen, gelesen?“



© K. W. Haltiner Si/731/02/sr

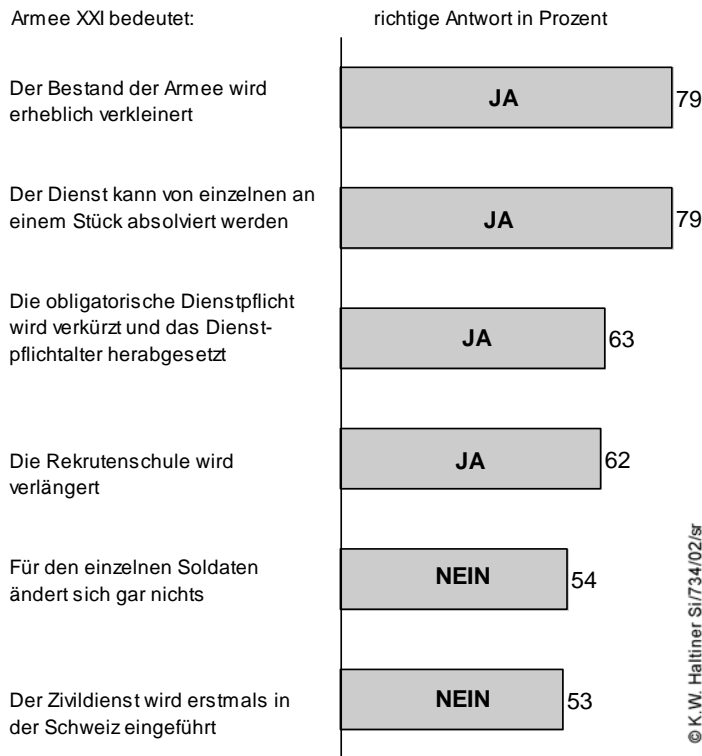
Signifikant stärker gehört, gesehen oder gelesen von der Armee XXI haben Befragte mit einer eher rechtsgerichteten politischen Einstellung (78%), während politisch links stehende Personen unterdurchschnittlich Kenntnis der Reform besitzen (67%; Mitte: 72%; CC=0.09). Der Bildungsstand stellt in diesem Zusammenhang als einflussreichster Faktor dar: Personen mit hoher Bildung geben sich besser informiert (82%) als solche mit tiefer Schulbildung (60%).

Die Antworten auf sechs Wissensfragen zur Armee XXI (siehe Abbildung 11.2) zeigen ein bemerkenswert gutes Grundwissen bei denjenigen Personen (841 Befragte), die schon von der Armee XXI gehört, gesehen oder gelesen haben. Hoch ist das Wissen um die Bestandsverkleinerung der Schweizer Armee wie auch um die Möglichkeit von Durchdienersoldaten, d.h. Soldaten, die ihre Dienstpflicht am Stück absolvieren. Fast acht von zehn Befragten (79%) gaben bei den Fragen eine korrekte Antwort. Ebenfalls richtig beantwortet wurden von 63% bzw. 62% der Befragten die Aussagen, dass die obligatorische Dienstpflicht verkürzt und das Dienstpflichtalter herabgesetzt sowie die Rekrutenschule verlängert werden sollen. Bei den zwei negativ zu beantworteten Aussagen „Mit der Armee XXI wird erstmals der Zivildienst in der Schweiz eingeführt“ und „Für den einfachen Soldaten ändert sich in der Armee XXI gar nichts“ bekundeten die Befragten am meisten Mühe. Nur jeweils knappe Mehrheiten von 53% respektive 54% der SchweizerInnen, welche schon von der Armee XXI gehört haben, beantworten die Aussagen richtig mit „Nein“. Anzumerken ist, dass nur 126 Befragte (15%) alle sechs Vorgaben richtig beantworten konnten. Es zeigt sich, dass die Armeereform XXI von der Bevölkerung in der Regel als organisatorische Neustrukturierung oder als Neukonzeption der Armee erkannt wird. Hingegen herrscht Verunsicherung in der Wahrnehmung der Belastungsreduktion für den einzelnen Soldaten. Nur eine knappe Mehrheit von 54% der SchweizerInnen, welche von der Armee XXI gehört hat, geht davon aus, dass sich etwas für den „einfachen Soldaten“ ändern wird.

Fazit: Die Armee und die Auseinandersetzung mit der Armee bleiben weiterhin eine Männerdomäne. Der Wissensstand der Männer über die Armee XXI ist bei allen Vorgaben signifikant höher als bei den Frauen. Es lässt sich jeweils ein Unterschied von mindestens 13% bei den einzelnen Aussagen feststellen. Auch wird die „Weiss nicht“-Antwortvorgabe von den Frauen häufiger genutzt als von den Männern. Somit kann von einer gewissen Indifferenz der Frauen gegenüber der Schweizer Armee ausgegangen werden.

Abbildung 11.2

Armee XXI – Kenntnisstand der Personen, die schon von der Armee XXI gehört haben
(n = 841)



Dass der Zivildienst nicht erst mit der Armee XXI eingeführt wird, weiss eine Mehrheit, doch bestehen Unterschiede nach dem Alter. So wissen 70% der 18–29-Jährigen, dass der Zivildienst in der Schweiz nicht durch die Armee XXI eingeführt werde. Die ab 60-Jährigen sind diesbezüglich stärker verunsichert. Nur 46% dieser Alterskategorie wissen darum, dass der Zivildienst nicht zur Debatte steht, wohingegen 34% der Auffassung sind, mit der Armee XXI werde er eingeführt. Generell scheinen die 18–29-Jährigen besser über die laufende Reform der Armee informiert zu sein als die älteren SchweizerInnen. Hier kommt die persönliche Betroffenheit deutlich zum Vorschein. Besser gebildete SchweizerInnen zeigen allgemein eine bessere Kenntnis über die anstehende Reform als die tieferen und mittleren Bildungsschichten.

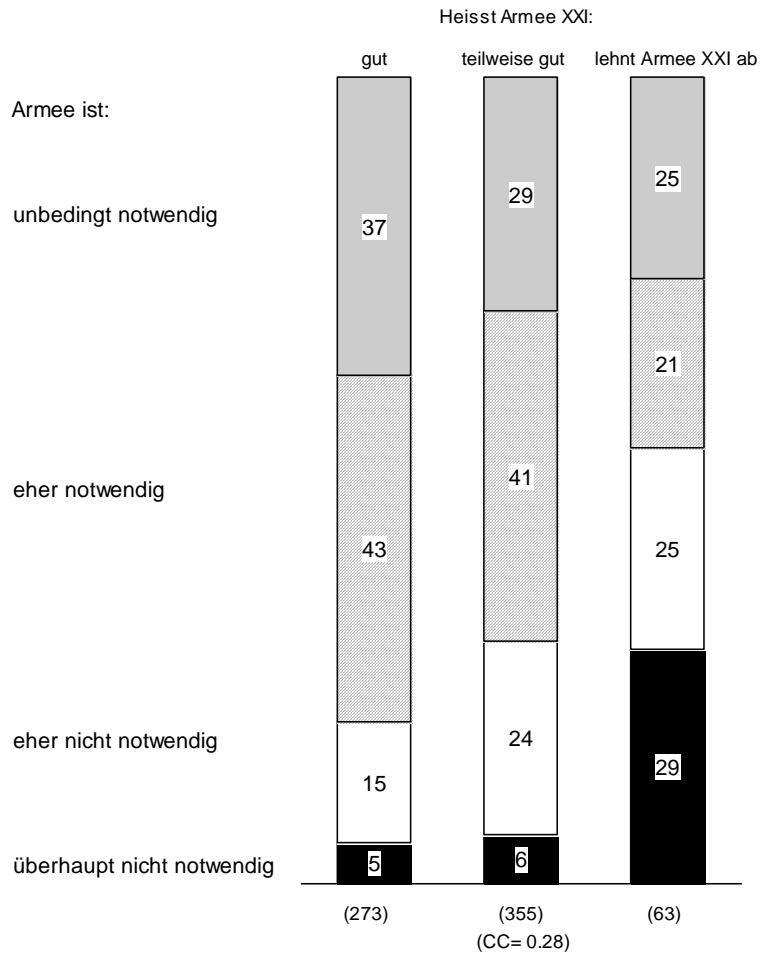
11.2 Akzeptanz der Armee reform XXI

Von den 70% der Befragten, die von der Armee reform XXI Kenntnis haben, heissen 33% sie gut, 42% sie teilweise gut, 7% lehnen sie ab und 18% wissen es nicht oder geben keine Antwort. Werden diese Werte mit der Gutheissung der Armee reform 95 aus der Sicherheitsstudie 95 verglichen, fällt auf, dass die jetzige Armee reform im Jahr 2002 wesentlich kritischer und mit grösserer Ablehnung betrachtet wird (Werte „Armee 95“: gutheissen: 67%; teilweise gutheissen: 30%; ablehnen 3%; weiss nicht/keine Antwort: 3%). Beachtlich ist der Anteil der Personen, welche sich noch keine Meinung zur Reform gebildet haben. Bezogen auf alle Befragten, also auch auf jene, welche die Armee reform XXI nicht zur Kenntnis genommen haben, ist es nur ein Viertel der Bevölkerung (26%), der die Armee XXI vorbehaltlos gutheisst („Armee 95“: 52%). Wie es scheint, vermag das Reformprojekt nicht von der grossen Bevölkerungsmehrheit getragen zu werden. Das mag zum Teil mit der Debatte um die Länge der Rekrutenschule zusammenhängen. Für einige, vor allem sich rechts positionierende Teile der Bevölkerung, geht die Reform offenbar zu weit. Andere aber, vor allem sich eher links positionierende Personen, befürworten radikalere Änderungen am schweizerischen Wehrsystem. Bemerkenswert ist, dass Befragte, welche übel die einzelnen Änderungen der Armee XXI schlecht informiert sind, diese auch eher ablehnen. Frauen sind kritischer eingestellt als Männer (heisse gut: 33%; Männer: 44%).

Die Armee XXI wird offenbar als ein Projekt wahrgenommen, bei dem die Armee modernisiert wird und in der eine verbesserte Ausbildung stattfindet: Denn es sind überdurchschnittlich jene Personen, welche nicht damit einverstanden sind, dass die Schweiz eine gut ausgerüstete und gut ausgebildete Armee haben soll, welche die Armee reform XXI ablehnen (38%). Im Vergleich dazu lehnen indessen nur 6% jener die Reform ab, welche eine moderne Armee bejahen ($CC=0.31$). Der Hauptunterschied bei der Akzeptanz der Neustrukturierung der Schweizer Armee verläuft aber zwischen den Befragten, welche die Armee grundsätzlich als notwendig erachten, und denjenigen, bei denen dies nicht der Fall ist (siehe Abbildung 11.3). ArmeebefürworterInnen heissen in der Regel die Armee XXI überdurchschnittlich gut. Je höher die allgemeine Armeeakzeptanz, desto grösser die Wahrscheinlichkeit, dass die konkrete Armee reform unterstützt und gutgeheissen wird. Umgekehrt lehnen Personen, welche militärische Institutionen generell als unnötig betrachten, die aktuelle Reform ab.

Abbildung 11.3

Akzeptanz der Armee reform XXI nach Notwendigkeit der Armee



Fazit: Generell lässt sich konstatieren, dass zum Zeitpunkt der Befragung im Februar 2002 70% der SchweizerInnen das Projekt Armee XXI kannten, und es von rund Dreivierteln auch gutgeheissen wurde. Indes meldeten 4 von 10 Befragten damals Vorbehalte an. Es scheint, als bestünde seitens der Öffentlichkeit für die Reform Armee XXI noch ein erheblicher Informationsbedarf. Es ist zu hoffen, dass die Debatten in den beiden Räten dazu beigetragen haben, diesen Informationsbedarf zu befriedigen.

12 DAS ENGAGEMENT VON FRAUEN IM SICHERHEITS- BEREICH

Das Verhältnis der Frauen zu sicherheitspolitischen Fragen und zum Militär wird in dieser Studie ebenfalls untersucht. Dabei interessiert nicht nur die geschlechtsspezifische Einstellung zu den sicherheitsrelevanten Institutionen der Schweiz, sondern auch die Bereitschaft der weiblichen Bevölkerung, z.B. einen Beitrag im Rahmen des Zivil- oder Bevölkerungsschutzes zu leisten. Die Ergebnisse der diesjährigen Befragung werden mit einer im Jahr 1983 durchgeführten Erhebung im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms 11 „Sicherheitspolitik“ verglichen. Um methodisch die verschiedenen Antwortverteilungen miteinander vergleichen zu können, verwenden wir die selben Fragestellungen wie 1983. Die Formulierungen der Vorgaben mögen aus heutiger Sicht teilweise als veraltet erscheinen. Dennoch wurde entschieden, den Vergleichswert gegenüber dem Aktualitätswert stärker zu gewichten. Es werden somit Veränderungstendenzen über nahezu 20 Jahre sichtbar.

Im Weiteren interessiert uns die Bevölkerungseinstellung gegenüber der Gleichberechtigung und der Möglichkeit für Frauen, sich in Institutionen der öffentlichen Sicherheit zu engagieren.

In einem ersten allgemeinen Teil wird auf die geschlechtsspezifischen Unterschiede in Sicherheitsfragen eingegangen. Sodann werden Einstellungen zum Rollenbild der Frauen und die Partizipationserwartungen an die weibliche Bevölkerung in Sicherheitsinstitutionen ausgewertet (vgl. dazu die Fragen 19 bis 22 im Fragebogen, Anhang III).

12.1 Allgemeine Einstellungen zu Sicherheit und Militär

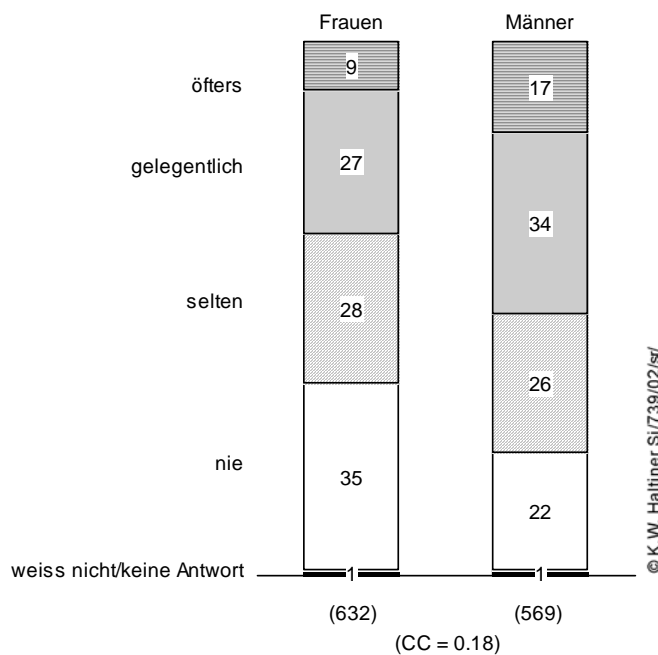
Frauen fühlen sich, wie im ersten Teil dieses Bandes gezeigt, in der heutigen Zeit allgemein weniger sicher als Männer. Während sich 40% aller Männer „sehr sicher“ geben, beträgt dieser Wert bei der weiblichen Bevölkerung der Schweiz bloss 28%. Bei der Analyse der Daten fällt auf, dass der Unterschied des Sicherheitsempfindens bei den Geschlechtern sich vor allem auf die Kategorie „sehr sicher“ bezieht, während sich sowohl bei den Frauen wie auch bei den Männern nur je 1% als „ganz unsicher“ einstufen. Dennoch, der geschlechtsspezifische Unterschied ist statistisch signifikant ($CC=0.14$). Es kann daher argumentiert werden, dass Frauen auf Grund ihres ausgeprägteren Sicherheitsverlangens einer Reduktion sicherheitsrelevanter Institutionen kritischer gegenüber eingestellt sein müssten. Dies scheint der Fall zu sein: Während eine Mehrheit von 55% aller befragten Männer einer Verkleinerung der Schweizer Armee

positiv gegenübersteht (sehr einverstanden: 26%; eher einverstanden: 29%), unterstützt nur eine Minderheit von 44% der Frauen diese Vorgabe (sehr einverstanden: 22%; eher einverstanden: 22%).

Abbildung 12.1

Meinungsführerschaft nach Geschlecht

„Kommt es vor, dass Sie von Ihren Freunden oder Bekannten über politische Fragen um Rat und Auskunft gefragt werden?“



Frauen interessieren sich signifikant weniger für Sicherheitspolitik im Allgemeinen. Nur 47% der weiblichen Befragten lassen sich den Kategorien „sehr stark“ und „recht stark“ zuordnen. Im Vergleich dazu bekundet eine klare Mehrheit der Männer (61%) Interesse dafür. Der Unterschied ist hochsignifikant (CC=0.18). Meinungsführerschaft ist scheinbar weniger eine Sache der Frauen. Sie werden seltener von Freunden und Bekannten über politische Fragen um Rat oder Auskunft gefragt (siehe Abbildung 12.1). Nur 9% der Frauen, aber 17% der Männer werden „öfters“ um ihre Meinung gefragt. Umgekehrt dazu geben 65% der Frauen an, „selten“ oder „nie“ ihren politi-

schen Standpunkt Bekannten oder Freunden weiterzugeben (Männer: 48%). Dies bestärkt das Bild der sicherheitspolitisch nicht stark involvierten und sicherheitspolitisch eher wenig integrierten Schweizerin.

12.2 Engagementbereitschaft der Schweizerinnen in sicherheitsrelevanten Institutionen

Frauen, welche freiwillig dem Zivil- oder Bevölkerungsschutz beitreten, sind in der Schweiz selten. Es sind dies nur 6% aller befragten weiblichen Personen. Auf Grund der kleinen Stichprobenzahl lassen sich keine weiteren besonderen Eigenschaften feststellen, aber tendenziell orientieren sich die freiwillig Zivil- bzw. Bevölkerungsschutz leistenden Frauen eher an der politischen Mitte und sind überdurchschnittlich in der welschen Schweiz vertreten.

Den weiblichen Personen, die nicht im Zivil- oder Bevölkerungsschutz eingeteilt sind (94% aller Frauen oder 596 Personen der Stichprobe), wurde die Frage nach der Akzeptanz eines freiwilligen Kursbesuches im Rahmen des Zivil- oder Bevölkerungsschutzes gestellt (siehe Abbildung 12.2). Nach eigenen Angaben wären 32% von ihnen bereit, freiwillig einen solchen Kurs zu besuchen. Fast gleich viele Frauen (31%) würden indessen an einem Kurs nur teilnehmen, wenn dieser obligatorisch wäre. Aus Gründen des Alters oder der Gebrechlichkeit wäre für 17% der befragten weiblichen Personen ein solcher Kursbesuch ausgeschlossen. Gegen die Betätigung von Frauen in diesen Institutionen sind 16% der weiblichen Befragten. Sie würden einer Aufforderung zum Kursbesuch nicht nachkommen.

Im Vergleich mit dem Jahr 1983 sind Veränderungen auszumachen. Während die Bereitschaft zu einem freiwilligen Kursbesuch in etwa gleich hoch ist, hat sich der Anteil jener Frauen, welche einen solchen Dienst nur bei einem Obligatorium leisten würden, im Verlauf der letzten zwei Dekaden verringert (-11%), der Verweigerungsanteil hat sich hingegen leicht vergrössert (+6%). Weil die Wehrdienst- und die Schutzdienstpflicht die Altersklassen 20–50 Jahre umfasst,³⁸ lohnt es sich, die Bereitschaft dieser Altersgruppen in unserer Erhebung gesondert zu untersuchen. In der Befragung lassen sich 317 Frauen dieser Alterskohorte zuordnen (Abbildung 12.2). Auffallend dabei ist, dass bei dieser potenziell schutzpflichtfähigen Altersgruppe die freiwillige Bereitschaft für einen Zivildienst nur leicht über der aller Frauen in der Befragung 2002 liegt. Der grösste Anstieg in dieser Gruppe ist bei jenen Frauen zu verzeichnen, welche einen

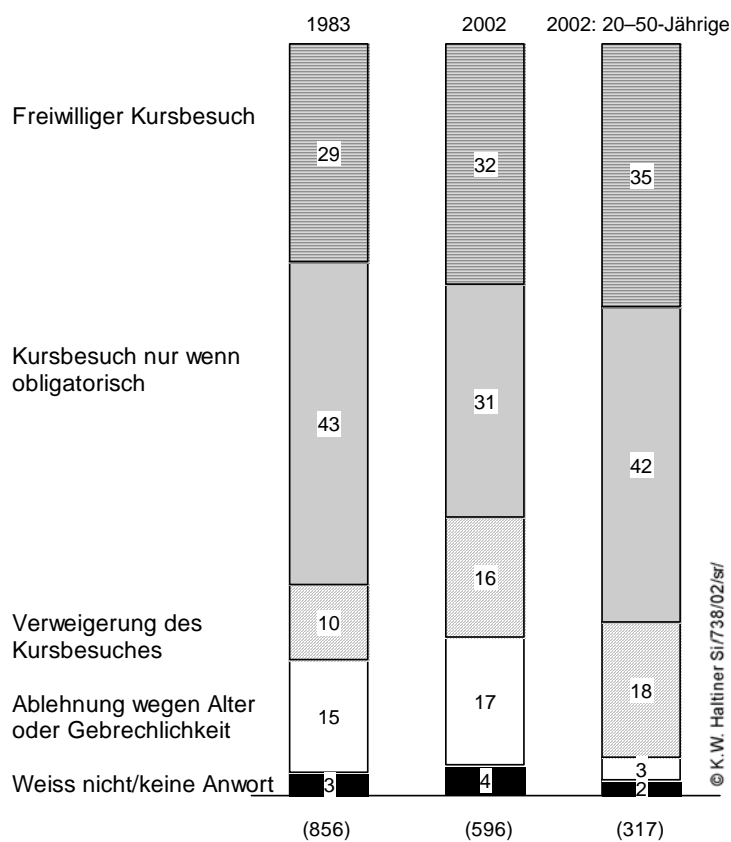
38 Vgl. dazu die Webseite des Zivilschutzes unter <http://www.zivilschutz.admin.ch/d/index.html>.

Kurs nur dann besuchen würden, wenn dieser obligatorisch erklärt würde (42%). Tendenziell können sich Frauen mit höherer Bildung eher vorstellen, freiwillig einen Kurs im Rahmen des Bevölkerungs- oder Zivilschutzes zu besuchen (40%), als solche der mittleren und tieferen Bildungsgruppen.

Abbildung 12.2

Engagementbereitschaft der Schweizerinnen in sicherheitsrelevanten Institutionen

„Wären Sie bereit, einen Kurs im Rahmen des Zivil- oder Bevölkerungsschutzes freiwillig zu besuchen?“ (Frage nur an Frauen gerichtet, welche nicht im Zivil- oder Bevölkerungsschutz eingeteilt sind; Angaben in Prozent)

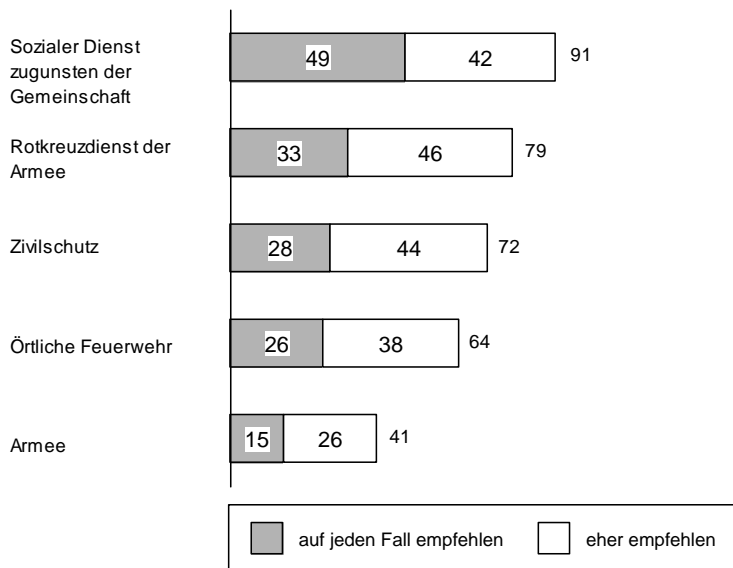


Zusammenfassend kann beobachtet werden, dass sich die Einstellung der weiblichen Bevölkerung zum Engagement im Rahmen des Zivil- oder Bevölkerungsschutzes in den letzten beiden Dekaden nicht stark geändert hat. Nach wie vor betrachtet eine relative Mehrheit eine solche Verpflichtung als Zwangsmassnahme, welche sie nur unter Druck hinnehmen würde. Bloss ein Drittel der Frauen, welche nicht schon jetzt im Zivil- oder Bevölkerungsschutz eingeteilt sind, kann sich ein freiwilliges Engagement vorstellen.

Die Frage „Würden Sie einer Ihnen bekannten Frau, die Sie um Rat fragt, empfehlen, sich in folgenden Organisationen zu engagieren?“ wurde an alle 1201 Befragte gerichtet (siehe Abbildung 12.3). Die Frage ermittelt, welche Rollenzuweisungen für Frauen erwünscht sein könnten, und welchen Stellenwert den verschiedenen staatlichen Institutionen wie Rotkreuzdienst, Zivilschutz, örtliche Feuerwehr, Armee und sozialer Dienst zugunsten der Gemeinschaft in Bezug auf die weibliche Bevölkerung in der Schweiz beigemessen wird.

Abbildung 12.3
Frauen und Organisationen (Angaben in Prozent)

„Würden Sie einer Ihnen bekannten Frau, die Sie um Rat fragt, empfehlen, sich in folgenden Organisationen zu engagieren?“



© K.W. Haltiner SI/737/02/sr/

Eine überwältigende Mehrheit von 91% würde Schweizerinnen den „sozialen Dienst zu Gunsten der Gemeinschaft“ auf jeden Fall oder eher empfehlen. Hoch rangieren ebenso die Empfehlungen zu einem Dienst im Rahmen des Rotkreuzdienstes der Armee (79%) sowie im Zivilschutz (72%). Die erwähnten Institutionen widmen sich eher pflegenden und karitativen Aufgaben, welche innerhalb der Rollenteilung zwischen Frauen und Männern dem weiblichen Geschlecht aus traditioneller Optik eher zugeordnet werden. Wird aber die Frage nach der Beteiligung in „kämpfenden“ Organisationen (Feuerwehr: das Feuer „bekämpfen“; Armee: gegen den Feind „kämpfen“) gestellt, sinkt die Empfehlungsrate. Während sich zwar fast zwei Drittel der Befragten (64%) vorstellen könnten, Frauen das Engagement in der örtlichen Feuerwehr zu empfehlen, wird die Beteiligung der weiblichen Bevölkerung im Rahmen der Armee nur von einer Minderheit, wenn auch einer beachtlichen, gesehen (41%).

Bei den Empfehlungen zu den einzelnen Organisationen bestehen bei der Frage nach dem Rotkreuzdienst, dem Zivilschutz und dem sozialen Dienst zwischen den verschiedenen soziodemographischen Ausprägungen keine signifikanten Unterschiede. Eine Empfehlung für das Engagement der Frauen in der Feuerwehr wird in der westlichen Schweiz überdurchschnittlich (76%), in der deutschen Schweiz hingegen weniger stark unterstützt (61%). Männer würden Frauen eher empfehlen, sich in der Armee zu engagieren als dies Frauen untereinander tun (Männer: 45%; Frauen: 37%). Die größten Unterschiede bestehen bei der politischen Ausrichtung. Links stehende Personen würden nur zu 33% einer ihnen bekannten Frau das Engagement in der Armee empfehlen, wohingegen fast die Hälfte aller sich rechts positionierenden Befragten (49%) eine solche Empfehlung aussprechen würde. Die politische Mitte bewegt sich in dieser Frage im Gesamtdurchschnitt (39%; $CC=0.15$). Personen, welche die Schweizer Armee als notwendig erachten, unterstützen Frauen mit einer Mehrheit von 51% bei der Frage des Engagements in der Armee, wohingegen nur 25% der SchweizerInnen, welche nicht von der Notwendigkeit der Armee überzeugt sind, Frauen empfehlen würden, sich in der Armee zu engagieren.

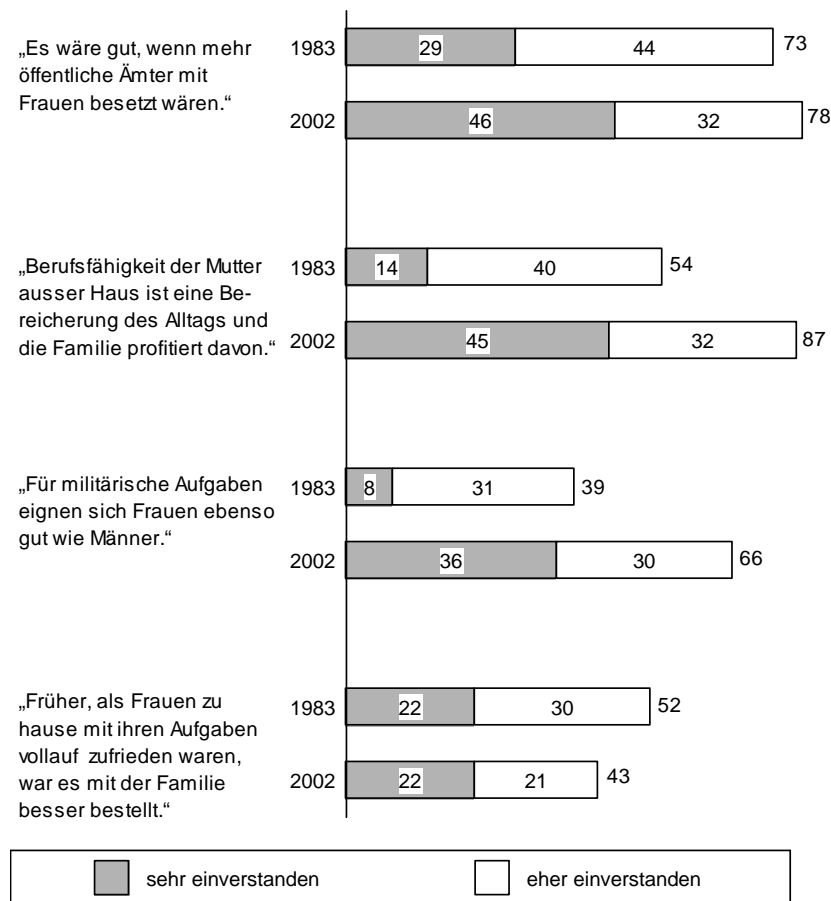
12.3 Zum Rollenbild der Frauen

Im Gegensatz zu den Frauen ist die männliche schweizerische Bevölkerung verpflichtet, einen Militärdienst zu leisten oder bei Untauglichkeit eine Funktion im Zivilschutz zu übernehmen. Der Dienst zugunsten der Gemeinschaft wird somit nur für Männer obligatorisch erklärt, obwohl Männer und Frauen in der Schweiz rechtlich gleichgestellt sind. Auf Grund dieser rechtlichen Gleichstellung formulierten wir die Aussage „Weil Mann und Frau rechtlich gleichgestellt sind, sollten Frauen obligatorisch einen sozialen

Dienst zugunsten der Gemeinschaft leisten“. Nur eine Minderheit von 43% aller Befragten ist mit dieser Vorlage einverstanden („sehr einverstanden“: 18%; „eher einverstanden“: 25%). Eine absolute Mehrheit der Schweizer Bevölkerung (53%) teilt diese Meinung nicht und 4% wissen es nicht oder geben keine Antwort. Beachtlich ist vor allem, dass die Antwortkategorie „gar nicht einverstanden“ mit 28% aller Befragten die grösste ist. Soziodemographische Unterschiede in der Beurteilung dieser Vorlage scheinen nicht zu bestehen.

Abbildung 12.4

Einstellungen der Bevölkerung zu spezifischen Vorlagen, welche die Rolle der Frauen thematisieren (Angabe in Prozent)



© K.W. Haltiner Si/736/02/sr/

Mit vier weiteren Vorgabefragen, welche in der Befragung „Milizarmee im Wandel“ 1983 erstmals gestellt wurden, kann ein zugegebenermassen nur grober Indikator zu rollenspezifischen Einstellungen angegeben werden. In der Abbildung 12.4 sind jeweils die Prozentwerte jener aufgeführt, welche sich mit den einzelnen Aussagen einverstanden erklären, dies sowohl für das Jahr 1983 wie auch als Vergleich bezogen auf das Jahr 2002. Ganz allgemein lässt sich feststellen, dass sich die Einstellungen gegenüber den Frauen verändert zu haben scheinen.

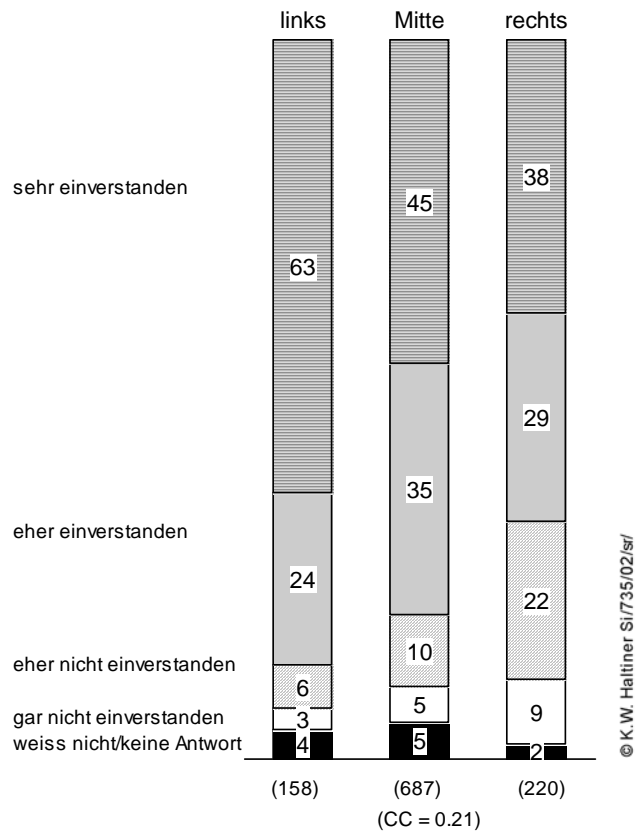
Einzig die Aussage, es wäre gut, wenn mehr öffentliche Ämter mit Frauen besetzt wären, fand schon 1983 (73%) fast gleich grossen Zuspruch wie 2002 (78%). Hingegen hat sich die Einstellung zu erwerbstätigen Frauen und Müttern stark verändert. Erklärte sich 1983 nur eine knappe Mehrheit von 54% der Befragten mit der Vorgabe einverstanden, dass die Berufstätigkeit der Mütter ausserhalb des Hauses eine Bereicherung des Alltags für sie selber wie auch für die Familie darstelle und allgemein einen positiven Einfluss habe, so teilen im Jahr 2002 über drei Viertel aller Befragten (77%) diese Meinung. Vor allem der Anstieg in der Antwortkategorie „sehr einverstanden“ von 14% auf 45% signalisiert ein moderneres Verständnis für erwerbstätige Frauen. Dennoch sind immer noch 43% der SchweizerInnen der Ansicht, es sei „früher, als die Frauen noch mit ihren Aufgaben zu Hause vollauf zufrieden gewesen seien, mit der Familie besser bestellt gewesen“. 1983 befürwortete noch eine Mehrheit diese Vorgabe (52%). Interessanterweise hat sich der Anteil der Kategorie „sehr einverstanden“ nicht verändert (siehe Abbildung 12.4). Wie schon 1983 ist ein guter Fünftel der Befragten sehr davon überzeugt, dass es früher mit einer klaren Rollenzuweisung zwischen Männern und Frauen der Familie besser gegangen sei.

Fanden 1983 bloss 39% aller Befragten, dass sich Frauen für militärische Aufgaben ebenso gut eignen wie Männer, stimmen 2002 zwei Drittel der Schweizer Bevölkerung dieser Aussage zu. Zwei mögliche Erklärungen können angeboten werden. Einerseits wurden durch den Streitkräftewandel und die neue Bedrohungswahrnehmung die militärischen Rollen und Aufgaben der Soldaten neu definiert. Moderne Armeen haben mehr Verwendung für Personen, die nicht Kampfaufgaben wahrnehmen. Das Bild des Militärs als eine reine Kampforganisation hat sich gewandelt. Daraus ergeben sich für die Frauen neue Möglichkeiten im Militär. Andererseits aber hat sich auch das Geschlechterverhältnis in den letzten beiden Dekaden im Sinne der Gleichstellung weiterentwickelt, und es wird immer selbstverständlicher, dass Frauen in allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens partizipieren. So kann die veränderte Einstellung der Bevölkerung zu den Einsatzmöglichkeiten der Frauen im Militär als Konsequenz fortschreitender Emanzipation, mithin des gesellschaftlichen Wertewandels, verstanden werden.

Abbildung 12.5

Öffentliche Ämter und Frauen nach politischer Einstellung

„Es wäre gut, wenn mehr öffentliche Ämter mit Frauen besetzt wären“



Die Antworten auf die einzelnen Vorlagen variieren innerhalb der soziodemographischen Merkmale. So vertreten überdurchschnittlich stark ältere Befragte, Personen mit tiefer Bildung, politisch rechts Stehende und SchweizerInnen, welche auf dem Lande leben, die Meinung, dass „die Familien früher besser bestellt waren, als die Frauen mit ihren Aufgaben zu Hause vollauf zufrieden waren“. Ähnlich lehnen vor allem die ab 60-Jährigen und Befragte mit tiefer Bildung die Aussage überdurchschnittlich häufig ab, ausserhäusliche Betätigung sei eine Bereicherung für die Frauen und die Familie.

Die soziodemographische Aufschlüsselung einer vermehrten Besetzung öffentlicher Ämter mit Frauen gemäss der politischen Einstellung wird in der Abbildung 12.5 wiedergegeben. Während sich politisch in der Mitte positionierende Personen zu 80% für eine vermehrte Förderung der Frauen im politischen Bereich aussprechen, treten vor allem zwischen politisch links und rechts Stehenden grosse Unterschiede auf. Fast neun von zehn Personen (87%) mit einer linken politischen Ausrichtung fordern, dass mehr öffentliche Ämter mit Frauen besetzt sein sollten. Diese Meinung vertreten indessen nur zwei Drittel (67%) der sich politisch rechts bezeichnenden Personen. Die politische Ausrichtung hat scheinbar einen wesentlichen Einfluss auf die Wahrnehmung der Geschlechterrollen in der Gesellschaft.

Um die erhaltenen Antworten auf die Vorgaben in Abbildung 12.4 besser darstellen zu können, wird ein Typologisierungsverfahren (Clusteranalyse, siehe dazu in Anhang I) analog der Kooperations- und Neutralitätstypologien angewendet. Obwohl durch die Verwendung von nur 4 Vorgaben ein beschränkte Auswahl an Fragen vorhanden ist, kann uns diese Typologie Trends in der Schweizer Bevölkerung aufzeigen (vgl. Tabelle V in Anhang II). Mit einem Verfahren, welches sich vor allem für grosse Fallzahlen eignet, wurde als beste Lösung zur Erklärung der Varianz eine Vierertypologie gebildet (K-Means-Verfahren). Ihr lassen sich von 1201 Befragten deren 1044 eindeutig zuordnen (87% aller Befragten). Die vier Typen lassen sich folgendermassen charakterisieren:

„*Indifferente*“ 29% (25%)³⁹: Dieser Typ zeichnet sich dadurch aus, dass er zu allen in der Abbildung 12.4 wiedergegebenen Vorlagen eher einverstanden ist. Seine Meinung ist somit nicht konsistent, da er einerseits der Auffassung ist, dass die ausserhäusliche Arbeit der Frauen eine Bereicherung für die Familie sei, andererseits stimmt er aber auch in einem hohen Masse der Aussage zu, dass „früher, als die Frauen noch zu Hause waren und zufrieden gewesen sind, die Familie besser bestellt war“. Dem „indifferenten“ Typus sind eher ältere Personen und Befragte mit einer tiefen Schulbildung zuzurechnen. Eine gewisse Ähnlichkeit weisen die „Indifferenten“ mit dem Typ des Neutralitätsdissonanten auf, was dadurch bestätigt wird, dass diese in diesem Cluster überdurchschnittlich vertreten sind. In der Beziehung der Schweiz zum Ausland bevorzugen sie eine aussenpolitisch „weiche“ Öffnung. Sicherheitspolitisch stehen sie hinter dem schweizerischen Milizprinzip und erachten die Armee als notwendig.

39 13% lassen sich keinem Typ zuordnen. Die erstgenannte Prozentzahl nennt den Anteil eines Typus an allen Personen, die einem Typus zugeordnet werden können. In der Klammer wird der Anteil eines Typus an der Gesamtstichprobe von 1201 Personen angegeben.

„*Konservative*“ 17% (15%): Die „Konservativen“ sind fest überzeugt, dass „es den Familien früher besser ging, als die Frau zu Hause ihre Aufgaben erledigte“. Im Vergleich zu den anderen Typen können sie sich am wenigsten damit einverstanden erklären, dass die Frauen einer beruflichen Betätigung nachgehen und öffentliche Ämter vermehrt durch weibliche Personen besetzt werden sollten. Ganz klar stellen sich die „Konservativen“ gegen die Auffassung, dass Frauen sich ebenso gut fürs Militär eignen wie Männer. Sie stehen in der Regel konsequent hinter dem Milizgedanken und sind politisch der Auffassung, es sei besser, „in der Politik, bei dem zu bleiben, was man habe, als dass Sachen versucht werden, die man nicht wirklich kenne“. In Bezug auf die Kooperations- und Neutralitätstypen lässt sich feststellen, dass die „Autonomisten“ und Traditionalisten in diesem Typus überdurchschnittlich vertreten sind. Ferner gehören eher ab 60-Jährige und Personen auf dem Land zum Typus des „Konservativen“.

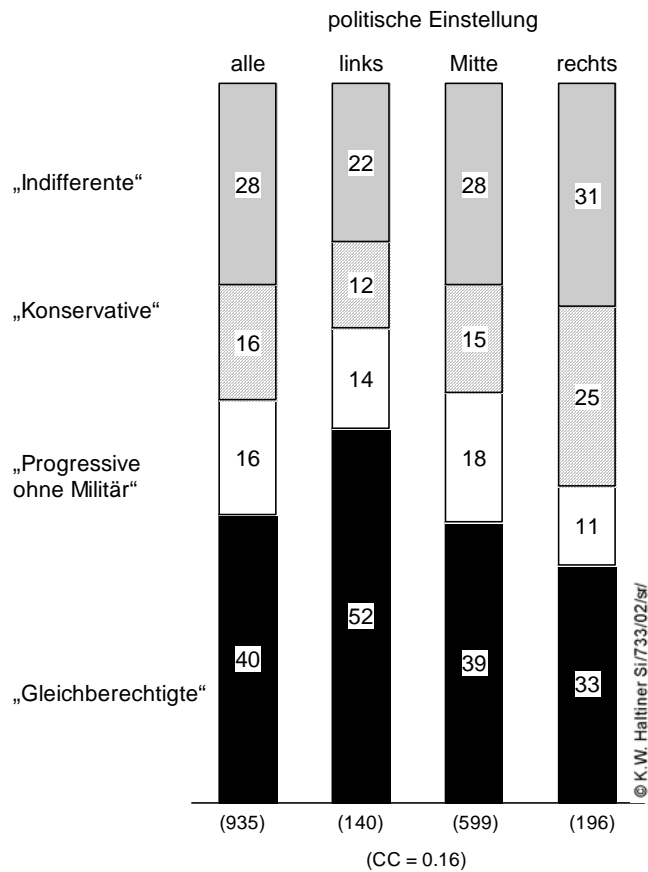
„*Progressive ohne Militär*“ 16% (14%): Diese Gruppe unterstützt die Berufstätigkeit der Mütter und den vermehrten Zugang von Frauen in öffentliche Ämter. Gar nicht einverstanden ist sie hingegen mit der Aussage, dass „es früher um Familien infolge der Nichterwerbstätigkeit der Mütter besser bestellt gewesen sei“. Kritisch ist sie, und dies ist die wesentliche Differenz zum „Gleichberechtigtentypus“, mit der Gleichstellung der Frauen im Militär. Es scheint nicht so zu sein, dass der „progressive Typ“ die Fähigkeiten der Frauen im militärischen Bereich anzweifeln würde, sondern er wendet sich potenziell gegen das Militärische und möchte der Militarisierung der Frauen entgegenwirken. Die folgenden Indizien stützen diese These: Der „Progressive“ hält die Armee eher für nicht notwendig, und bei der Armeestruktur würde er sich, wenn überhaupt, für eine Berufsarmee entscheiden. Politisch befürwortet er eine „harte“ Öffnung. AnhängerInnen dieses Typus sind unter den 18–29-Jährigen, unter Personen mit einer hohen Bildung und unter Befragten, welche in der Stadt wohnen, übervertreten.

„*Gleichberechtigte*“ 38% (33%): Anteilsmässig stellen die „Gleichberechtigten“ die grösste Gruppe. Sie befürworten konsequent alle Bestrebungen, welche die Frauen vermehrt ins politische und öffentliche Leben einbeziehen. Sie sind damit einverstanden, dass Frauen ebenso wie Männer für militärische Aufgaben geeignet sind. Vehement wenden sie sich gegen die Einstellung, wonach „es der Familie früher besser gegangen sei, als die Mutter zu Hause war“. Diese Aussage ist mit ihrem Verständnis einer modernen Gesellschaft nicht vereinbar. Auch die „Gleichberechtigten“ unterstützen eher eine „harte“ Öffnung und stehen der Neutralität der Schweiz entweder kritisch oder pragmatisch gegenüber. Weiter decken sie überdurchschnittlich stark das Alterssegment der 18–59-Jährigen ab und verfügen tendenziell über eine höhere Bildung. Sicher-

heitspolitisch sprechen sie sich eher für eine Berufsarmee aus und könnten sich die Aussetzung der Wehrpflicht durchaus vorstellen.

Abbildung 12.6

Typen nach politischer Einstellung (Angaben in Prozent)



Auffallend an der Analyse ist, dass die verschiedenen Typen sich hinsichtlich des Geschlechts nicht unterscheiden. Demzufolge spielen nicht geschlechtsspezifische Ausprägungen eine Rolle, sondern soziodemographische Merkmale. Unsere Typologie der Rollenauffassung steht in engem Zusammenhang mit der politischen Selbsteinschätzung (siehe Abbildung 12.6).

Im linken politischen Spektrum ist eine Mehrheit von 52% der Befragten dem „Gleichberechtigtentypus“ zuzuordnen. Alle anderen Typen sind leicht unterdurchschnittlich vertreten. Während Personen, welche sich politisch in der Mitte orientieren, eine Gleichverteilung bezogen auf die vier Typen vorweisen, lässt sich konstatieren, dass politisch sich als rechts bezeichnende Personen in der Frage zur Stellung der Frauen in der Gesellschaft vermehrt eine „konservative“ oder aber eine „indifferente“ Sichtweise vorweisen. Ebenfalls ist, im Unterschied zu den beiden anderen politischen Einstellungen, der Typus des „Gleichberechtigten“ deutlich untervertreten.

Fazit: Im sicherheitspolitischen Bereich sieht der Grossteil der Befragten die Frauen in einer pflegenden und helfenden Aufgabenrolle. Ein militärisches Engagement wird heute, anders als früher, vermehrt positiv beurteilt. Dennoch mag sich eine Mehrheit der Bevölkerung nicht zu einer Empfehlung des Engagements von Frauen in der Armee aussprechen.

13 WEHRSTRUKTUR UND ARMEE

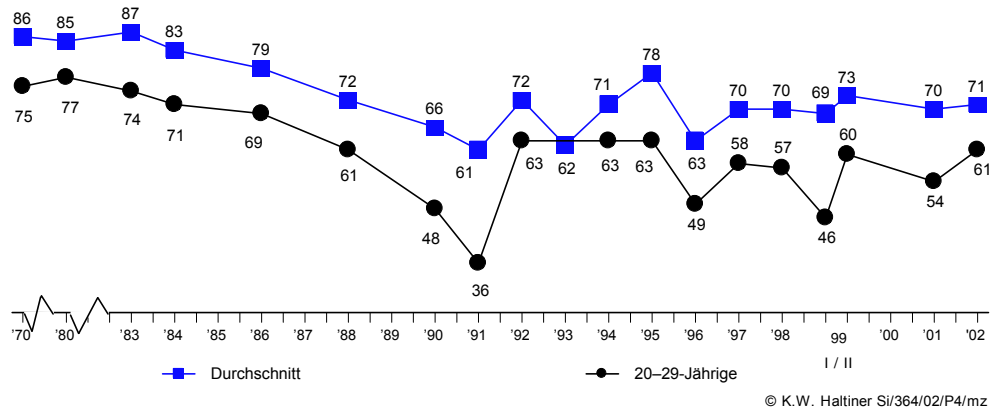
In diesem Kapitel wird einerseits die allgemeine Akzeptanz der Armee in der Schweiz im Trend von 1970–2002 analysiert und der gewünschte Umfang der Verteidigung betrachtet, andererseits fliesst die Beurteilung der Wehrstruktur, besonders die Frage nach der Wehrpflicht oder einer Berufsarmee, in die Analyse ein.

13.1 Armeeakzeptanz und -umfang

Die Frage nach der Notwendigkeit der Schweizer Armee gilt in der Studienreihe Sicherheit als Hinweis für die Akzeptanz der schweizerischen Landesverteidigung schlechthin. Sie wird seit 1970 in unregelmässigen, seit 1990 in regelmässigen Abständen gestellt.

Abbildung 13.1

Notwendigkeit der Schweizer Armee (Angaben in Prozent)



Nach einer Periode hoher Akzeptanzraten im Bereich von jeweils über 80% konnte in der zweiten Hälfte der 80er Jahre ein steter Rückgang in der Armeebefürwortung beobachtet werden (siehe Abbildung 13.1). Seit dem bisherigen Tiefpunkt im Jahre 1991 (61%) machte sich eine gewisse Entkrampfung im Verhältnis zur Armee bemerkbar. Im Frühling 1995 lag die durchschnittliche Akzeptanzrate erstmals seit 1986

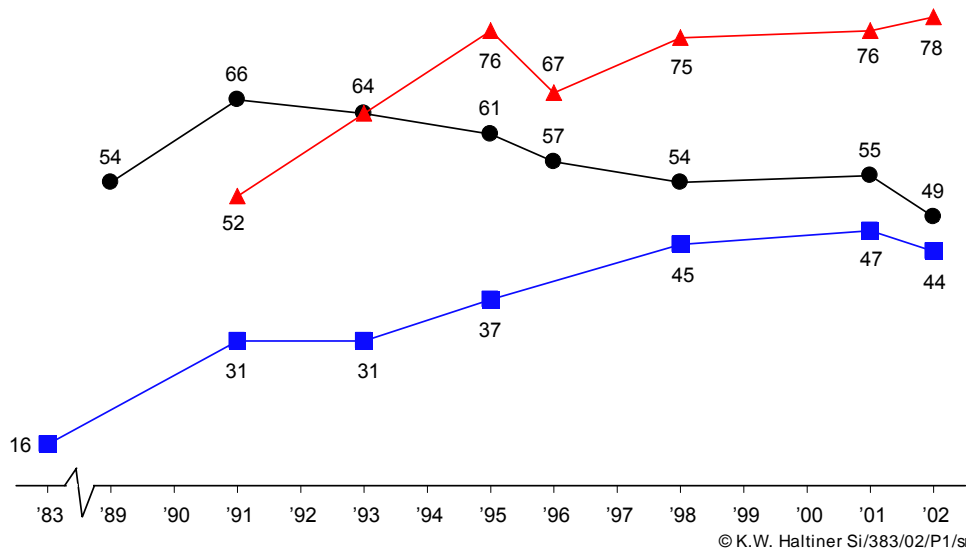
wieder bei 78%. Nach einem erneuten „Taucher“ um 15 Prozentpunkte 1996 pendelt sie seit 1997 um die 70%-Rate. Die 73-prozentige, nur schwach signifikant angestiegene Zustimmung im August 1999 ist mit einer stärkeren Akzeptanz der Sicherheitspolitik zu erklären, die im Gefolge des Kosovo-Krieges auch in anderen Datenbeständen festgestellt werden konnte (vgl. Haltiner et al., 1999).

Abbildung 13.2

Armeeumfang und Wehrstruktur (Angaben in Prozent)

„Die Schweiz sollte...

- ... die allgemeine Wehrpflicht aufheben und den Militärdienst freiwillig machen.“
- ... die Armee verkleinern.“
- ▲ ... eine gut ausgerüstete und ausgebildete Armee halten.“



Dieser Trend bleibt auch im Februar 2002 ungebrochen. Nach wie vor ist die Akzeptanz der Armee hoch, 71% (+1%) halten sie für „sehr“ oder „eher“ notwendig. Unterdurchschnittliche Zustimmung findet die Armee in der Regel bei SchweizerInnen, welche sich als links stehend einstufen. Nur eine Minderheit von 43% (+5%) von ihnen erachtet die Armee als notwendig. Auch die Wehrgeneration der 18–29-Jährigen befürwortet die Notwendigkeit der Armee unterdurchschnittlich; aber anders als in früheren Jahren mit deutlich grösserer Zustimmung (61%, +5%). Ferner liegt die Armeekzeptanz bei den

WestschweizerInnen (63%, +4%) sowie bei Personen mit hoher Bildung (66%, +2%) unter dem Bevölkerungsmittel. Dieses soziodemographische Profil ist weitgehend zeitkonstant.

Der hohen Militärakzeptanz entspricht die weiter gestiegene Zustimmung zur Vorgabe, die Schweiz solle eine gut ausgerüstete und ausgebildete Armee halten (78%, +2%, siehe Abbildung 13.2). Zu dieser Aussage ist der seit 1991 höchste Zustimmungswert gemessen worden. Besonders stark wird diese Meinung von Personen mit einer autonomistischen Kooperationseinstellung (86%) und von Neutralitätstraditionalisten (87%) vertreten. Ebenfalls überdurchschnittlich stark stehen die ab 60-Jährigen (87%) und vor allem Befragte mit einer politisch rechts stehenden Einstellung (91%) hinter einer gut ausgerüsteten und ausgebildeten Armee.

Nur noch eine Minderheit von 49% (-6%) ist der Ansicht, dass die Schweiz die Armee verkleinern sollte. Dabei dürfte die intensive öffentliche Diskussion über die Verkleinerung der Miliz im Rahmen der Reform „Armee XXI“ eine Rolle spielen. Ein Teil der Bevölkerung sieht die Forderung mit der Armee XXI offenbar erfüllt.

13.2 Wehrstruktur: Miliz- versus Berufsarmee

Während die Notwendigkeit der Schweizer Armee unbestritten ist, so gilt das nicht für die Wehrform. Eine seit 1995 verstärkende Tendenz zur Befürwortung einer Freiwilligenarmee konnte bis 2001 festgestellt werden. Im Februar 2002 wird dieser Trend aber unterbrochen. Gerade die Hälfte, aber eine relative Mehrheit (50%, +5%) der SchweizerInnen befürwortet eine Milizarmee und nur 40% (-5%) könnten sich eine Berufsarmee vorstellen (siehe Abbildung 13.3). Hier ist gegenüber den Vorjahren ein Rückgang zu verzeichnen.

Erstmals seit 1999 befürwortet keine Mehrheit der militärtragenden Alterskohorte der 18–29-Jährigen (48%, -13%) und der militärisch Eingeteilten eine Berufsarmee. Obwohl sich die jungen Erwachsenen nach wie vor überdurchschnittlich stark eine Berufsarmee wünschen, hat sich der Unterschied zwischen den Altersgruppen in diesem Jahr wesentlich verkleinert. Allgemein ist die Forderung nach einer Berufsarmee klar ein linkes (53%, -5%) und weniger ein rechtes Anliegen (32%, -8%). Die Idee einer Berufsstreitkraft verliert heuer bei den politisch rechts eingestellten Befragten offen-

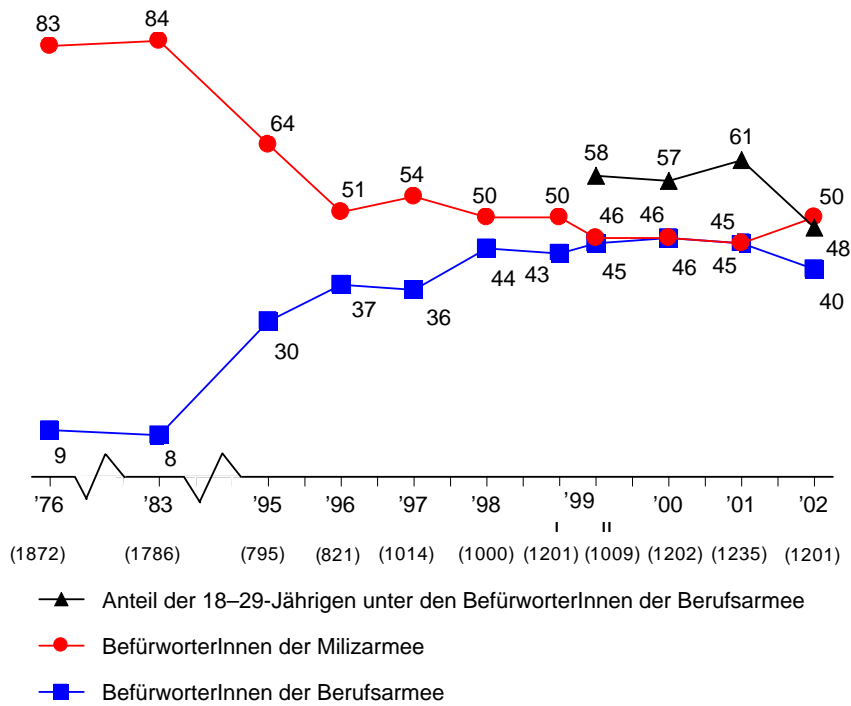
sichtlich stark an Zuspruch.⁴⁰ Die französische Schweiz (49%, -8%) zeigt eine überdurchschnittliche Affinität zur Bildung einer Berufsarmee.

Die Frauen zeigen weiterhin, und sogar verstärkt, eine diesbezügliche Verunsicherung. 14% (+1%) der weiblichen Befragten geben auf die Frage der bevorzugten Wehrform keine Antwort oder weichen in die Antwortkategorie „Weiss nicht“ aus. Bei den Männern beträgt dieser Anteil nur 6% (±0%).

Abbildung 13.3

Milizarmee versus Berufsarmee (Angaben in Prozent)

„Glauben Sie, dass die Milizarmee, wie wir sie in der Schweiz haben, auch in Zukunft unsere Landesverteidigung sicherstellen kann, oder wäre Ihrer Meinung nach eine Berufsarmee besser für uns?“



© K.W. Haltiner Si/381/02/P1/mz

40 Im Vergleich die Zustimmungswerte der letzten Jahre: 1998: 34%; 1999: 41%; 2000: 41%; 2001: 40%.

Die Sympathie für eine Berufsarmee ist zudem, wie schon in den Vorjahren, verbreitet bei Personen, die eine Verkleinerung der Armee fordern ($CC=0.31$). Keine wesentlichen Unterschiede, im Gegensatz zu den Jahren zuvor, lässt sich bei der Frage einer Annäherung oder Beitritts zur Nato in Bezug auf die Befürwortung einer Berufsarmee feststellen. Zwar unterstützen Personen, welche der Nato beitreten wollen eher die Bildung einer Berufsarmee, aber die Daten zeigen kein stimmiges Bild.

Die Antwortverteilung bei der Frage nach einer Berufs- anstelle einer Milizarmee spiegelt sich mehr oder weniger exakt bei der Vorgabe, ob die allgemeine Wehrpflicht aufzuheben und der Militärdienst freiwillig werden solle (siehe Abbildung 13.2). Die Zustimmung zu dieser Vorgabe steigt seit 1983 stetig an. Sie erreichte 2001 mit 47% den höchsten Zustimmungswert. Doch 2002 wird dieser Trend unterbrochen. Nur mehr 44% (-3%) sind für eine Suspendierung der Wehrpflicht. Hier fordern jeweils eine Mehrheit der Neutralitätskritiker (65%), der „harten“ Öffnungswilligen (62%), die jüngste Altersgruppe (58%, -8%), links stehende Befragte (63%, -6%) und Personen aus der Westschweiz (62%) den Übergang zur Freiwilligkeit.

Fazit: Die seit Mitte der neunziger Jahre beobachtbare Zustimmung für einer Berufsarmee erleidet in diesem Jahr einen spürbaren Einbruch. Immer noch bestehen aber zwei ungefähr gleich grosse Lager von MilizanhängerInnen und Vertretern einer Vollprofessionalisierung der Armee. Die wehrtragende Generation ist nicht mehr grossmehrheitlich für einen Systemwechsel, befürwortet aber deutlich die Aufhebung der Wehrpflicht und die Freiwilligkeit des Militärdienstes. Hier lässt sich die schon früher konstatierte „Ja-aber-ohne-mich“-Haltung feststellen. Zur Frage der Wehrstruktur macht sich die Diskussion über die Struktur der Armee XXI bemerkbar. Offensichtlich treten Befürchtungen zu Tage, dass der Ausbau der Berufskomponente und die Unterstützung der Dienstdauer am Stück durch die sogenannten Durchdiener den Charakter der schweizerischen Milizarmee nachhaltig verändern könnten. Deshalb findet möglicherweise auch die Vorgabe nach einer Verkleinerung der Armee keine Mehrheit in der Bevölkerung. Man sieht die Forderung offenbar mit der Armee XXI erfüllt. In der Zuwendung der SchweizerInnen zum Milizgedanken scheint sich eine fortgesetzte Volksnähe des Militärs und eine gewisse Angst vor einer Entfremdung zwischen Bevölkerung und Armee anzudeuten. Ob sich der in diesem Jahr festgestellte Trendbruch auf die momentane Verunsicherung im Zuge des internationalen Terrorismus zurückführen lässt und somit bloss einem Strohfeuer gleichkommt oder aber eine echte Wiederbelebung der Sympathie für die Milizwehrform darstellt, wird sich in den kommenden Jahren weisen.

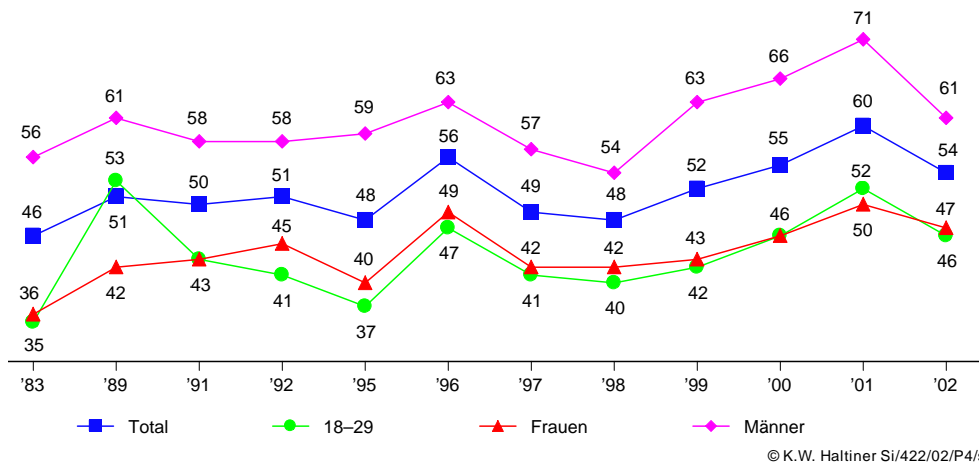
14 SICHERHEITSPOLITISCHES INTERESSE

Nur wer sich für Sicherheitspolitik interessiert, wird relevante Informationen aufnehmen und sich sicherheitspolitisch engagieren. Für eine Sicherheitspolitik, die auf ein hohes Mass an Bürgerengagement angewiesen ist, bleibt die öffentliche Anteilnahme am sicherheitspolitischen Geschehen von hoher politischer Bedeutung. Seit dem Jahr 1999, als die Schweiz sich auf dem Balkan mit Soldaten an den friedensunterstützenden Massnahmen beteiligte, wird ein konstanter Anstieg des sicherheitspolitischen Interesses festgestellt. Die Vermutung ist naheliegend, dass die Ereignisse in den USA vom 11. September 2001 und des nachfolgenden Krieges in Afghanistan die Bevölkerung auf sicherheitspolitische Belange neu sensibilisiert haben. Auch das tragische Ereignis im Parlament von Zug, so könnte man erwarten, dürfte das Interesse an Sicherheit und der Sicherheitspolitik gestärkt haben. Dies ist aber nicht der Fall.

Abbildung 14.1

Sicherheitspolitisches Interesse (Angaben in Prozent)

„Einmal abgesehen davon, ob Sie für oder gegen die Gesamtverteidigung eingestellt sind: Wie stark interessieren Sie sich für Fragen der nationalen Sicherheit und der Gesamtverteidigung?“



Wie der Abbildung 14.1 zu entnehmen ist, ist im Februar 2002 das sicherheitspolitische Interesse im Vergleich zum Vorjahr beim Durchschnitt der BürgerInnen deutlich gesunken (54%, -6%). Obwohl der Wert von 54% im langjährigen Mittel immer noch überdurchschnittlich hoch ist, erstaunt dieser Befund. Man hätte erwarten können, dass nicht nur die Terroranschläge sondern auch Abstimmungen wie etwa jene vom Dezember 2001 zur Abschaffung der Armee und vom März 2002 zum Uno-Beitritt politisch mobilisierend gewirkt hätten. Das ist jedoch nicht der Fall!

Einen auffallend starken Rückgang lässt sich bei den Männern feststellen. Obwohl sie sich zeitkonstant stärker als Frauen und junge Erwachsene für Sicherheitspolitik interessieren, ist der Rückgang um 10% auf nunmehr 61% besonders hoch. Die 18–29-Jährigen sind, wie in der letzten Dekade davor, nur noch zu einer Minderheit (46%, -6%) an sicherheitspolitischen Fragen interessiert. Dieser Sachverhalt trifft auch auf die Frauen zu (47%, -3%).

Überdurchschnittlich stark für Sicherheitspolitik interessieren sich Personen in der deutschen (57%) und – allerdings infolge geringer Stichprobengrösse nicht schlüssig – in der italienischen Schweiz (64%). Dagegen kann sich nur eine Minderheit von 42% der französischsprachigen SchweizerInnen dafür erwärmen. Politisch rechts Stehende (63%) weisen gegenüber politisch links stehenden Befragten (53%) ein grösseres Interesse an Sicherheitspolitik auf, der Unterschied ist aber, im Gegensatz zu den letzten Jahren, statistisch nicht signifikant.

Zwischen dem sicherheitspolitischen Interesse und der Frage, ob man von Bekannten und Freunden häufig um Rat und Auskunft zu politischen Themen angegangen werde – mithin der Meinungsführerfunktion – besteht ein hochsignifikanter Zusammenhang:⁴¹ So behaupten von jenen, die angeben, sie würden „öfters“ um politischen Rat angegangen, 80% (+1%), sich „recht“ bzw. „sehr stark“ für Sicherheitspolitik zu interessieren, während unter jenen, die behaupten, das geschähe „nie“, sich bloss 38% (-2%) „recht“ bzw. „sehr stark“ für sicherheitspolitische Fragen interessieren. Wie frühere Studien gezeigt haben (vgl. Haltiner, 1985), muss die erhöhte Zuwendung zu sicherheitspolitischen Belangen als Ausdruck eines überdurchschnittlichen Interesses für Politik ganz allgemein gesehen werden.

Fazit: Trotz internationalen Turbulenzen und national wichtigen sicherheitspolitischen Abstimmungen hat das Interesse der SchweizerInnen für sicherheitspolitische Belange nicht etwa zu- sondern abgenommen.

41 2002: $\gamma=0.38$; 2001: $\gamma=0.47$; 2000: $\gamma=0.37$.

LITERATURVERZEICHNIS

- Bacher, J. (1994). Clusteranalyse. München: Oldenbourg.
- Backhaus, K., Erichson, B., Plinke, W., Weiber, R. (1990). Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung (6. Aufl.). Berlin: Springer.
- Blasius, J. (2001). Korrespondenzanalyse. München; Wien: R. Oldenbourg.
- Bortz, J. (1984). Lehrbuch der empirischen Forschung. Berlin: Springer.
- Bortz, J. (1993). Statistik. Für Sozialwissenschaftler (4. Aufl.). Berlin: Springer.
- Bortz, J., Döring, N. (2002). Forschungsmethoden und Evaluation für Human- und Sozialwissenschaftler (3., überarb. Aufl.). Berlin: Springer.
- Bundesamt für Polizeiwesen (Hrsg.) (1998). Polizeiliche Kriminalstatistik. Bern: Eidg. Justiz- und Polizeidepartement.
- Buri, Ch., Haltiner, K.W., Spillmann, K.R. (1991). Sicherheit 1991: Ergebnisse einer Repräsentativbefragung. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 18. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETHZ.
- Buzan, B. (1991). People, States and Fear. New York et al.: Harvester Wheatsheaf. 2nd ed.
- Cemerin, M., Ruloff, D. (2002). Weltoffen, aber EU-skeptischer und globalisierungskritisch – Aussenpolitische Leitbilder in der Volksbefragung. UNIVOX Aussenpolitik Trendbericht 2002. Zürich: Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich und gfs-Forschungsinstitut. Abgerufen am 1.7.2002 auf <http://www.gfs.ch/univox/>
- Franz G., Willi, H. (1987). Sozialpsychologie in der Wohlfahrtsgesellschaft. Frankfurt und New York: Campus.
- Frei D., Kerr H. (1974). Wir und die Welt. Pädagogische Rekrutenprüfungen 1974. Bern: EDMZ.
- Giller, J. (1999). Sicherheitspolitische Diskussion und öffentliche Meinung. Darstellung und Interpretation empirischer Daten zu aktuellen Fragen der österreichischen Sicherheitspolitik. Wien: Österreichische Gesellschaft für Landesverteidigung und Sicherheitspolitik.

Greenacre, M. (1990). SimCA User's Manual. Pretoria: University of South Africa, Department of Statistics (unveröffentlicht).

Haltiner K.W. (1985). Der Bürger und seine Verteidigung. Auswertung einer Repräsentativbefragung. Arbeitsberichte des Instituts für Soziologie der Universität Bern. Bern: mimeo.

Haltiner, K.W. (1994). Sicherheit '94. Unveröffentlichte Bevölkerungsrepräsentativbefragung. Au/ Wädenswil: Militärische Führungsschule an der ETHZ.

Haltiner, K.W. (1995). Sicherheit '95. Sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Beiträge und Berichte – Militärische Führungsschule, Heft Nr. 1. Au/Wädenswil: Militärische Führungsschule an der ETHZ.

Haltiner, K.W. (1996). Sicherheit '96. Sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Beiträge und Berichte – Militärische Führungsschule, Heft Nr. 3. Au/Wädenswil: Militärische Führungsschule an der ETHZ.

Haltiner, K.W. (1996). Das Militär im Wandel der Wertvorstellungen. In: L. Carrel (Hrsg.). Schweizer Armee – heute und in Zukunft (S. 435-447). Thun: Ott Verlag.

Haltiner, K.W. (1998). Sicherheit '98. Sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Beiträge und Berichte – Militärische Führungsschule, Heft Nr. 4. Au-Wädenswil: Militärische Führungsschule an der ETHZ.

Haltiner, K.W., Spillmann, K.R. (1994). Öffnung oder Isolation der Schweiz? Aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 32. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETHZ.

Haltiner, K.W., Bertossa, L., Spillmann, K.R. (1996). Internationale Kooperationsbereitschaft und Neutralität. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 38. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETHZ.

Haltiner, K.W., Bertossa, L., Spillmann, K.R. (1997). Sicherheit '97. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 42. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETHZ.

Haltiner K.W., Wenger A., Bennett J., Szvirceev T. (1999). Sicherheit 1999 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETHZ und Militärische Führungsschule an der ETHZ.

- Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvirceev, T. (2000). Sicherheit 2000 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETHZ und Militärische Führungsschule an der ETHZ.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvirceev, T. (2001). Sicherheit 2001 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETHZ und Militärische Führungsschule an der ETHZ.
- Hirter, H., Linder, W. (2002). Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 3. März 2002. Publikation Nr. 76 (April 2002). Bern: gfs-Forschungsinstitut und Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern. Abgerufen am 13.6.2002 auf <http://www.polittrends.ch/abstimmungen/abstimmungsanalysen/vox-analysen/>
- Klages H., Herbert W. (1983). Wertorientierung und Staatsbezug. Frankfurt a. M. und New York: Campus.
- Klages, H., Franz, G., Herbert, W. (1987). Sozialpsychologie der Wohlfahrtsgesellschaft – Zur Dynamik von Wertorientierungen, Einstellungen und Ansprüchen. Frankfurt am Main und New York: Campus.
- Manigart Ph. (2001). Public Opinion and European Defence: Results of a European Opinion Survey (unveröffentlichtes Manuskript).
- Martinovits A. (2000). UniVox Teil IVB Verteidigung/Sicherheit 2000 – Trendbericht. Bern/Zürich: GfS-Forschungsinstitut.
- Meier-Dallach, H.-P., Hohermuth S., Walter T. (2001). Local global players. In ch-x (Hrsg.), Werkstattberichte 2000/01. Bern: EDMZ.
- Meyer, R. (1976). Befragung über Werte und Wertordnungen in der Schweizer Bevölkerung. Unveröffentlichte Randauszählung. Bern: Soziologisches Institut der Universität Bern.
- Meyer, R., Haltiner, K.W., Hofer, R., Iff, H., Rüegg, W. (1982). Fragen an die Zukunft. Die Bedeutung von Beruf, Bildung und Politik für die zwanzigjährigen Schweizerinnen und Schweizer. Pädagogische Rekrutenprüfungen, Wissenschaftliche Reihe Band 6. Aarau: Sauerländer.
- Minor, L. (2000). „Wer rettet das Milizsystem?“ Tages-Anzeiger vom 10.3.2000.
- Noelle-Neumann, E. (1982, erweiterte Ausgabe 1996). Öffentliche Meinung – Die Entdeckung der Schweigespirale. Frankfurt a. Main: Ullstein.

- Riklin, A., Frei, Ch. (1986). Bericht zum UniVox-Thema IVb „Verteidigung“. Zürich: GfS-Forschungsinstitut.
- Riklin, A., Laggner, B. (1988). Bericht zum UniVox-Thema IVb „Verteidigung“. Zürich: GfS-Forschungsinstitut.
- Riklin, A., Hafen, Th. (1990). Bericht zum UniVox-Thema IVb „Verteidigung“. Zürich: GfS-Forschungsinstitut.
- Riklin, A. (1991). Neutralität im Wandel. NZZ, Nr. 219, 21./ 22. September.
- Riklin, A. (1992). Die Neutralität in der Schweiz. In: Bewaffnete Neutralität heute, Beilage der Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift. Frauenfeld.
- Scheufele, D.A., Moy P. (1999). Twenty-Five Years of the Spiral of Silence: A Conceptual Review and Empirical Outlook. International Journal of Public Opinion Research, Vol. 12, No. 1, S. 3-28.
- Schroter W., Meier A. (2000). UniVox Teil II D Staatsfinanzen 2000 – Trendbericht. Zürich: GfS-Forschungsinstitut.
- Schloeth, D. (1994). Regierungsvertrauen: Auf die Parteisympathie kommt's drauf an. Staatsbürger, Magazin für Wirtschaft und Politik, 6, S. 22-24.
- SOWI, Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr (2000). Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung 2000 (unveröffentlicht). Strausberg.
- SOWI, Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr (2001). Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung 2001 (unveröffentlicht). Strausberg.
- Stadelmann, J., Haltiner, K.W. (1992). Motivationsstudie '91. Bern: Stab GA.

ANHANG I

I Die Qualität der Variablen^I

Eine Menge von Objekten, die mittels einer Zahl dargestellt werden können, wird als Skala bezeichnet. Je nachdem, welche Eigenschaften und Beziehungen der Zahlen auf die Menge der Objekte sinnvoll übertragbar sind, unterscheidet man Skalen von verschiedenem Niveau. In der Statistik spricht man vom Skalenniveau der Variablen oder der Merkmale.

Eine Skala, die nur Identifikationen, nicht aber eine Zählung zulässt, heisst *Nominalskala* (z.B. Automarke, Beruf), eine, deren Zahlen lediglich „Grösser-kleiner“-Relationen abbilden, *Ordinalskala* (z.B. militärische Grade, Bildungsgrade). Eine Skala, bei der gleiche Zahlendifferenzen auch gleiche Merkmalsdifferenzen repräsentieren, wird als *Intervallskala* bezeichnet (z.B. Körpertemperatur, Metermass).

In dieser Studie wird ausschliesslich mit Nominal- und Ordinalvariablen gearbeitet.

II Korrelationen und Koeffizienten^{II}

Zusammenhangsmasse sind wichtige Instrumente der beschreibenden Statistik. Als geeignete Masse haben sich sogenannte Korrelationskoeffizienten erwiesen, die Werte zwischen 0 und 1 annehmen können, wobei Werte nahe bei 0 auf einen geringen, Werte nahe bei 1 auf einen engen Zusammenhang hinweisen.

Viele Korrelationskoeffizienten geben zusätzlich noch die Richtung des Zusammenhangs an, indem sie positive Werte annehmen, wenn sich die beteiligten Variablen gleichläufig verhalten, oder negative, wenn sich die Variablen gegenläufig verhalten. Stimmt also beispielsweise die Mehrheit der Befragten, die der Frage A zustimmt, auch der Frage B zu, und lehnen gleichzeitig diejenigen, die Frage A ablehnen, auch Frage B mehrheitlich ab, spricht man von einem positiven Zusammenhang. Eine negative Korrelation ergäbe sich dann, wenn die Personen, die A zustimmen, B mehrheitlich ablehnen und umgekehrt.

I Nach Bortz (1984) und Bortz / Döring (2002).

II Nach Bortz (1984), Bortz / Döring (2002), Meyer / Haltiner / Hofer / Iff / Rüeegg (1982).

Es gibt eine ganze Reihe von unterschiedlichen Korrelationskoeffizienten, die sich für unterschiedliche Arten der Fragestellung und Beschaffenheit der Daten eignen. In dieser Studie werden als Masse für nominalskalierte Variablen (Merkmale, die sich nur qualitativ voneinander unterscheiden lassen, wie z.B. die Staatszugehörigkeit, die Religion oder der Beruf) und ordinalskalierte Variablen (d.h. solche mit Rangcharakter, wie z.B. „grösser als...“ „oder „wichtiger als...“) der sogenannte Kontingenzkoeffizient (CC) und der Gamma-Koeffizient (γ) verwendet.

Der *Kontingenzkoeffizient*, abgekürzt CC, erfasst den Zusammenhang (die Assoziation) zweier nominalskalierter Merkmale. Der Wertebereich von CC variiert zwischen 0 und 1 (nur positive Koeffizienten). Dabei bedeutet 0 völlige Unabhängigkeit und 1 einen absoluten Zusammenhang zwischen den Merkmalen.

Der *Gamma-Koeffizient* (γ) gelangt zur Anwendung, wenn die zu analysierenden Variablen Ordinalcharakter aufweisen. Der Wertebereich des Gamma-Koeffizienten variiert zwischen -1 und $+1$.

Signifikanz: Korrelationskoeffizienten sind ein Mass für den Zusammenhang zweier oder mehrerer Variablen. Dieser kann aber manchmal bloss zufälligen Charakter haben. D.h., eine festgestellte Korrelation ist in der Stichprobe gegeben, kann aber nicht auf die Grundgesamtheit übertragen werden. Anders ausgedrückt: Der Schluss von der Stichprobe auf die Grundgesamtheit ist statistisch nicht gesichert. Konkret würde das in unserem Fall bedeuten, dass eine Verallgemeinerung eines zwischen zwei Variablen gegebenen Zusammenhangs von unserer 1200-Personen-Stichprobe auf die Gesamtheit der schweizerischen Stimmbevölkerung unsicher ist. Ist die Verallgemeinerung von Merkmalen einer Untergruppe (Stichprobe) auf die Grundgesamtheit hingegen möglich, so ist der festgestellte Zusammenhang zwischen den Variablen signifikant. Dies wird in der Regel mit $p < 0.05$ (signifikanter Zusammenhang), $p < 0.01$ (sehr signifikanter Zusammenhang) oder $p < 0.001$ (hochsignifikanter Zusammenhang) ausgedrückt. Bei $p > 0.05$ ist die Wahrscheinlichkeit, dass der Zusammenhang bloss zufällig ist, nicht mehr als gering zu veranschlagen.

III Das Testen von Unterschiedshypothesen mittels χ^2 -Test

Der im Rahmen dieses Berichtes ebenfalls verwendete χ^2 -Test beruht auf dem $k \cdot l \cdot \chi^2$ -Verfahren zur Überprüfung von Unterschiedshypothesen, wobei k die Zahl der zu vergleichenden Stichproben und l die Zahl der Ausprägungen des zu untersuchenden Merkmals bezeichnet (Bortz, 1993, S. 160). Es wird geprüft, ob sich k voneinander unabhängige Stichproben auf die Ausprägungen eines Merkmals B in unterschiedlicher

Weise verteilen. Ein signifikantes Ergebnis bedeutet, dass die Unterschiede in der Verteilung von k unabhängigen Stichproben auf die Ausprägungen eines Merkmals B mit einer gewissen Irrtumswahrscheinlichkeit (in der Regel höchstens 5%) nicht durch Zufall zustande gekommen sind.

IV Die Clusteranalyse^{III}

Die Clusteranalyse ist ein statistisches Datenreduktionsverfahren zur systematischen Klassifizierung von Objekten einer gegebenen Menge. Die durch eine bestimmte Anzahl von Merkmalen beschriebenen Objekte werden nach Massgabe ihrer Ähnlichkeit in Gruppen (Cluster) zusammengefasst, wobei die Cluster untereinander möglichst homogen und extern möglichst gut voneinander unterscheidbar sein sollen. Mit anderen Worten: Es sollen die Elemente eines Clusters möglichst ähnlich sein, und jedes Element eines Clusters soll sich möglichst stark von den Objekten anderer Cluster unterscheiden. Ziel der Clusteranalyse ist es also, Gruppen so zu bestimmen, dass die Korrelationen der Variablen einer Gruppe zu den Variablen aller anderen Gruppen möglichst niedrig sind.

Es gibt zwei grosse Familien von clusteranalytischen Verfahren: Die optimierenden und die hierarchischen. In der Regel muss bei den ersteren eine Startgruppierung vorgegeben werden. D.h., das erste Objekt jedes Clusters (Startwert) und die Anzahl der gewünschten Cluster wird vorgegeben. Es wird dann versucht, diese Startgruppierung durch schrittweise Verschiebung jedes neu in Betracht gezogenen Objekts von einem Cluster zu einem anderen zu verbessern; man verfährt so lange, bis keine Verbesserung mehr möglich ist. Die ständige Verbesserung der Elementeverteilung ist der Vorteil der optimierenden gegenüber den hierarchischen Verfahren, bei welchen keine Startgruppierung notwendig ist.

Für unsere Berechnungen haben wir ein optimierendes Verfahren gewählt. Die Prozedur QUICK CLUSTER, welche auf dem K-Means-Verfahren basiert, eignet sich besonders bei grossen Fallzahlen. Es wird dabei wie folgt vorgegangen: In einem ersten Schritt werden die Startwerte für die Clusterzentren bestimmt. Im zweiten Schritt wird bei nur einem Durchgang durch die Daten nacheinander jeder Fall dem nächstgelegenen Clusterzentrum zugeordnet. Nach jeder Zuordnung wird die Lage des Clusterzentrums so neu berechnet und korrigiert, dass es zum Schwerpunkt der zugehörigen Fälle wird. Im dritten Schritt schliesslich werden die Fälle wiederum dem (verschobenen) Zentrum

III Nach Bortz (1989), Bacher (1994).

zugeordnet, das nunmehr am nächsten liegt. Unter einem Clusterzentrum hat man sich aber nun nicht ein konkretes Objekt vorzustellen, sondern ein künstliches. Man könnte sich das bildlich als Sonnensystem vorstellen. Dabei wäre das Zentrum des Clusters die Sonne, und die anderen Clusterobjekte würden die um die Sonne schwebenden Planeten darstellen.

Nach der Durchführung der Clusteranalyse verfügen wir über zwei wichtige Informationen: Wir wissen, welche Werte die einzelnen Clusterzentren aufweisen und welchem Cluster jedes Objekt angehört. Die Clusterzugehörigkeit kann somit als eine neue Variable betrachtet werden, mit der sich arbeiten lässt.

V Die Korrespondenzanalyse^{IV}

Die einfache Korrespondenzanalyse ist eine Hauptkomponentenanalyse Daten. Eine Hauptkomponentenanalyse erklärt die Varianz einer bestimmten Datenmatrix durch rechtwinklige, d.h. voneinander unabhängige Hauptachsen. In der Korrespondenzanalyse wird die Gesamtvarianz einer Datenmatrix durch das in Kreuztabellen übliche χ^2 gemessen, welches den Grad der Unabhängigkeit von Reihen und Kolonnen angibt. Es ist also das χ^2 , welches durch die Hauptachsen erklärt wird. Genau genommen, wird die *Inertia* erklärt, welche dem χ^2 dividiert durch das Gesamttotal (Gesamtsumme der Häufigkeiten in allen Reihen addiert mit der Gesamtsumme der Häufigkeiten in allen Kolonnen) entspricht.

In der klassischen Hauptkomponentenanalyse bestimmen Reihen und Kolonnen eine einzige Punktwolke im mehrdimensionalen Raum. Die Hauptachsen zeigen auf, welche Subdimensionen diesen Punkten am nächsten kommen. Die Korrespondenzanalyse kennt dagegen zwei Punktwolken – sogenannte Reihen- und Kolonnenprofile. Diese Profile entsprechen der Zellgröße dividiert durch das jeweilige Reihen- bzw. Kolonnen-total.

Eine Besonderheit der Korrespondenzanalyse ist die Masse jedes Reihen- und Kolonnenpunktes. Jeder Variable wird aufgrund ihrer Auftretenshäufigkeit ein gewisses Gewicht beigemessen, welches proportional zur jeweiligen Reihen- oder Kolonnen-summe ist. In der klassischen Hauptkomponentenanalyse dagegen fließt in der Regel jede Variable mit dem gleichen Gewicht in die Analyse ein. Ähnlich wie in der Haupt-

IV Nach Greenacre, 1990.

komponentenanalyse Faktorladungen angegeben werden, berechnet die Korrespondenzanalyse die Korrelationen zwischen Reihen bzw. Kolonnen und den Hauptachsen.

Bei Variablen mit mehr als einer Antwortmöglichkeit werden die einzelnen Antworten als eigenständige Variablen betrachtet. Einen sehr guten deutschsprachigen Überblick zur Korrespondenzanalyse bietet Blasius (2001).

ANHANG II

I Die Typologien der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit, der Neutralitätsauffassung und des Rollenbildes von Frauen

Ein Verfahren zur Typenbildung von Personen mit verwandten Eigenschaften bietet die Clusteranalyse. Sie erlaubt es, Befragte mit einem weitgehend ähnlichen Einstellungsprofil zu Typen zusammenzufassen. Der eine Typ soll dabei zu Typen mit anderen Einstellungsprofilen möglichst wenig Ähnlichkeit aufweisen. Die Typenbildung erfolgt in einem Optimierungsprozess, d.h. es gibt mehr oder weniger optimale Lösungen (vgl. Anhang I, Abschnitt 4).

Die hier vorgelegten Typenbildungen wurden erstmals mit den Daten von 1993 vorgenommen. Sie dienen seither als Grundlage für die Ermittlung dominanter Einstellungsmuster mit Blick auf die internationale Kooperationsbereitschaft und Neutralitätsauffassung in der schweizerischen Bevölkerung.^V

Im Folgenden sind die Zentren der berechneten Cluster der Typologien „internationale Kooperationsbereitschaft“, „Neutralitätsauffassung“ und „Rollenbild von Frauen“ für die Daten 2002 numerisch wiedergegeben (Tabelle I, III und V) und durch die Abbildungen A und B grafisch verdeutlicht. Für Vergleichszwecke werden ebenso die numerischen Clusterzentren der Daten 2001 abgebildet (Tabellen II und IV).

V Wer sich für das theoretische Konzept der Typologie näher interessiert, sei auf den Jahresband *Öffnung oder Isolation der Schweiz? Aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend* verwiesen (Haltiner & Spillmann, 1994, S. 15ff.).

Tabelle I

Typologie der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit 2002

Variable	Zentrum Cluster 1 („Harte“ Öffnung)	Zentrum Cluster 2 („Weiche“ Öffnung)	Zentrum Cluster 3 („Autonomisten“)
„Die Schweiz sollte... ...sich an der europäischen Integration beteiligen und der EU vorbehaltlos beitreten.“	1.64*	2.71	3.65
...sich der Nato annähern.“	2.44	2.61	3.53
...der Uno beitreten.“	1.25	1.61	3.67
...mehr in Konflikten vermitteln.“	1.78	1.86	2.54
...mehr Entwicklungshilfe leisten.“	1.85	2.28	2.96
...dem EWR, nicht aber der EU beitreten.“	3.19	1.92	2.81
...politisch Stellung be- ziehen, militärisch neutral bleiben.“	2.19	1.97	2.60
...die Neutralität beibehalten.“	2.17	1.40	1.14
...wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig bleiben.“	3.15	2.07	1.49

* 1 = sehr einverstanden, 2 = eher einverstanden, 3 = eher nicht einverstanden, 4 = gar nicht einverstanden

Abbildung A

Typologie der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit 2002

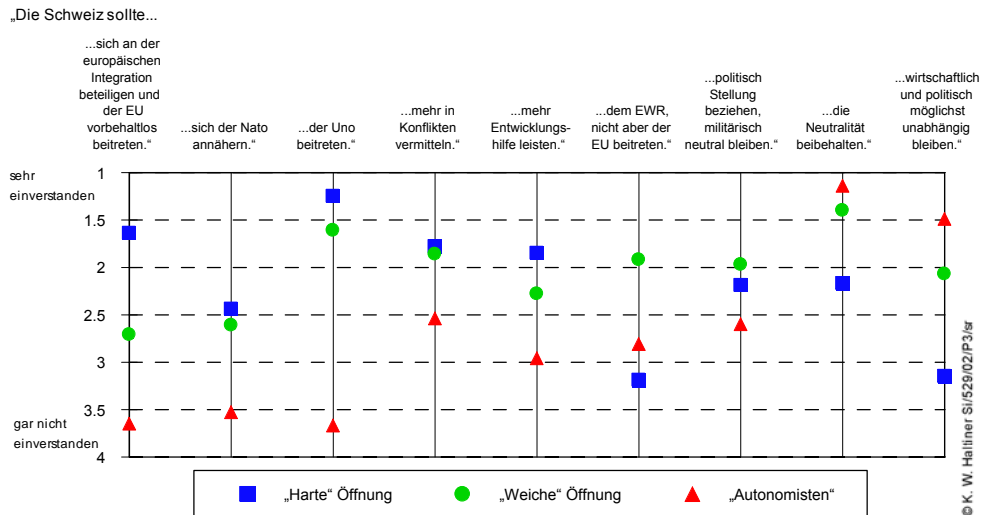


Tabelle II

Typologie der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit 2001

Variable	Zentrum Cluster 1 („Harte“ Öffnung)	Zentrum Cluster 2 („Weiche“ Öffnung)	Zentrum Cluster 3 („Autonomisten“)
„Die Schweiz sollte... ...sich an der europäischen Integration beteiligen und der EU vorbehaltlos beitreten.“	1.63*	3.01	3.62
...sich der Nato annähern.“	2.11	2.39	3.22
...der Uno beitreten.“	1.30	1.66	3.61
...mehr in Konflikten vermitteln.“	1.69	1.94	2.38
...mehr Entwicklungshilfe leisten.“	1.89	2.38	2.79
...dem EWR, nicht aber der EU beitreten.“	3.16	1.86	2.77
...politisch Stellung be- ziehen, militärisch neutral bleiben.“	2.07	2.11	2.46
...die Neutralität beibehalten.“	2.50	1.37	1.15
...wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig bleiben.“	3.09	2.06	1.71

* 1 = sehr einverstanden, 2 = eher einverstanden, 3 = eher nicht einverstanden, 4 = gar nicht einverstanden

Tabelle III

Typologie der Neutralitätsauffassungen 2002

Variable	Zentrum Cluster 1 (Kritiker)	Zentrum Cluster 2 (Pragmatiker)	Zentrum Cluster 3 (Dissonante)	Zentrum Cluster 4 (Traditionalisten)
Internationale gute Dienste dank der Neutralität	2.50*	1.59	1.48	1.31
Die Neutralität ist untrennbar mit schweizerischem Staatsgedanken verbunden	2.79	2.15	1.53	1.49
Dank der Neutralität bleibt die Schweiz von Konflikten verschont	3.14	2.88	1.73	1.72
Die bewaffnete Neutralität trägt zur Sicherheit und Stabilität in Europa bei	3.21	3.13	1.91	1.72
Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden	1.89	2.38	1.90	3.29
Wenn die Neutralität der Schweiz keine Vorteile mehr bringt: aufgeben!	2.05	3.52	2.57	3.67
Unsere enge internationale Verflechtung verunmöglicht die Neutralität	2.37	3.26	2.28	3.59
Die Neutralität könnte uns am gemeinsamen Handeln mit unseren europäischen Nachbarn hindern	2.02	3.16	2.13	3.40

* 1= sehr einverstanden, 2= eher einverstanden, 3= eher nicht einverstanden, 4= gar nicht einverstanden

Abbildung B

Typologie der Neutralitätsauffassungen 2002

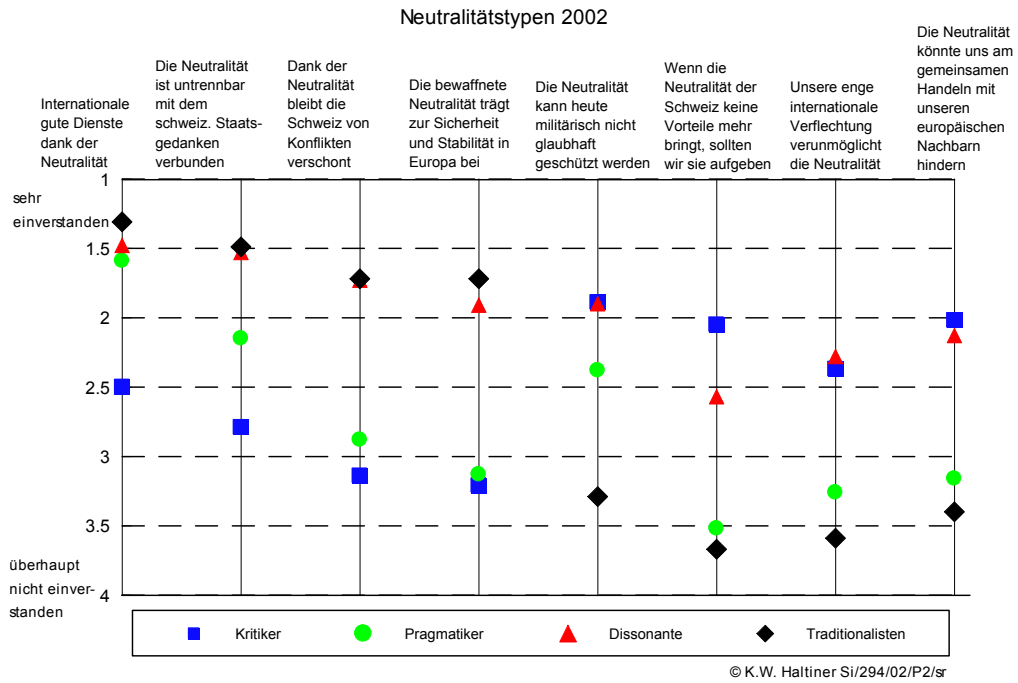


Tabelle IV

Typologie der Neutralitätsauffassungen 2001

Variable	Zentrum Cluster 1 (Kritiker)	Zentrum Cluster 2 (Pragmatiker)	Zentrum Cluster 3 (Dissonante)	Zentrum Cluster 4 (Traditionalisten)
Internationale gute Dienste dank der Neutralität	2.54*	1.66	1.59	1.23
Die Neutralität ist untrennbar mit schweizerischem Staatsgedanken verbunden	3.22	2.37	1.75	1.28
Dank der Neutralität bleibt die Schweiz von Konflikten verschont	3.27	3.02	2.00	1.94
Die bewaffnete Neutralität trägt zur Sicherheit und Stabilität in Europa bei	3.21	2.95	2.03	1.79
Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden	1.64	2.35	2.13	3.28
Wenn die Neutralität der Schweiz keine Vorteile mehr bringt: aufgeben!	1.78	3.45	2.51	3.76
Unsere enge internationale Verflechtung verunmöglicht die Neutralität	2.21	3.38	2.64	3.60
Die Neutralität könnte uns am gemeinsamen Handeln mit unseren europäischen Nachbarn hindern	1.79	3.27	2.17	3.49

* 1= sehr einverstanden, 2= eher einverstanden, 3= eher nicht einverstanden, 4= gar nicht einverstanden

Tabelle V

Typologie Rollenbild von Frauen 2002

Variable	Zentrum Cluster 1 (Indifferente)	Zentrum Cluster 2 (Konservative)	Zentrum Cluster 3 (Progressive ohne Militär)	Zentrum Cluster 4 (absolute Gleich- berechtigung)
Gut, wenn öffentliche Ämter mit Frauen vermehrt besetzt werden	1.73*	2.46	1.68	1.52
Berufstätigkeit der Mutter ausser Haus bringt Bereicherung	2.10	2.35	1.55	1.40
Für militärische Aufgaben eignen sich Frauen ebenso gut wie Männer	1.45	3.36	3.38	1.43
Früher besser, als Frauen zu Hause noch zufriedener waren	1.52	1.55	3.44	3.53

* 1= sehr einverstanden, 2= eher einverstanden, 3= eher nicht einverstanden, 4= gar nicht einverstanden

II Korrespondenzanalyse verschiedener Sicherheitsaspekte

An dieser Stelle werden Kennwerte zur Korrespondenzanalyse in Kapitel 6 und Kapitel 7 angegeben. Näheres zur Methode der Korrespondenzanalyse findet sich in Abschnitt 5 des Anhangs I. Dort wird auch auf weiterführende Literatur verwiesen.

Tabelle VI

Rohdatenmatrix der Korrespondenzanalyse des Vertrauens zu verschiedenen Behörden und Institutionen nach soziodemographischer Gruppenzugehörigkeit.

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	sum
	bw	bv	pw	pv	gw	gv	zw	zv	aw	av	mw	mv	ww	wv	
1 m	91	285	103	236	79	331	64	366	98	299	239	119	98	262	2670
2 f	80	339	67	303	74	332	38	429	100	323	212	130	102	255	2784
3 a1	34	105	30	104	20	139	26	135	53	95	93	39	32	102	1007
4 a2	97	343	102	293	79	371	56	432	119	318	243	140	121	278	2992
5 a3	40	176	38	142	54	153	20	228	26	209	115	70	47	137	1455
6 t	40	89	37	83	38	82	30	114	38	107	81	36	41	79	895
7 mi	99	348	95	304	85	390	50	475	96	375	247	146	97	311	3118
8 h	29	176	34	143	27	182	21	195	58	134	120	66	60	119	1364
9 l	29	89	28	75	25	89	30	88	70	46	71	38	54	48	780
10 M	74	383	82	317	83	385	46	470	88	367	249	142	99	312	3097
11 r	47	101	41	101	27	126	15	152	21	140	91	38	26	109	1035
sum	660	2434	657	2101	591	2580	396	3084	767	2413	1761	964	777	2012	21197

Bemerkungen: Die Reihenvariablen lauten in voller Länge: m=Männer, f=Frauen, a1=18–29-Jährige, a2=30–59-Jährige, a3=ab 60-Jährige, t=obligatorische Schulbildung, mi=Mittelschulabschluss, h=Hochschulabschluss, l=politisch links stehend, M=politisch in der Mitte stehend, r=politisch rechts stehend.

Die Kolonnenvariablen lauten in voller Länge: bw=wenig Vertrauen in den Bundesrat, bv=grosses Vertrauen in den Bundesrat, pw=wenig Vertrauen in das Parlament, pv=grosses Vertrauen in das Parlament, gw=wenig Vertrauen in die Gerichte, gv=grosses Vertrauen in die Gerichte, zw=wenig Vertrauen in die Polizei, zv=grosses Vertrauen in die Polizei, aw=wenig Vertrauen in die Armee, av=grosses Vertrauen in die Armee, mw=wenig Vertrauen in die Medien, mv=grosses Vertrauen in die Medien, ww=wenig Vertrauen in die Wirtschaft, wv=grosses Vertrauen in die Wirtschaft.

Tabelle VII

Reihenprofilpunkte

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	sum
	bw	bv	pw	pv	gw	gv	zw	zv	aw	av	mw	mv	ww	wv	
1 m	3.4	10.7	3.9	8.8	3.0	12.4	2.4	13.7	3.7	11.2	9.0	4.5	3.7	9.8	100.0
2 f	2.9	12.2	2.4	10.9	2.7	11.9	1.4	15.4	3.6	11.6	7.6	4.7	3.7	9.2	100.0
3 a1	3.4	10.4	3.0	10.3	2.0	13.8	2.6	13.4	5.3	9.4	9.2	3.9	3.2	10.1	100.0
4 a2	3.2	11.5	3.4	9.8	2.6	12.4	1.9	14.4	4.0	10.6	8.1	4.7	4.0	9.3	100.0
5 a3	2.7	12.1	2.6	9.8	3.7	10.5	1.4	15.7	1.8	14.4	7.9	4.8	3.2	9.4	100.0
6 t	4.5	9.9	4.1	9.3	4.2	9.2	3.4	12.7	4.2	12.0	9.1	4.0	4.6	8.8	100.0
7 mi	3.2	11.2	3.0	9.7	2.7	12.5	1.6	15.2	3.1	12.0	7.9	4.7	3.1	10.0	100.0
8 h	2.1	12.9	2.5	10.5	2.0	13.3	1.5	14.3	4.3	9.8	8.8	4.8	4.4	8.7	100.0
9 l	3.7	11.4	3.6	9.6	3.2	11.4	3.8	11.3	9.0	5.9	9.1	4.9	6.9	6.2	100.0
10 M	2.4	12.4	2.6	10.2	2.7	12.4	1.5	15.2	2.8	11.9	8.0	4.6	3.2	10.1	100.0
11 r	4.5	9.8	4.0	9.8	2.6	12.2	1.4	14.7	2.0	13.5	8.8	3.7	2.5	10.5	100.0
average	3.1	11.5	3.1	9.9	2.8	12.2	1.9	14.5	3.6	11.4	8.3	4.5	3.7	9.5	100.0

Bemerkungen: Die Reihenprofilpunkte entsprechen der Zellgröße (siehe Tabelle VI) dividiert durch das Reihentotal und multipliziert mit dem Faktor 100.

Tabelle VIII

Kolonnenprofilpunkte

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	average
	bw	bv	pw	pv	gw	gv	zw	zv	aw	av	mw	mv	ww	wv	
1 m	13.8	11.7	15.7	11.2	13.4	12.8	16.2	11.9	12.8	12.4	13.6	12.3	12.6	13.0	12.6
2 f	12.1	13.9	10.2	14.4	12.5	12.9	9.6	13.9	13.0	13.4	12.0	13.5	13.1	12.7	13.1
3 a1	5.2	4.3	4.6	5.0	3.4	5.4	6.6	4.4	6.9	3.9	5.3	4.0	4.1	5.1	4.8
4 a2	14.7	14.1	15.5	13.9	13.4	14.4	14.1	14.0	15.5	13.2	13.8	14.5	15.6	13.8	14.1
5 a3	6.1	7.2	5.8	6.8	9.1	5.9	5.1	7.4	3.4	8.7	6.5	7.3	6.0	6.8	6.9
6 t	6.1	3.7	5.6	4.0	6.4	3.2	7.6	3.7	5.0	4.4	4.6	3.7	5.3	3.9	4.2
7 mi	15.0	14.3	14.5	14.5	14.4	15.1	12.6	15.4	12.5	15.5	14.0	15.1	12.5	15.5	14.7
8 h	4.4	7.2	5.2	6.8	4.6	7.1	5.3	6.3	7.6	5.6	6.8	6.8	7.7	5.9	6.4
9 l	4.4	3.7	4.3	3.6	4.2	3.4	7.6	2.9	9.1	1.9	4.0	3.9	6.9	2.4	3.7
10 M	11.2	15.7	12.5	15.1	14.0	14.9	11.6	15.2	11.5	15.2	14.1	14.7	12.7	15.5	14.6
11 r	7.1	4.1	6.2	4.8	4.6	4.9	3.8	4.9	2.7	5.8	5.2	3.9	3.3	5.4	4.9
sum	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

Bemerkungen: Die Kolonnenprofilpunkte entsprechen der Zellgröße (siehe Tabelle VI) dividiert durch das Kolonnentotal und multipliziert mit dem Faktor 100.

Tabelle IX

Inertias der einzelnen Dimensionen und Prozentanteile der gesamthaften Inertia

1	0.010794	61.83%	*****
2	0.003858	22.09%	*****
3	0.001773	10.16%	*****
4	0.000476	2.73%	**
5	0.000326	1.87%	**
6	0.000168	0.96%	*
7	0.000055	0.32%	
8	0.000008	0.04%	
9	0.000000	0.00%	
10	0.000000	0.00%	
11	0.000000	0.00%	
12	0.000000	0.00%	
13	0.000000	0.00%	

	0.017459		

Bemerkungen: $\chi^2 = 370.08$ (d.f.= 130); die Inertia entspricht dem χ^2 dividiert durch das Gesamttotal (Gesamtsumme der Auftretenshäufigkeiten in allen Reihen addiert mit der Gesamtsumme der Auftretenshäufigkeiten in allen Kolonnen).

Tabelle X

Rohdatenmatrix der Korrespondenzanalyse verschiedener Aspekte der Sicherheitswahrnehmung, Staats- und Politikerbeziehungen sowie der politischen Ingegration nach soziodemographischen Daten

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	sum
cj	cn	cn	bn	wj	wn	aj	an	ej	en	ve	ba	ed	fd	us	si	bw	bv	pw	pv	gw	gv	pw	pv	aw	av	mw	vw	vw	sz	sum	
1 a1	129	81	195	19	133	72	132	73	38	56	105	11	40	59	14	199	34	105	30	104	20	139	26	135	53	95	93	32	102	48	2372
2 a2	369	272	562	86	435	188	375	256	171	168	329	34	120	171	74	584	97	343	102	293	79	371	56	432	119	318	243	121	278	129	7175
3 a3	403	286	646	105	506	205	468	341	257	156	384	49	189	186	117	741	113	464	118	383	100	487	69	580	139	466	321	149	355	163	8282
4 a4	183	95	268	14	150	115	208	70	30	103	122	16	15	99	37	246	41	142	17	133	36	153	21	188	54	128	108	37	136	70	3055
5 fc	31	20	43	8	43	8	34	16	13	5	11	5	13	9	8	42	17	18	15	23	17	23	12	27	12	28	22	14	26	13	576
6 lc	86	105	178	17	142	44	146	43	46	24	57	15	39	41	36	158	40	89	37	83	38	82	30	114	38	107	81	41	79	49	2085
7 t	175	108	255	35	178	99	148	137	75	72	162	12	51	83	23	267	29	176	36	143	27	182	20	195	58	134	120	60	119	42	3216
8 n	107	48	128	24	112	39	97	54	28	41	96	7	36	32	20	138	29	89	28	75	25	89	30	88	70	46	71	54	48	29	1778
10 l	355	309	617	59	456	186	415	236	192	143	333	28	125	178	90	591	74	383	82	317	83	385	46	470	88	367	249	312	142	7410	
11 M	87	125	196	24	147	61	115	98	56	48	60	25	31	55	26	193	47	101	41	101	27	126	15	152	21	140	91	26	109	42	2386
12 F	87	125	196	24	147	61	115	98	56	48	60	25	31	55	26	193	47	101	41	101	27	126	15	152	21	140	91	26	109	42	2386
13 M	315	290	545	73	407	171	387	202	135	141	290	34	109	155	104	523	80	339	67	303	74	332	38	429	100	323	212	102	255	129	6644
14 Fz	3005	2638	5136	612	3880	1591	3455	2088	1472	1284	2587	339	1057	1443	761	5021	831	3058	827	2640	744	3243	498	3879	965	3035	2212	977	2599	1194	63021

Bemerkungen: Die Reihenvariablen lauten in voller Länge: a1=18–29 Jahre; a2=30–59 Jahre; a3=ab 60 Jahre; dc=deutsche Schweiz, fc= französische Schweiz; ic= italienische Schweiz; t=obligatorische Schulbildung; m=Mittelschulabschluss; h=(Fach-)Hochschulabschluss; l=politische Selbststufung: links; M=politische Selbststufung:Mitte; r=politische Selbststufung: rechts; ma=Männer; fr=Frauen.

Die Kolonnenvariablen lauten in voller Länge: cj=auch anderes als Schweizer Bürgerrecht denkbar; cn=nur Schweizer Bürgerrecht denkbar; hj=Staat bietet keine Heimat; wn=Staat bietet keine Heimat; wj=Staat soll Wohlergehen garantieren; wn=Staat soll Wohlergehen nicht garantieren; aj= Staat muss mehr Aufgaben übernehmen; an=Staat muss nicht mehr Aufgaben übernehmen; ej=politisch engagiert; en=politisch desengagiert; ve=Veränderer; be=Bewahrer; sd=Sicherheitsdominante; fd=Freiheitsdominante; us=unsicher; si=sicher; bw=wenig Vertrauen in den Bundesrat; bv=grosses Vertrauen in den Bundesrat; pw=wenig Vertrauen in das Parlament, pv=grosses Vertrauen in das Parlament, gw=wenig Vertrauen in die Gerichte, gv=grosses Vertrauen in die Gerichte, zw=wenig Vertrauen in die Polizei, zv=grosses Vertrauen in die Polizei, aw=wenig Vertrauen in die Armee, av=grosses Vertrauen in die Armee, mw=wenig Vertrauen in die Medien, mv=grosses Vertrauen in die Medien, ww=wenig Vertrauen in die Wirtschaft, wv=grosses Vertrauen in die Wirtschaft; sz=staatszufrieden.

Tabelle XI
Reihenprofilpunkte

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	sum
1 a1	5.4	3.4	8.2	0.8	5.6	3.0	5.6	3.1	1.6	2.4	4.4	0.5	1.7	2.5	0.6	8.4	1.4	4.4	1.3	4.4	0.8	5.9	1.1	5.7	2.2	4.0	3.9	1.3	4.3	2.0	100.0
3 a3	3.5	5.6	8.8	0.7	6.7	2.0	6.0	2.9	2.7	1.2	2.8	0.7	1.7	2.0	2.2	7.3	1.2	5.2	1.1	4.2	1.6	4.5	0.6	6.9	0.8	6.2	3.4	1.4	4.1	2.0	100.0
4 dc	4.3	4.6	8.0	1.1	6.5	2.2	5.0	3.7	2.8	1.7	4.2	0.5	2.0	2.0	1.3	8.0	1.2	5.0	1.3	4.1	1.1	5.2	0.7	6.2	1.4	5.0	3.5	1.6	3.8	1.8	100.0
5 fc	6.0	3.1	8.8	0.5	4.9	3.8	6.8	2.3	1.0	3.4	4.0	0.5	0.5	3.2	1.2	8.1	1.3	4.6	1.2	4.4	1.2	5.0	0.7	6.2	1.8	4.2	3.5	1.2	4.5	2.3	100.0
6 ic	5.4	3.5	7.5	1.4	7.5	1.4	5.9	2.8	2.3	0.9	1.9	0.9	2.3	1.6	1.4	7.3	3.0	3.1	2.6	4.0	3.0	4.0	2.1	4.7	2.1	4.9	3.8	2.4	4.5	2.3	100.0
8 t	4.7	5.0	8.2	0.8	6.8	2.1	5.5	2.1	2.4	1.2	4.7	0.7	1.7	2.0	1.7	7.6	1.3	4.3	1.8	4.0	1.8	3.9	0.7	5.5	1.8	5.1	3.9	2.0	4.8	2.4	100.0
9 h	5.4	3.4	7.8	1.1	5.5	3.1	4.6	4.3	2.3	2.2	5.0	0.4	1.6	2.6	0.7	8.3	0.9	5.5	1.1	4.4	0.8	5.7	0.7	6.1	1.8	4.2	3.7	1.9	3.7	1.3	100.0
10 l	6.0	2.7	7.2	1.3	6.3	2.2	5.5	3.0	1.6	2.3	5.4	0.4	2.0	1.8	1.1	7.8	1.6	5.0	1.6	4.2	1.4	5.0	1.7	4.9	3.9	2.6	4.0	3.0	2.7	1.6	100.0
11 M	4.8	4.2	8.3	0.8	6.2	2.5	5.6	3.2	2.6	1.9	4.5	0.4	1.7	2.4	1.2	8.0	1.0	5.2	1.1	4.3	1.1	5.2	0.6	6.3	1.2	5.0	3.4	1.3	4.2	1.9	100.0
12 x	3.6	5.2	8.2	1.0	6.2	2.6	4.8	4.1	2.3	2.0	2.5	1.0	1.3	2.3	1.1	8.1	2.0	4.2	1.7	4.2	1.1	5.3	0.6	6.4	0.9	5.9	3.8	1.1	4.6	1.8	100.0
13 R	4.2	4.4	8.1	1.1	6.1	2.6	5.4	3.5	2.1	2.1	4.4	0.5	1.6	2.3	1.6	7.8	1.2	5.1	1.0	4.5	1.1	5.0	0.6	6.4	1.5	4.8	3.2	1.5	3.8	1.9	100.0
14 #	4.7	4.4	8.2	1.1	6.1	2.6	5.8	3.0	2.0	2.1	4.4	0.5	1.6	2.3	1.6	7.8	1.2	5.1	1.0	4.5	1.1	5.0	0.6	6.4	1.5	4.8	3.2	1.5	3.8	1.9	100.0
average	4.8	4.2	8.1	1.0	6.2	2.5	5.5	3.3	2.3	2.0	4.1	0.5	1.7	2.3	1.2	8.0	1.3	4.9	1.3	4.2	1.2	5.1	0.8	6.2	1.5	4.8	3.5	1.6	4.0	1.9	100.0

Bemerkungen: Die Reihenprofilpunkte entsprechen der Zellgröße (siehe Tabelle VI) dividiert durch das Reihentotal und multipliziert mit dem Faktor 100.

Tabelle XII
Kolonnenprofilpunkte

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	average
	cj	cm	hn	wj	wn	ej	an	ej	en	ve	be	sd	fd	us	sl	bw	bv	pw	pv	pw	gv	pw	pv	pw	av	av	mw	mw	sz	sz	
1 a1	4.3	3.1	3.8	3.1	3.4	4.5	3.8	3.5	2.6	4.4	4.1	3.2	3.8	4.1	1.8	4.0	4.1	3.4	3.6	3.9	2.7	4.3	5.2	3.5	5.5	3.1	4.2	3.3	4.0	4.0	3.8
2 a2	12.3	10.3	10.9	14.1	11.2	11.8	10.9	12.3	11.6	13.1	12.7	10.0	11.4	11.9	9.5	11.6	11.7	11.2	12.3	11.1	10.6	11.4	11.2	11.1	12.3	10.5	11.0	12.4	11.0	10.8	11.4
3 a3	4.0	7.1	5.8	3.6	5.8	4.3	5.9	4.7	6.2	3.1	3.6	7.4	5.4	4.6	9.5	4.9	4.8	5.8	4.6	5.4	7.3	4.7	4.0	5.9	2.7	6.9	5.2	4.8	5.4	5.8	5.3
4 a4	6.7	4.9	4.4	4.4	4.4	4.4	4.4	4.4	4.4	4.4	4.4	4.4	4.4	4.4	4.4	4.4	4.4	4.4	4.4	4.4	4.4	4.4	4.4	4.4	4.4	4.4	4.4	4.4	4.4	4.4	4.4
5 a5	6.1	3.6	5.2	2.5	3.9	7.2	13.0	3.4	2.0	8.0	4.7	1.4	1.9	4.7	14.9	3.9	4.6	4.5	5.0	4.8	4.7	4.2	4.2	4.8	5.6	4.2	4.9	3.8	5.4	5.9	14.7
6 a6	1.0	0.8	0.8	1.3	1.1	0.5	1.0	0.8	0.9	0.4	0.4	1.5	1.2	0.6	1.0	0.8	2.0	0.6	1.8	0.9	2.3	0.7	2.4	0.7	1.2	0.9	1.0	1.4	1.0	1.1	0.9
7 a7	2.9	4.0	3.5	2.8	3.7	2.8	4.2	2.1	3.1	1.9	2.2	4.4	3.7	2.8	4.6	3.1	4.8	2.9	4.5	3.1	5.1	2.5	6.0	2.9	3.9	3.5	3.7	4.2	3.1	4.1	3.3
8 a8	11.5	12.1	11.8	11.9	11.2	11.7	11.4	11.9	12.8	11.5	12.4	11.7	11.5	12.8	11.7	11.9	11.4	11.5	11.5	11.4	12.0	10.0	12.2	9.9	12.4	11.2	9.9	12.3	12.7	11.8	11.8
9 a9	3.8	1.8	2.5	3.9	2.9	2.5	2.8	2.6	1.9	3.2	3.7	2.1	3.4	2.2	2.6	2.7	3.5	2.9	3.4	2.8	3.4	2.7	6.0	2.3	7.3	1.5	3.2	5.5	1.9	2.4	2.6
10 a10	3.6	1.8	2.5	3.9	2.9	2.5	2.8	2.6	1.9	3.2	3.7	2.1	3.4	2.2	2.6	2.7	3.5	2.9	3.4	2.8	3.4	2.7	6.0	2.3	7.3	1.5	3.2	5.5	1.9	2.4	2.6
11 M	11.8	11.7	12.0	9.6	11.8	11.7	12.0	11.3	13.0	11.1	12.9	8.3	11.8	12.3	11.5	11.8	8.9	12.5	9.9	12.0	11.2	11.9	9.2	12.1	9.1	12.1	11.3	10.1	12.3	11.9	11.8
12 F	2.9	4.7	3.8	3.9	3.8	3.8	3.3	4.7	3.8	3.7	2.3	7.4	2.9	3.8	3.3	3.8	5.7	3.3	5.0	3.8	3.6	3.9	3.0	3.9	2.2	4.6	4.1	2.7	4.3	3.5	3.8
13 ma	10.9	9.5	8.9	8.8	10.0	9.9	9.3	10.8	11.2	9.6	9.2	10.0	10.2	9.9	10.1	11.0	9.3	12.5	8.9	10.6	10.2	17.9	9.4	10.2	9.9	10.8	10.9	10.4	10.8	9.9	10.9
14 ZR	10.3	11.0	10.6	11.9	10.5	10.7	11.2	8.7	9.2	11.0	11.2	10.6	10.3	10.6	13.3	10.4	9.6	11.1	8.1	11.3	9.3	10.2	17.8	11.1	10.4	10.6	9.6	10.4	10.1	10.8	10.8
sum	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

Bemerkungen: Die Kolonnenprofilpunkte entsprechen der Zellgröße (siehe Tabelle VI) dividiert durch das Kolonnen total und multipliziert mit dem Faktor 100.

Tabelle XIII

Inertias der einzelnen Dimensionen und Prozentanteile der gesamthaften Inertia

1	0.006607	38.85%	*****
2	0.004125	24.25%	*****
3	0.003195	18.79%	*****
4	0.001669	9.81%	*****
5	0.000559	3.28%	****
6	0.000337	1.98%	***
7	0.000280	1.65%	**
8	0.000118	0.69%	*
9	0.000096	0.57%	*
10	0.000020	0.12%	
11	0.000001	0.01%	

	0.017008		

Bemerkungen: $\chi^2 = 1071.86$ (d.f. = 377); die Inertia entspricht dem χ^2 dividiert durch das Gesamttotal (Gesamtsumme der Auftretenshäufigkeiten in allen Reihen addiert mit der Gesamtsumme der Auftretenshäufigkeiten in allen Kolonnen).

ANHANG III

SICHERHEIT 2002

**FRAGEBOGEN UND
PROZENTUALE HÄUFIGKEITEN**

Stichprobe:

Random-Quota-Verfahren, N = 1201

Deutsche, französische und italienische Schweiz

Befragungszeitraum: Februar 2002

Befragungsinstitut: DEMOSCOPE, Adligenswil

Sicherheit 2002

Mein Name ist ... vom Forschungsinstitut

Wir führen zur Zeit eine telefonische Umfrage zu sicherheitspolitischen Themen durch und ich möchte Sie fragen, ob Sie bereit wären, dazu einige Fragen zu beantworten?
Das Interview dauert rund 20 Minuten.

Zunächst einige Fragen für die Statistik

S1

Wie viele in der Schweiz stimmberechtigte Personen (also Schweizer Bürger oder Bürgerinnen über 18 Jahre) leben normalerweise in Ihrem Haushalt?

..... Personen

INT: Untermieter, Pensionäre, Au Pair, Hausangestellte gelten auch als Haushaltsmitglieder, sofern sie:

1. bei Ihnen (in Ihrem Haus / Ihrer Wohnung wohnen UND
 2. mindestens eine Hauptmahlzeit pro Tag bei Ihnen zu Hause einnehmen
- UND
3. keinen eigenen Telefonanschluss haben.

Kinder, die zu Studienzwecken anderswo wohnen und nur am Wochenende zurückkehren, werden hingegen nicht dazu gezählt.

S2

Darf ich Sie fragen, wie alt Sie sind?

.....Jahre

S3

INT: Geschlecht der befragten Person eingeben (nur im Zweifelsfalle fragen).

Mann 1
 Frau 2

S4

Sind Sie in der Schweiz stimm- und wahlberechtigt?

ja 1
 nein 2
 ---> **bei nein Abbruch!**

Q1.

Ganz allgemein gesprochen, wie sicher fühlen Sie sich in unserer heutigen Zeit?

Fühlen Sie sich:

sehr sicher 4
 eher sicher 3
 eher unsicher 2
 ganz unsicher 1

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht/keine Antwort 9

Q2.

Sicherheit ist ein ziemlich umfassender Begriff, der viele Aspekte hat. Einige davon lese ich Ihnen gleich vor. Bitte entscheiden Sie, wie wichtig jeder Aspekt für Sie persönlich ist. Benutzen Sie dazu bitte diese Skala. Der Wert 1 bedeutet „völlig unwichtig“, der Wert 10 „ausserordentlich wichtig“. Mit den Werten dazwischen können Sie ihre Meinung abstimmen.

(Reihenfolge a–k zufallsvariieren)

- a) Sicherheit des Arbeitsplatzes
- b) Militärische Sicherheit
- c) Soziale Sicherheit (z.B. AHV oder Arbeitslosenversicherung)
- d) Sicherheit des Einkommens
- e) Ökologische Sicherheit, also Umweltschutz

- f) Sicherheit vor Verbrechen und Kriminalität
- g) Sicherheit vor Terrorismus
- h) Verkehrssicherheit
- i) Sicherheit der demokratischen Grundrechte
- j) Gute, sichere familiäre Beziehungen, Geborgenheit
- k) Ruhe und Ordnung

Q3.

Glauben Sie, dass die weltpolitische Lage in den nächsten 5 Jahren besser und entspannter oder düsterer und gespannter wird? Oder bleibt sie in etwa so, wie sie heute ist?

- eher besser und entspannter 3
- bleibt etwa so wie heute..... 2
- eher düsterer und gespannter 1
- [INT. NICHT VORLESEN]
- weiss nicht/keine Antwort 9

Q4.

Wie sehen Sie die nähere Zukunft - etwa die nächsten fünf Jahre - für die Schweiz? Sehr optimistisch, eher optimistisch, eher pessimistisch oder sehr pessimistisch?

- sehr optimistisch 4
- eher optimistisch..... 3
- eher pessimistisch 2
- sehr pessimistisch 1
- [INT. NICHT VORLESEN]
- weiss nicht/keine Antwort 9

Q5.

Wie kann die Schweiz Ihrer Meinung nach am besten ihre Sicherheit wahren und gleichzeitig zum Frieden in der Welt beitragen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

- sehr einverstanden 4
- eher einverstanden 3
- eher nicht einverstanden 2
- gar nicht einverstanden 1

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht	8
keine Antwort	9

(Reihenfolge A–N zufallsvariieren)

- A Die Schweiz sollte sich aktiv an der europäischen Integration beteiligen und der EU ohne Vorbehalte beitreten.
- B Die Schweiz sollte sich mehr als bisher der EU politisch annähern.
- C Die Schweiz sollte dem EWR, nicht aber der EU beitreten.
- D Die Schweiz sollte ihren Stellenwert als Sitz des Roten Kreuzes mehr ins Spiel bringen.
- E Die Schweiz sollte mehr in Konflikten vermitteln.
- F Die Schweiz sollte mehr eine aktive Rolle spielen bei internationalen Konferenzen.
- G Die Schweiz sollte bei politischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen, bei militärischen Konflikten aber neutral bleiben.
- H Die Schweiz sollte auf ihre Neutralität ganz verzichten.
- I Die Schweiz sollte auch bei militärischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen.
- K Die Schweiz sollte mehr Entwicklungshilfe leisten.
- L Die Schweiz sollte der Uno beitreten.
- M Die Schweiz sollte wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig von anderen Staaten bleiben.
- N Die Schweiz sollte sich von Bündnissen und Zusammenschlüssen aller Art mit anderen Staaten fernhalten.

Q6.

Das Verhältnis der Schweiz zur EU ist ja ein ständiges Diskussionsthema. Wir hätten dazu auch zwei Fragen:

Nehmen wir einmal an, die Schweiz würde jetzt der Europäischen Union (EU) beitreten: Wie glauben Sie würde dann die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land in der näheren Zukunft verlaufen? Eher besser, gleich oder eher schlechter?

eher besser verlaufen	3
gleich verlaufen	2
eher schlechter verlaufen	1

[INT NICHT VORLESEN]

weiss nicht 8
keine Angabe 9

Q7.

Wenn am nächsten Sonntag über die Initiative zum Beitritt der Schweiz zur Organisation der Vereinten Nationen (Uno) abgestimmt würde, wie würden Sie selbst dann stimmen?

Würden Sie den Uno-Beitritt...

sicher annehmen 4
eher annehmen..... 3
eher ablehnen..... 2
sicher ablehnen 1

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht 8
keine Antwort..... 9

Q8.

Wenn am nächsten Sonntag über die Initiative zum Beitritt der Schweiz zur Organisation der Vereinten Nationen (Uno) abgestimmt würde, was glauben Sie, wie würde die Mehrheit der Schweizer Stimbürgerinnen und Stimmbürger stimmen?

Glauben Sie, die Initiative zum Beitritt der Schweiz zur Organisation der Vereinten Nationen (Uno) würde...

sicher angenommen 4
eher angenommen..... 3
eher abgelehnt 2
sicher abgelehnt ? 1

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht 8
keine Antwort..... 9

Q9.

Was meinen Sie zur Schweizer Armee?

Halten sie diese für unbedingt notwendig, eher notwendig, eher nicht notwendig oder überhaupt nicht notwendig?

unbedingt notwendig	4
eher notwendig.....	3
eher nicht notwendig.....	2
überhaupt nicht notwendig.....	1

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht/keine Antwort	9
---------------------------------	---

Q10.

Glauben Sie, dass die Milizarmee, wie wir sie in heute der Schweiz haben, auch in Zukunft unsere Landesverteidigung sicherstellen kann oder wäre Ihrer Meinung nach eine Berufsarmee besser für uns?

Milizarmee auch in Zukunft genügend	2
wir würden eine Berufsarmee brauchen	1

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht/keine Antwort	9
---------------------------------	---

Q11.

Ich habe noch einmal einige Meinungen dazu, wie die Schweiz ihre Sicherheit wahren und gleichzeitig zum Frieden in der Welt beitragen könnte.

Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

sehr einverstanden	4
eher einverstanden	3
eher nicht einverstanden	2
gar nicht einverstanden	1

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht	8
keine Antwort	9

(Reihenfolge A–K zufallsvariieren)

- A Die Schweiz sollte der Uno Schweizer Friedenstruppen zur Verfügung stellen.
- B Die Schweiz sollte eine gut ausgerüstete und ausgebildete Armee unterhalten.
- C Die Schweiz sollte ihre Neutralität beibehalten.
- D Die Schweiz sollte ihre Armee verkleinern.
- E Die Schweiz sollte beim Aufbau einer europäischen Armee mitmachen.
- F Die Schweiz sollte sich der Nato (dem Nordatlantischen Bündnis) annähern.
- G Die Schweiz sollte der Nato beitreten.
- H Die Schweiz sollte sich nur auf ihre eigene Landesverteidigung verlassen.
- I Die Schweiz sollte die allgemeine Wehrpflicht aufheben und den Militärdienst Freiwilligen überlassen.
- K Unsere nationale Sicherheit wird immer mehr von anderen Staaten und immer weniger von uns selbst bestimmt.

Q12.

Sind Sie damit einverstanden, dass Schweizer Soldaten, die sich freiwillig zur Verfügung stellen, ausserhalb des Landes zum Einsatz kommen?

(NUR 1 ANTWORT)

- A Ja, solange es sich bloss um unterstützende Aufgaben handelt (z.B. medizinische Versorgung). 1
- B Ja, solange es sich um friedenssichernde Aufgaben handelt und die Bewaffnung nur der Selbstverteidigung dient..... 2
- C Ja, auch Kampfeinsätze zur Wiederherstellung des Friedens. 3
- D Nein, überhaupt nicht. 4
- E weiss nicht/keine Antwort 9

Q13.

Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen zum Staat und zur Politik?

Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

- sehr einverstanden 4
- eher einverstanden 3
- eher nicht einverstanden 2
- gar nicht einverstanden 1

[INT NICHT VORLESEN]

weiss nicht 8

keine Angabe 9

[Reihenfolge A–S zufallsvariieren]

- A Die nationale Souveränität sollte niemals zugunsten einer europäischen Einigung aufgegeben werden.
- B Nur wenn sich alle europäischen Länder vereinigen, werden wir einen dauerhaften und stabilen Frieden in Europa bekommen.
- C Der Staat sollte in allen Belangen für das Wohlergehen seiner Bürgerinnen und Bürger verantwortlich sein.
- D In der Politik ist es besser, man bleibt bei dem, was man hat, als dass man Sachen versucht, die man nicht wirklich kennt.
- E Bei politischen Auseinandersetzungen sollte man im Allgemeinen alle extremen Auffassungen vermeiden; der beste Weg liegt sowieso irgendwo in der Mitte.
- F Wir kommen nicht mehr darum herum, dass der Staat in der heutigen Zeit immer mehr Aufgaben übernehmen muss.
- G Grundsätzlich sollte man sich mit aller Kraft für neue und fortschrittliche Ideen in der Politik einsetzen und nicht auf halbem Weg stehen bleiben.
- H Auch in Zukunft sollte in der Schweiz der Arbeitsfrieden nicht durch Streiks gestört werden.
- I Unsere Politiker müssen endlich einmal grundlegende Reformen in Angriff nehmen.
- J Streiks und Demonstrationen sind erlaubte Mittel der Politik, auch wenn die öffentliche Ordnung gestört wird.
- K Der Staat sollte die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger garantieren, auch wenn dies auf Kosten der persönlichen Freiheit geht.
- L Ich bin zwar Schweizer/Schweizerin [INT. ANPASSEN], aber es würde mir nichts ausmachen, wenn ich Bürger/Bürgerin eines anderen Landes wäre.
- M Sinn und Zweck des Staates ist es, für das materielle Wohlergehen seiner Bürger zu sorgen.
- N Der Staat bietet mir eine Heimat, in der ich mich geborgen fühle.
- O Wer die Schweiz nicht als Vaterland empfindet, ist ein schlechter Schweizer.
- P Unsere Demokratie kann nur solange funktionieren, als jede Bürgerin und jeder Bürger bereit ist, ein öffentliches Amt zu übernehmen, wenn er dafür angefragt wird.
- Q Es ist nicht so wichtig, dass der Staat dem einzelnen eine Heimat bietet; wichtiger ist, dass er sich um das Wohlergehen seiner Bürger kümmert.

- R In der Schweiz sind wir bald soweit, dass sich der Staat überall einmischt, alles reglementiert und die Freiheit des einzelnen verloren geht.
- S Unsere Demokratie funktioniert auch dann, wenn sich nur diejenigen Leute an Wahlen und Abstimmungen beteiligen, die sich für Politik interessieren.

Q14.

Der Staat gewährt uns nicht nur Rechte, er auferlegt uns auch Pflichten (Vorschriften, Steuern, Militärdienst). Alles in allem betrachtet, welcher von den folgenden Sätzen kommt Ihrer Meinung am nächsten?

[INT. VORLESEN]

- A Ich komme nicht so ganz auf meine Rechnung. Ich muss zu viel leisten für das, was mir der Staat bietet..... 1
- B Ich komme gut auf meine Rechnung; ich erhalte vom Staat mehr Vorteile als die paar Pflichten, die er mir auferlegt. 2
- C Ich finde, man darf den Staat nicht so betrachten. 3
- D Ich kann das nicht beurteilen..... 4

[INT. NICHT VORLESEN]

- E weiss nicht..... 8
- keine Antwort..... 9

Q15.

Die Schweiz hat ja immer eine Politik der Neutralität verfolgt. Heute hört man immer mehr auch Meinungen, die den Wert der Neutralität unterschiedlich beurteilen.

Welchen der folgenden Aussagen zur Neutralität würden Sie zustimmen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

- sehr einverstanden 4
- eher einverstanden 3
- eher nicht einverstanden 2
- gar nicht einverstanden 1

[INT NICHT VORLESEN]

- weiss nicht 8
- keine Angabe 9

[AUSSAGEN A–H ZUFALLSVARIIEREN]

- A Die Neutralität könnte uns künftig daran hindern, gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn zu handeln.
- B Die Neutralität ist untrennbar mit unserem Staatsgedanken verbunden.
- C Unsere enge politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten verunmöglicht Neutralität.
- D Dank der Neutralität kann die Schweiz in Konflikten vermitteln und international gute Dienste leisten.
- E Die bewaffnete Neutralität der Schweiz trägt zur Sicherheit und Stabilität in Europa bei.
- F Dank der Neutralität werden wir nicht in internationale Konflikte hineingezogen.
- G Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden.
- H Sobald die Neutralität der Schweiz keine Vorteile mehr bringt, sollten wir sie aufgeben.

Q16.

Im Moment ist eine Armeereform, die sogenannte „Armee XXI“ [Int. lies Armee 21], im Gang. Haben Sie davon schon gehört, gesehen oder gelesen?

Ja 2
Nein 1

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht 8
keine Antwort 9

Q17.

Ich lese Ihnen nun einige Behauptungen zur Armee XXI [INT. LIES Armee 21] vor. Sagen Sie mir bitte zu jeder, ob sie zutrifft oder nicht.

trifft zu 2
trifft nicht zu 1

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht 8
keine Antwort 9

- A Mit der Armee XXI [INT. LIES Armee 21] wird der Bestand der Armee erheblich verkleinert.
- B Mit der Armee XXI wird die obligatorische Dienstpflicht für Armeeangehörige verkürzt und das Dienstpflichtalter herabgesetzt.
- C Mit der Armee XXI wird erstmals der Zivildienst in der Schweiz eingeführt.
- D Mit der Armee XXI wird die Rekrutenschule verlängert.
- E Für den einfachen Soldaten ändert sich in der Armee XXI gar nichts.
- F In der Armee XXI können einzelne den Dienst an einem Stück statt über viele kurze Dienste absolvieren.

Q18.

Wenn Sie die Armee reform XXI [INT. LIES Armee 21] ganz generell beurteilen, heissen Sie diese gut, nur teilweise gut oder lehnen Sie diese ab?

- heisse sie gut.....3
- heisse sie nur teilweise gut2
- lehne sie ab1
- [INT. NICHT VORLESEN]
- weiss nicht8
- keine Antwort9

Q19. FILTER: NUR FRAUEN

Sind Sie im Zivil- oder Bevölkerungsschutz eingeteilt?

- Ja [BITTE WEITER MIT Q21!]2
- Nein [BITTE WEITER MIT Q20!]1

Q20. FILTER: NUR FALLS Q19 MIT NEIN BEANTWORTET WURDE

Wären Sie bereit, einen Kurs im Rahmen des Zivil- oder Bevölkerungsschutzes freiwillig zu besuchen? Oder gingen Sie nur, wenn ein solcher Kurs obligatorisch erklärt würde, oder würden Sie sich grundsätzlich weigern, einen solchen Kurs zu besuchen?

- Freiwilliger Kursbesuch.....3
- Kursbesuch nur wenn obligatorisch.....2
- Würde Kursbesuch verweigern.....1
- [INT. NICHT VORLESEN]
- Ablehnung mit Alter oder Gebrechlichkeit begründet.4

Weiss nicht	8
Keine Antwort	9

Q21.

Wie sehr sind Sie mit den folgenden Behauptungen einverstanden? Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie sehr, eher, eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

sehr einverstanden	4
eher einverstanden	3
eher nicht einverstanden	2
gar nicht einverstanden	1

[INT NICHT VORLESEN]

weiss nicht	8
keine Angabe	9

[AUSSAGEN A–E ZUFALLSVARIIEREN]

- A Es wäre gut, wenn mehr öffentliche Ämter mit Frauen besetzt wären.
- B Weil Mann und Frau rechtlich gleichgestellt sind, sollten Frauen obligatorisch einen sozialen Dienst zugunsten der Gemeinschaft leisten.
- C Früher, als die Frauen noch mit ihren Aufgaben zu Hause vollauf zufrieden gewesen sind, ist es mit der Familie besser bestellt gewesen.
- D Die Berufstätigkeit der Mutter ausser Haus bringt eine Bereicherung ihres Alltags, von der sie persönlich und ihre Familie profitieren.
- E Für militärische Aufgaben eignen sich Frauen ebenso gut wie Männer.

Q22.

Würden Sie einer Ihnen bekannten Frau, die Sie um Rat fragt, empfehlen, sich in folgenden Organisationen zu engagieren? Bitte geben Sie jeweils an, ob Sie ihr ein freiwilliges Engagement auf jeden Fall empfehlen würden, eher empfehlen würden, eher nicht empfehlen würden oder auf keinen Fall empfehlen würden.

Würde ich auf jeden Fall empfehlen.....	4
würde ich eher empfehlen	3
würde ich eher nicht empfehlen.....	2
würde ich auf keinen Fall empfehlen.....	1

[INT. NICHT VORLESEN]

Weiss nicht	8
Keine Antwort	9

- A) im Zivilschutz
- B) in der Armee
- C) im Rotkreuzdienst der Armee
- D) in der örtlichen Feuerwehr
- E) in einem sozialen Dienst zugunsten der Gemeinschaft

Q23.

Was würden Sie sagen: Ist Ihre persönliche Sicherheit nach den Anschlägen in New York vom 11. September letzten Jahres eher mehr gefährdet als vorher, etwa gleich gefährdet wie vorher, eher weniger gefährdet als vorher oder war Ihre Sicherheit gar nie gefährdet?

- eher mehr gefährdet als vorher4
- etwa gleich gefährdet wie vorher.....3
- eher weniger gefährdet als vorher.....2
- meine Sicherheit war gar nie gefährdet 1

[INT. NICHT VORLESEN]

- weiss nicht8
- keine Antwort9

Q24.

Wie stehen Sie zur dieser Aussage: Mein Freundes- und Bekanntenkreis ist im Allgemeinen seit den Terroranschlägen in New York ängstlicher geworden. Würden Sie sagen, das trifft völlig zu, trifft eher zu, trifft eher nicht zu oder trifft gar nicht zu?

- trifft völlig zu.....4
- trifft eher zu3
- trifft eher nicht zu2
- trifft gar nicht zu1

[INT. NICHT VORLESEN]

- weiss nicht8
- keine Antwort9

Q25.

Sie haben in dieser Umfrage einige Fragen zu Sicherheitspolitik beantwortet.

Wie stark interessieren Sie sich für Fragen der nationalen Sicherheit, sehr stark, recht stark, ein bisschen oder überhaupt nicht?

sehr stark.....	4
recht stark	3
ein bisschen.....	2
überhaupt nicht	1
[INT. NICHT VORLESEN]	
weiss nicht	8
keine Antwort	9

Q26.

Kommt es vor, dass Sie von Ihren Freunden oder Bekannten über politische Fragen um Rat und Auskunft gefragt werden, öfters, gelegentlich, selten oder nie?

öfters	4
gelegentlich.....	3
selten	2
nie	1
[INT. NICHT VORLESEN]	
weiss nicht	8
keine Antwort	9

Q27.

Ich nenne Ihnen zum Schluss einige Einrichtungen des öffentlichen Lebens in der Schweiz und ich möchte wissen, ob diese Ihr Vertrauen geniessen oder nicht. Sagen Sie mir Ihre Meinung bitte anhand einer 10er Notenskala, 10 heisst, dass diese Einrichtung Ihr volles Vertrauen geniessen, 1 heisst, dass diese Einrichtung bei Ihnen überhaupt kein Vertrauen bekommt. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abgestuft benoten.

(NUR 1 ANTWORT PRO ZEILE)
(Reihenfolge A – G zufallsvariieren)

Wie ist das mit ...

A) dem Bundesrat

- B) dem Parlament in Bern
- C) den Gerichten
- D) der Polizei
- E) der Armee
- F) den Medien
- G) der Schweizer Wirtschaft

Q28.

Welche Schule haben Sie zuletzt besucht?

Primarschule	1
Sekundar-/Real-/Bezirksschule.....	2
Berufsschule/Gewerbeschule/KV	3
Mittelschule/Gymnasium.....	4
Technikum/Fachhochschule/Seminar/ Hochschule/Uni, Poly/ETH/HWV.....	5
andere	6

Q29.

Welches ist Ihre Muttersprache?

Deutsch	1
Französisch	2
Italienisch.....	3
Rätoromanisch	4
andere Sprache.....	5

Q30.

Zu welcher der folgenden Kategorien zählen Sie sich?

INT: Vorlesen [Nur 1 Antwort möglich]

voll erwerbstätig	1
teilzeit erwerbstätig (mind. 6 Std./W.).....	2
Hausfrau/-mann	3
in Ausbildung als SchülerIn/StudentIn	4
in Ausbildung als Lehrling/Lehrtochter.....	5
pensioniert	6

arbeitslos	7
nicht erwerbstätig	8
andere	9
[INT. NICHT VORLESEN]	
weiss nicht	98
keine Antwort	99

Q31.

Sind Sie im Militär eingeteilt oder eingeteilt gewesen?

INT: Vorlesen

Ja, bin im Militär eingeteilt	1
Ja, war im Militär eingeteilt	2
Nein, nicht im Militär eingeteilt (gewesen)	3

Q32. (Filter: im Militär eingeteilt)

Welches ist Ihr gegenwärtiger Rang im Militär?

INT: Vorlesen

MFD, RKD	1
Soldat, Gefreiter	2
Unteroffizier	3
Offizier	4
[INT. NICHT VORLESEN]	
weiss nicht / keine Angabe	9

Q33. (Filter: im Militär eingeteilt gewesen)

Welches war Ihr letzter Rang im Militär?

INT: Vorlesen

MFD, RKD	1
Soldat, Gefreiter	2
Unteroffizier	3
Offizier	4
[INT. NICHT VORLESEN]	
weiss nicht / keine Angabe	9

Q34.

„Links, Mitte und Rechts“ sind Begriffe, die häufig gebraucht werden, um politische Ansichten und Einstellungen zu charakterisieren. Können Sie mir sagen, wo sie selber auf einer Skala von 0 (ganz links) bis 10 (ganz rechts) etwa stehen?

0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
ganz										ganz
links										rechts

weiss nicht / keine Angabe99

BESTEN DANK FÜR DAS INTERVIEW!